

# Das Parlament

Berlin, Montag 21. Januar 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 4/5 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Großer Auftritt im Reichstag

**François Hollande** An diesem Montag und Dienstag ist Frankreichs Staatspräsident zum dritten Mal seit Amtsbeginn im Mai 2012 in Berlin – aus ganz besonderem Anlass. Es geht um die offiziellen Feiern zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags. Da schauen viele auch auf den Präsidenten der République. Vor allem seine Rede auf der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Nationalversammlung im Reichstag wird gespannt erwartet. Anfangs war heftig spekuliert worden, wie sich das Verhältnis des sozialistischen französischen Staatschefs zur christdemokratischen Kanzlerin Angela Merkel entwickeln würde. In der Euro-Rettungspolitik waren zwischen beiden schon die Fetzen geflogen. Mit dem deutschen Hilfsangebot für den Mali-Einsatz zeigte sich Hollande aber erstmal „vollauf zufrieden“.



...tag und Nationalversammlung im Reichstag wird gespannt erwartet. Anfangs war heftig spekuliert worden, wie sich das Verhältnis des sozialistischen französischen Staatschefs zur christdemokratischen Kanzlerin Angela Merkel entwickeln würde. In der Euro-Rettungspolitik waren zwischen beiden schon die Fetzen geflogen. Mit dem deutschen Hilfsangebot für den Mali-Einsatz zeigte sich Hollande aber erstmal „vollauf zufrieden“.

## ZAHL DER WOCHE

82

**Prozent** aller Deutschen haben angegeben, Frankreich leidenschaftlich oder sehr zu mögen. Umgekehrt räumten 73 Prozent der französischen Befragten entsprechende Sympathien für das Nachbarland Deutschland ein. Diese Zahlen finden sich in der Umfrage „Frankreich, Deutschland und Sie?“, die von ARD, Deutschlandradio, ARTE und Radio France zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags publiziert wurde.

## ZITAT DER WOCHE

»Es gibt keine Sause, aber wir verstecken das Ereignis nicht.«

**Günter Gloser**, SPD-Bundestagsabgeordneter und von 2005 bis 2009 Regierungsbeauftragter für die deutsch-französischen Beziehungen über den Festtag zum 50. Élysée-Jubiläum

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

**Wahlrecht** Experten debattieren im Innenausschuss über Gesetzentwürfe Seite 6

### EUROPA UND DIE WELT

**Israel** Die Spannung vor der Neuwahl des Parlaments steigt Seite 8

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

**Tierschutz** Opposition sorgt sich über Tendenzen zur Massentierhaltung Seite 10

### KULTUR UND MEDIEN

**Hochschulen** Zwischenbilanz über islamische Studiengänge in Deutschland Seite 13

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main

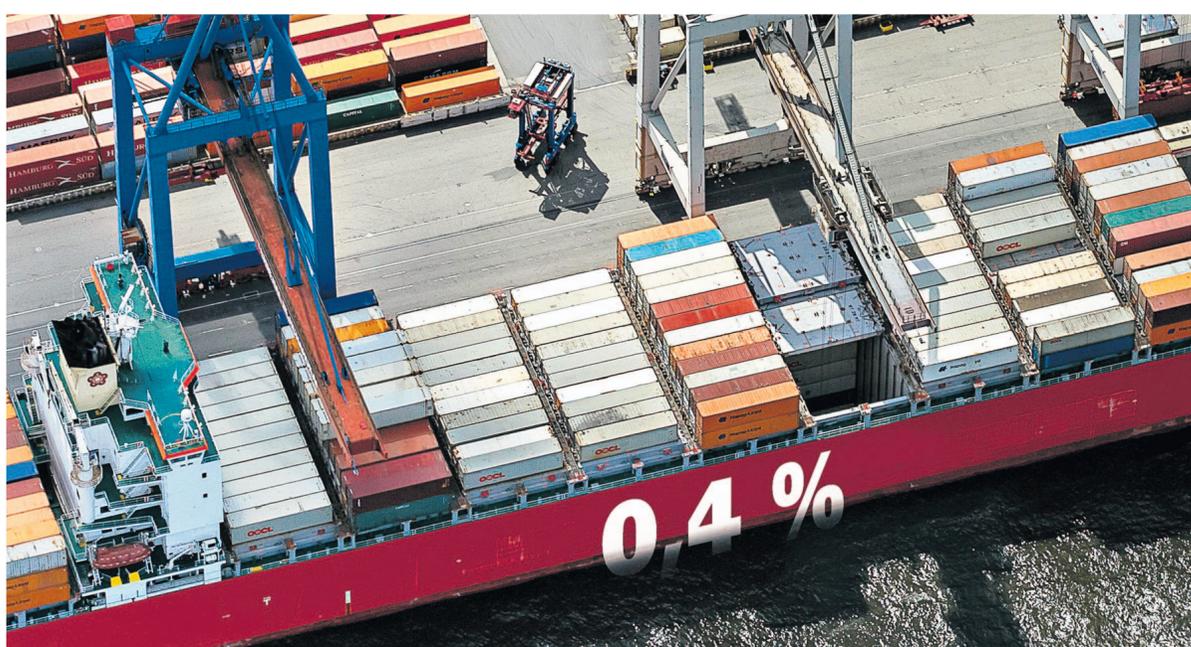


# Langsam kommt Fahrt auf

**WIRTSCHAFT I** Regierung erwartet weitere Wachstums-Erfolge. Opposition sieht Abwärtstrend

**K**eine 15 Minuten brauchte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am Donnerstag, um in einer Regierungserklärung den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (17/12070) vorzustellen. Das reichte, um einen heftigen Schlagabtausch im Deutschen Bundestag einzuleiten. Was wohl nicht nur am Thema lag, sondern auch an der wichtigen Landtagswahl in Niedersachsen. Rösler nannte es „ein Verdienst der Menschen in unserem Land“, aber auch der Koalition aus Union und FDP, dass in Europa „Deutschland am besten durch die Krise gekommen ist“. Die Regierung arbeite an der „Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte“. Dass die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht ihre Wachstumsprognose für 2013 auf 0,4 Prozent reduziert habe, liege an der weltwirtschaftlich bedingten Konjunkturdelle im letzten Quartal 2012. Immerhin erwartet die Bundesregierung eine Beschleunigung des Wachstumstempos, so dass die Konjunktur 2014 mit 1,6 Prozent wieder richtig in Fahrt kommen soll.

**Scharfe Angriffe** Der FDP-Vorsitzende nutzte seine Rede zu scharfen Angriffen auf die Opposition. SPD und Grüne hätten zu ihren Regierungszeiten den europäischen Stabilitätspakt gebrochen. In Niedersachsen habe sich die rot-grüne Opposition geweigert, der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung zuzustimmen. Rösler unterstellte Rot-Grün für den Fall einer Regierungsübernahme in Hannover einen „Verfassungsbruch mit Ansage“. Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, erwiderte, Rösler habe sein Regierungsamt mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent 2011 gestartet und sei nun bei 0,4 Prozent angekommen. „Sie haben das Wirtschaftswachstum noch stärker geschrumpft als die Umfrageergebnisse der FDP“. Jetzt komme die Krise auch über Deutschland. „Sie haben drei Jahre gute Konjunktur verfrühstückt, das ist das Ergebnis Ihrer Politik“, hielt Heil der Bundesregierung vor. Deutschland brauche dringend einen Regierungswechsel. Die angriffslustige Rede Heils führte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs auf „Nervosität wegen schlechter Umfrageergebnisse“ zurück. Deutschland könne positive Wirtschaftsdaten wie kein anderes EU-Land vorweisen. „Zahlen, die können Sie mit noch so viel, ich muss schon sagen, dümmlichem Geschrei nicht hinbekommen“. Seit dem Amtsantritt dieser Regierung seien 1,5 Millionen neue sozialversicherungspflichtige



Ganz langsam kommt die Wirtschaft wieder in Fahrt. Im nächsten Jahr soll es wieder kräftiger aufwärts gehen, erwartet die Regierung.

Arbeitsplätze hinzugekommen, „pro Tag mehr als hundert“. Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion Die Linke, relativierte die von den Koalitionspartnern angeführten Stellenzuwächse. Diese seien allein auf eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Es gebe mittlerweile 1,6 Millionen weniger Vollzeitstellen als beim Antritt der amtierenden Regierung. Ein Viertel aller Beschäftigten arbeite im Niedriglohnsektor, 1,3 Millionen Arbeitnehmer seien Aufstocker, die vom Lohn allein nicht leben könnten, listete Gysi auf. „Dass Vollzeitbeschäftigte von Armut betroffen sind, das hat es früher nicht gegeben.“ Der FDP-Wirtschaftsfachmann und Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms wies die von Gysi und zuvor auch von Heil erhobene Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zurück. In Ländern mit Mindestlohn sei die Arbeitslosigkeit „signifikant höher“ als in Ländern ohne. Die wirtschaftliche Eintrübung im vierten Quartal führte Solms darauf zurück, dass wenig investiert worden sei, weil das Vertrauen fehle. Jetzt ziehe aber die Konjunktur in Asien

und den USA wieder an, und das biete die Chance, aus der Depression herauszukommen. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen, Kerstin Andreae, nannte es „hochrelevant“ für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, „ob wir die Energiewende schaffen“. Ausnahmen von der Ökostrom-Umlage für Unternehmen müssten zurückgeführt werden „auf diejenigen, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen“. So könnten jährlich vier Milliarden Euro eingespart werden. Empört äußerte sich Andreae über den ehemaligen Vorsitzenden der Linkspartei, Oskar Lafontaine, der Bundesregierung, SPD und Grüne für die steigende Zahl von Selbstmorden in den europäischen Krisenstaaten mitverantwortlich gemacht hatte. Daraufhin bekräftigte der Linken-Wirtschaftsexperte Michael Schlecht in einer Kurzintervention diesen Vorwurf und sagte:

„Insofern zieht die deutsche Politik mittlerweile eine breite Blutspur mindestens durch Südeuropa.“ Die Grünen wollen diese Äußerung nun im Ältestenrat des Bundestages zur Sprache bringen.

Der Jahreswirtschaftsbericht wurde an die Ausschüsse überwiesen. Er prognostiziert eine Zunahme der Einkommen der privaten Haushalte um 2,3 Prozent. Die Nettolöhne der Arbeitnehmer sollen um ein Prozent steigen. Die Preisentwicklung werde mit 1,8 Prozent „moderat“ und die Arbeitslosenquote weitgehend unverändert bleiben. Ebenfalls überwiesen wurde das Jahresgutachten 2012/13 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (17/11440). Es enthält eine etwas positivere Konjunkturprognose als der Jahreswirtschaftsbericht, allerdings war bei seiner Vorstellung im November der Einbruch im vierten Quartal noch nicht so absehbar. Peter Stützel

»Deutschland hat so positive Daten wie kein anderes Land in der EU.«

Michael Fuchs (CDU)

## EDITORIAL

### Suche nach Vertrauen

VON JÖRG BIALLAS

Deutschland atmet auf. Wir haben die Euro-Krise bisher ohne elementare Blessuren überstanden. Der Arbeitsmarkt zeigt sich stabil wie lange nicht. Die Konjunktur ist weit davon entfernt, unkontrollierte Kapriolen zu schlagen. Die Bevölkerung wächst nach Jahren des Schwundes. Und das Schöne: Es bleibt entspannt. Jedenfalls laut Jahreswirtschaftsbericht 2013, den Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in der vergangenen Woche dem Deutschen Bundestag vorgestellt hat. Und doch wird diese Nachricht die Bevölkerung nicht vor Glück taumeln lassen. Zu tief haben sich die Sorgen über ein europäisches Finanzdebakel in das Bewusstsein der Nation gefressen. Die Befürchtung, dass die unkontrollierbare Macht der Großbanken nach wie vor nicht ausreichend beschnitten ist, tut ein Übriges, Skepsis für die Zukunft zu nähren. Der Politik wächst damit eine Aufgabe zu, die angesichts der Grundstimmung alles andere als leicht zu erfüllen ist. Es gilt, neues Vertrauen zu schaffen. Bei Arbeitnehmern, die auf gesicherte Erwerbsquellen setzen. Bei Arbeitgebern, die investitionsfördernde Rahmenbedingungen brauchen. Bei Schülern, Auszubildenden und Studenten, die darauf bauen können müssen, dass Bildung sich lohnen wird. Schließlich bei allen jenen, die auf das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind. Wie schwierig es ist, all diese Ansprüche wirtschaftspolitisch unter einen Hut zu bringen, zeigt beispielhaft die Arbeit der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages. Im Bemühen, Lebensqualität nicht ausschließlich über den Wachstumsfaktor Bruttoinlandsprodukt zu definieren, deutet sich zum Ende der gemeinsamen Arbeit ein Dissens zwischen Koalition und Opposition an (Seite 3). Trotzdem war die zweijährige Mühe der 17 Parlamentarier und ebenso vieler externer Sachverständiger nicht umsonst. Denn auch abgesehen von der strittigen Frage, wie bedeutend kontinuierliches Wirtschaftswachstum für den Wohlstand in einer Gesellschaft ist (Gastkommentare Seite 2), darf der Abschlussbericht mit Spannung erwartet werden. Wenn Deutschland jetzt aus guten Gründen aufatmet, heißt das nicht, dass diese Entspannung von Dauer sein wird. Schon bald könnte die Unwägbarkeit von Prognosen die Vorhersagen Lügen strafte und hechelnde Hektik den Ausdruck der Erleichterung wieder ablösen.

## Das Geheimnis der Prognosen

**WIRTSCHAFT II** Nach einem schwachen vierten Quartal 2012 geht die Regierung mit ihrer Schätzung für 2013 auf Nummer sicher

**P**rognosen sind schwierig, besonders wenn sie auf die Zukunft gerichtet sind, spottet der Volksmund über die Arbeit von Wirtschaftsgutachtern, Steuerschätzern und anderen Experten. Zu deren Instrumenten scheint oft genug die Glaskugel zu gehören. In der Tat leisteten sich Ratingagenturen die größte Fehleinschätzung ihrer Geschichte, als sie dem amerikanischen Finanzinstitut „Lehman Brothers“ noch kurz vor dem Zusammenbruch 2008 Bestnoten ausstellten, was viele Anleger noch zum Kauf von Lehman-Produkten verführte. Mit dem Zusammenbruch von Lehman begann die internationale Finanzkrise, die immer noch nicht überwunden ist.

**Krise wirkt nach** Sichtbar werden die Auswirkungen der Krise an der jüngsten Wachstumsprognose der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht (17/12070), der am Mittwoch vom Kabinett beschlossen und am Donnerstag im Bundestag debattiert wurde. Die Bundesregierung hatte noch im letzten Jahr mit einer stärkeren Erholung der Wirtschaft und einem Wachstum bis zu einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts gerechnet. Ganz vorsichtig wurde die Prog-



Baustelle Akropolis. Die südeuropäische Schuldenkrise macht alle Prognosen unsicher.

nose für 2013 jetzt auf 0,4 Prozent Wirtschaftswachstum zurückgenommen. Hauptgrund dafür war das sehr schwache vierte Quartal des letzten Jahres. Arbeitslosigkeit und Beschäftigtenstand dürften im neuen Jahr fast unverändert bleiben. Auch wenn ein Wachstum von 0,4 Prozent nicht besonders erfolgreich aussieht, so werde die deutsche Wirtschaft spürbar kräftiger wachsen als der Durchschnitt der Eurozone (plus

0,16 Prozent), heißt es im Jahreswirtschaftsbericht. 2012 hatte das deutsche Wachstum 0,7 Prozent betragen, während in der Eurozone insgesamt Stillstand herrschte und die Wirtschaft in einigen Ländern wie Griechenland sogar schrumpfte. Wie unsicher Prognosen sein können, räumt die Regierung selbst ein, wenn sie von ihren „zentralen Annahmen“ zur europäischen Schuldenkrise schreibt: „Es

kommt zu keinen weiteren negativen Entwicklungen, in deren Folge die Verunsicherung der Marktteilnehmer steigt. Der Finanzsektor bleibt stabil.“ Die nach wie vor nicht ausgestandene Schuldenkrise in einigen Ländern der Eurozone stelle das größte Risiko dar. Im letzten Jahr hatten die Prognostiker der Bundesregierung mit ihrer Voraussage für 2012 einen Volltreffer gelandet: Sie hatten den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts auf 0,7 Prozent geschätzt und Recht behalten. Die führenden Forschungsinstitute und auch internationale Organisationen waren durchweg pessimistischer gewesen und von Wachstumsraten zwischen 0,3 und 0,6 Prozent ausgegangen. Manchmal sind Fehlprognosen erfreulich: Die Bundesregierung hatte mit einem Beschäftigungszuwachs von 220.000 im letzten Jahr gerechnet. Tatsächlich waren es mit 420.000 fast doppelt so viele neue Stellen. h/e

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRACHEN WIR MEHR WACHSTUM?

Alle wären ärmer

PRO



Jan Dams  
»Wolke-Gruppe

Spätestens seit Ausbruch der Finanzkrise streiten sich Experten und Politiker weltweit, ob das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für den Wohlstand einer Gesellschaft taugt. Was sich zunächst wie eine Auseinandersetzung unter Fachleuten anhört, dreht sich in Wahrheit um die Frage, ob die entwickelte Welt die Grenzen des Wachstums erreicht hat und ob der Kapitalismus das richtige Wirtschaftssystem ist, um die gesellschaftlichen Probleme der Zukunft zu lösen. Für einige Politiker hierzulande ist die Antwort klar: Nicht Wachstum ist entscheidend dafür, dass es den Menschen in diesem Land gutgeht, sondern Umverteilung von oben nach unten. Sicher, es gibt Staaten auf der Welt, in denen die Einkommens- und Vermögensungleichheit so groß ist, dass jeder erwirtschaftete Dollar oder Euro zwar das BIP erhöht, nicht aber den Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes. Deutschland jedoch gehört nicht zu diesen Staaten. Bei allen Einkommens- und Vermögensunterschieden, die es gibt, ist die Bundesrepublik von solchen Zuständen in meist undemokratischen Gemeinschaften weit entfernt. Die Deutschen brauchen daher Wachstum – nicht nur, um ihren Wohlstand zu mehren, sondern um ihn zu halten. Wenn Deutschland nicht mehr wächst, wandern Investoren in jene Weltregionen ab, in denen es wirtschaftlich bergauf geht. Betriebe in Deutschland würden schließen, Menschen arbeitslos. Auf Dauer wäre es für den Staat unmöglich, diese Entwicklung über Sozialtransfers abzufedern – allen Steuererhöhungen für Gutverdiener zum Trotz. Am Ende wären ohne Wachstum alle ärmer. Wer das nicht glaubt, sollte sich einmal die Länder der Euro-Zone ansehen, deren Wirtschaft seit dem Ausbruch der Schuldenkrise kriselt. So wollen wir nicht leben.

Unsinnige Fixierung

CONTRA



Markus Sievers  
»Frankfurter Rundschau«,  
»Berliner Zeitung«

Die junge Frau tut etwas fürs Wachstum. Sie fährt ihr neues Auto, übermüdet von einem langen Arbeitstag, gegen die Wand. Mit der anschließenden Reparatur in der Werkstatt steigert sie das Bruttoinlandsprodukt. Ihre Schwester verhält sich wachstumsfeindlich. Sie fährt umweltbewusst mit dem Fahrrad zum Büro und kocht auch noch zu Hause selbst, statt im Restaurant den Umsatz anzukurbeln. Sie drückt das Wachstum. Schon dieses kleine Beispiel zeigt, wie unsinnig die Fixierung auf immer mehr Wachstum ist. Doch in Deutschland gilt noch immer das Stabilitätsgesetz, das Bund und Länder verpflichtet, für Wirtschaftswachstum zu sorgen. Dabei ist die Politik längst weiter – jedenfalls große Teile von ihr. Während Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) das Mini-Wachstum in diesem Jahr mit dem Hinweis verteidigte, schon bald werde es wieder mehr, suchen die Abgeordneten im Bundestag in einer Enquete-Kommission zusammen mit Experten nach neuen Zielvorgaben für die Wirtschaftspolitik. Bei allen Meinungsverschiedenheiten stellte sich ein breiter Konsens heraus: Wachstum ist bestenfalls ein Mittel zum Zweck, aber kein Ziel an sich. Wenn die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes die sozialen Probleme nicht lindert oder wenn der zunehmende Ressourcenverbrauch die Lebensgrundlagen gefährdet, ist für die Gesellschaft nichts gewonnen. Es gilt daher, einen umfassenderen Zielkatalog zu schaffen. Erfolgreich ist eine Regierung, wenn die Menschen sich dank entsprechender Bildungsangebote entwickeln können, wenn möglichst viele am Berufsleben teilhaben können und wenn das Land nachhaltig wirtschaftet, sowohl in ökologischer als auch in haushaltspolitischer Sicht. Das wären wirklich lohnenswerte Ziele.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Hinsken, die Bundesregierung erwartet in ihrem Jahreswirtschaftsbericht für 2013 ein Wachstum von 0,4 Prozent. Womit rechnen Sie?

Mir wäre es lieber, wenn eine Eins vorne steht. Das halte ich auch durchaus für möglich. Bei den Arbeitsplätzen werden wir leider einen leichten Rückgang haben. Aber ansonsten kann man mit der momentanen Lage durchaus zufrieden sein. Denn wir konnten in den letzten Jahren, im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa, eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung verzeichnen.

Die im vergangenen Jahr wesentlich vom Export getragen war. Und für das laufende Jahr erwartet die deutsche Exportwirtschaft eine weitere Steigerung. So erfreulich das ist – macht sich Deutschland dadurch nicht immer abhängiger von der Weltkonjunktur?

Wir dürfen nicht vergessen: Deutschland ist Exportland Nummer zwei in der Welt, direkt nach den Chinesen. Diesen Status zu behalten, ist nicht leicht. Und wenn dann neben den Exporten noch etwas getan wird für das Antreiben der Binnenkonjunktur, dann ist das mehr als vernünftig. Wir bekommen eine Steuerentlastung der Bürger um acht Milliarden Euro. Diese geballte Kaufkraft wird sich positiv auf die Binnenkonjunktur auswirken. Wir hätten noch viel mehr tun wollen, Stichwort energetische Gebäudesanierung, Abbau der kalten Progression, Jahressteuergesetz 2013 und 8. GWB-Novelle. Doch bedauerlicherweise gab es hier ein langes Hickback im Vermittlungsausschuss, und mittlerweile ist, salopp gesprochen, das Kind gestorben. Wir lassen da aber nicht locker. Das Thema muss auf neue Beine gestellt werden, denn es ist eines der billigsten, effizientesten und besten Konjunkturprogramme, das es gibt.

Sehen Sie die Gefahr, dass sich die Euro-Krise weiter zuspitzt und Deutschland mit nach unten zieht?

Diese Gefahr ist durchaus gegeben. Darum sind wir fast dazu verdammt, anderen Ländern zu helfen, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen und die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Aber es muss uns klar sein: Diese Gelder, in welcher Weise die auch immer fließen, sind Steuergelder. Die werden von den Bürgern abverlangt und anderen Ländern gegeben. Es ist doch nicht unverschämte, wenn wir von diesen fordern, berechnete Auflagen zu erfüllen, um wieder auf die Beine zu kommen. In der letzten Woche konnte ich bei der Klausurtagung in Kreuth mit dem Ministerpräsidenten von Irland, Enda Kenny, ein Gespräch über die Situation in seinem Land führen. Dabei wurde deutlich, wie ernst die Iren es mit ihrer Reformpolitik meinen. Bei ihnen wird, im Gegensatz zu uns, die Lebensaltersgrenze nicht auf 67 hochgesetzt, sondern auf 68 Jahre.

Was das größte Sorgenkind angeht, Griechenland, so sind beim letzten EU-Gipfel die akuten Gefahren erst mal umschifft worden. Aber viele sagen, da wurde nur Zeit gekauft, der nächste Schuldenschnitt kommt, aber dann nach der Bundestagswahl. Glauben Sie das?

Diese Befürchtungen kann ich nachvollziehen. Das Gegenteil ist der Fall, was uns optimistisch sein lässt. In den letzten Monaten sind acht Milliarden Euro wieder nach Griechenland zurückgefließen. Wobei uns auch bewusst ist, dass ein Vielfaches dessen abgewandert ist. Aber ich bin zuversichtlich, dass die Griechen so viel Nationalabwusstsein haben und künftig Vertrauen schöpfen, ihr Geld wieder dahin zurückbringen, wo sie es gehabt haben, nämlich zu griechischen Banken.

Um zu den Konjunkturaussichten zurückzukommen: Die Unternehmen beklagen steigende Energiekosten als Konjunkturhemmnis. Auf der anderen Seite, Sie haben es schon angesprochen im Zusammenhang mit der Gebäudesanierung, gibt es ja auch Chancen durch die Energiewende. Jammert da die Wirtschaft vielleicht zu Unrecht?



ERNST HINSKEN Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses und CSU-Politiker gibt sich optimistischer als die Regierung im Wirtschaftsbericht

Wir müssen sehen: Der Energiepreis ist ein Kostenfaktor ohne Gleichen. Die USA sind dabei, die Energiekosten enorm zu senken. Auch rundum in Europa sind die Energiepreise viel niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben bei den Energiepreisen leider einen Spitzenplatz in Europa, ja sogar weltweit. Daher war es richtig, energieintensive Betriebe beim Nettogeld zu entlasten. Man stelle sich vor: BASF braucht alleine so viel Strom wie ganz Dänemark. Ich könnte Ihnen mehrere Firmen nennen, die sich mit dem Gedanken tragen, woanders zu investieren, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden als bei uns.

Hat die Regierung in der Energiepolitik noch Pfeile im Köcher, die sie vor der Wahl abschießen kann?

Wie ernst es der Bundesregierung mit der Erneuerbaren Energie ist, zeigt die Tatsache, dass eine hochrangige Kommission gebildet wurde, der die Bundeskanzlerin und andere Entscheidungsträger angehören. Diese Kommission trifft sich künftig alle Vierteljahre, um die Energiewende zu einem Erfolg zu bringen. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien gibt es mehrere Probleme. Es muss sichergestellt werden, dass der Strom auch dann zur Verfügung steht, wenn man ihn braucht. Bis wir Strom vernünftig speichern können, wird es meiner Meinung nach noch mindestens acht bis zehn Jahre dauern. Aber wir sind dabei, Gas zu geben. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, dass im Bereich der Erneuerbaren Energien über 380.000 Arbeitsplätze entstanden sind. Und das ist doch eine nicht zu vernachlässigende Tatsache.

Der Präsident des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel, Anton Börner, meint, dass es neben Energie- und Lohnkosten auch der Fachkräftemangel ist, der Unternehmen darüber nachdenken lässt, Betriebe ins Ausland zu verlagern. Sehen Sie diese Gefahr auch?

Ja, die sehe ich mit großer Sorge. Führende Vertreter der Wirtschaft sagen mir: Wir könnten momentan 140.000 tüchtige Ingenieure, Techniker usw. einstellen, wenn wir sie hätten. Auf der anderen Seite haben wir derzeit in Deutschland über 240.000 ausländische Studenten. Von denen bleiben jährlich nur ungefähr 6.000 da. Die anderen gehen nach Großbritannien, nach Schweden, nach Norwegen oder in die USA. Bei uns werden sie hervorragend ausgebildet, wir investieren in diese jungen, tüchtigen Leute und andere Länder profitieren von deren Können. Und warum ist das so? Weil sie anderswo bessere Bedingungen und Bezahlung vorfinden. Das passt doch etwas nicht zusammen. Deshalb meine ich, wir müssen uns schnellstens Gedanken machen, wie wir diese Leute vermehrt zum Bleiben in Deutschland veranlassen können.

Herr Hinsken, wenn ich zum Schluss noch eine persönliche Frage stellen darf: Sie sind jetzt die neunte Legislaturperiode im Bundestag. So lange gehören nur sehr Wenige dem Parlament an. Aber im Herbst soll für Sie Schluss sein. Überkommt Sie da Wehmut?

Ich würde nicht die Wahrheit sagen, wenn ich behäupte, dass ich keine Wehmut spüre. Wobei ich von niemandem gedrängt wurde, aufzuhören. Außerdem hätte ich aus den eigenen Reihen keinen Gegenkandidaten gehabt. Ja, ich wurde von einem CSU-Kreisverband meines Wahlkreises sogar aufgefordert, unter allen Umständen noch einmal zu kandidieren. Doch wenn man 33 Jahre dem Deutschen Bundestag angehört, den 70. Geburtstag in Kürze erwarten kann und sieht, dass dynamische, tüchtige junge Leute schon darauf warten, einmal die Nachfolge anzutreten, dann soll man nicht im Wege stehen, sondern der Jugend eine Chance geben. Genauso wie ich das selbst als 37-Jähriger eingefordert habe, als ich als Bundestagsabgeordneter 1980 in die große Politik eingestiegen bin.

Das Interview führte Peter Stützel.

Ernst Hinsken (Jahrgang 1943) gehört dem Parlament seit 1980 an. Der Bäckermeister und Konditor war Parlamentarischer Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium. Der CSU-Abgeordnete leitet jetzt den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Leipziger: Wolfgang Tiefensee

Wolfgang Tiefensee zeigt sich wenig beeindruckt vom Jahreswirtschaftsbericht 2013 der Bundesregierung mit seinen vielen guten Zahlen: Die deutsche Wirtschaft sei zwar „robust aufgestellt“ und stehe europaweit noch gut da, konzediert der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er „vermisst aber konkrete Maßnahmen der Regierung angesichts der vielen düsteren Anzeichen der Konjunktur“. Die Ausrustungsinvestitionen gingen zurück, Deutschlands Manager sähen ein Drei-Jahres-Tief, Europa sei „längst nicht mehr auf dem Wachstumspfad“, warnt Tiefensee. Da müsse Berlin, statt bloße Zielformulierungen wie im Jahreswirtschaftsbericht auszugeben, „beherzt eingreifen“. Der frühere Leipziger Oberbürgermeister und Bundesverkehrsminister präsentiert in seinem Büro die ganze Palette sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik: Mehr Mittel für regionale Wirtschaftsförderung, Zurückdrängen der Aufstockerzahlen, flächendeckende Mindestlöhne, Professionalisierung der Fachkräfteausbildung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der SPD-Politiker hat auch die Meldung, dass Deutschland 2012 keine Schulden mehr gemacht hat, positiv aufgenommen. Dies habe aber auch viel mit den „guten Zinsbedingungen“ für Deutschland aufgrund der Euro-Krise zu tun und mit der florierenden Wirtschaft der letzten Jahre, wo Tiefensee auf die „Agenda“-Politik von SPD-Kanzler Gerhard Schröder samt der Konjunkturmaßnahmen 2008/9 der Großen Koalition verweist. „All das ist aber nichts zum Ausruhen“, mahnt der schlaksige, hochgewachsene Sachse.

Scharf geht Tiefensee mit der Energiewende der bürgerlichen Koalition ins Gericht. Hier sieht er „viel Chaos“. Und überhaupt die Euro-Krise: Die bleibe latent gefährlich. Hier schwenke Kanzlerin Angela Merkel (CDU) immer wieder auf SPD-Forderungen ein. Die Risiken und Belastungen, die auf Deutschland zukommen könnten, würden von der Regierung weiter nicht ehrlich angesprochen.



Die Aufgabe des Wirtschaftsexperten der SPD-Fraktion könnte Tiefensee einen neuen Karriereschub geben. Im Juli 2012 hatte ihn die Fraktion dazu gewählt, nachdem Vorgänger Garrelt Duin als Wirtschaftsminister nach NRW gewechselt war. Seit Herbst 2009 war Tiefensee zunächst „einfacher Bundestagsabgeordneter“. Freut er sich, wieder mehr im Rampenlicht zu stehen? „Nein, es geht nicht um Rampenlicht“, sagt Tiefensee energisch. Der gebürtige Geraer, der seit dem dritten Lebensjahr in Leipzig wohnt und dem es an Selbstbewusstsein nicht mangelt, gibt sich bescheiden: „Ich will meiner Fraktion mit Rat, Tat, Erfahrungen und Ideen zur Verfügung stehen.“ Die Aufgabe sieht der 58-Jährige als „neues interessantes Feld wie so vieles, was ich seit 1990 kennen gelernt habe“. Das war eine Menge. Der Zweifach-Ingenieur für Elektrotechnik und Informatik stammt aus einer katholischen Familie und hält sich vom DDR-System fern. Den Wehrdienst verweigerte er und wird „Bausoldat“. Erst mit der Wende wird Tiefensee aktiv und wirkt in der „Stadt der Revolution“ am Runden Tisch mit. Er geht in die Kommunalpolitik. 1995 tritt Tiefensee auf Drängen von Leipzigs OB Hinrich Lehmann-Grube in die SPD ein und wird 1998 zu dessen Nachfolger gewählt. Hier hat Tiefensee bis 2005 seine besten politischen Jahre und glänzt mit Erfolgen wie der BMW- oder Porsche-Ansiedlung. Leipzigs Olympia-Bewerbung scheitert zwar, macht Tiefensee aber als „Gesicht des Ostens“ bundesweit bekannt. 2002 widersteht Tiefensee („Mein Platz ist in Leipzig“) dem Drängen von Kanzler Schröder, ins Kabinett zu gehen. 2005 wird er dann doch Bundesminister für Verkehr und Aufbau Ost. Es sind bis 2009 harte Jahre für Tiefensee im für ihn fremden Berliner Politikbetrieb. Der Börsengang der Bahn scheitert. Für Tiefensee ist all dies abgehakt: „Das ist Schnee von gestern.“ Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung führt auch Tiefensee ein neues politisches Leben. Seit Mitte 2009 leitet er das Forum Ostdeutschland der SPD und seit Ende 2012 ist er als Nachfolger von Joachim Gauck Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“. Im Februar will ihn Leipzigs SPD für die Bundestagswahl 2013 aufstellen. Entspannung findet der kunstsinigende Politiker und Vater von vier Kindern beim Cellospielen und bei Ausflügen in die Natur.

»Ich vermisste konkrete Maßnahmen der Regierung angesichts der vielen düsteren Anzeichen der Konjunktur.«

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(äußer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@  
bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Dr. Verena Renneberg (ver)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)  
Dr. Thomas von Winter (twv)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
18. Januar 2013

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhseestraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) – hier vor dem Bundestag bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts – musste die Wachstumsprognosen für 2013 mehrfach nach unten korrigieren.

# Durchwachsene Robustheit

**JAHRESWIRTSCHAFTBERICHT** Nach einem schwachen Start soll es im zweiten Halbjahr wieder besser laufen

Schon bei der Abfassung des Jahreswirtschaftsberichts 2013 war klar: Dies wird kein normales Wirtschaftsgutachten werden, wie es die „Fünf Weisen“ jedes Jahr im Frühjahr und Herbst für die Bundesregierung aufstellen. Dazu sind die Zeiten angesichts der europäischen Staatsschuldenkrise, der gerade erst anlaufenden Tarifrunde 2013 und der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst zu turbulent und unberechenbar. Die Regierungserklärung von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am Donnerstag gab dafür bereits einen kurzen Vorgeschmack. Denn die Risiken für die deutsche Volkswirtschaft werden auch in diesem Jahr nicht geringer werden. Einen Tag vor der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts im Bundestag hatte die Bundesregierung die Wachstumsprognose für das Jahr 2013 deshalb noch einmal gesenkt – auf 0,4 Prozent. Nach einem schwachen Start werde das zweite Halbjahr aber wieder besser laufen. Pünktlich zur Bundestagswahl könnten die Nachrichten aus der Wirtschaft somit auch wieder besser klingen. Deshalb wurde die Diskussion vor allem über die Wachstumsprognose des „Sachverständigenrats zur Begutachtung des gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, wie die „Fünf (Wirtschafts-)Weisen“ offiziell heißen, im Bundestag bei den verschiedenen Fraktionen auch höchst strittig diskutiert. Im Herbst hatte Bundeswirtschaftsminister Rösler noch mit einem Wachstum von einem Prozent für dieses Jahr gerechnet. Davon kann jetzt keine Rede mehr sein. Für das zurückliegende Jahr 2012 errechneten die Konjunkturforscher ein Plus von 0,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2011 wuchs das BIP dagegen noch um drei Prozent. 2010 waren es 4,2 Prozent.

**Unveränderte Inflationsrate** Auch soll die Inflationsrate 2013 unverändert bei zwei Prozent bleiben. Seit Juli letzten Jahres liegt sie sogar leicht unter dieser Marke. Die Arbeitslosenquote sehen die Konjunkturforscher unter drei Millionen bleibend. Einziger Wermutstropfen: Die jährliche Neuverschuldung wird sich auf ein Prozent des BIP belaufen. Sie liegt damit zwar deutlich unter der Obergrenze von drei Prozent, die im Maastrichter Vertrag festgeschrieben ist, aber die Schuldenquote sinkt insgesamt nur auf 80,3 Prozent und würde damit immer noch über dem Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts liegen. Damit schrammt die deutsche Volkswirtschaft vermutlich haarscharf von den Boomjahren 2010/11 kommend über das Jahr 2012 mit einem zwar nur noch moderatem Wachstum an einer drohenden Rezession vorbei. Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in Europa, in das immer noch die meisten der deutschen Exporte fließen, nimmt damit die deutsche Wirtschaft aber immer noch eine Ausnahmestellung ein. „Deutschland steht gut da. Unsere Wirtschaft ist robust“, sagte Rösler denn auch in einer ersten Einschätzung der Wachstumsprognose. Mit diesem Resümee steht die Regierung nicht allein da: Auch die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute er-

warten, dass Deutschland – anders als einige andere große Euro-Staaten – noch einmal mit einem blauen Auge davon kommen wird. Deutschland sei der Stabilitätsanker und Wachstumsmotor für Europa und habe „mit konsequenten strukturellen Verbesserungen“ die Grundlage für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Rekordbeschäftigung gelegt, heißt es. Deshalb habe die Wirtschaft die Krise auch schneller überwunden als andere Staaten. „Die Einschätzung der Experten gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass es sich entgegen wiederholter vorgebrachten Warnungen vor einer Rezession lediglich um eine Konjunkturdelle handelt“, meint zum Beispiel Wolfgang Franz, Direktor des Mannheimer „Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung“ (ZEW), eines der beteiligten Institute am Jahreswirtschaftsgutachten. Dass sich die Fachleute weniger Sorgen wegen der Staatsschuldenkrise machen, läge, so Franz, vor allem an den Wackelkandidaten Spanien und Italien. Diesen sei es gelungen, trotz niedrigerer Renditen in den vergangenen Monaten genug Abnehmer für Staatsanleihen zu finden. Mit ihrer eher konservativen Wachstumsprognose bewegt sich die Bundesregierung eher am unteren Rand der nationalen und internationalen Konjunkturerwartungen. So geht das Münchner Ifo-Institut von 0,7 Prozent Wachstum aus, das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie in Düsseldorf von 0,8 Prozent und das Berliner DIW sogar von 0,9 Prozent. Es gibt aber auch Pessimisten: Das Essener Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung erwartet nur 0,3

Prozent. Die OECD rechnet mit 0,5 Prozent fast genauso wie das Bundeswirtschaftsministerium. Denn die andauernde Verunsicherung auf den Kapitalmärkten über die hohen Staatsschulden im Euroraum und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten berge immer noch das größte Risiko für einen positiven wirtschaftlichen Verlauf in diesem Jahr, heißt es deshalb im Jahreswirtschaftsbericht. „Dadurch trübten sich auch die Konjunkturerwartungen der deutschen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2012 merklich ein.“ Zwar konnten die deutschen Exporteure auch im vergangenen Jahr im Rekordtempo die Umsatzgrenze von einer Billion Euro knacken, aber bereits im November sanken die deutschen Ausfuhrer in alle Welt so stark wie seit einem Jahr nicht mehr. Als Träger des Wachstums sieht die Bundesregierung für 2013 deshalb auch nicht mehr in erster Linie den Export. Weil es im übrigen Europa auch in diesem Jahr nicht rund laufen wird, wird der deutsche Außenhandel wahrscheinlich nicht seine gewohnte Rolle als Wachstumsträger einnehmen können. „Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Deutschland noch immer erheblich kräftiger als im Rest der Währungsunion, obwohl die derzeit schwache Nachfrage aus Nachbarländern wie

Frankreich und den Niederlanden die deutsche Wirtschaft belastet“, sagt beispielsweise DIW-Konjunkturchef Ferdinand Fichtner. Auch er vertraut auf eine bessere zweite Jahreshälfte. „Mit den verbesserten Absatzaussichten dürften die Unternehmen zudem wieder vermehrt investieren, zumal dies bei den derzeit günstigen Finanzierungsbedingungen besonders attraktiv ist“, sagt DIW-Experte Simon Junker. Auch wenn die deut-

werkschaften, könnten diese Binnennachfrage auf einem solchen Niveau gehalten werden. Deshalb ist auch der Chef der Industriegewerkschaft Metall, Berthold Huber, zuversichtlich, dass die ablaufende Konjunktur keinen Abschwung am deutschen Arbeitsmarkt auslösen wird. Er erwartet für 2013 weitgehend stabile Beschäftigungszahlen. Eine Krise, die sich in umfassendem Beschäftigungsabbau niederschlägt, sieht er nicht. Gleichzeitig fordert der mächtige IG-Metall-Chef jedoch angesichts der krisenhaften Entwicklung in anderen europäischen Ländern von der Bundesregierung, die Regelungen für die Kurzarbeit zu lockern. Ein Konjunkturabschwung bei den EU-Nachbarn könne womöglich auch den deutschen Arbeitsmarkt über kurz oder lang treffen.

**Bundesbank optimistisch** Übrigens rechnet auch die Bundesbank nicht mit einer baldigen Aufhellung der Aussichten für die deutsche Wirtschaft. Die Konjunkturerwartung sei „gegenwärtig von einem durchwachsenen Gesamtbild geprägt“, schreiben die Ökonomen der Notenbank. Die Konjunkturforscher rechnen damit, dass die deutsche Wirtschaft sogar erst 2014 wieder kräftig zulegen werde. Aber es ist nicht nur die europäische Staatsschuldenkrise, die den Konjunkturforschern Kopfzerbrechen und Sorgenfalten bereiten. Die Wirtschaftswissenschaftler warnen auch deutlich vor einem Nachlassen der Reformbemühungen der Politik gerade und ganz besonders im Wahljahr. „Bei allen Anstrengungen zur Überwindung der Euro-Krise darf nicht übersehen werden, dass es weiterhin wirt-

schaftspolitischen Handlungsbedarf im Inland gibt: Reformen im Gesundheitswesen und im Steuersystem müssen vorangebracht werden. Bereits umgesetzte oder eingeleitete Reformen, insbesondere am Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung, dürfen nicht zurückgenommen werden“, lautet ihr Votum.

**Steigende Rohstoffpreise** Mit ebenso viel Sorge sehen viele Unternehmen aber auch die sich abzeichnende, unheilvolle Entwicklung auf dem Energie- und Rohstoffmarkt, wo durch steigende Preise die aus ihrer Sicht derzeit die größten Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland ausmachen sind. Im Jahreswirtschaftsbericht 2013 der Bundesregierung heißt es dazu: „Die Energiepolitik sollte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch ein marktwirtschaftliches Quotenmodell ersetzen und einen langfristigen institutionellen Rahmen des Strommarkts festlegen und umsetzen, statt lediglich auf kurzfristig auftretende Probleme mit Ad-hoc-Maßnahmen zu reagieren.“ So befürchten Unternehmen Schwierigkeiten durch absehbare Verteuerungen bei Gas, Öl und Strom. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) bei gut 1.500 Firmen. DIHK-Präsident Hans Heinrich Dirmann hält es deshalb auch für „alarmierend“, dass die Unternehmen jetzt die Verfügbarkeit von Rohstoffen und die Energieversorgung als entscheidende Wettbewerbsfaktoren offensichtlich an manchen Standorten außerhalb Deutschlands günstiger bewerten“, sagte er. *Christoph Birnbaum*

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.

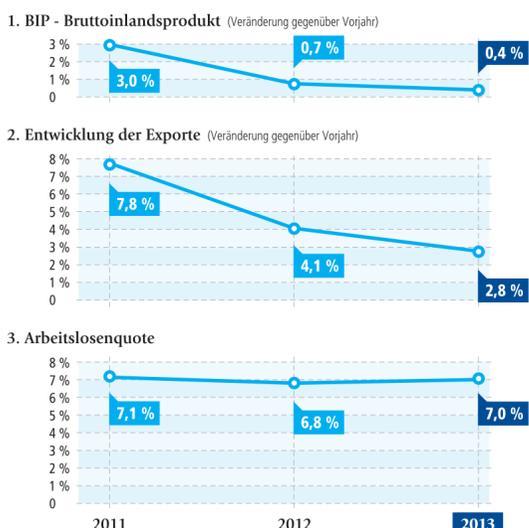
**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Bruttoinlandsprodukt**

Das Bruttoinlandsprodukt misst die wirtschaftliche Stärke eines Landes. Es werden alle produzierten Waren zusammengerechnet. Auch Dienstleistungen gehören dazu. Dienstleistungen sind zum Beispiel Wäschewaschen in Wäschereien oder Haarschneiden beim Friseur. Wenn man zusammenzählt, was 82 Millionen Menschen in Deutschland erwirtschaften, kommt eine unvorstellbar hohe Zahl zusammen: 2,65 Billionen Euro waren es im vergangenen Jahr. Das sind 2.600 Milliarden oder mit Nullen 2.650.000.000.000 Euro. Pro Kopf gerechnet wird die Summe verständlicher: Dann sind es 32.000 Euro für jeden Deutschen.

## Deutsche Wirtschaftsentwicklung 2013

Prognose laut Bundesregierung und Vergleich zu 2011 und 2012



Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2013 der Bundesregierung Stand: 16.01.2013 Grafik: Stephan Roters

schen Exporteure wegen ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit ihre Stellung auf den Weltmärkten ganz besonders gegenüber den immer wichtiger werdenden Schwellenländern wohl werden halten können, geht die Regierung dennoch davon aus, dass der Außenhandel das Wachstum rechnerisch belasten wird. Denn der Import dürfte den Export dieses Jahr übertreffen, was zu einem Außenhandelsdefizit führt. Umso wichtiger wird die Binnennachfrage. Das sehen übereinstimmend Bundesregierung und Wissenschaft so. „Die Wachstumskräfte werden sich weiter zur Binnennachfrage hin verlagern“, heißt es im Jahreswirtschaftsbericht. Die privaten Konsumausgaben würden spürbar zum Wachstum beitragen. „Der Arbeitsmarkt ist robust, die Einkommen steigen, und das Preisklima ist günstig“, lautet die Begründung. So stieg 2012 die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um 220.000 auf 41,3 Millionen – das sind so viele sozialversicherungs-pflichtige Arbeitnehmer wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik. 2013 könnten noch einmal knapp 60.000 Beschäftigte hinzukommen. Die Arbeitslosenquote würde demnach unter sieben Prozent fallen. Ein Wert, von dem andere große europäische Volkswirtschaften zurzeit nur träumen können. Gerechnet wird zudem in diesem Jahr mit einem Anstieg der Bruttolöhne je Arbeitnehmer um 2,4 Prozent. Die verfügbaren Einkommen sollen um drei Prozent steigen – Aussagen, die in den noch Ende Januar und im Februar anstehenden Tarifauseinandersetzungen vor allem in der wichtigen Metall- und Elektroindustrie, aber auch im Lager des Öffentlichen Dienstes aufmerksam verfolgt werden. Nur über hohe Tarifabschlüsse, so lautet die Position der Ge-

## Grenzen des Planeten

**ENQUETEKOMMISSION** Konflikt über Wachstumspolitik

Konfrontation in der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. In einer Kampfabstimmung setzten Union und FDP vergangene Woche ihr positives Verständnis von Wachstum als Leitbild für künftiges Wirtschaften durch. Zwar zeigte sich in der Debatte Koalition wie Opposition einig, dass Wachstum kein Ziel an sich sei. Der Sachverständige Karl-Heinz Paqué betonte jedoch, Wachstum stelle technisch-innovative wie finanzielle Mittel bereit, um Finanzkrisen oder Umweltbelastungen zu meistern und eine nachhaltige Gesellschaft zu ermöglichen. SPD-Obfrau Edelgard Bulmahn hingegen sagte, „schwere Krisen“ wie Umweltzerstörungen, Klimawandel oder soziale Ungleichheit erforderten ein grundlegendes Umdenken. Paqué sprach vom „Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft“. Wachstum sei nicht nur das Ergebnis von Ressourcenverbrauch, sondern in erster Linie von Innovationsschüben und Wissensfortschritten. Wachstum leiste einen Beitrag zur Beschäftigung, zur Gewährleistung von Sozialleistungen oder zum Schuldenabbau. Allerdings dürften sich Unternehmen nicht allein am Gewinn orientieren, sondern müssten einer „breiteren gesellschaftlichen Verantwortung“ gerecht werden, etwa beim Umweltschutz. Die Koalition lehnte es ab, bestimmte Wachstumsraten politisch vorzugeben. SPD, Linke und Grüne forderten eine „sozialökologische Transformation“, wobei der Staat nicht alles dekretieren, aber einen entsprechenden Regulierungsrahmen setzen solle, etwa bei den Finanzmärkten, sagte Bulmahn. Hermann Ott (Bündnis 90/Die Grünen) verlangte, in den „ökologischen Grenzen des Planeten“ auch „politische Grenzen“ zu sehen. Der Sachverständige Norbert Reuter unterstrich, auch ohne hohes Wachstum müsse gesellschaftliche Entwicklung möglich sein, etwa bei der Schaffung von Beschäftigung oder sozialem Ausgleich. Die Opposition plädierte für höhere Steuern auf große Einkommen sowie eine Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch. *Karl-Otto Sattler*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Medizinprodukte sind aus der modernen Medizin nicht mehr wegzudenken. Ähnlich wie Medikamente bilden sie ein wichtiges diagnostisches oder therapeutisches Instrument in der Hand des Arztes. Anders als Medikamente wirken Medizinprodukte aber in erster Linie physikalisch auf den menschlichen Körper ein. Dies klingt harmlos, sofern man an Produkte wie Stützstrümpfe, Rollstühle oder Hörgeräte denkt. Andere Produkte mit meist ebenfalls segensreicher Wirkung sind jedoch alles andere als harmlos. Sie bergen vielmehr ein zum Teil hohes Gefährdungspotential. Dies gilt vor allem für Medizinprodukte der sogenannten Risikoklasse III, wie Herzschrittmacher, Hüftprothesen oder Brustimplantate, die in den Körper eingepflanzt werden. Welche Gefahren hier lauern, ist der Öffentlichkeit im Dezember 2011 durch den sogenannten PIP-Skandal schlagartig bewusst geworden. Das französische Unternehmen Poly Implant Prothèse (PIP) hatte für Brustimplantate statt medizinischen Silikons billiges Industriosilikon verwendet, das erhebliche gesundheitliche Gefahren birgt. Der Skandal hatte auch eine politische Debatte über den Umgang mit Medizinprodukten in Gang gesetzt. Vergangene Woche lagen dem Bundestag dazu vier Anträge, einer der Koalition (17/11830) und drei der Opposition (17/8920, 17/9932 und 17/8581), zur abschließenden Beratung vor. Der Koalitionsantrag wurde angenommen, die Oppositionsanträge hingegen abgelehnt.

**Richtlinien** Das deutsche Medizinproduktegesetz sei stark durch entsprechende EU-Richtlinien geprägt. Diesen Hinweis hielt der Abgeordnete Dietrich Monstadt (CDU) für wichtig. Die Richtlinien würden zurzeit überarbeitet. Der Antrag der Koalition enthalte Forderungen, die von der Bundesregierung bei den Verhandlungen in EU-Recht umgesetzt werden sollten. Monstadt zufolge lehnt die Koalition anders als die Opposition eine staatliche Zulassung von Medizinprodukten der hohen Risikoklassen II b und III ab. „Die Lösungsansätze der Regierungskoalition suchen wir primär innerhalb des derzeitigen Marktzugangs- und Überwachungssystems“, meinte Monstadt. Außerdem dürften Medizinprodukte und Arzneimittel nicht gleich behandelt werden. Die Abgeordnete Marlies Volkmer (SPD) war da anderer Auffassung. Das geltende Zulassungsverfahren für Medizinprodukte sei anfällig für Manipulationen. „Die benannten Stellen sind private Unternehmen und verdienen an Beratung sowie Zulassung“, meinte Volkmer. Es sollte aber nur solche Medizinprodukte zugelassen werden, für die der Patientennutzen im Verhältnis zu den Risiken wissenschaftlich belegt sei. Daher setzt sich Volkmer für eine amtliche Zulassung für die Medizinprodukte höherer Risikoklassen ein. Hingegen halte die Koalition „noch immer an dem Irrglauben fest, dass das bestehende System ausreichende Sicherheit für die Patientinnen und Patienten gewährleistet“.

Der Abgeordnete Harald Weinberg (Die Linke) wurde zunächst grundsätzlich: „Die Medizinprodukte-Industrie ist kein Selbstzweck, sondern sie ist dazu da, um nützlich



## Vom Stent bis zum Katheter

### MEDIZINPRODUKTE Nach dem Skandal um Brustimplantate soll nun die Sicherheit für die Patienten erhöht werden

Implantate müssen höchsten Qualitätsanforderungen genügen, um der Gesundheit der Patientinnen nicht zu schaden.

che und sichere Produkte herzustellen“. Nützlich seien daher Zulassungsregelungen für Medizinprodukte, die die Industrie auf diesen Grundsatz verpflichteten. Es gebe immer wieder Meldungen, wonach Patienten Gesundheitsschäden davontrügen, weil Medizinprodukte in Deutschland und der gesamten EU viel zu schlecht geprüft würden. Die Zulassung müsse daher von einer zentralen Bundesbehörde statt durch den TÜV und andere Stellen vorgenommen werden.

**Laufende EU-Beratungen** Ähnlich argumentierte der Abgeordnete Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen). Die Koalition beschränke sich in ihrem Antrag darauf, der

Bundesregierung Wünsche mit auf den Weg zu tun, die laufenden EU-Beratungen über Medizinprodukte zu geben. „Im Kern entsprechen die Vorschläge weitgehend dem, was ohnehin bereits Gegenstand des EU-Verordnungsentwurfs ist. Insofern ist ihr Antrag eigentlich überflüssig“, folgte der Abgeordnete. Deutlicher könne man kaum zum Ausdruck bringen, dass die Koalition vor allem die Interessen der Medizinproduktehersteller vertrete. Es sei unverantwortlich, bei Produkten der höchsten Risikostufe keine klinischen Studien durchzuführen.

Der Abgeordnete Jens Ackermann (FDP) warnte hingegen vor politischem Aktionis-

mus. Die Lösung der bekannten Probleme müsse innerhalb des bestehenden Systems gesucht werden. Bevor man einen vollständigen Systemwechsel in Erwägung ziehe, sollten die bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten ausgereizt werden. „Das heißt aber auch, dass wir keine Verschärfung der Zulassungskriterien möchten, da die Standards bereits heute sehr hoch angesetzt sind“, betonte Ackermann. „Hier unterscheiden wir uns fundamental von der Opposition; die möchte nämlich am liebsten die Zulassungskriterien verschärfen“, sagte Ackermann. Dies hätte jedoch große Probleme bei der Markteinführung neuer Produkte zur Folge. *Thomas von Winter*

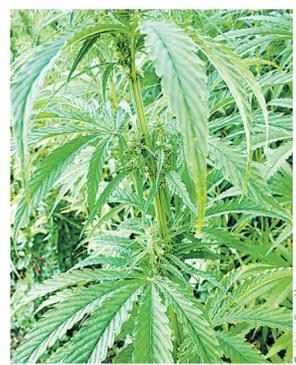
## Eigenanbau bleibt verboten

**DROGENPOLITIK** »Cannabis-Clubs« und »Drugchecking« soll es auch künftig nicht geben

Drogenpolitik bleibt ein heikles Thema. Die Meinungen prallen hier unverändert hart aufeinander. Dies zeigte sich erneut in der Debatte über zwei Oppositionsanträge, die vergangene Woche im Bundestag stattfand. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag (17/2050), das sogenannte Drugchecking einzuführen. Die Substanzanalyse sei eine Maßnahme der Drogenhilfe und diene der Abwendung gesundheitlicher Schäden, schreiben die Abgeordneten. Demgegenüber setzt sich die Fraktion Die Linke für einen legalen Cannabisanbau in sogenannten Cannabis-Clubs ein. In ihrem Antrag (17/7196) fordert die Linke, den Besitz von bis zu 30 Gramm Cannabiserzeugnissen zu legalisieren. Der Bundestag hat beide Anträge mehrheitlich abgelehnt.

In der Debatte verwies die Abgeordnete Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) auf die Gefährlichkeit von vermeintlich weichen Drogen. Wissenschaftlichen Studien aus den USA hätten den Nachweis erbracht, dass Cannabis Konsum das Gehirn schädigen könne, insbesondere bei Jugendlichen. „Eine Cannabislegalisierung hätte also gesundheitliche und psychosoziale Folgen, die aus meiner Sicht nicht hinnehmbar sind“, sagte Aschenberg-Dugnus. Für den Antrag der Grünen gelte das gleiche wie für den Linken-Antrag: Er sei realitätsfremd. Drugchecking spiegele den Konsumenten eine trügerische Sicherheit vor. „Besonders bei Jugendlichen kann damit der völlig falsche Eindruck entstehen, ein unbedenkliches und von offizieller Stelle geprüfetes Produkt erworben zu haben“, erklärte die Abgeordnete.

Die Abgeordnete Angelika Graf (SPD) teilt diese Einschätzung. Sie unterstellte den Linken zudem, sich mit einer liberalen Drogenpolitik ein jugendliches Image geben zu wollen. Die Folge sei, dass die negativen



Privatanbau von Hanf bleibt verboten

psychischen und physischen Auswirkungen des Drogenkonsums bagatellisiert würden. „Sie nehmen die Droge Cannabis nicht ernst“, sagte Graf. Auch von Projekten zum Drugchecking, wie die Grünen sie forderten, gehe ein falsches Signal aus. Sie suggerierten, dass eine getestete Droge ungefährlich sei. Drugchecking garantiere jedoch keinesfalls die Reinheit jeglichen erworbenen Stoffes. Außerdem seien Drogen „auch ohne zusätzliche giftige Beimengungen gefährlich und schädlich“, versicherte Graf. Die Abgeordnete Karin Maag (CDU) hob vor allem die strafrechtlichen Aspekte des Drogenkonsums hervor. Das Bundesverfassungsgericht habe 2005 bestätigt, „dass es richtig ist, die von Cannabis ausgehenden Gefahren mit den Mitteln des Strafrechts zu begrenzen“, sagte Maag. Auch die von Deutschland unterzeichnete Suchtstoffkonvention der Vereinten Nationen schreibe vor, jeden Gebrauch von Cannabis und an-

## Kostenfreiheit umstritten

**SCHULVERPFLEGUNG** Mehrheit hält Bund für nicht zuständig

Mit hungrigem Magen lernt es sich schlecht. Das wissen auch die Abgeordneten des Bundestages. Insofern herrschte während der Debatte am vergangenen Donnerstag Einigkeit in der Feststellung, dass ein qualitativ hochwertiges Mittagessen an Schulen und Kindertagesstätten wichtig ist. Die Forderung der Linken, dass dies kostenfrei sein müsse und der Bund die Finanzierung übernehmen solle, fand dennoch wenig Anklang. „Absurd“ nannte die Unionsabgeordnete Mechthild Heil den dazu vorgelegten Antrag (17/11880) und führte zur Begründung unter anderem die fehlende Zuständigkeit des Bundes an. Aber auch aus der Opposition kam Widerspruch. Die allein für die kostenfreie Verpflegung der Schulkinder benötigten 8,3 Milliarden Euro könnten in einem neuen Ganztagschulprogramm sinnvoller angelegt werden, fand Nicole Maisch (Grüne).

**Ausbildung** Kostenfreie Schulverpflegung bereitzustellen sei eine „gesamgesellschaftliche Aufgabe“, um deren Finanzierung sich der Bund kümmern müsse, führte Karin Binder (Die Linke) zur Begründung des Antrages aus. Man müsse allen Kindern die Chance auf einen guten Schulabschluss geben. Nur so könnten sie in die Lage versetzt werden, eine Ausbildung zu absolvieren und später selbst für ihr Auskommen zu sorgen, befand sie. „Bildung ist Ländersache“, entgegnete Mechthild Heil (CDU). Aufgabe des Bundes könne es lediglich sein zu informieren. Dabei seien die vom Bund unterstützten „Vernetzungsstellen Schulver-

pflegung“ sehr erfolgreich, weil sie eine große Hilfe für die Verantwortlichen vor Ort sein könnten. Der Linken-Antrag sei nicht nur absurd sondern auch überflüssig, da viele Forderungen darin schon erfüllt seien, sagte Heil.

**Finanzierung** Nicole Maisch wiederum nannte es absurd, dass Union und FDP die so gelobten Vernetzungsstellen finanziell austrocknen ließen. Es sei ihr auch nicht verständlich, dass die elf Millionen Schul- und Kitakinder von der Bundesregierung nicht als „Absatzmarkt für hochwertige regionale Produkte“ gesehen und die förderungspolitischen Instrumente darauf eingestellt würden, sagte sie. Einer direkten Finanzierung des Schullebens stehe derzeit das Grundgesetz im Wege, räumte Petra Crone (SPD) ein und sprach sich für die Abschaffung des Kooperationsverbotes aus. Ihre Fraktion sei unabhängig davon bereit, einen Einstieg des Bundes in die Schulverpflegung zu prüfen. „Nicht nur bei den notwendigen Investitionen, sondern auch bei einem tatsächlichen Beitrag pro Kind“, machte sie deutlich.

Davon hält Hans-Michael Goldmann (FDP) nichts. Vielmehr müsse klargestellt werden: „Das ist ein Länderauftrag.“ Zudem sollte es um die Schaffung eines Ernährungsbewusstseins gehen, forderte er. „Das ist wichtiger, als unentgeltlich zu verpflegen.“ Dem Ansinnen der Linken frönte er. „Das ist wichtiger, als unentgeltlich zu verpflegen.“ Dem Ansinnen der Linken frönte er. „Das ist wichtiger, als unentgeltlich zu verpflegen.“ Dem Ansinnen der Linken frönte er. „Das ist wichtiger, als unentgeltlich zu verpflegen.“ *hau*

## Konflikt beim Kita-Ausbau

**FAMILIE** Erneut Gesetz über Bundeszuschüsse eingebracht

Der Bund soll sich an der Finanzierung von 30.000 zusätzlichen Plätzen in der öffentlich geförderten Betreuung von Kindern unter drei Jahren beteiligen. Der Bundestag beriet am vergangenen Donnerstag über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/12057). Mit dem Gesetz soll eine Einigung zwischen Bund und Ländern aus dem vergangenen Jahr umgesetzt werden. Diese hatten sich darauf verständigt, die auf dem Krippenpfleg im Jahr 2007 vereinbarte Zahl von 750.000 Betreuungsplätzen auf 780.000 zu erhöhen. Ursprünglich war die Einigung Bestandteil des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages gewesen. Doch der Bundesrat hatte dem Fiskalvertrag Ende vergangenen Jahres die Zustimmung verweigert. Deswegen müsse nun erneut ein gesondertes Gesetz verabschiedet werden, um den Kita-Ausbau nicht zu gefährden, betonte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) in der Debatte. Die damit verbundene Verzögerung gehe auf das Konto der Länder. Hamburgs Familiensenator Detlef Scheele (SPD) hielt dagegen, die Länder hätten dem Fiskalvertrag nicht wegen des Kita-Ausbaus die Zustimmung verwei-

gert. Der Fiskalvertrag sei schließlich am 30.000 zusätzlichen Plätzen in der öffentlich geförderten Betreuung von Kindern unter drei Jahren beteiligen. Der Bundestag beriet am vergangenen Donnerstag über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/12057). Mit dem Gesetz soll eine Einigung zwischen Bund und Ländern aus dem vergangenen Jahr umgesetzt werden. Diese hatten sich darauf verständigt, die auf dem Krippenpfleg im Jahr 2007 vereinbarte Zahl von 750.000 Betreuungsplätzen auf 780.000 zu erhöhen. Ursprünglich war die Einigung Bestandteil des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages gewesen. Doch der Bundesrat hatte dem Fiskalvertrag Ende vergangenen Jahres die Zustimmung verweigert. Deswegen müsse nun erneut ein gesondertes Gesetz verabschiedet werden, um den Kita-Ausbau nicht zu gefährden, betonte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) in der Debatte. Die damit verbundene Verzögerung gehe auf das Konto der Länder. Hamburgs Familiensenator Detlef Scheele (SPD) hielt dagegen, die Länder hätten dem Fiskalvertrag nicht wegen des Kita-Ausbaus die Zustimmung verwei-

## Wettbewerb um Patienten

**PRIVATE KRANKENKASSEN** Ihr Nutzen ist umstritten

Eigentlich ist die Gesundheitspolitik mit ihren vielen komplizierten Regelungen kein Feld für politische Grundsatzkonflikte. Mit einer Ausnahme: beim Thema Private Krankenversicherung. Die FDP hält die Dualität von gesetzlicher (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV) für einen Ausdruck der Wahlfreiheit der Versicherten. Auch die Union verweist vor allem auf die Stärken der PKV. Dagegen sieht die Opposition in dem Nebeneinander der Kassen die Ursache für eine Zweiklassenmedizin. Mit einem Antrag (17/10119) hat die Linke erneut einen Vorstoß unternommen, um die PKV als Vollversicherung abzuschaffen. In der Plenardebatte in der vergangenen Woche bezeichnete der Abgeordnete Harald Weinberg von der Linken das Nebeneinander von GKV und PKV als ein Ärgernis. In keinem vergleichbaren Land der Welt gebe es ein solch unsinniges Parallelsystem. „Es ist ein Symbol für die Zweiklassenmedizin in Deutschland“ sagte Weinberg.

Demgegenüber betonte die CDU-Abgeordnete Karin Maag die Nachteile eines fehlenden Kassenwettbewerbs. „Gerade Länder mit einem Einheitsystem sind in den letzten Jahren leider Gottes zur Rationierung übergegangen“, sagte Maag. In Deutschland seien aber neun von zehn Versicherten mit der Versorgung zufriedener. Die FDP-Abgeordnete Christine Aschenberg-Dugnus unterstellte der Linken, dass es ihr letztlich nur darum gehe, das Geld der PKV-Mitglieder in eine Bürgerversicherung umzuleiten. „Ihr Ziel ist die Umwandlung des für unsere Begriffe ohnehin schon überregulierten Krankenversicherungssystems in ein planwirtschaftliches System“, kritisierte die Abgeordnete.

**Doppelstruktur** Der SPD-Abgeordnete Karl Lauterbach sagte, dass das System der getrennten Kassen am Ende sowohl den gesetzlich als auch den privat Versicherten schade. „Patienten, die privat versichert sind, sind oft die Versuchskaninchen des Systems“, sagte Lauterbach. Ihnen würden wissenschaftlich ungesicherte Therapien angeboten. Die Grünen-Abgeordnete Birgit Bendor kritisierte vor allem die finanziellen Folgen des getrennten Kassensystems. „Die Doppelstruktur von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist ungerecht, weil sie es gut Verdienenden ermöglicht, sich vom Solidaritätsgleich zu verabschieden“, sagte Bendor. Der Antrag der Linken wurde an den Gesundheitsausschuss überwiesen. *tw*



Private Krankenversicherung steht nicht zur Disposition.

### KURZ NOTIERT

#### SPD fordert Entlastung von Beitragsschuldern

Die SPD will verhindern, dass Krankenversicherte durch Beitragsschulden in finanzielle Schwierigkeiten geraten. In einem entsprechenden Antrag (17/12069) weist die SPD darauf hin, dass freiwillig oder bisher nicht Versicherte derzeit einen erhöhten Säumniszuschlag in Höhe von fünf Prozent im Monat zu entrichten hätten. Dies führe dazu, dass viele Betroffene bereits nach kurzer Zeit vor einem großen Schuldenberg stünden. Nach dem Willen der SPD soll daher für alle Beitragsschulden ein einheitlicher Säumniszuschlag in Höhe von monatlich ein Prozent festgelegt werden, wie er bereits jetzt für die Mehrzahl der Versicherten gelte. *tw*

#### Grüne wollen Ausweitung des Anspruchs auf Krankengeld

Die Grünen halten die geltende Regelung zum Krankengeld für unständig und kurzfristig Beschäftigte sowie Selbstständige für unbefriedigend. In einem Antrag (17/12067) schreibt die Fraktion, dass für diese Gruppe ein Anspruch auf Krankengeld erst von der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit an bestehe. Seit 2009 sei ein früherer Bezug ausschließlich über einen Wahltarif möglich. Die Grünen fordern, diese Regelung durch die bis 2008 geltende Krankengeldregelung zu ersetzen. Danach könnten die kurzzeitig und unständig Beschäftigten meist schon ab dem ersten Krankheitstag Krankengeld erhalten. *tw*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Nicht nur Beruhigungsspritzen: Ärztliche Zwangsmaßnahmen können bis hin zu lebensrettenden Operationen reichen. Sie dürfen auch bei Straftätern angewendet werden, die separat in der Forensischen Psychiatrie behandelt werden.

## SPD-Vorstoß zur Jugendpolitik

**FAMILIE** Die SPD-Fraktion setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein. Deutschland müsse eine „Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen unter Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln“, heißt es in dem entsprechenden Antrag (17/12063), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung beriet. Die Sozialdemokraten fordern von der Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket in der Familien-, Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. So müsse unter anderem das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden, damit sich der Bund an einem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen beteiligen kann. Zudem müsse ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz und ein Schüler-BAföG eingeführt werden. Zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation junger Menschen fordert die SPD unter anderem eine stärkere Regulierung der Leiharbeit, die Abschaffung unbegründet befristeter Arbeitsverträge und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Nach Ansicht der Sozialdemokraten muss zudem die gesellschaftliche und politische Partizipation von Jugendlichen verbessert werden. So müsste das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt und die politische und kulturelle Bildung innerhalb und außerhalb der Schule ausgeweitet werden. **aw**

## Abzweigung von Kindergeld

**SOZIALES** Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Abzweigung von Kindergeld erschweren. Ein entsprechender Antrag (17/10863) war vergangene Woche Thema im Bundestagsplenum. In diesem fordern die Bündnisgrünen, dass Anträge zur Abzweigung nur dann gestellt werden können, wenn der berechnete Verdacht bestehe, dass Eltern nicht zum Unterhalt ihres Kindes beitragen. Die Fraktion verlangt außerdem, bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, „dass Eltern zum Unterhalt ihrer volljährigen behinderten Kinder beitragen und die Sozialhilfeträger die Beweislast für ihre gegenteilige Vermutung tragen.“ Eltern behinderter Kinder haben Anspruch auf Fortzahlung des Kindergeldes auch nach dem 25. Lebensjahr des Kindes, wenn sich ihr Kind nicht aus eigenem Einkommen selbst unterhalten kann. Im Einkommenssteuerrecht, zu dem das Kindergeld gehört, gibt es den Grundsatz, dass das Kindergeld an die Stelle ausgezahlt werden kann, die dem Kind Unterhaltsleistungen (beispielsweise Grundversicherung) gewährt. Die Auszahlung des Kindergeldes an denjenigen, der tatsächlich Unterhalt leistet, wird als Abzweigung bezeichnet. Die Grünen hatten darauf verwiesen, dass Sozialhilfeträger zunehmend sogenannte Abzweigungsanträge für das Kindergeld stellen. Im Gegenzug für die Grundversicherung erwachsener Menschen mit Behinderung beanspruchten sie das Kindergeld, obwohl die Eltern dies nach Meinung der Grünen offensichtlich zum Unterhalt der betroffenen erwachsenen Kinder benötigen. Bei Enthaltung der SPD und gegen das Votum der antwortstellenden Fraktion sowie der Linken hat der Bundestag den Grünen-Antrag abgelehnt und ist dabei der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (17/11748) gefolgt. **ver**

# Freiheit oder Verantwortung

**PATIENTENRECHTE** Umstrittenes Gesetz ermöglicht erneut Zwangsbehandlung psychisch Kranker

Die Anordnung und Durchführung ärztlicher Zwangsmaßnahmen sind künftig in Deutschland wieder möglich. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen (17/11513) hat das Bundestagsplenum vergangenen Donnerstag verabschiedet. Stephan Thomae (FDP) betonte, dass die Zwangsbehandlung ausschließlich „als letztes Mittel“ eingesetzt werden dürfe. Als Beispiel nannte er den fiktiven Fall eines Betroffenen, der eine Dialyse benötigt, diese aber ablehnt, weil er wahnhaft denkt, sie sei vergiftet. In einem solchen Fall müsse eine Zwangsdialyse durchgeführt werden, sagte der Liberale.

ger eingeschaltet werden, der die Interessen des Betroffenen wahrnimmt“. Überdies werde es ein Vier-Augen-Prinzip geben, demzufolge zusätzlich zum behandelnden Arzt ein Gutachter hinzugezogen werden müsse. Bei Zwangsmaßnahmen, die länger als zwölf Wochen dauern, müsse schließlich ein „externer Gutachter, der nicht der Einrichtung angehört“ konsultiert werden, erklärte Thomae weiter. Und schließlich müsse zwingend ein externes Gutachten erstellt werden, das die Notwendigkeit der Behandlung begründet. **Rechtslücke** Im Sommer 2012 hatte der Bundesgerichtshof auf Klagen zweier Betroffener hin entschieden, dass Zwangsbehandlungen in Deutschland unzulässig sind. Eine gesetzliche Grundlage fehle, hieß es damals. Seither konnten keine derartigen Maßnahmen mehr angeordnet werden. Bis zum vergangenen Donnerstag: In zweiter und dritter Lesung wurde der Gesetzesentwurf beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD gegen die Linken und die Bündnisgrünen angenommen. Die Expertenanhörung am Ende des vergangenen Jahres musste unterbrochen werden, weil ein Dutzend Menschen lautstark gegen den Regierungsentwurf protestiert hatten.

Einige Besucher, die nicht auf die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, reagierten, mussten vom Sicherheitsdienst aus dem Saal gebracht werden. Bei den Demonstrationen handelte es sich um Betroffene und um Angehörige zwangsbehandelter Menschen. Etwa 1,2 Millionen Menschen werden hierzulande jährlich stationär in psychischen Einrichtungen therapiert, jeder zehnte gegen seinen Willen. Sonja Steffen (SPD) sagte in der Debatte, Angststörungen, Sucht, Psychosen und Depressionen könnten jeden treffen. „In solchen Situationen wünsche ich mir behutsame und kompetente Ärzte, die mit Einfühlungsvermögen für mich entscheiden“, erklärte Steffen. „Damit man bald wieder ein gesundes, selbstbestimmtes Leben führen kann.“ Der vorliegende Gesetzentwurf sei ausgewogen und schaffe den „Ausgleich zwischen dem Recht auf freie Selbstbestimmung und dem Schutz vor erheblicher Selbstgefährdung“. Allerdings, räumte die SPD-Politikerin ein, müssten zu allererst die Lebensbedingungen aller verbessert werden, „damit die Menschen gar nicht erst krank werden“. Auch Thomas Silberhorn (CSU) sprach sich für den Gesetzentwurf aus. Die ärztlichen Zwangsmaßnahmen würden aber die Aus-

nahme bleiben, versprach er. Ein Betroffener müsse ja zuerst „von einem Gericht eingewiesen werden“. Bevor es überhaupt so weit komme, müssten „alle milderen Mittel ausgeschöpft werden“, sagte Silberhorn weiter. Außerdem müsse das Gericht ihn persönlich anhören, um sich selbst ein Bild zu machen. Im begründeten Ausnahmefall aber, erklärte er ein Detail des Entwurfes, dürfe der externe Gutachter durch einen internen ersetzt werden; beispielsweise im ländlichen Raum. **Ruhigstellen** Jörn Wunderlich (Die Linke) sagte, es werde an keiner Stelle deutlich, dass ärztliche Zwangsmaßnahmen in jedem Fall zu vermeiden sind. Es stehe auch bloß die Formulierung im Gesetzestext, dass versucht werden müsse, den Betroffenen von der Notwendigkeit der Behandlung zu überzeugen. Wie genau das aber aussehen solle, „steht da aber gar nicht drin“, erklärte er. Das sei der Linkenfraktion jedoch sehr wichtig. Außerdem gehe es nicht primär um Blinddarm-OPs, sondern um die Verabreichung von Psychopharmaka. „Psychopharmaka heilen ja nicht“, sagte Wunderlich abschließend, „sondern sie stellen ruhig.“ Ingrid Hönlinger (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass die Koalitionsfraktionen das

Gesetz sehr schnell auf den Weg bringen wollten. Aber das parlamentarische Beratungsverfahren habe den Entwurf verbessert. Nun erst erfülle „das Gesetz die strengen Bedingungen des Bundesgerichtshofs, aber noch nicht vollständig“, sagte Hönlinger an die Initiatoren gerichtet. Die Grünen-Abgeordnete kritisierte aber unter anderem, dass der Gutachter in der gleichen Einrichtung arbeiten dürfe, in der der Betroffene behandelt werde. Arzt und Sachverständiger müssten ihrer Meinung nach aus unterschiedlichen Einrichtungen stammen, damit es keine Interessenskollisionen geben könne. Hönlinger forderte darüber hinaus einen sensiblen Umgang mit diesen Menschen in schwierigen Lebenssituationen. **Patientenverfügung** Nicht zuletzt der Fall Gustl Mollath schürt die Angst vor Zwangs- einweisungen und -behandlungen. Seit 2006 ist er in der Psychiatrie, weil er Banken Schwarzgeld-Geschäfte vorgeworfen hatte. Richter und Gutachter urteilten, er sei paranoid. Nun scheinen sich seine Vorwürfe zu bewahrheiten. Mollath bemüht sich um ein Wiederaufnahmeverfahren. Gegen Zwangsbehandlungen kann allerdings eine Patientenverfügung Schutz bieten. Wer diese im gesunden Zustand erstellt, kann nicht gegen seinen Willen behandelt werden. Dank einer fraktionsübergreifenden Initiative ist sie seit 2009 gesetzlich verankert. **Verena Renneberg**

**»Zuerst müssen alle milderen Mittel ausgeschöpft werden.«**

Thomas Silberhorn (CSU)

**»Psychopharmaka heilen ja nicht, sondern sie stellen ruhig.«**

Jörn Wunderlich (Die Linke)

## Kurzarbeit als Dauer-Instrument gegen Krisen

**ARBEITSMARKTPOLITIK** Im Bundestag herrscht weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit dieser Maßnahme

Die SPD-Fraktion fordert eine deutliche Erweiterung der Kurzarbeitergeld-Regelung. Ein entsprechender Antrag (17/12055) wurde vergangenen Donnerstag im Bundestagsplenum diskutiert. Das Vorhaben soll Deutschland helfen, künftige Wirtschaftskrisen erfolgreich zu meistern, heißt es in der Vorlage.

Die Agentur für Arbeit bis zu einer Dauer von zwölf statt derzeit nur sechs Monaten geleistet werden kann. Allerdings hatte die Bundesregierung diese Maßnahme bereits selbst im Dezember 2012 ergriffen. „Lange vor Ihrem Antrag“, wie Paul Lehrieder (CSU) bemerkte. Allerdings gilt diese Regelung derzeit nur bis Dezember diesen Jahres.

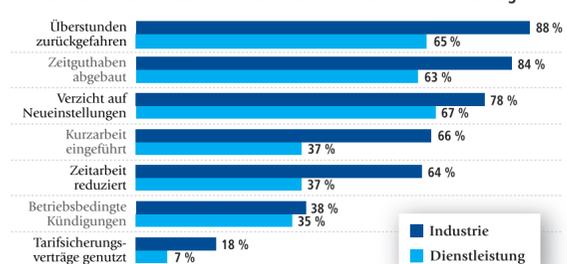
Weiter warnte Lehrieder davor, „jetzt in Hysterie auszubrechen“, denn der Arbeitsmarkt stelle sich „trotz der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik nach wie vor äußerst robust dar“. Die derzeitige Lage rechtfertige keinesfalls die Alarmstimmung, die die SPD-Fraktion verbreite, sagte er weiter. Jutta Krellmann (Die Linke) lobte zwar den SPD-Antrag insgesamt. Sie kritisierte aber,

dass er keine Forderung enthalte, „auch Leiharbeitern den Bezug von Kurzarbeitergeld zu ermöglichen“.

**Entlassungen verhindern** Gabriele Lösekrug-Möller (SPD) sagte in der Debatte, die konjunkturelle Kurzarbeit habe „in den Krisenjahre starke Einbrüche am Arbeitsmarkt verhindert und dazu beigetragen, dass wir die besten Arbeitsmarktzahlen der letzten Jahrzehnte verzeichnen konnten.“ Kurzarbeitergeld wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) gezahlt. Es soll verhindern, dass Unternehmen in konjunkturellen Krisen Mitarbeiter entlassen. Erstattet werden in der Regel 60 Prozent des ausgefallenen Nettoeinkommens. Unter bestimmten Voraussetzungen soll nach Meinung der SPD-Fraktion bei einem Konjunkturreinbruch dann das Kurzarbeitergeld sogar bis zu 36 Monate bezahlt werden. Das soll Entlassungen in größerem Ausmaß verhindern. Zudem fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung unter anderem dazu auf, das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) so zu ändern, dass Kurzarbeitergeld durch

### Instrumente zur Bewältigung der Finanzkrise

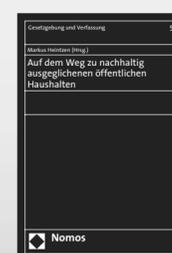
So haben Unternehmen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 reagiert



Quelle: IV Consult | Stand: September 2010 | Grafikquelle: Globus 4262 | Überarbeitung: Stephan Roters

Anzeige

## Schuldenbremse & Haushaltsdisziplin

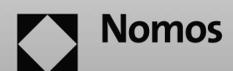


**Auf dem Weg zu nachhaltig ausgeglichenen öffentlichen Haushalten**

Herausgegeben von Markus Heintzen  
2013, 142 S., brosch., 36,-€  
ISBN 978-3-8329-7896-9  
(Gesetzgebung und Verfassung, Bd. 5)

Der Tagungsband beleuchtet rechtliche und politische Probleme und erste Erfahrungen mit der 2009 in Kraft getretenen Schuldenbremse des Grundgesetzes. Wissenschaftler und Praktiker gehen dabei auf die verschiedenen Politikebenen, Bund, Länder, Kommunen und Europäische Union, ein.

Weitere Informationen:  
[www.nomos-shop.de/19835](http://www.nomos-shop.de/19835)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Im Plenum droht Enge

**WAHLRECHT** Der Vier-Fraktionen-Entwurf zur Änderung des Wahlgesetzes stößt bei Experten überwiegend auf Zustimmung. Er könnte indes zu einem deutlich größeren Parlament führen.

Abgeordnete bei einer „Hammelsprung“-Abstimmung. Nach der Einführung sogenannter Ausgleichsmandate könnten künftig weit mehr Volksvertreter in den Plenarsaal strömen.

Vel Beifall hat es für den Bundestag beim Thema Wahlrecht in den zurückliegenden Jahren nicht gegeben. Vergangene Woche dagegen gab es bei der Sachverständigen-Ansicht des Innenausschusses zu mehreren Gesetzentwürfen für die anstehende Novelle des Bundeswahlgesetzes durchaus lobende Worte: Es sei gut, dass das Parlament eine Einigung zu der Wahlrechtsreform gesucht und auch „im Großen und Ganzen gefunden“ habe, konstatierte etwa der Staatsrechtler Hans Meyer. Auch der Politikwissenschaftler Gerd Strohmeyer hob hervor, wie wichtig es sei, dass einer der vorliegenden Reformvorschläge „von nahezu allen Fraktionen“ getragen wird.

**Gegen die Opposition** Das war 2011 noch anders, als die schwarz-gelbe Koalition im Bundestag gegen die Stimmen der Opposition eine Neuregelung des Wahlrechts durchgesetzt hatte – die dann freilich im Juli vergangenen Jahres vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verworfen wurde. Daraufhin verständigten sich die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf (17/11819) zur Wahlrechtsreform, während die Linke eine eigene Vorlage (17/11821) einbrachte. In beiden Entwürfen geht es um die Vermeidung sogenannter Überhangmandate – die entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate errungen hat als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht – und des aus ihnen resultierenden Effekts des „negativen Stimmengewichts“. Zur Vermeidung dieses paradoxen Effekts, bei dem Stimmengewinne einer Partei die

ser weniger Mandate bescheren, soll der Vier-Fraktionen-Vorlage zufolge die 2011 eingeführte länderweise Verteilung der Sitze auf die Landeslisten der Parteien in modifizierter Form als erste Stufe der Sitzverteilung beibehalten werden. In einer zweiten Stufe soll dann die Gesamtzahl der Sitze so weit erhöht werden, „bis bei anschließender bundesweiter Oberverteilung an die Parteien und Unterverteilung auf die Landeslisten alle Wahlkreismandate auf Zweitstimmenergebnisse der Partei angerechnet werden können“ – Überhangmandate werden so durch Ausgleichsmandate kompensiert. Zu diesem Entwurf haben die Grünen einen Änderungsantrag eingebracht, der auf eine „normenklarere Formulierung“ abzielt, unter den Experten indes umstritten blieb. Nach dem Entwurf der Linksfraktion soll die Anrechnung von Direktmandaten auf das Zweitstimmenergebnis einer Partei auf der Bundesebene erfolgen. „Soweit dennoch – im Ausnahmefall – Überhangmandate entstehen, erfolgt ein Ausgleich, der sich nach den auf der Bundesebene erzielten Zweitstimmenergebnissen der Parteien richtet“, heißt es in dieser Vorlage. Dieses Modell führe „in der Regel zu keiner Vergrößerung des Bundestags“.

**Kritik am Linken-Entwurf** Während der Vier-Fraktionen-Entwurf in der Anhörung überwiegend Zustimmung fand, stieß die Vorlage der Linksfraktion bei mehreren Experten auf Kritik. Sie führe zu mehr „föderalen Verzerrungen“ und sei verfassungsrechtlich problematisch, bemängelte der Heidelberger Staatsrechtler Bernd Grzeszick; ähnlich äußerte sich etwa sein Greifswalder Kollege Heinrich Lang.

Mit Blick auf den überfraktionellen Gesetzentwurf sah die Rechtswissenschaftlerin Ute Sacksofsky eine „grundsätzliche Einigkeit unter den Sachverständigen“, dass die verfassungsrechtlichen Probleme „mehr oder minder“ behoben seien. Meyer machte indes auch bei diesem Entwurf ein „verfassungsrechtliches Risiko“ aus. Er verwies darauf, „dass den Ländern von vornherein ein Kontingent an Sitzen zugewiesen wird, das dem Doppelten der Wahlkreiszahl entspricht“. Wenn nun etwa im Saarland „nach der Bevölkerungszahl sieben Sitze angesagt“ seien, müssten dem Land entweder sechs oder acht Sitze zugewiesen werden, da die Verdoppelung nur zu geraden Zahlen führe. „Dies kann zu Gleichheitsverstößen führen“, warnte Meyer. Sacksofsky warb in diesem Zusammenhang für eine Klarstellung, „wie sich diese erste und zweite Verteilung zueinander verhalten“. Hier gebe es unter den Experten unterschiedliche Lesarten. „Ich lese es zum Beispiel anders als der Kollege Meyer“, fügte Sacksofsky hinzu.

## KOMPAKT

- > Ausgleichsmandate** Kommt es bei Bundestagswahlen zu Überhangmandaten, sollen diese nach dem Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen durch Ausgleichsmandate kompensiert werden.
- > Bundestag** Nach diesem Wahlrecht hätte es bei der Bundestagswahl 2009 nicht 622 Sitze (davon 24 Überhangmandate) gegeben, sondern 671 (davon 26 Überhang- und 47 Ausgleichsmandate).
- > Vergleich** Nach Angaben des Politologen Gerd Strohmeyer hätte Deutschland mit 671 Bundestagsitzen – gemessen an der Bevölkerungszahl – hinter Spanien das zweitkleinste Parlament in der EU.

**Diskussion um Wahlkreiszahl** Wie Meyer und Sacksofsky gingen auch andere Experten darauf ein, dass der Bundestag infolge der vorgesehenen Neuregelung deutlich größer werden kann. Martin Fehndrich von der Internetplattform „wahlrecht.de“ sagte, dass die Ausgleichsmandate das Parlament theoretisch „bis unendlich“ vergrößern könnten. In „nicht ganz unwahrscheinlichen Fällen“ könne es 800 oder 900 Sitze geben. Um den Bundestag nicht zu sehr aufzublähen, empfahl Sacksofsky, in der kommenden Legislaturperiode die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren; Fehndrich riet, dann auch über deren Struktur und die Zahl der pro Wahlkreis zu vergebenden Sitze nachzudenken. Meyer zufolge sollte schon der jetzige Bundestag „die tolerierbare Obergrenze für den übernächsten Bundestag gesetzlich festlegen“. Nach Angaben des Mathematikprofessors Friedrich Pukelsheim wäre bei einer Reduzierung der Zahl der Wahlkreise von derzeit 299 auf etwa 275 eine Abgeordnetenzahl von weniger als 600 „vermutlich“ einzuhalten. Der Rechtswissenschaftler Frank Schorkopf wandte sich dagegen, den Vier-Fraktionen-Entwurf nur als Übergangswahlrecht darzustellen. Und Strohmeyer verwies darauf, dass Deutschland gemessen an der Bevölkerungszahl derzeit in der EU das kleinste Parlament habe.

Helmut Stoltenberg

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Gemischte Bilanz zum Wehrbericht

**VERTEIDIGUNG I** SPD und Bündnis 90/Die Grünen halten den Dienst in der Bundeswehr für nicht attraktiv genug. In der abschließenden Beratung des Bundestages über den Jahresbericht 2011 des Wehrbeauftragten bemängelten Vertreter beider Fraktionen in der vergangenen Woche, dass die Streitkräfte nicht genügend auf die Lebenswirklichkeit in der Gesellschaft ausgerichtet sei. Wolfgang Hellmich (SPD) verwies darauf, dass derzeit rund 30 Prozent aller jungen Männer und Frauen, die einen freiwilligen Wehrdienst antreten, diesen vorzeitig wieder abbrechen würden. Katja Keul (Grüne) kritisierte den zu niedrigen Anteil von Frauen in der Bundeswehr. Während im Sanitätsdienst bereits 50 Prozent aller Soldaten Frauen seien, liege deren Anteil in der Truppe insgesamt bei gerade mal sechs bis sieben Prozent. Von den anvisierten 15 Prozent sei die Bundeswehr weit entfernt. Hellmich und Keul verwiesen zudem auf die nicht ausreichenden Betreuungsplätze für Soldatenkinder. Die mangelnde Familienfreundlichkeit hatte auch der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus in seinem Bericht angemahnt. In der Debatte erneuerte er diese Kritik. Lobend äußerte er sich über die verbesserte Ausrüstung der Soldaten in den Auslandseinsätzen. Dies habe mit dazu bei-

getragen, dass die Bundeswehr seit Sommer 2011 keine Gefallenen mehr habe betrauern müssen und dass die Zahl der Verwundeten gesunken sei. Die CDU-Abgeordnete Anita Schäfer wies die Kritik an der mangelnden Attraktivität der Truppe zurück. Die Bundeswehr habe derzeit keine Probleme, ihren Bedarf an Freiwilligen, Zeit- und Berufssoldaten zu decken. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Kossendey (CDU), argumentierte, viele junge Menschen kämen mit einer falschen Erwartungshaltung zur Bundeswehr. Kossendey verwies darauf, dass derzeit Kindertagesstätten an größeren Standorten entstünden und dass Betreuungslösungen in kommunalen Einrichtungen reserviert worden seien. Christoph Schnurr (FDP) lobte, dass bereits ein Drittel des Maßnahmenpaketes zur Attraktivitätssteigerung des Militärdienstes im Zuge der Bundeswehrreform umgesetzt worden sei. Allerdings müssten die Gründe für die Abbrecherquote bei den Freiwilligen genau untersucht werden. Für die Linksfraktion kritisierte Harald Koch, dass viele Probleme in der Truppe seit Jahren bekannt seien, aber nicht gehandelt werde. Die Regierung nehme die Jahresberichte des Wehrbeauftragten offensichtlich nicht ernst. aw

### Einheitliches Gesetz für alle Soldaten

**VERTEIDIGUNG II** Die Regelungen zum freiwilligen Wehrdienst in der Bundeswehr sollen in das Soldatengesetz integriert werden. Der entsprechende Entwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/12059), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung beriet, sieht unter anderem vor, dass der freiwillige Wehrdienst von sechs bis maximal 23 Monaten als „besonderes staatsbürgerliches Engagement“ normiert wird. Mit dem Gesetz soll eine einheitliche Rechtsgrundlage für den Dienst in den Streitkräften in Friedenszeiten geschaffen werden. Deutschland hatte die allgemeine Wehrpflicht im Jahr 2011 ausgesetzt und den freiwilligen Wehrdienst eingeführt. Bei der Bundeswehr stehen bis zu 15.000 Dienstposten für freiwillige Männer und Frauen zur Verfügung. Aktuell dienen rund 11.000 Freiwillige in den Streitkräften. Das Gesetz regelt zudem die Verwendung der Freiwilligen in Auslandseinsätzen. Ein solcher Einsatz darf bei einer Dienstzeit von bis zu elf Monaten nur auf freiwilliger Basis erfolgen und bedarf einer gesonderten Verpflichtungserklärung. Ab einer Dienstzeit von zwölf Monaten ist

die Abgabe einer solchen Verpflichtungserklärung allerdings obligatorisch. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben an der weitgehend formalen Gesetzesänderung zwar prinzipiell nichts auszusetzen. Sie verwiesen jedoch auf die hohe Quote von 30 Prozent bei den Freiwilligen, die ihren Wehrdienst in den ersten sechs Monaten vorzeitig wieder abbrechen. Im Vergleich zu den sozialen Freiwilligendiensten sei dies eine „erschreckende Bilanz“, gab Lars Klingbeil (SPD) zu Protokoll. Das Konzept zur Nachwuchsgewinnung müsse auf den Prüfstand. Die Erwartungen junger Männer und Frauen an die Bundeswehr würden offensichtlich nicht erfüllt, pflichtete Agnes Brugger (Grüne) bei. Grundsätzliche Einwände brachte Paul Schäfer (Die Linke) vor: Der freiwillige Wehrdienst sei „kein Ehrenamt, sondern ein teurer Schnupperkurs beim Militär“. Nach Ansicht von Robert Hochbaum (CDU) und Christoph Schnurr (FDP) hingegen leisten die Freiwilligen einen Dienst für die Gemeinschaft. Zudem trügen sie dazu bei, dass die Bundeswehr auch nach Aussetzung der Wehrpflicht in der Gesellschaft verankert bleibt. aw

### Kontroverse zu MdB-Überwachung

**IMMUNITÄT** Ob eine Überwachung von Abgeordneten durch Nachrichtendienste mit den gegenwärtigen Regelungen im Verfassungsschutzgesetz gedeckt ist, wird von Experten unterschiedlich beurteilt. Das wurde während einer Anhörung des Immunitäts-Ausschusses am vergangenen Donnerstag deutlich. Eine Beobachtung von Abgeordneten sei zulässig, wenn sie rechtsstaatlich gerechtfertigt ist, sagte Professor Bernd Grzeszick von der Universität Heidelberg. Was die „offene Beobachtung“ angeht, so sind aus seiner Sicht die Regelungen im Gesetz verfassungsgemäß und ausreichend. Auch für „verdeckte Beobachtungen“ gebe es spezifische Vorschriften, „die nicht zu beanstanden sind“, sagte Grzeszick. Die Rechtsmäßigkeit könne nur im Einzelfall entschieden werden, betonte Professor Ulrich Battis von der Humboldt-Universität Berlin. „Grundsätzlich ist beides möglich“, sagte er. Nachrichtendienstliche Mittel bedürften jedoch einer gesteigerten Rechtfertigung. Eine Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes erachte er nicht für nötig. Sinnvoll jedoch sei es, den Einzelfall durch ein Parlamentsgremium prüfen zu lassen. Die Diskussion sei von einer „Dämonisierung der Sicherheitsbehörden“ geprägt, befand Pro-

fessor Kyrrill-Alexander Schwarz von der Universität Würzburg. Eine offene Beobachtung ist aus seiner Sicht eher im Bereich der Bagatelle anzusiedeln. Die gesetzlichen Regelungen seien ausreichend, urteilte Schwarz. Für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bedürfe es einer Einzelfallabwägung. Ein grundsätzliches Verbot existiere jedoch nicht. Dem entgegen sieht der Rechtsanwalt Peter Hauck-Scholz im Verfassungsschutzgesetz sowie im Abgeordnetengesetz „keine ausreichende Ermächtigungsvorlage für eine Beobachtungstätigkeit der Verfassungsschutzbehörden gegenüber Abgeordneten des Bundestages“. Es existierten keine ausdrücklichen Regelungen, die die verfassungsrechtliche Bedeutung des Abgeordnetenstatus berücksichtigen würden. Als „zu konturarm“, um den Besonderheiten des rechtlichen Abgeordnetenstatus gerecht zu werden, bezeichnete Professor Martin Morlok von der Universität Düsseldorf die Regelungen. Die Verfassungsschutzbehörde benötige für die Beobachtung eines Abgeordneten zudem die vorherige Zustimmung eines Bundestagsgremiums, sagte er. Dabei müsse der Verfassungsschutz „tatsächliche Verdachtsmomente darlegen, die gegen den zu beobachtenden Abgeordneten vorliegen“. hau

## Ein Dschungel aus Fahndern, Schlapphüten und Spitzeln

**NSU-Ausschuss** Details der Ermittlungen Thüringer Sicherheitsbehörden zum Jenaer Trio sorgen bei den Abgeordneten für ungläubiges Staunen

„Ja, was sollte ich machen?“, lapidar antwortete Gerd Michael Schultz bei der Sitzung des Untersuchungsausschusses auf die Frage des Vorsitzenden Sebastian Edathy (SPD), ob er denn die seltsame Reaktion des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) akzeptiert habe. Bei dem Geraer Staatsanwalt war ein führender Geheimdienstler aufgetaucht und hatte 22 in einem Brief an das LfV übermittelte Fragen zu dem im Januar 1998 untergetauchten Jenaer Bombenbatter-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe schlicht mit Nein beantwortet. Die Staatsanwaltschaft

hatte etwa wissen wollen, ob das LfV etwas über den Aufenthaltsort der Drei wisse oder einer davon für den Geheimdienst arbeite.

**»Unglaublicher Verdacht«** Damals keimte in Gera und bei der Zielfahndung des Landeskriminalamts (LKA) angesichts der Erfolglosigkeit der Suche nach der Gruppe, aus der später der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) wurde, der „unglaubliche Verdacht“ (Edathy), zwischen dem Geheimdienst und der Zelle könnten möglicherweise Kontakte bestehen und das Trio erhalte von dieser Seite eventuell Hilfe. Es sei schon „sehr merkwürdig“ gewesen, sagte Schultz, dass ein Zugriff nie habe gelingen wollen. Doch da er die Neins des LfV akzeptierte, verlief der „ungeheuerliche“ Verdacht (Schultz) im Sande. Vergangene Woche tauchte der Ausschuss in die Details der Ermittlungen der Thüringer

Sicherheitsbehörden zu der Jenaer Gruppe und zu rechtsextremen Szene in den 1990er Jahren ein. Diese Arbeit des LKA, der Staatsanwaltschaft und des LfV hatte eine Kommission aus Ex-Bundesrichter Gerhard Schäfer vernichtend als „ungeordnet, rastlos, chaotisch, übereifrig“ beurteilt.

**»Einbahnstraße«** Nicht nur der brisante Verdacht der Staatsanwälte trieb ungläubiges Staunen in die Mienen der Abgeordneten. So erzählte der damals im LKA mit Rechtsextremismus befasste Beamte Mario Melzer, nach seiner „harten Kritik“ an der Fahndung nach der Jenaer Zelle habe man ihm den Wechsel in eine andere Abteilung nahegelegt, was er auch getan habe. Nach einem Bericht von Schultz studierten Geheimdienstler in Gera Akten zur rechtsextremen Szene, während das LfV nur wenige Informationen an die Staatsanwälte lieferte.

Das sei eine „Einbahnstraße“ gewesen, „die haben uns abgeschöpft“, sagte Schultz. Für Unions-Obmann Clemens Binninger (CDU) war das Klima zwischen den Sicherheitsbehörden „durch Misstrauen“ geprägt. SPD-Obfrau Eva Högl monierte, der Geheimdienst habe die Ermittlungen „maßgeblich behindert“. Im Ausschuss musste sich auch Schultz Kritik anhören: Bei einer Durchsicht gefundene Unterlagen seien nicht gründlich ausgewertet worden, wobei die vermerkten Kontaktadressen bei der Fahndung hätten nützlich sein können.

Für die Abgeordneten ist es ein Rätsel, wie das Tino Brandt als Anführer des „Thüringer Heimatschutzes“ (THS) vom LfV als Spitzel

geführt werden konnte. Auch Schultz sagte, das habe er sich lange nicht vorstellen können. Ein Gespräch von LfV-Vertretern mit ihm habe er als Ansinnen des Geheimdienstes gewertet, er solle Brandt „in Ruhe lassen“. Doch er habe den THS-Chef und andere Rechtsextremisten „angeklagt, wo es nur ging“. Brandt sei aber vor Gericht nie belangt worden. Für Binninger ist es ein „erschütternder Befund“, dass in den 1990er Jahren in Thüringen zwar mehr als 100 Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextremisten eingeleitet wurden, es aber nur zu wenigen Verurteilungen kam. Bei der Sitzung wurde bekannt, dass der Thüringer Verfassungsschutz 1997 laut einer Zeugenaussage gegenüber der Schäfer-Kommission überlegt habe, Zschäpe als Informantin anzuwerben. Dies sei aber nicht versucht worden, da sie angeblich Drogen genommen habe. Karl-Otto Sattler



Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz in Erfurt



## Partnerschaft mit Südamerika

Die Fraktionen von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind mit mehreren Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen Europa und Südamerika gescheitert. Ein Antrag der Grünen (17/11838) sowie drei Anträge der Linken (17/3214, 17/11839, 17/12061) fanden am vergangenen Donnerstag im Plenum keine Mehrheit. Die Grünen hatten sich für eine „grundsätzliche Veränderung der derzeit durch wirtschaftliche Interessen dominierten Beziehung“ durch eine „sozial-ökologische Transformation“ ausgesprochen. Auch Die Linke hatte ein neues Lateinamerika-Konzept gefordert, das Freihandelsabkommen und Deregulierung nicht mehr in den Mittelpunkt stellt. Weiter sprach sich die Fraktion dafür aus, dass die EU und die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (Celac) bei ihrem Gipfel Ende Januar in Chile zu einer gemeinsamen Initiative für eine „strenge Regulierung der regionalen und internationalen Finanzmärkte“ kommen.

Thilo Hoppe (Grüne) kritisierte, dass die derzeitige Partnerschaft „sehr einseitig“ an Exportinteressen beider Kontinente orientiert und „für soziale und ökologische Belange leider blind“ sei. Wirtschaftliche Interessen seien kein Hindernis für den Aufbau sozialer Strukturen, betonte hingegen Anette Hübing (CDU), es seien keine „überfrachteten Wunschlisten“ nötig, sondern die „schrittweise und kluge Intensivierung der Partnerschaft“. Hans-Werner Ehrenberg (FDP) argumentierte, Freihandelsabkommen unterstützen wirtschaftliche – und damit soziale – Entwicklung. Sascha Raabe (SPD) wies auf die großen Fortschritte südamerikanischer Länder bei der Bekämpfung von Armut hin. Heike Hänsel (Die Linke) betonte, das neue Selbstbewusstsein Lateinamerikas gehe nicht zuletzt auf zahlreiche Mitte-Links-Regierungen zurück, die sich „massiv gegen das aufgeklärte neoliberale Wirtschaftsmodell der EU wehren“.



Neue Runde: Irlands Premierminister Enda Kenny stellte im Europaparlament sein Programm für die nächsten sechs Monate vor.

# Musterschüler von der Insel

**EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT** Irland steht bis zur Mitte des Jahres an der Spitze der EU – nicht ohne eigene Interessen

Von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat die irische EU-Ratspräsidentschaft schon mal Vorschusslorbeeren bekommen. „Wenn Irland in diesem kritischen Moment die rotierende Ratspräsidentschaft übernimmt, dann ist das gut für Irland und für Europa“, sagte Barroso vergangene Woche im Europäischen Parlament in Straßburg.

**Routiniert** Viele in Brüssel sind erleichtert, dass nach dem Neuling Zypern ein routiniertes Land wie Irland die Ratspräsidentschaft übernimmt, das seit seinem EU-Beitritt vor 40 Jahren bereits sechs Mal an der Spitze der Union stand. Die Verwaltung des kleinen Zyperns war zuweilen überfordert mit der Organisation der Treffen in Brüssel. Auf die irische Ratspräsidentschaft kommen allerdings große Herausforderungen zu. Komplexe Themen wie die Bankenunion und die mittelfristigen Haushaltsverhandlungen für 2014 bis 2020 stehen an. Außerdem wird Irlands Ministerpräsident Enda Kenny in den kommenden sechs Monaten eigene Interessen vertreten müssen, wenn er sein Land bis zum Jahresende aus dem EFSF-Hilfsprogramm hinausführen will. Normalerweise sind Ratspräsidentschaften zur Neutralität verpflichtet.

Bei seinem Auftritt im Europäischen Parlament stellte Kenny vergangene Woche sein Land als Musterschüler unter den Programmländern da. „Das Vertrauen der Märkte kommt wieder zurück“, sagte Kenny. „Die Zinsen der irischen Staatsanleihen sind niedriger.“ Wenn Kenny sein Land vor dem Jahresende ganz an die Kapitalmärkte zurückbringen will, ist er allerdings auf Zugeständnisse der europäischen Partner angewiesen. Irland muss binnen zehn Jahren die rund 31 Milliarden Euro abbezahlen, die es 2010 vom europäischen System der Zentralbanken zur Rettung zweier mittlerweile in Konkurs gegangenen Banken erhalten hat. Die Europäische Zentralbank hat Kennys Wunsch nach niedrigeren Zinsen und

einer längeren Laufzeit bisher abgeblockt. Kenny möchte die irischen Bankenschulden am liebsten an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) weiterreichen. In Straßburg machte er deutlich, dass er die Bankenunion so schnell wie möglich umgesetzt sehen will, weil dann der ESM den Banken zu Hilfe eilen könnte, was es die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel im Juni 2012 vereinbart hatten. Bisher ist aber nicht klar, ob das auch für Altlasten gilt. Die Bundesregierung lehnt dies strikt ab. EU-Kommissionspräsident Barroso zeigte sich in Straßburg zuversichtlich, dass die Arbeiten an der Bankenunion zügig voran gehen werden. „Eine Einigung zu erreichen, so dass der Vorschlag Anfang Februar im Plenum diskutiert werden kann, ist mit politischem Willen nicht unmöglich.“ Zum zweiten Schritt der Bankenunion, dem Abwicklungsmechanismus, kündigte er noch vor der Sommerpause einen Kommissionsvorschlag an. Barroso, der dem Vorhaben oberste Priorität einräumt, gestand jedoch ein, dass damit „sehr komplexe juristische und technische Fragen“ verbunden sind. Ein Konsens dürfte schwer zu erreichen sein.

**Angelsächsischer Partner** Überschattet wird die irische Ratspräsidentschaft von den britischen Absatzbewegungen. Einen EU-Austritt des Nachbarlandes Großbritannien würde der irische Ministerpräsident Kenny schlicht für ein „Desaster“ halten. Großbritannien ist der wichtigste Handelspartner Irlands. Wegen der offenen Grenzen zwischen den beiden Ländern hat Irland auf eine Teilnahme am Schengen-Raum verzichtet. Die irische Regierung hat sich bereits als Vermittler zwischen Großbritannien und dem Rest der EU angeboten. „Irland ist mit der EU-Präsidentschaft in einer guten Position, als ehrlicher Makler und guter Freund von Großbritannien zu agieren“, betont Europa-Ministerin Lucinda Creighton. Zum ersten Test wird es bei den Verhandlungen über die Finanzausstattung der EU in den Jahren 2014 bis 2020 kommen, die beim Gipfel am 7. und 8. Februar auf der Tagesord-

nung steht. Im November waren die Haushaltsverhandlungen gescheitert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte damals Ratspräsidenten Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso kritisiert, weil sie Großbritannien mit seinen Sparwünschen zu wenig entgegengekommen waren. Nun muss sich zeigen, ob die irische Ratspräsidentschaft tatsächlich die Rolle des Vermittlers übernehmen kann.

**Jobgarantie für Jugendliche** Ein zentraler Punkt soll in den kommenden sechs Monaten der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit werden. Als Ausgangspunkt dient das Paket, das EU-Sozialkommissar László Andor im Dezember vorgelegt hat. Vor allem die darin enthaltene Garantie möchte die irische Ratspräsidentschaft konsensfähig machen: Jeder Jugendliche in Europa bis zum Alter von 25 Jahren soll nach vier Monaten Arbeitslosigkeit einen Job oder einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen. Das Konzept kommt aus Nordeuropa, wo es Schweden und Norwegen schon vor Jahrzehnten eingeführt haben. Allerdings investieren diese Länder bisher erhebliche Summen in aktive Arbeitsmarktpolitik. Länder wie Spanien und Griechenland, wo die Arbeitslosigkeit über 55 Prozent liegt, verfügen nicht über ausreichende Mittel, um umfangreiche Programme aufzulegen. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments befrworteten das Ansinnen der EU-Kommission ausdrücklich. Vergangene Woche verabschiedeten sie eine entsprechende Entschließung. „Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen Ländern eine unterschätzte politische Gefahr für die Demokratie“, sagte der Vorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda. Allerdings ist noch nicht absehbar, ob sich unter den Mitgliedstaaten eine Mehrheit für die Job-Garantie finden wird. Mitte Februar werden die Sozialminister darüber verhandeln.

Silke Wetzach

Die Autorin ist Brüssel-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Kriterien für Auslandseinsätze

**AUSWÄRTIGES I** Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die im Parlamentsbeteiligungsgesetz vorgeschriebene Unterrichtung für Auslandseinsätze der Bundeswehr weiterentwickeln. Hierfür sei es unter anderem notwendig, dass die für die Obleute des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses angefertigten schriftlichen Aufzeichnungen der Regierungsvertreter in der Geheimdienststelle des Bundestages eingesehen werden dürften, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/5099). Das Anliegen stieß am vergangenen Donnerstag im Plenum bei Union, FDP und Die Linke auf Ablehnung. Die SPD enthielt sich. Roderich Kiesewetter (CDU) hielt in der Aussprache „sehr viel“ davon, sämtliche bisherigen Einsätze auszuwerten. Nur so könne man Empfehlungen für die Begleitung künftiger Einsätze geben. Insbesondere sei es vorteilhaft, auch auf die Erfahrungen der Partner in der Nato und der EU zurückzugreifen. „Kleinteilige Kriterien“ für Einsätze würden allerdings nicht weiterhelfen.

Auch Rainer Stinner (FDP) sagte, das „Kleinklein“ des Grünen-Antrages werde der Aufgabe, eine Debatte über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik anzustoßen, „in keiner Weise gerecht“. Inge Höger (Die Linke) wies darauf hin, ihre Fraktion halte es nicht für erstrebenswert, Prüfkriterien für „gute“ oder „gerechte“ Kriege zu entwickeln. Johannes Pflug (SPD) machte „erheblichen Verbesserungsbedarf“ für die Information über die Auslandseinsätze aus. Er halte beispielsweise den Vorschlag der Grünen, Aufzeichnungen in der Geheimdienststelle zu hinterlegen, für eine „gute Idee“. Wenig hilfreich allerdings sei ein „statische Kriterienkatalog“ für Bundeswehreinätze. Omid Nouripour (Grüne) sagte, bei den von seiner Fraktion vorgeschlagenen Prüfkriterien für Auslandseinsätze gehe es nicht um eine „Checkliste“, die „einfach abgehakt“ werde. „Vielmehr fordern wir Grundkoordinaten für eine gemeinsame Debatte und gewissenhafte Bewertung.“

bob

### Mehrheit steht zu Afghanistan-Mandat

**AUSWÄRTIGES II** Der Auswärtige Ausschuss hat sich in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Fraktionen von Koalition und SPD dafür ausgesprochen, den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr fortzusetzen. Die Linke und ein Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen das Mandat. Der Rest der Grünen enthielt sich. Künftig ist laut Antrag der Bundesregierung (17/11685) beabsichtigt, die Zahl der eingesetzten Soldaten und Soldatinnen in dem Land auf maximal 4.400 abzusenken. Gegenwärtig umfasse das Kontingent als Teil der Nato-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) bis zu 4.900 Soldaten. Darüber hinaus ist es das Ziel der Bundesregierung, zum Ende des Mandatszeitraums das Kontingent auf bis zu 3.300 Soldaten zu redu-

zieren, „soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden“. Wenn der jetzt eingeschlagene Weg konsequent weiter beschritten werde, werde Afghanistan am Ende des Jahres 2014 in der Lage sein, die Sicherheitsverantwortung landesweit und vollständig wahrzunehmen. Die Einsatzkosten belaufen sich zwischen dem 1. Februar dieses Jahres und dem 28. Februar kommenden Jahres den Angaben zufolge insgesamt auf 1,07 Milliarden Euro. Mit Blick auf die Sicherheitslage habe sich im Jahr 2012 der „leicht positive Trend“ des Vorjahres fortgesetzt. Landesweit gab es laut Bundesregierung – bei deutlichen regionalen Unterschieden – erneut weniger sicherheitsrelevante Zwischenfälle.

bob

### Bis zu 500.000 Flüchtlinge in Mali

**ENTWICKLUNG** Die Bundesregierung geht von rund 450.000 bis 500.000 Flüchtlingen in Mali aus. Die humanitäre Lage in dem westafrikanischen Land sei „angespannt“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Gudrun Kopp (FDP), vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es existierten bisher keine Flüchtlingscamps, ein Großteil der Flüchtlinge würde im Süden des Landes mitversorgt. Nach einem Staatsstreich malischer Soldaten im März 2012, die dem damaligen Präsidenten vorwarfen, der Besetzung des Nordens durch Tuareg-Rebellen und islamistische Truppen zu wenig entgegenzusetzen, habe Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit vorübergehend ausgesetzt. Fortgeführt

würden jedoch „regierungsferne Maßnahmen“ mit dem Schwerpunkt einer Verbesserung der Ernährungslage, sagte Kopp. Zum Zeitpunkt des militärischen Eingreifens Frankreichs auf Bitten der malischen Übergangsregierung am 11. Januar 2013 seien bereits zwei Drittel des Landes unter der Kontrolle von Tuareg-Rebellen und islamistischen Gruppen aus dem Norden gewesen, betonte Kopp. Insbesondere das Terrornetzwerk Al-Qaida nutze den Norden als Rückzugsraum. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sagte, dass das französische Militär die Bedrohung für die malische Hauptstadt Bamako abwendend konnte. Ein Vormarsch von Rebellen auf die Millionenmetropole im Süden hätte eine nochmals größere „enorme Flüchtlingsbewegung“ ausgelöst. (Siehe auch Bericht auf Seite 8).

aha

## »Alles andere als Nostalgie«

**EUROPA** Cazeneuve und Link betonen die Achse Paris-Berlin

Deutschland und Frankreich wollen bei wichtigen wirtschafts- und außenpolitischen Fragen in Europa ihre Zusammenarbeit weiter verstärken. Der französische Staatsminister für europäische Angelegenheiten, Bernard Cazeneuve (PS), und der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Link (FDP), machten bei einer

misse jene, die auf klaren Meinungen beruhen, fügte er hinzu. Wichtig sei es dabei aber auch, „unsere Partner mitzunehmen“, erklärte er. So hoffe er auch auf einen positiven Kompromiss bei der Lösung der Bankenkrise. „Durch unsere Freundschaft werden wir zeigen, dass Europa die Lösung und nicht das Problem ist“, sagte Cazeneuve. Sein Amtskollege Link, Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit, betonte die Bedeutung der deutsch-französischen Fähigkeit, „europäische Kompromisse vorzustrukturieren“. Als neue Herausforderungen für die kommenden sechs Monate nannte er neben der Realisierung der Bankenunion die Lösung der Frage des mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020 und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Stärke der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei, dass, „wenn wir uns auf eine Position geeinigt haben, wir sie auch durchhalten“, erklärte Link. Die enge Kooperation beider Länder sei daher „alles andere als Nostalgie, sondern eine Strategie, um die Europäische Union voranzubringen“.



Europaminister Bernard Cazeneuve (links) und der Vorsitzende des Europaausschusses Gunter Krichbaum

Sitzung des Europaausschusses unter Vorsitz von Gunter Krichbaum vergangene Woche deutlich, dass die Zusammenarbeit beider Länder für die Lösung der aktuellen Problemen in Europa von großer Bedeutung sei.

**Antworten auf Bankenkrise** Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei oftmals der „Anfang eines europäischen Kompromisses“, erklärte der französische Europa-Minister. Dabei seien die besten Kompro-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## KURZ NOTIERT

### Vertragstext für Kroatiens EU-Beitritt

Die Republik Kroatien soll zum 1. Juli 2013 der Europäischen Union beitreten können. Die Bundesregierung hat dazu einen Entwurf zu einem Vertragsgesetz (17/11872) vorgelegt, mit dem die Ratifizierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht werden soll. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten am 9. Dezember 2011 einen Vertrag unterzeichnet, mit dem Kroatien als 28. Mitgliedsstaat in die Europäische Union aufgenommen wird – unter der Voraussetzung, dass bis 1. Juli 2013 alle Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert haben.

### Deutsche in internationalen Organisationen

Die Zahl der Deutschen im vergleichbaren höheren Dienst in der EU und in internationalen Organisationen ist von 5.676 Ende 2009 auf 6.663 Ende 2011 gestiegen. Zugleich würden die Herausforderungen wachsen, Deutsche in internationalen Organisationen zu positionieren, schreibt die Bundesregierung in ihrem „Bericht zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen“, den sie als Unterrichtung (17/11942) vorgelegt hat. Insgesamt sei die Bundesregierung mit ihrer internationalen Personalpolitik „auf dem richtigen Weg“, davon zeugten insbesondere „gute Ergebnisse“ im Nachwuchsbereich. Allerdings könnten diese und Erfolge bei der Besetzung einiger Spitzenämter „nicht darüber hinweg täuschen, dass Deutschland im Vergleich zu seinem politischen und finanziellen Gewicht“ personell häufig noch immer „nicht ausreichend vertreten ist“, heißt es in der Unterrichtung weiter.

### Regierung betont Kontinuität bei Auswärtiger Kulturpolitik

Sorgen vor einem Paradigmenwechsel in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) sind aus Sicht der Bundesregierung unbegründet. Die neue AKBP-Konzeption stehe in der Kontinuität bisheriger Grundsätze, heißt es in einer Antwort (17/11981) auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/9839). Ziel der neuen Konzeption sei es, einige wichtige Veränderungen zu benennen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Angesichts des vielfachen und tiefgreifenden Wandels, den die Welt im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts durch die „voranschreitende Globalisierung“ erfahre, sei es das Ziel der neuen Konzeption, Europa zu stärken, den Frieden zu sichern sowie die Globalisierung „mit alten Freunden und neuen Partnern“ verantwortungsvoll zu gestalten. Dies blieben die „übertrendenden Ziele“ der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

bob

## Sorge vor Flächenbrand in Nordafrika

**MALI/ALGERIEN** Nach der blutigen Geiselnahme in Algerien wachsen die Befürchtungen, dass militante Islamisten die gesamte Region der nordwestafrikanischen Sahelzone in Angst und Schrecken versetzen. Eine algerische Militärfaktion zur Befreiung von zum Teil ausländischen Geiseln aus der Hand mutmaßlicher Al-Qaida-Kämpfer auf dem Erdgasfeld In Amenas führte vergangenen Donnerstag zu einem Blutbad. Nach Darstellung der Terroristen starben allein bei Luftschlägen der algerischen Armee 35 Geiseln und 15 Kidnapper. Hinter der Geiselnahme steht nach algerischen Angaben die Organisation Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI). Die militanten Islamisten fordern ein Ende des französischen Einsatzes im benachbarten Mali.

Nach monatelangem Zögern und Beratungen auf internationaler Ebene hatte Frankreich Anfang Januar überraschend Streitkräfte nach Mali entsendet, um den Vormarsch von militanten Tuareg und islamistischen Terroristen zu stoppen. Insgesamt könnten in den kommenden Wochen 2.500 Soldaten zum Einsatz kommen, gemeinsam mit Truppen aus den westafrikanischen Nachbarländern sowie der malischen Armee. Deutschland stellt zunächst zwei Transportflugzeuge der Luftwaffe bereit. Die Sicherheit in der westafrikanischen Region sei „ein Teil der eigenen Sicherheit“, da „der Terrorismus im Norden von Mali nicht nur eine Bedrohung für Afrika ist, sondern auch eine Bedrohung für Europa“ sei, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach einem Treffen mit dem Vorsitzenden der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas und Präsidenten der Elfenbeinküste, Alassane Ouattara. Die Europäische Union will nach einem Beschluss der EU-Außenminister so rasch wie möglich 450 Soldaten nach Mali entsenden, darunter 200 Militärausbilder.

**Erleichterung in Bamako** Die Ankunft der Soldaten der früheren Kolonialmacht Frankreich wird in dem westafrikanischen Land überwiegend mit Erleichterung aufgenommen: Mopeds und Autos fahren seit Tagen in der Hauptstadt Bamako mit der Tricolore durch die Straßen. Medien zitieren reihenweise Malier, die den Einsatz der Franzosen begrüßen. Der 22-jährige Soumaïla Dembélé, der in der Stadt Sévaré in Zentralmali lebt, ist einer von ihnen. „Endlich tut sich etwas. Endlich besteht die Möglichkeit, den Norden zurückzuerobern“, sagt der junge Mann.

Im April 2012 hatte die Befreiungsbewegung von Azawad (MNL), der hauptsächlich Tuareg angehören, den Norden für unabhängig erklärt. Anschließend war das von der MNL besetzte Gebiet durch radikale Islamisten von Ansar Dine („Verfechter des Glaubens“) sowie die Terrorgruppe Mujao („Bewegung für Einheit und Jihad in Westafrika“) besetzt worden. Außerdem soll die Al-Qaida im islamischen Maghreb in den vergangenen Jahren ein Netzwerk in der Region aufgebaut haben. Ansar Dine bestritt vergangene Woche jedoch Verbindung zu Al-Qaida und den Geiselnahmern in Algerien. „Wir haben keinen Grund, dort zu sein“, sagte ein Sprecher der Gruppe der Nachrichtenagentur dpa.

Während die Al-Qaida für den Drogen- und den Waffenhandel aus den Arsenalen des libyschen Bürgerkriegs im Norden Malis sorgen soll, kämpfen Mujao und Ansar Dine für die Einführung der Scharia. Eine große Mehrheit der Malier lehnt die islamische Gesetzgebung ab, obwohl sich mehr als 90 Prozent der Einwohner zum Islam bekennen. *Katrin Gänsterl/dpa*



Umfragen sehen den alten auch als neuen Premier: Benjamin Netanjahu (linkes Plakat) könnte sich jedoch für eine Koalition zur Mitte hinwenden – wie zur Partei der ehemaligen Außenministerin Tzipi Livni (Plakat rechts).

# Fest im Sattel

**ISRAEL** Das Rechts-Bündnis von Premier Benjamin Netanjahu gilt als Favorit bei der Knesset-Wahl

**B**einaher wäre es Benjamin Netanjahu als erstem israelischer Premier seit 1981 gelungen, eine vollständige Amtszeit zu absolvieren. Dass sich seine Koalition entschloss, die für den Herbst 2013 anstehenden Wahlen zur Knesset vorzuziehen, hat viel mit der Schiefelage im israelischen Haushalt zu tun. Eher früher als später dürfte die Regierung gezwungen sein, das Defizit von umgerechnet acht Milliarden Euro anzugehen, die Steuern zu erhöhen oder bei sozialen Leistungen kürzen. Mit einem solchem Programm hätte Netanjahu die eigene Wiederwahl aufs Spiel gesetzt.

**Herausforderer** Im Oktober 2012 beschloss Netanjahus rechte Likud-Partei und „Israel Beiteanu“, die Partei der russischen Immigranten mit Außenminister Avigdor Lieberman an der Spitze, auf Nummer sicher zu gehen und mit einer gemeinsamen Liste anzutreten. Doch statt des erhofften Stimmenzuwachses verlor das Bündnis in den Umfragen an Boden: Die gemeinsame Liste käme auf 33 Mandate im 120-köpfigen Parlament. Das sind neun Sitze weniger als beide Fraktionen zur Zeit noch haben. Das dürfte nicht zuletzt mit dem Senkrechtstart von Netanjahus ehemaligem Stabschef zusammenhängen: Mit streng nationalistischen Tönen ist Naftali Bennett, Vorsitzender der Siedlerpartei Habait Hajehudi („Jüdisches Zuhause“), zur Überraschung des Wahlkampfs geworden. Umfragen sehen seine Partei bereits mit 14 Mandaten in der Knesset.

Anders als seine Vorgänger in der Partei begeistert der junge Hi-Tech-Millionär und frühere Kämpfer in einer Spezialeinheit vor allem jüngere Wähler, die er über soziale Netzwerke gewinnen kann. Bennett führte die ersten demokratischen Urwahlen in der Partei ein, bei denen erstmals auch Frauen kandidierten. Doch der moderate Auftritt täuscht, denn einige der Forderungen Bennetts haben es in sich: Der frühere Siedlerfunktionär will einen Palästinenserstaat verhindern, indem schrittweise das von Israel kontrollierte C-Gebiet des Westjordanlandes annektiert wird. Bennett ist überzeugt, dass die Welt eine solche Aufkündigung des Oslo-II-Abkommens von 1995 am Ende wohl hinnehmen würde, so wie die Annexion der Golanhöhen 1981.

Die Arbeitspartei Avoda setzt demgegenüber nur auf soziale Themen und positioniert sich als Alternative zu Netanjahus neoliberaler Politik. Den Konflikt mit den Palästinensern klammert die Spitzenkandidatin und frühere Journalistin Schelly Jachimowitsch jedoch aus. Sie attackiert weder Siedler noch Orthodoxe und meidet den Begriff Friedensprozess. Umfragen sehen Avoda derzeit bei 18 Mandaten: Ein Erfolg, nachdem der Partei mit dem Austritt von Verteidigungsminister Ehud Barak bereits das Ende prophezeit worden war. Zur ernsthaften Herausforderung für Netanjahu dürfte Jachimowitsch nicht werden: In der Frage der Sicherheit, dem dringendsten Thema für die meisten Israelis, vertrauen ihr nur vier Prozent der Wähler, Netanjahu hingegen 38 Prozent.

Israels Medien diskutieren deshalb nicht, ob Netanjahu nach der Wahl am morgigen Dienstag erneut Regierungschef wird, sondern vielmehr mit welcher Koalition: So könnte er gegen die verbreiteten Erwartungen nicht auf ein Bündnis mit Bennetts radikaler, aber sozial ausgerichtetes Siedlerpartei setzen,

So schließt zum Beispiel Yair Lapid, Chef der neuen Zentrumsparterie Yesh Atid („Es gibt eine Zukunft“) eine Beteiligung an Netanjahus Regierung nicht aus. Der populäre Talkmaster, Kolumnist und Buchautor, Sohn des früheren Justizministers Tomi Lapid, setzt sich für die Belange der Mittelschicht ein und for-

auf nur zwei Mandate), die bis zur Wahl 2009 noch den Ministerpräsidenten stellte und danach mit Tzipi Livni an der Spitze stärkste Fraktion in der Knesset wurde. Livnis Neugründung Hatnua („Die Bewegung“) kommt in Umfragen auf acht Sitze. Auf ein Mitte-Links-Bündnis gegen Netanjahu konnten sich die ehemalige Außenministerin, die Avoda-Vorsitzende Jachimowitsch und der Yesh Atid-Vorsitzende Lapid nicht einigen.

**Entscheidungsschwäche** Die scharfe Kritik des früheren Inlands-Geheimdienstchefs Juvval Diskin von Anfang Januar hat in Israel große Wellen geschlagen. Diskin warf Netanjahu und Barak vor, aus persönlichem und opportunistischem Kalkül Israels Sicherheit zu gefährden, ihre Entscheidungsschwäche trage zudem dazu bei, den gemäßigten Palästinenserpräsidenten Abbas zu schwächen und die radikale Hamas zu stärken. Auf die Umfragen wirkten sich die Vorwürfe jedoch kaum aus. Auch die Proteste, bei denen 2011 hunderttausende Israelis gegen soziale Ungleichgewichte und drastisch steigende Lebenshaltungskosten auf die Straße gingen, finden kaum einen Niederschlag im Wahlkampf. Die Protestierenden konnten bei einer Mehrheit der Israelis nicht mit dem Argument durchdringen, dass die neue Siedlungspolitik Grund für den Abbau sozialer Leistungen in Israel sei. *Igal Avidan*

Der Autor berichtet als freier Journalist für verschiedene israelische Zeitungen.



Naftali Bennett macht Netanjahus Likud-Partei im rechten Lager Stimmen streitig.

sondern sich den Parteien der Mitte zuwenden – auch, weil sich Sparmaßnahmen so leichter durchsetzen ließen. Darüber berichteten israelische Zeitungen unter Berufung auf Stimmen aus dem Regierungslager.

der eine Wehrpflicht ohne Ausnahmeregelungen für strenggläubige Juden. Umfragen sehen seine Partei mit elf Mandaten im Parlament. Im freien Fall befindet sich hingegen die Mitte-Partei Kadima (laut Umfragen käme sie

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

## Kandidaten mit unterschiedlichem Stil

**TSCHECHIEN** Ex-Premier Miloš Zeman und Außenminister Karel Schwarzenberg gehen in die Stichwahl um das Präsidentenamt

Vor der Stichwahl für das tschechische Präsidentenamt erwarten Beobachter ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Bewerbern Karel Schwarzenberg und Miloš Zeman. Beide haben sich in einer ersten Wahlrunde mit insgesamt neun Kandidaten behauptet; während der frühere Ministerpräsident Zeman dabei als Favorit galt, war das gute Abschneiden des amtierenden Außenministers Schwarzenberg überraschend. Wer von beiden in der Stichwahl am Freitag und Samstag die meisten Stimmen auf sich vereint, tritt im März die Nachfolge des nach zwei Amtszeiten ausscheidenden Präsidenten Václav Klaus an. Beide Kandidaten dürften bei einem Einzug in die Prager Burg einen EU-freundlicheren Kurs einschlagen als der Vorgänger, der sich einst weigerte, während des tschechischen EU-Ratsvorsitzes die Europafalge vor seinem Amtssitz zu hissen.

**Premiere** Für die Tschechen ist die Direktwahl des Staatsoberhauptes eine Premiere; bislang wurde über das höchste Amt des Landes stets von beiden Kammern des Parlaments entschieden. Nach diesem Verfahren hätten wohl weder Zeman noch Schwarzenberg eine Chance auf die Präsidentschaft gehabt, da keiner von ihnen einer der großen Volksparteien angehört. Karel Schwarzenberg gilt als überzeugter Europäer. Der 75-Jährige hat vor drei Jahren seine eigene Partei Top09 gegründet, die seit

2010 an der Prager Mitte-Rechts-Koalition beteiligt ist. Wenn er Präsident wird, das hat Schwarzenberg bereits angekündigt, werde er sich aus der Partei zurückziehen. Schwarzenberg stammt aus dem europäischen Hochadel und besitzt neben der tschechischen auch die schweizerische Staatsangehörigkeit. Die Jahre des Kommunismus verbrachte er auf den Besitztümern seiner Familie in Österreich und Deutschland und half von dort aus tschechischen Dissidenten. Er wird vor allem von einem urbanen, gebildeten Publi-



Miloš Zeman (links), Karel Schwarzenberg

kum unterstützt; zahlreiche Künstler und Intellektuelle sprechen sich offen für ihn aus. Obwohl Schwarzenberg als persönlich integer gilt, färbt die Beteiligung an der durch zahlreiche Korruptionsskandale erschütterten Regierung auf seine öffentliche Wahrnehmung ab. Vielen gilt er außerdem als zu alt für die fünfjährige Amtszeit.

**Polarisierung** Über reichlich politische Erfahrung verfügt auch sein Konkurrent: Miloš Zeman war von 1998 bis 2002 tschechischer Premierminister. Damals stand der 68-Jährige der Sozialdemokraten (CSSD) vor, allerdings trat er danach im Streit aus der Partei aus. Zeitgleich mit Schwarzenberg gründete er seine eigene Partei, die allerdings nicht ins Parlament eingezogen ist. Bei der Vorrunde zur Präsidentschaftswahl aber triumphierte er über die Sozialdemokraten, deren eigener Kandidat erfolglos geblieben ist. Zeman ist ein spitzzüngiger Redner, der mit seiner bodenständigen und heimatverwurzelten Art vor allem die Wähler im ländlichen Raum anspricht. Kritiker werfen ihm ein wenig ausgeprägtes diplomatisches Geschick und mangelnde internationale Erfahrungen vor. Tschechische Kommentatoren sehen die Stichwahl nicht als Entscheidung zwischen zwei Lagern, sondern vielmehr als Frage des politischen Stils. Zeman ist der bevorzugte Kandidat des amtierenden Präsidenten Václav Klaus, Schwarzenberg beruft sich auf das

Erbe des unlängst verstorbenen Václav Havel. Diese beiden bisherigen Präsidenten polarisieren die tschechische Gesellschaft; Havel als Philosoph und Weltbürger, Klaus als sein wirtschaftsliberaler und zum Isolationismus neigender Gegenpol. Bei der Stichwahl dürfte es deshalb eher um eine Entscheidung zwischen den Werten der beiden Prager Überwäter und Antipoden Havel und Klaus gehen als um parteipolitische Fragen. Der tschechische Präsident hat vor allem eine repräsentative Funktion; die beiden bisherigen Amtsinhaber nutzten ihren Spielraum – etwa die Ablehnung von bereits verabschiedeten Gesetzen, die Nicht-Ratifizierung von internationalen Verträgen oder die Auswahl der Personen, die mit einer Regierungsbildung beauftragt werden – allerdings immer bis an die Grenze der Verfassung aus und griffen so in die Innen- und Außenpolitik ein. In Prag wird erwartet, dass sowohl Schwarzenberg als auch Zeman im Falle eines Wahlerfolges eine ähnlich aktive Präsidentschaft ausüben. *Kilian Kirchgeßner, Prag*

Der Autor ist freier Korrespondent.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Früher eine Grenze, heute ein verbindendes Element zwischen beiden Ländern: der Rhein bei Kehl. Im Dezember 2010 wurde hier die neue Rheinbrücke eröffnet, die es den Schnellzügen ICE und TGV ermöglicht, mit Tempo 160 auf dieser Trasse zu verkehren.

# Das deutsch-französische Paar

**50 JAHRE ÉLYSÉE-VERTRAG** Bundestag und Assemblée nationale vereinbaren Gemeinsame Erklärung. Jubiläumsfeier in Berlin

Es war eine Premiere der besonderen Art: im Mai 2007 sollten – nach sechs Jahren technischer und bürokratischer Vorbereitung – erstmals ein deutscher ICE und ein französischer TGV gemeinsam im Pariser Gare de l'Est treffen. Doch einer der Schnellzüge hatte Verspätung. So musste der andere auf freier Strecke das Tempo drosseln. Letztlich konnten beide Züge gemeinsam im Bahnhof einrollen. „Es ging uns nicht darum pünktlich zu sein, sondern gemeinsam anzukommen“, erklärte damals ein Sprecher der Bahn. Die Jungfernfahrt der Hochgeschwindigkeitszüge ist eine von vielen kleinen und großen symbolträchtigen Episoden, die sich um den „deutsch-französischen Motor“, wie ihn die Deutschen nennen, oder „das deutsch-französische Paar“, wie die Franzosen sagen, ranken. Sie alle gehen auf ein Ereignis zurück: die Verabschiedung des Élysée-Vertrages 1963. Denn als Bundeskanzler Konrad Adenauer und

Frankreichs Präsident Charles de Gaulle am 22. Januar im Pariser Élysée-Palast ihre Unterschrift unter den Freundschaftsvertrag setzten, ahnte noch niemand, wie stark das Schicksal Europas und seiner Menschen mit diesem Schriftstück verbunden sein sollte.

**Gemeinsame Erklärung** Ein halbes Jahrhundert später spiegelt ein anderes Papier, die Gemeinsame Erklärung von Deutschem Bundestag und Assemblée nationale aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages (17/12100), wider, was aus dem Erbe de Gaulles und Adenauers entstanden ist. Die politische Willenserklärung aller Fraktionen beider Parlamente, die am Dienstag dieser Woche per Akklamation in einer gemeinsamen Sitzung angenommen wird, zieht nicht nur Bilanz, sondern setzt vor allem neue Impulse für die Zukunft. „Europa“, heißt es darin, „steht vor großen ökonomischen und politischen Herausforderungen. Für deren Bewältigung

sind eine handlungsfähige Europäische Union und die enge Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, unverzichtbar.“ Am Anfang der Erklärung wird nochmals die historische Leistung Frankreichs gewürdigt, die junge Bundesrepublik zu integrieren. „Trotz des mit den Verbrechen der Nationalsozialisten von Deutschen über Europa gebrachten Leids war Frankreich in den 1950er und 1960er Jahren bereit zur Versöhnung und zur Integration Deutschlands in ein gemeinsames Haus“, heißt es in dem Papier. Über die historische Dimension waren sich in der Debatte im Bundestag über den Élysée-Vertrag in der vergangenen Woche Vertreter aller Parteien einig. Andreas Schockenhoff (CDU), langjähriger Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, erinnerte daran, dass der Grundstein für die deutsch-französische Freundschaft nicht erst mit dem Élysée-Vertrag 1963, sondern bereits 1950 durch den politischen Mut Robert Schumans und dessen ambitionierten Plan für eine Montanunion gelegt worden sei. Dieser „gelungene Aufbruch“ sei bis heute „Grund zur Dankbarkeit“, sagte er.

ge Deutschlands sei auch den deutsch-französischen Beziehungen geschuldet. Denn 30 Prozent des deutschen Exports in die Euro-Zone gingen nach Frankreich. Auch die Gemeinsame Erklärung geht auf die wirtschaftliche Bedeutung beider Länder ein. Darin wird darauf verwiesen, dass Deutschland und Frankreich „über mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union verfügen.“ Wir müssen Lehren aus der schweren Finanzkrise ziehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen für den Erfolg des europäischen Modells im globalen Wettbewerb“, wird in der Erklärung gefordert. Michael Link (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt und derzeit Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit, warnte davor, dass man bei der Zusammenarbeit in Europa ein Missverständnis vermeiden müsse: „Die Ziele und Interessen Deutschlands und Frankreichs sind natürlich nicht immer und automatisch deckungsgleich“, sagte Link. Kontroversen gehörten in der EU und in der deutsch-französischen Partnerschaft dazu: „Sonst wären wir ein Museum.“

**Appell an die Jugend** Dass der Grundstein für die deutsch-französische Zusammenarbeit oft schon in frühen Jahren gelegt wird, bestätigten viele der Abgeordneten im Laufe der Debatte. So erinnerte sich Andrej Hunko (Die Linke), wie er als Mitglied der C-Jugend seiner Fußballmannschaft erstmals zum Austausch nach Frankreich kam. Er habe in seiner Gastfamilie gespürt, „welche Bedeutung dieser Austausch für sie hatte und welche Überwindung dahinter stand“. Frithjof Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/die Grünen, denkt dabei auch an seine Schullektüre von Camus und Sartre zurück, die ohne den Élysée-Vertrag, der gerade auch den kulturellen Austausch fördern wollte, damals wohl kaum Eingang in die deutschen Lehrpläne gefunden hätte. Prägend war für ihn auch ein 14-tägiger Schüleraustausch in der Normandie. „14 Tage, die für uns die Welt verändert haben“, sagt Schmidt, der seitdem Frankreich seine „zweite Heimat“ nennt. Erfahrungen, die verständlich machen, warum sich die Politiker in der Gemeinsamen Erklärung mit einem Appell vor allem an die Jugend beider Länder richten. Sie haben dabei die wichtigste Aufgabe: „Das Vermächtnis der deutsch-französischen Freundschaft zu bewahren, zu pflegen und fortzuentwickeln.“

**»Wer sich dem Vertrag verpflichtet fühlt, muss sich auf Augenhöhe begegnen.«**  
Günter Glöser (SPD)

## Wie der Nachbar vom anderen gesehen wird

**UMFRAGE** Deutschland wird für Franzosen attraktiver

50 Jahre nach Verabschiedung des Élysée-Vertrages scheint sich das Bild beider Völker voneinander zu wandeln – wobei Deutschland für Franzosen zunehmend attraktiver zu werden scheint. So erklärten beispielsweise über 59 Prozent der befragten Franzosen, dass sie gerne in Deutschland arbeiten würden. In Deutschland können sich hingegen nur 39 Prozent vorstellen, jenseits des Rheins ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das sind zwei Zahlen einer großen Online-Befragung, die gemeinsam von verschiedenen ARD-Anstalten, Arte, Deutschlandradio und Radio France durchgeführt wurde. Insgesamt antworteten dabei über 25.000 Deutsche und Franzosen auf einen umfangreichen Fragebogen zu drei Themenkreisen: ihren persönlichen Beziehungen zum Nachbarland, der Wahrnehmung des jeweils anderen sowie über die politische und ökonomische Zusammenarbeit beider Länder.

Einige der Ergebnisse zeigen nach Meinung von Oppeln, die sich seit vielen Jahren mit dieser Fragestellung beschäftigt, dass gängige Bilder und Stereotypen weiter bestehen bleiben, es aber auch Verschiebungen gibt. Interessant sei dabei die Frage nach der Modellhaftigkeit des Nachbarlandes. Während auf französischer Seite 44 Prozent in Deutschland ein „Modell“ sehen, erkennen nur 22 Prozent der Deutschen diesen Modellcharakter in Frankreich. Die Frage nach der Vergangenheit und der Aussöhnung spielt zwischen beiden Ländern eine zunehmend geringere Rolle, analysiert die Politikwissenschaftlerin. Bei der Frage, welche Rolle beide Länder innerhalb der Europäischen Union spielen, ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass Deutschland politisch und wirtschaftlich an erster Stelle steht, gefolgt von Frankreich und Großbritannien. Unterschiedlich wird das gleichgewichtige Verhältnis beider Länder untereinander bewertet: Während 78 Prozent der Deutschen meinen, dass sich beide Partner „auf Augenhöhe begegnen“, vertreten nur 53 Prozent der Franzosen diese Auffassung. Mit Blick auf die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Europäischen Union gibt es ebenfalls Unterschiede: Während über 81 Prozent der Deutschen möchten, dass das deutsch-französische Paar die europäische Politik bestimmen soll, wünschen sich das nur 55 Prozent der Franzosen. Bleibt zum Schluss noch die Liebe. Auf die Frage, ob sie schon einmal ein kleines Liebesabenteuer mit einem Deutschen hatten, antworteten jenseits des Rheins 61 Prozent mit Ja, während es in Deutschland über 66 Prozent waren.

**Zentrale Botschaft** „Feinde können Freunde werden, wenn sie es denn wirklich wollen“, sagte Thomas Silberhorn (CSU). Deutsche und Franzosen hätten die Feindschaft überwunden. Und Feindschaft sitze nicht in den Genen, sondern in den Köpfen der Menschen. Das sei die zentrale und bis heute aktuelle Botschaft des Élysée-Vertrages für Europa und die Welt. Diese „historische Perspektive entlang der letzten 50 Jahre“ ist auch für Günter Glöser (SPD) ein wichtiger Grund, das Jubiläum würdig zu begehen. Er war 2005 bis 2009 als Staatsminister im Auswärtigen Amt Beauftragter der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen. Ob „50 Jahre Élysée-Vertrag angesichts von Streitpunkten, mühsamen Kompromissen und gelegentlich auftretenden Misstrauens ein Grund zum Feiern“ sei, fragte Glöser. „Ich sage Ja.“ Er beurteile den Vertrag nicht aus der Perspektive der letzten Wochen und Monate, sondern entlang der letzten 50 Jahre. Für Glöser ist gerade das auch eine Verpflichtung für die Gegenwart. Ins Gericht ging er mit all dem, die sich in letzter Zeit mit „Häme“ über die wirtschaftliche Situation Frankreichs mokiert hätten. „Wer sich dem Vertrag verpflichtet fühlt, muss sich auf Augenhöhe begegnen“, sagte er. Solcher Hohn sei „unangebracht und geschichtslos“, sagte er. Die gute wirtschaftliche La-

**Kunst des Kompromisses** Das, was das Verhältnis vor allem auszeichne, sei die Fähigkeit zum Kompromiss. „Wenn aber erstmal eine Einigung gefunden war, dann stand sie, und dann war dieser Kompromiss meist auch das Vorbild für eine Einigung in der gesamten EU“, sagte er. Für Link ist die deutsch-französische Freundschaft daher weder Nostalgie noch Rhetorik, sondern eine „hochaktuelle Strategie, um die Europäische Union Schritt für Schritt voranzubringen. Die beiden Parla-

Anzeige

**Ausstellung**  
17. Januar bis 15. März 2013  
von 10 bis 18 Uhr  
im Lichthof des Auswärtigen Amts  
Eintritt frei  
Werderscher Markt 1 • 10117 Berlin  
U-Bahn U2 Hauptvogelplatz oder Spittelmarkt  
www.auswaertiges-amt.de

**France - Allemagne**  
**PARLAUF PAS DE DEUX**  
Junge Karrieristen aus Frankreich und Deutschland zeigen deutsch-französische Beziehungen heute und morgen

**ADENAUER DE GAULLE**  
Wappwörter deutsch-französischer Freundschaft  
Les Ballastins de la famille franco-allemande

**PARLAUF PAS DE DEUX**  
Junge Karrieristen aus Frankreich und Deutschland zeigen deutsch-französische Beziehungen heute und morgen

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Konsumenten können zukünftig anhand des Tierschutzlabels erkennen, ob ihr gekauftes Fleisch aus Massentierhaltung oder aus artgerechter Produktion stammt.

## Linke will Ende des Kohlestroms

**UMWELT** Bei den Beratungen über eine Reform des EU-Emissionshandels soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass in der kommenden Handelsperiode weniger Emissionszertifikate ausgegeben werden. Für den Fall eines Scheiterns des europäischen Emissionshandels fordert die Fraktion Die Linke den planmäßigen Ausstieg aus der Kohleverstromung – analog zum Ausstieg aus der Atomenergie. In einem Antrag (17/12064), der am Donnerstag auf der Tagesordnung des Plenums stand, fordert die Fraktion von der Bundesregierung, in einem solchen Fall, den Bau von neuen Kohlekraftwerken zu untersagen. Das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland sollte dann bis zum Jahr 2040 vom Netz gehen. Für die Unionsfraktion verwies Jens Koepfen auf die mit der Kohle verbundenen mehr als 10.000 Arbeitsplätze: „Die ständigen Attacken verunsichern die Menschen, die von der Kohle leben“. Ute Vogt (SPD) bezeichnete den Vorstoß der Linken als eine „Wunschvorstellung“, die so nicht realisierbar sei. Michael Kauch (FDP) meinte, wer den Bau moderner Kohlekraftwerke verhindere, trage Mitschuld am Weiterbau „ineffizienter Dreckschleudern“. Eva Bulling-Schröter (Die Linke) konstatierte hingegen, dass der Emissionshandel am „Rande des Scheiterns“ stehe. Bärbel Höhn (Bündnis 90/Grüne) warf der Regierung vor, sich der notwendigen Rettung des EU-Emissionshandels zu widersetzen. **as**

## Keine weitere Bürgerbeteiligung

**VERKEHR UND BAU** Bei der Bürgerbeteiligung an Infrastrukturprojekten soll es keine weiteren Änderungen geben. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion (17/9156), in dem unter anderem eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und Volksbegehren gefordert werden, lehnte der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vergangene Woche mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Neben der SPD stimmte auch die Linksfraktion dafür. In dem Antrag forderte die SPD-Fraktion weiter, dass die Bundesregierung dafür sorgen solle, dass Planfeststellungsverfahren beschleunigt werden, indem mögliche Alternativplanungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit schon in der Vorphase vor Eröffnung des Verfahrens geprüft und zeitraubende Doppelungen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung vermieden werden. Außerdem sollten die Spielräume der Genehmigungsbehörden zur Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen für Beeinträchtigungen von Anwohnern erweitert werden. Der SPD-Sprecher betonte, dass die Lehren aus Stuttgart 21 gezogen werden müssten. Dieses Projekt bleibe wegen fehlender Bürgerbeteiligung weiterhin umstritten. Die Koalitionsfraktionen begründeten ihre Ablehnung unter anderem damit, dass der von der SPD vorgesehene rechtliche Rahmen unnötig sei. Bei der Bürgerbeteiligung seien von der Regierung vorgesehene statt starrer Handlungsvorgaben flexible Lösungen notwendig. Für die Linksfraktion enthält der Antrag eine Palette von sinnvollen Vorschlägen. Auch Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich für eine frühere Öffentlichkeitsbeteiligung aus. Allerdings kritisierten sie einige Punkte des umfangreichen SPD-Antrages. Deshalb enthielt sich die Fraktion der Stimme. **mik**

# Nicht jedes Tier hat Schwein

**LANDWIRTSCHAFT** Koalition lehnt Oppositionsanträge zur artgerechten Tierhaltung ab

Der Abgeordnete Johannes Röring (CDU) ärgert sich. Seiner Meinung nach wird den Landwirten in Deutschland zu viel Misstrauen entgegengebracht. Da tröstete es Röring wenig, dass wie jedes Jahr im Januar die populäre Internationale Grüne Woche in Berlin ihre Tore öffnet, denn ebenso zuverlässig steht dann die Agrarpolitik auf der Tagesordnung des Bundestages. Drei Anträge legten die Oppositionsfraktionen SPD (17/8157), Die Linke (17/10694) und Bündnis 90/Die Grünen (17/11667) vergangene Woche dem Plenum zum Thema artgerechte Tierhaltung vor. „Anträge, die von Misstrauen und mit Anschuldigungen durchsetzt sind“, klagte Röring. Alle drei Initiativen wurden mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Vergleich relativ kleine Bestände, was den Thesen der Opposition widerspreche. Doch die hielt dagegen: „Die Politik der Regierungskoalition setzt einseitig auf Massentierhaltung, Dumpingpreise und Expansion statt auf Qualität“, sagte Renate Künast für die Grünen. Im gleichen Atemzug kritisierte sie die Agrarmesse als Spiegelbild leistungsorientierter Agrarwirtschaft: „Dort wird gezeigt, wie eine Kuh dazu gebracht werden kann, weit mehr als 10.000 Liter Milch zu geben.“ Weiter rechnete sie ab, dass sich die Zahl der Masthühner pro Betrieb seit 2002 mehr als verdoppelt habe und der Tier- und Tierfütterbau für die Massentierhaltung in Konkurrenz zu armen Menschen trete. „Doch Sie merken, dass die Verbraucher und die bäuerliche Landwirtschaft Ihren Gang der industriellen Landwirtschaft nicht mitgehen“, sagte Künast in Richtung Unionsfraktion.

„Die Landwirte haben ein Interesse daran, dass die Tiere gesund sind.“  
Johannes Röring (CDU)



„Ich habe es satt, immer wieder die selben falschen Behauptungen zu hören“, entgegnete Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) auf die Vorwürfe. Die Grünen würden die Vergangenheit romantisieren und jedes Jahr zur Grünen Woche versuchen, die Landwirte schlecht zu reden.

Das die Verbraucher ein zu romantisches Bild von der Tierhaltung hätten, sei gewollt von der Nahrungsmittelindustrie, die in der Werbung dieses Bild produziere, hielt Alexander Süßmair (Die Linke) der Ministerin entgegen. Es sei nicht rückwärtsgewandt, wenn Verbraucher nicht wollen, dass Tiere leiden. „Grausamkeit, Krankheit und Enge darf es in der Tierhaltung nicht geben.“ Aigner widersprach der Behauptung, dass es Tieren in größerer Haltung weniger gut gehe. „Jeder neu gebaute Stall ist grundsätzlich ein Fortschritt für das Tierwohl.“ Auch gehe die Regierung aktiv gegen Antibiotikamissbrauch vor. So habe die Novelle des Arzneimittelgesetzes den Bundesländern „noch bessere Instrumente der Überwachung“ in die Hände gegeben. Aber die Opposition honoriere viele Fortschritte nicht. Andere EU-Länder seien noch nicht so weit.

**Ungleichverteilung** Süßmair stimmte nachdenklich, dass im Jahr 1995 rund 230.000 Tonnen Schweinefleisch aus Deutschland exportiert worden seien, im Jahr 2011 im Vergleich dazu etwa 2,3 Millionen Tonnen. Die Nutztierhaltung habe sich verändert und sei durch Intensivierung und Konzentration gekennzeichnet. In Niedersachsen würden fast neun Millionen Schweine gehalten, während ganz Ostdeutschland auf 4,2 Millionen käme. Solche Ungleichverteilungen könnten zu Konflikten führen. „Das gerade nicht Qualität gefördert wird, erleben die Menschen tagtäglich in Niedersachsen“, sagte Matthias Miersch (SPD) und

kritisierte die Regierung dafür, dass „die Kommunalpolitik keine Handhabe hat, dem Einhalt zu gebieten.“ Den Menschen würden durch einseitige rechtliche Privilegierungen bei Genehmigungsverfahren ungefragt Stallanlagen vor die Haustür gesetzt. Miersch forderte, durch eine Änderung des Paragraphen 35 des Baugesetzbuches bei Genehmigungsverfahren von Massentierhaltungsanlagen eine „Steuerungsmöglichkeit“ einzuführen. „Alles Wahlkampf auf dem Rücken der Landwirte“, fand Christel Happach-Kasan (FDP),

die in der Debatte einen Beitrag der Oppositionsfraktionen zum Wahlkampf in Niedersachsen sah. Die Regierungskoalition habe mit der Novellierung des Tierschutzgesetzes betriebliche Eigenkontrollen zum Wohl der Tiere etabliert. Außerdem seien Forschungsmittel in Höhe von 19 Millionen Euro im Bereich der Tierhaltung für Modellanlagen bereitgestellt worden. Happach-Kasan befürwortete die Initiative des Tierschutzbundes, ein Tierschutzlabel einzuführen, das Fleischprodukte aus artgerechter Haltung kennzeichnet. **Jan Eisel**

### STICHWORT

#### DAS TIERSCHUTZLABEL DES DEUTSCHEN TIERSCHUTZBUNDES

**> Kennzeichnung** Mit dem Tierschutzlabel „Für mehr Tiererschutz“ des deutschen Tierschutzbundes werden Produkte tierischen Ursprungs gekennzeichnet, denen Schutzstandards zugrunde liegen, die für die Tiere deutliche Verbesserungen bei der Haltung, der Schlachtung und dem Transport gewährleisten. Das Label startet zunächst mit Produkten von Masthühnern und Mastschweinen, soll später aber auf alle landwirtschaftlich genutzten Tiere ausgeweitet werden.



**> Zwei Stufen** Das Label umfasst zwei Stufen: Eine Einstiegsstufe kennzeichnet ein großes Platzangebot und viele Beschäftigungsmöglichkeiten für die Tiere. Eine Premiumstufe bescheinigt ein noch höheres Platzangebot sowie Außenklimabereiche oder Auslaufmöglichkeiten für eine tiergerechte Haltung.



## Raus aus dem Übergangssystem

**BERUFSAUSBILDUNG** Bundestag debattiert Möglichkeiten, Jugendliche schneller in Ausbildung und Beruf zu bringen

In Deutschland ist die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich am niedrigsten. Dieser Erfolg wird neben der demografischen Entwicklung vor allem dem dualen Ausbildungssystem zugeschrieben, der parallelen Ausbildung in Schule und Betrieb. Doch auch wenn sich alle Fraktionen über den grundsätzlichen Erfolg dieses Modells einig sind, gibt es ein großes unarbeitbares Feld: Etwa 300.000 junge Menschen verharren nach der Schule im sogenannten Übergangssystem, dem Zeitraum zwischen Schulabschluss und Ausbildungsbeginn, und finden nur schwer den Anschluss an Qualifizierung und Ausbildung. Das wurde in der Debatte zum Berufsausbildungssystem deutlich, die am Donnerstagnachmittag im Bundestag stattfand.

gen sei. Doch auch sie sagte: „Unser Ziel muss sein, in den nächsten zwei drei Jahren das Übergangssystem auf Null zu bringen.“ Der SPD-Abgeordnete Willi Brase fragte: „Was machen wir mit den Menschen im Übergangsbereich?“ Mehr als 80 Prozent der dort verweilenden Jugendlichen ver-

fügen über einen Schulabschluss, manche sogar über das Abitur. „Wenn so viele Menschen mit einem guten Abschluss in diesem Bereich verharren, dann läuft etwa schief.“ Heiner Kamp (FDP) lobte das duale Ausbildungssystem, kritisierte aber die Vorschläge der Grünen, die ein Konzept na-

mens „DualPlus“ vorgelegt haben. „Wir brauchen weder Zwangsabgaben, noch Strafen für Ausbildungsbetriebe“, sagte Kamp. Agnes Alpers von der Fraktion Die Linke trat dafür ein, eine „Ausbildung für alle“ zu garantieren. Immer noch gebe es in Deutschland 2,2 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben.

**Situation in Europa** Aber nicht nur die Situation in Deutschland war Thema in der Debatte. Vor allem Kai Gering (Die Grünen) ging auf die Situation in Europa ein. Die katastrophale Jugendarbeitslosigkeit sei eines der drängendsten Probleme in Europa, mahnte Gering. „Eine Jugend ohne Perspektive birgt sozialen Sprengstoff.“ Als solidarisches Land müsse es Deutschland umtreiben, dass eine ganze Generation junger Europäer abgehängt zu werden drohe. Der Debatte lagen gleich mehrere Anträge zugrunde: Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion (17/10986) wurde vom Plenum angenommen. Die Anträge der Fraktionen der SPD (17/10116) und Die Linke (17/10856) fanden keine Mehrheit. Ebenso scheiterte der Antrag der Grünen (17/9586). **rol**



Deutschland hat mit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

### AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## Grüne für Stopp der Atomförderung

**WIRTSCHAFT** Die Energieforschung soll konsequent am Atomausstiegsbeschluss des Bundestages ausgerichtet werden. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/11688), der vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Deshalb soll die Bundesregierung die noch nicht ausgegebenen Mittel des 6. Energieforschungsprogramms, die in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation fließen, in die Bereiche erneuerbare Energien und Energieeffizienz umwidmen. Eine Neuaufrichtung der Energieforschung solle dem Projekt ITER aufkündigen und sich für eine Revision von Euratom in Bezug auf die Sonderstellung der Atomkraft einsetzen. Die Kompetenzen der verschiedenen Ressorts sollen im Bereich der Energieforschung besser koordiniert werden und so für die Wissenschaft transparenter werden, fordern die Sozialdemokraten. Grundsätzlich begrüßt die Fraktion das 6. Energieforschungsprogramm. Laut Bundeswirtschaftsministerium benennt das Programm „die Leitlinien für die künftige Förderung des Bundes von Forschung und Entwicklung, informiert über die vorrangigen Förderbereiche und gibt einen Überblick über die von den einzelnen Ressorts eingeplanten Fördermittel“. Nach Auffassung der SPD-Fraktion, soll die angesprochene „Landkarte der Energieforschung“ vorgelegt werden, um besser einschätzen zu können, welche Energieforschungsbereiche gestärkt werden müssen. **hrel**

liarden Euro umfassenden Gesamtetats des 6. Energieforschungsprogramms in die Atomforschung. Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde ein Antrag der SPD-Fraktion (17/11201), die sich dafür ausspricht, den eingeleiteten Umbau des Energiesystems hin zu einem „nachhaltigen Energiesystem“ fortzusetzen. Die Förderung der Energieforschung müsse unabhängig von den Eigeninteressen der beteiligten Ressorts der Bundesregierung ganzheitlich gestaltet werden. Die Kompetenzen der verschiedenen Ressorts sollen im Bereich der Energieforschung besser koordiniert werden und so für die Wissenschaft transparenter werden, fordern die Sozialdemokraten. Grundsätzlich begrüßt die Fraktion das 6. Energieforschungsprogramm. Laut Bundeswirtschaftsministerium benennt das Programm „die Leitlinien für die künftige Förderung des Bundes von Forschung und Entwicklung, informiert über die vorrangigen Förderbereiche und gibt einen Überblick über die von den einzelnen Ressorts eingeplanten Fördermittel“. Nach Auffassung der SPD-Fraktion, soll die angesprochene „Landkarte der Energieforschung“ vorgelegt werden, um besser einschätzen zu können, welche Energieforschungsbereiche gestärkt werden müssen. **hrel**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**D**as war ja geradezu eine Großkundgebung für die Regulierung der Finanzmärkte“, fasste Carsten Sieling (SPD-Fraktion) den Verlauf der Bankenunion-Debatte des Deutschen Bundestages am Donnerstag zusammen. In der Tat ähneln sich die Titel beider dieser Debatte zueinanderliegenden Anträge: Während CDU/CSU- und FDP-Fraktion die „schärfere und effektivere Regulierung der Finanzmärkte“ (17/12060) fortsetzen wollen, fordern die Fraktionen von SPD und Grünen „einen neuen Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte“ (17/11878).

Über Wege und Maßnahmen zur Erreichung des Ziels gingen die Meinungen zwischen den Fraktionen in der Debatte allerdings weit auseinander. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück warf der Koalition vor, viel zu lange so getan zu haben, als gehe es nur um eine Verschuldungskrise anderer Länder. Das sei jedoch nur ein Teil der Wahrheit, „und das fällt Ihnen jetzt auf die Füße“. Es handle sich vielmehr in weiten Teilen um eine Krise labiler Banken und ungezählter Finanzmärkte.

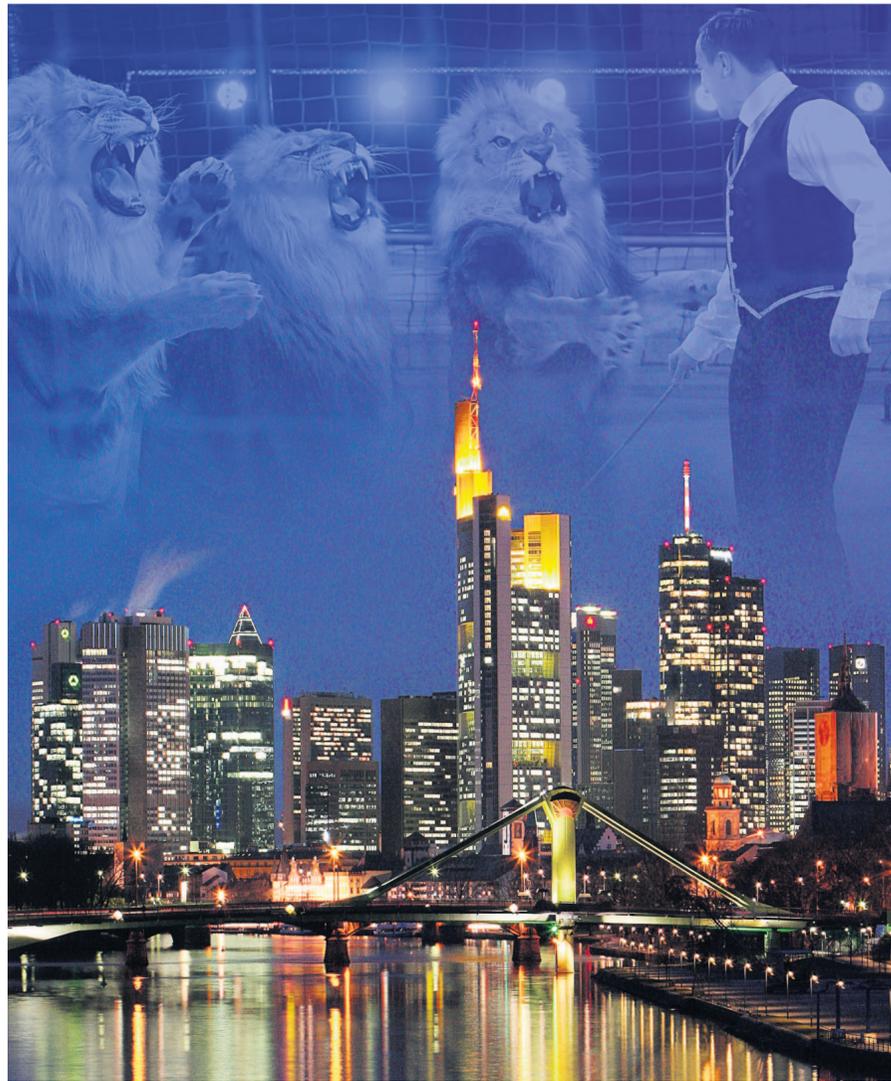
Als Beleg führte Steinbrück an, dass zwischen September 2008 und Dezember 2010 in Europa 1,6 Billionen Euro Staatshilfen zur Bankenrettung ausgegeben worden seien. Das entspreche dem Jahreseinkommen aller Deutschen zusammen. „Hier liegt der Hase im Pfeffer“, sagte Steinbrück. Seiner Ansicht nach haben Banken „Infektionskanäle“ in Staatshaushalte gelegt.

**Haftungsunion existiert** Deutsche und europäische Steuerzahler würden sich dadurch in einer „riesigen Haftungsunion“ befinden und seien vom Geschäftsgeheimen einzelner Banken abhängig. Die europäische Bankenunion werde zu einer Umwälzung vom Staatshaushalt in Bankbilanzen. Statt die Staatshaftung einzugrenzen, solle der europäische Stabilitätsmechanismus ESM in Zukunft Banken direkt rekaptalisieren, obwohl der Haushaltsausschuss das Gegenteil beschlossen habe, kritisierte Steinbrück. Jetzt würden die Steuerzahler in Deutschland nicht nur für die Banken im eigenen Land, sondern auch in Europa haften müssen. Das werde erst nach der Bundestagswahl passieren, „und das ist das, was ich den Schleiertanz nenne“, sagte Steinbrück. Er forderte ein „Ende der Staatshaftung“ und einen Bankenrestrukturierungsfonds, der von den Banken selbst und nicht vom Steuerzahler gespeist werde.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) lehnte diesen von den Banken selbst zu speisenden Fonds strikt ab, da die Institute bereits herangezogen worden seien: „Da werden Sie eine dramatische Kreditverknappung für die gesamte europäische Wirtschaft bekommen.“ Er erinnerte, dass die Krise ihren Ursprung in Amerika und bei Lehman Brothers habe. Daher würden nationale Regelungen nicht funktionieren und auch nicht die „uralten klassenkämpferischen Parolen, als seien nur die Banken an allen Problemen Schuld. Das haben wir seit 100 Jahren gehört, und es war immer falsch“, sagte Schäuble, der sich über die „alten Hüte“ von Steinbrück wunderte.

Zur Staatsverschuldung sagte Schäuble mit Blick auf Großbritannien und USA, außerhalb des Euroraums gebe es eine viel höhere Staatsverschuldung. Sorgen machten ihm auch die Entwicklung in Japan und das „Übermaß an Liquidität“. Aber man sei dabei, die Vertrauenskrise in den Euro, „Schritt für Schritt“ zu lösen. „Wir sind nicht über dem Berg, aber auf dem richtigen Weg“, stellte der Finanzminister fest.

»Finanzmärkte dereguliert« Volker Wissing (FDP) erinnerte Steinbrück an dessen eigene Verantwortung. Zu Steinbrücks Amtszeit als Finanzminister seien Hedge-



Finanzindustrie und Löwenkäfig: Mit Samthandschuhen kommt man hier nicht weiter.

# Die Bändiger

**BANKEN** Steinbrück will die Steuerzahler aus der Haftung für die Finanzindustrie befreien. Schäuble sieht nur »alte Hüte«

fonds zugelassen und der Finanzmarkt reguliert worden. „Sie haben die Finanzmärkte dereguliert“, warf Wissing Steinbrück vor, dem er eine „eklatante Missachtung der Amtspflichten“ bescheinigte, weil er die Berichte der Finanzaufsicht in der Krise 2008 nicht gelesen habe. Wie Schäuble lehnte auch Wissing den von SPD und Grünen geforderten Fonds ab: „Wir müssen den europäischen Restrukturierungsfonds verhindern, um den deutschen Steuerzahler zu schützen.“ Der CDU-Finanzexperte Klaus-Peter Flosbach erinnerte daran, dass Rot-Grün die Stabilitätskriterien in Europa gebrochen habe. Das sei auch heute noch das größte Problem.

Richard Pitterle (Die Linke) wies die Darstellungen der Koalition von Erfolgen bei der Finanzmarktregulierung zurück. So ha-

be es zum Beispiel keine Einschränkungen beim spekulativen Eigenhandel der Banken gegeben. Die Linke wolle auch kein Trennbankensystem, „sondern wir wollen, dass das Zocken aufhört“. Sein Fraktionskollege Axel Troost sprach sich für eine Bankenabgabe aus, „um die Profiteure der Bankenrettung zu beteiligen“.

Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick forderte, man müsse mit dem Automatismus brechen, „dass immer dann, wenn eine Bank ein Problem hat, der Steuerzahler einspringen muss“. An den Kosten für Bankenrettungsmaßnahmen seien die Investoren höchstens mit zehn Prozent beteiligt worden. Das müsse sich ändern. In den USA seien 400 Banken ohne Kosten für den Steuerzahler abgewickelt worden, „und wir wollen dasselbe auch in Europa erreichen“. Schick

warf Schäuble zudem vor, mit Inflationsängsten der Bürger zu spielen.

**Hammelsprung** Mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen wurde der Antrag von CDU/CSU- und FDP-Fraktion für die Fortsetzung der „schärferen und effektiveren Regulierung der Finanzmärkte“ beschlossen, nachdem der Versuch der Opposition, eine Verweisung an die Ausschüsse zu erreichen, in einem Hammelsprung von der Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, „bei ihren Anstrengungen zur Reform der Finanzmärkte nicht nachzulassen und weiterhin für das Ziel einzutreten, dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht bleiben darf“.

Beide Fraktionen bekennen sich zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Dabei müsse aber „Qualität vor Schnelligkeit“ gehen. Außerdem müsse die strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktionen konsequent umgesetzt werden, heißt es zum Beschluss der EU-Finanzminister vom 13. Dezember 2012, die sich auf einen rechtlichen Rahmen für einen einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank (EZB) geeinigt hatten. „Für eine wirkungsvolle europäische Bankenaufsicht ist es wichtig, dass die Unabhängigkeit der Geldpolitik der EZB auch durch eine organisatorische Trennung der Aufgaben und Entscheidungsstrukturen einschließlich der Letztentscheidungsbefugnis der Aufsichtssäule gewährleistet bleibt“, schreiben die Fraktionen, die außerdem eine zügige Verabschiedung der Vorschläge für die Umsetzung von Basel III (CRD IV) über Einlagensicherung und zur Sanierung und Abwicklung von Banken verlangen.

Zu den weiteren Forderungen von Union und Liberalen gehört die Vorlage eines Gesetzgebungsvorschlags zur Sanierung und Abwicklungsplanung von Kreditinstituten. „Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, frühzeitig Sanierungsmaßnahmen zu planen, und die Bankenaufsicht muss verpflichtet werden, Abwicklungspläne für das Scheitern von Sanierungsmaßnahmen bereitzustellen“, schreiben CDU/CSU- und FDP-Fraktion.

**Parlamentarische Kontrolle** An die Ausschüsse überwiesen wurde der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in dem ebenfalls die Schaffung einer starken europäischen Bankenunion verlangt wird. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, „dass ein einheitlicher europäischer Aufsichtsmechanismus entsteht, der einer parlamentarischen Kontrolle unterliegt und das Prinzip der Subsidiarität in der direkten Aufsicht der Finanzinstitute wahr“. Bei einer Übernahme von Aufsichtsfunktionen durch die Europäische Zentralbank (EZB) müsse sichergestellt werden, „dass die strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet bleibt“, fordern die Fraktionen. Außerdem werden Regelungen zur Abwicklung maroder Banken verlangt. Bereits im Rahmen von Restrukturierungsverfahren vor einer Insolvenz sollen Gläubiger beteiligt, Boni zurückgefordert und Dividenden von Banken einbehalten werden können. Ein Bankenfonds soll eingerichtet und durch eine Bankenabgabe gespeist werden. Die Höhe der Bankenabgabe soll sich auch nach dem Systemrisiko des jeweiligen Instituts richten. Die Kosten für Abwicklungen und Restrukturierungen von Banken müssten in erster Linie von den Anteilseignern und in zweiter Linie von den Gläubigern getragen werden. Erst danach sollten die Mittel des Bankenfonds eingesetzt werden, um darüber hinausgehende Finanzierungsmittel bereitzustellen und die privaten Einlagen zu schützen.

„Die Krise des Euroraums ist vor allem auf eine Krise der Banken und der Finanzmärkte zurückzuführen“, erinnern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Um die Gesamtwirtschaft zu schützen, Einlagen der Kunden zu retten und weil es keine Regelungen zur Abwicklung und Insolvenz gegeben habe, seien Banken zu Lasten der Steuerzahler gerettet worden. Der dadurch verursachte Anstieg der öffentlichen Verschuldung habe auf den Finanzmärkten zu einem Vertrauensverlust geführt. „Verbunden durch die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit werden Banken und Staaten immer tiefer in eine Abwärtsspirale des Vertrauensverlustes gezogen“, stellen die beiden Fraktionen fest, die eine „Bändigung der Finanzmärkte“ für unausweichlich halten. *Hans-Jürgen Leersch* ■

## Fiskalvertrag erneut beraten

**HAUSHALT** Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben am Donnerstag erneut einen Gesetzentwurf zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (17/12058) vorgelegt. Dieser entspricht im wesentlichen dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/10976), dem der Bundestag im vergangenen November auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/11504) zugestimmt und den der Bundesrat im Dezember 2012 abgelehnt hat.

Wichtigster Punkt auch des neuen Entwurfes ist die Festschreibung einer Obergrenze für das strukturelle Defizit von höchstens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ferner ist vorgesehen, dass der Stabilitätsrat damit beauftragt wird, die Einhaltung dieser Defizitgrenze zu überwachen. Zur Unterstützung dieses Stabilitätsrates wird ein unabhängiger Beirat eingerichtet. Zudem wird mit der Änderung des Sanktionszahlungs-Aufteilungsgesetzes die innerstaatliche Aufteilung der mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts neu eingeführten Sanktionen zur Sicherung der Disziplin geregelt. Weiter soll mit der Änderung des Artikel-115-Gesetzes für die Schuldenregel des Bundes klargestellt werden, dass der kumulierte Saldo des Kontrollkontos am Ende des Überzeitraums gelöscht wird. Schließlich soll mit der Änderung des Finanzgleichungsgesetzes eine „Stufenlösung“ umgesetzt werden, auf die sich die Länder einvernehmlich verständigt haben. Danach sollen die Ergebnisse des Zensus 2011 schrittweise in Zweijahresstufen technisch in die noch ausstehenden endgültigen Berechnungen der Ausgleichsjahre 2011 und 2012 einbezogen werden. *mik* ■

## Weiter Geschäfte mit Privaten

**HAUSHALT** Die Finanzagentur Deutschland GmbH soll das Privatkundengeschäft fortsetzen. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/12062), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Die Bundesregierung soll zudem umgehend prüfen, wie andere, auch längerfristige Wertpapiere zusätzlich zu den traditionellen Privatkundenprodukten wie Bundesschatzbrieft und Finanzierungsschätze angeboten werden können.

Zudem soll die Regierung gemeinsam mit dem Bundesrechnungshof Möglichkeiten erarbeiten, wie die Kosten, die durch die Bereitstellung der Infrastruktur für Private entstehen, minimiert werden und gegebenenfalls anfallende Verluste im Privatkundengeschäft an anderer Stelle kompensiert werden können. Auch soll sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, für ein stärkeres Engagement Privater beim Erwerb von Schuldtiteln des Bundes zu sorgen. Schließlich soll laut Antrag die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes Möglichkeiten und Instrumente erörtern, dass Engagement Privater an der Refinanzierung der Euro-Mitgliedstaaten generell zu erhöhen und lukrativer zu gestalten.

Die Bundesregierung Deutschland – Finanzagentur GmbH ist der zentrale Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes, heißt es in dem Antrag. Die Bundesregierung hatte entschieden, das Privatgrundgeschäft zum Jahresende 2012 einzustellen. Diese Entscheidung sei nicht tragbar. *mik* ■

### AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## Heftige Kontroverse um SPD-Pläne

**STEUERN** Die SPD hat mit ihrem Konzept zum Kampf gegen Steuerkriminalität und für mehr Steuergerechtigkeit eine heftige Kontroverse im Parlament ausgelöst. Während einer Aktuellen Stunde am Donnerstag warfen sich Koalition und Opposition im Bundestag Inkompetenz sowie eine ungerechte Verteilungspolitik vor.

Auslöser der Debatte waren der Fünf-Punkte-Plan der SPD gegen Steuerbetrug sowie die Ankündigung des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, im Falle einer Regierungsbeteiligung bestimmte Steuern für Besserverdienende und Vermögende zu erhöhen. Damit will die SPD unter anderem in Bildung investieren.

Volker Wissing (FDP) bezeichnete die Pläne als „eine geballte Ungerechtigkeit“ und warf der SPD vor, eine „Neiddebatte zu schüren“. Wissing betonte, dass lediglich maßvolle Steuersätze Wachstum erzeugen und nicht, indem wir den Menschen in die Tasche greifen“. Gleichzeitig kritisierte er die SPD für ihre Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz. „Damit haben Sie es zu verantworten, dass Steuerhinterzieher davon kommen. Das ist Ungerechtigkeit hoch zehn“, wettete Wissing.

Unterstützung erhielt Wissing von Hans Michelbach (CSU), der die Pläne der SPD als „Bußgeldkatalog für arbeitende Menschen“ bezeichnete. „Sie bevormunden und enteignen die Men-

schen durch immer neue Steuern“, sagte er. Die Steuererhöhungen bedeuteten Stillstand. „Ihnen geht es nur um Diffamierung und nicht um eine realistische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage“, entgegnete Joachim Poß (SPD) und riet der Koalition, in Fragen der Steuerpolitik „nicht die Backen aufzublasen“. Die Regierung habe trotz guter Einnahmen auf Pump gewirtschaftet und die Infrastrukturen verkommen lassen. Gleichzeitig verteidigte er die SPD-Steuerpläne und hob den „Investitionsstau in den Kommunen“ hervor, den die Bürger bereits deutlich spüren würden.

Kerstin Andreae (Grüne) sprang Poß bei. „Die Ungerechtigkeit im Steuersystem ist Fakt“, sagte sie und betonte, dass gleichzeitig die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mittel für Wissen und Bildung nicht ausreichen. „Da dieses gesellschaftliche Kapital unterfinanziert ist, brauchen wir eine Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer“, insistierte Andreae.

Demgegenüber nahm Herbert Behrens von der Linksfraktion auch die Sozialdemokraten in die Kritik und erinnerte an Steuererhöhungen für Spitzenverdiener durch die Regierung Schröder bei gleichzeitiger Förderung von Niedriglöhnen und Leiharbeit. „Und nun sagt Peer Steinbrück, dass eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden soll“, kritisierte Behrens. *jmb* ■

## Das Börsenkarussell dreht sich zu schnell

**FINANZMARKT** Fondsverband beklagt unfaire Methoden des Hochfrequenzhandels. Auf dem Parkett Sorge vor Liquiditätsengpass

Zettel mit Kauf- und Verkauforders gibt es an den Börsen schon lange nicht mehr. Im elektronischen Handel werden heute algorithmische Handelsprogramme eingesetzt, die Kauf- und Verkaufssignale in sehr kurzen Abständen von teilweise nur einigen Sekundenbruchteilen generieren. Zudem werden erworbene Wertpapiere auch nur kurze Zeit gehalten. Dadurch drohen enorme Risiken – von extremen Kursschwankungen bis hin zu einem „Flash Crash“, wie etwa der Zusammenbruch der US-Börsen am 6. Mai 2010.

**Störungen am Markt** Banken, Investmentgesellschaften und Finanzmarkt-Beobachter begünstigen daher in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am Mittwoch die Absicht der Bundesregierung, den Hochfrequenzhandel mit Wertpapieren einzuschränken. Der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Gefahren und Missbräuchen im Hochfrequenzhandel (17/11631) sieht eine Reihe von Maßnahmen vor. So sollen Hochfrequenzhändler von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kontrolliert werden. Im Hochfrequenzhandel tätige Unternehmen müssen in Zukunft sicherstellen, dass ihre Handelssysteme den Markt nicht stören.



Kurszettel in Zeitungen spielen für Anleger kaum noch eine Rolle. Online ist angesagt.

„Hochfrequenzhändler verhindern insbesondere im Aktienhandel einen für alle Marktteilnehmer fairen Handel“, kritisierte der Fondsverband BVI, der zudem wie schon der Bundesrat in seiner Stellungnahme die Einführung von Mindesthaltfristen für eingestellte Aufträge verlangte. Die Bankenverbände begrüßten die Zielsetzung des Gesetzentwurfs. Zugleich wiesen sie auf bevorstehende europäische Regelungen hin und stellten in ihrer Stellungnahme fest:

„Idealerweise wäre ein Gleichlaut beider Regelungen vorhaben anzustreben.“ Professor Rudolf Hickel (Universität Bremen) erklärte, der Turbohandel sei nicht die eigentliche Ursache der extrem gewachsenen Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte. Im Mittelpunkt würden rein spekulative Finanzmarktprodukte stehen, die Objekte des Hochfrequenzhandels seien. „Allerdings wird durch diesen Turbohandel die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte beschleunigt

und vertieft“, stellte Hickel fest, der daher „dringenden Handlungsbedarf zur Risikominderung durch Entschleunigung des Hochfrequenzhandels“ feststellte. Der Verein weed (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) wies Behauptungen zurück, die Liquidität an den Finanzmärkten steige mit der Geschwindigkeit und dem Handelsvolumen parallel an: „Doch hat spätestens die Finanzkrise deutlich gemacht, dass Handelsvolumen mitnichten gleich Liquidität ist.“

Genauso wie die Deutsche Börse sah auch die Stuttgarter Börse durch die neue Erlaubnispflicht für Händler nach dem Kreditwesengesetz „die Gefahr des Ausschlusses ausländischer Handelsteilnehmer“. Zudem warnte das Deutsche Aktieninstitut vor der Annahme, „kurzfristig orientierte Marktteilnehmer wie Hochfrequenzhändler grundsätzlich als schädlich anzusehen“. Dagegen erklärte Dirk Müller (Finanzethos GmbH): „Ich würde den Hochfrequenzhandel komplett verbieten.“ *hle* ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## KURZ NOTIERT

## Arzneimittel sollen besser entsorgt werden

Humanarzneimittel sollen in Zukunft stärker auf ihre Umweltbelastungen hin überprüft und besser entsorgt werden. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/11897), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Dafür soll bis 2015 ein bundeseinheitliches Rücknahmesystem für Alt-Arzneimittel geschaffen werden, das von der Pharmaindustrie finanziert werden soll. Das Arzneimittelgesetz (AMG) soll dahingehend geändert werden, dass für Medikamente, die vor der Einführung einer Umweltprüfung zugelassen wurden, eine nachträgliche Umweltprüfung durchgeführt wird. Patienten sollen danach in Zukunft verpflichtet werden, ihre alten Arzneimittel ordnungsgemäß zu entsorgen. **as** ||

## Jahressteuergesetz endgültig gescheitert

In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag am Donnerstag den Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat vom 12. Dezember 2012 (17/11844) zum Jahressteuergesetz 2013 abgelehnt. 306 Abgeordnete stimmten gegen, 256 für den Einigungsvorschlag. Es gab fünf Enthaltungen. Der Einigungsvorschlag beruhte nicht auf einem echten Kompromiss zwischen Bund und Ländern, sondern auf einem Mehrheitsentscheid des Vermittlungsausschusses. Grund für die Ablehnung durch die Koalitionsfraktionen war der Vorschlag des Vermittlungsausschusses, homosexuelle Lebenspartnerschaften steuerlich Ehepaaren gleichzustellen. Zahlreiche andere Änderungen, die der Entbürokratisierung und der Steuergerechtigkeit dienen, waren dagegen unstrittig. Da der Bundestag den Vorschlag insgesamt abgelehnt hat, werden auch die einvernehmlichen Teile des Gesetzes nicht in Kraft treten. **vom** ||

## Grundfreibetrag steigt bis 2014 auf 8.354 Euro

Der Bundestag hat am Donnerstag bei Enthaltung der Linksfraktion eine Empfehlung des Vermittlungsausschusses vom 12. Dezember 2012 (17/11842) zum Gesetz zum Abbau der kalten Progression (17/8683, 17/9201, 17/9202) zugestimmt. Die Einigung sieht vor, dass der steuerliche Grundfreibetrag für das verfassungsrechtlich gebotene Existenzminimum in zwei Schritten steigt. Für das Jahr 2013 beträgt er 8.130 Euro, ab 2014 erhöht er sich auf 8.354 Euro. Kein Konsens zu erzielen war zur Beschränkung des Effekts der kalten Progression (überproportionale Besteuerung von Einkommenszuwächsen). **vom** ||

## Keine Steuerförderung der energetischen Sanierung

Die von vielen Wohneigentümern erhoffte steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen kann nicht in Kraft treten. Der Bundestag stimmte am Donnerstag bei Enthaltung der Linksfraktion zwar einer Empfehlung des Vermittlungsausschusses (17/11843) zum Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden zu. Aber der Vermittlungsausschuss hatte zuvor die Bestimmungen zur steuerlichen Förderung von Sanierungsmaßnahmen herausgenommen, so dass das beschlossene Gesetz nur noch eine Passage zum Energiewirtschaftsgesetz enthält. **vom** ||

## Regierung soll bei Rheintalbahnhof handeln

Die Bundesregierung soll den Projektbeiratsbeschluss bei der Rheintalbahnhof umsetzen. Einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/11652) stimmte der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (17/11932) am Donnerstag mit Änderungen zu. Deshalb soll die Bundesregierung bei gleichzeitiger Priorisierung der Projekte im Verkehrsset, die Güterumfahrung Freiburg und die Bürgertrasse im Markgräflerland entsprechend den Festlegungen zwischen Bund und Land Baden-Württemberg umsetzen sowie für den Ausbau der Rheintalbahnhof Karlsruhe-Basel eine Lösung herbeiführen, die den Belangen des Ausbaus des Bedarfsplans ebenso wie den langfristigen Forderungen der Region entsprechen würden, heißt es im Antrag. **mik** ||

## Beilagenhinweis

Unsere Ausgabe liegt eine Beilage der Firma RSD bei.



Dunkle Wolken liegen weiter über dem Berliner Großflughafen.

# Dauerbaustelle BER

**FLUGHAFEN BERLIN BRANDENBURG** Inbetriebnahme des neuen Airports rückt in weite Ferne

In Berlin spricht man von einem Debakel. Im Rest der Republik haben es viele nicht anders erwartet. Der Eröffnungstermin des neuen Flughafens Berlin Brandenburg (BER) muss zum vierten Mal verschoben werden. Bisher sollte der Hauptstadtflughafen seinen Betrieb am 27. Oktober dieses Jahres aufnehmen. Wann die ersten Flieger dort planmäßig starten können, steht zur Zeit noch in den Sternen.

Jetzt werden Schuldige gesucht. Und da der Bund neben den Ländern Berlin und Brandenburg auch Gesellschafter des Flughafens ist, forderten die Abgeordneten in der vergangenen Woche mehr oder weniger erfolgreichen Aufklärung über das Debakel und sie erfuhr, dass es Änderungen im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung gegeben hat und weiterhin geben wird.

**Neuer Aufsichtsrat** Neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD) ablöst. Wowereit selbst ist jetzt stellvertretender Vorsitzender. Zudem wurde am Mittwoch Geschäftsführer Rainer Schwarz von seinen Aufgaben entbunden. Ein Nachfolger, der vor allem für die Finanzen zuständig sein soll, wird noch gesucht. Zudem wird noch ein Sprecher der dann dreiköpfigen Geschäftsführung gesucht. Als einer seiner ersten Amtshandlungen besuchte Platzeck am vergangenen Donnerstag den Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, um gemeinsam

mit Bundesverkehrs- und Bauminister Peter Ramsauer (CSU) und dem im Amt bleibenden Technikgeschäftsführer der Flughafengesellschaft, Horst Amann, über den Sachstand zu berichten. Zurzeit werde eine Bestandsaufnahme des Projekts gemacht, erklärte Platzeck. Diese sei frühestens im Frühsommer abgeschlossen. Darauf aufbauend müsse dann eine Planung zur Fertigstellung gemacht werden. Erst dann könne ein Termin für die Inbetriebnahme genannt werden. Die größten Probleme gebe es in der technischen Gebäudeausstattung. Vor allem funktioniere der Brandschutz nicht und sei so nicht genehmigungsfähig. „Der Flughafen ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der Region“, betonte Platzeck. Deshalb verbinde er auch sein politisches Schicksal damit. Die drei Anteilseigner (die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund) hätten noch einmal unterstrichen, dass sie an einem Strang ziehen würden, um das Projekt erfolgreich zu beenden. Dem stimmte auch Bundesminister Ramsauer zu. Jetzt sei es wichtig, den Blick nach vorne zu richten. Mit der Veränderung in der Geschäftsführung sah er eine große Chance, den Flughafen möglichst schnell in Betrieb nehmen zu können. Ramsauer unterstrich die Verantwortung des Bundes. So habe der Vertreter des Verkehrsministeriums im Aufsichtsrat, Staatssekretär Rainer Bomba, neue, wichtige Aufgaben übernommen. Die Fragen der Abgeordneten bezogen sich vor allem darauf, wann bekannt gewesen sei, dass der Termin erneut verschoben werden musste und ob die Enttauchungsanlage überhaupt abgenommen werden könnte.

Amann erklärte dazu, dass er vor Weihnachten noch davon ausgegangen sei, dass der Inbetriebnahmetag am 27. Oktober 2013 eingehalten werden könnte. Tests der Enttauchungsanlage, die im Dezember ausgetestet werden sollen, hätten jedoch ergeben, dass der Termin nicht zu halten gewesen sei.

und klarere Vorgaben des Bauherrn. Insgesamt habe es zu ihrer Zeit rund 500 Änderungswünsche des Bauherrn gegeben. Während es bei der Ausschusssitzung hauptsächlich um die Ursachen für das Debakel ging und der Blick auf eine möglichst schnelle Fertigstellung gerichtet war, ging es

Platzeck der Verantwortung gestellt und in ihren Parlamenten die Vertrauensfrage gestellt hätten. Demgegenüber beschränkte sich Ramsauer darauf, auf die Rolle des Bundes als Minderheitsgesellschafter zu verweisen und sich hinter seinem Staatssekretär Bomba zu verstecken.

Peter Wichtel (CDU) hielt Wowereit für den Hauptverantwortlichen. Leider sei von ihm kein Wort des Bedauerns zu hören. Der Wechsel in der Spitze des Aufsichtsrats sei lediglich ein Ablenkungsmanöver der SPD. Auch Platzeck sei in diesem Amt eine „klassische Fehlbesetzung“. Für Martin Lindner (FDP) hat Wowereit „jämmerlich“ versagt. Deshalb forderte der Berliner Abgeordnete auch den Rücktritt Wowereits als Regierenden Bürgermeister.

**»Ruine hinterlassen«** Für den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), hat der Aufsichtsrat aus einer Baustelle eine Ruine gemacht. Jetzt würden die Beteiligten sich gegenseitig die Schuld zuschieben, obwohl sie vorher einvernehmlich entschieden hätten. Minister Ramsauer ginge es nicht darum, das Problem zu lösen, sondern darum, wie man daraus politisch Kapital schlagen kann. Stefan Liebich (Die Linke) erinnerte daran, dass alle Parteien beteiligt seien. Es führe nicht weiter, sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. Die wirklich Leidtragenden seien zum Beispiel die Unternehmer, die sich auf die Politik verlassen und auf dem Flughafen investiert hätten. Jetzt müssten sie Konkurs anmelden und ihre Mitarbeiter entlassen. **Michael Klein** ||



Vor dem Ausschuss: Matthias Platzeck (SPD, links) und Anton Hofreiter (Die Grünen)

So habe er den Aufsichtsrat Anfang Januar entsprechend unterrichtet. Vertreter des Planungsbüros, dem im Sommer vergangenen Jahres gekündigt worden war, betonten, dass der Bau zu 96 Prozent fertig sei. Es gebe keine Bauruine. Notwendig sei aber eine bessere Projektsteuerung

in einer aktuellen Stunde in der vergangenen Woche vor allem um die politische Verantwortung: Sie scheint jeweils beim politischen Gegner zu liegen. So stellte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sören Bartol, fest, dass sich seine Parteifreunde Wowereit und

## Wachhundfunktion in der Gesetzgebung

**NACHHALTIGKEIT** Bundestag diskutiert Fortschrittsbericht 2012 der Bundesregierung

Es gebe Bereiche, in denen es Licht, aber auch Bereiche, in denen es „noch zu viel Schatten“ gebe. Auf diesen knappen Nenner brachte der Vorsitzende des Beirates für nachhaltige Entwicklung, Andreas Jung (CDU), die Ergebnisse seiner Kommission zum Nachhaltigkeitsbericht 2012. Die Abgeordneten hatten den von der Bundesregierung vorgelegten Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (17/8721) kritisch unter die Lupe genommen und dazu in den vergangenen Monaten einen eigenen Bericht (17/11670) verfasst, der in der vergangenen Woche im Bundestag diskutiert wurde.

Andreas Jung sieht seinen Beirat als eine Art „Aufpasser für Nachhaltigkeit“, der eine „Wachhundfunktion in der Gesetzgebung“ erfüllt. Fortschritte erkennt er bei strukturellen Aufgaben wie dem Nachhaltigkeitsmanagement, der Ansiedlung der Nachhaltigkeitspolitik im Bundeskanzleramt und der Einbeziehung von externem Sachverstand. Bei der gesetzlichen Nachhaltigkeitsprüfung gebe es aber durchaus qualitative Unterschiede zwischen den Ministerien.

**Bessere Verzahnung** Nachholbedarf gibt es für ihn noch bei der Verzahnung der Nachhaltigkeitspolitik zwischen verschiedenen politischen Ebenen, wie zwischen

den Kommunen und der europäischen Union. Weitere „Gewitterstimmung“ oder – anders ausgedrückt – Handlungsbedarf herrscht nach Meinung von Ulrike Gottschalk (SPD) auch bei den Themen Artenvielfalt, Landschaftsqualität, der Intensität des Gütertransports und dem Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen. Michael Kauch (FDP) sprach sich in der Debatte für eine verbesserte Qualität der Nach-

haltigkeitsprüfung aus. Sie falle, sowohl bei der Regierung als auch im Bundestag, „oft doch sehr formalistisch“ aus, sagte er. In einigen Ministerien habe man den Eindruck, dass „dort die immer gleichen Textbausteine in die Gesetzesfolgenabschätzung hineingeschrieben werden und man sich nicht wirklich damit beschäftigt“, kritisierte Kauch.

**»Grimms Märchen«** Heidrun Dittich (Die Linke) verglich die Lektüre des Berichtes mit den Märchen der Gebrüder Grimm. Es gebe zwar viele schöne Begriffe wie sozialen Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit. Die Realität der Menschen sei aber eine ganz andere. „Nachhaltigkeit ist in diesem Wirtschaftssystem mit immer mehr Profit und mit immer mehr Waren in kurzer Zeit nicht möglich“, sagte sie. Auch Valerie Wilms, Bündnis 90/Die Grünen, sieht viele Unterschiede darin, was mit Nachhaltigkeit überhaupt gemeint sei: „Der materielle Wohlstand ist zwar eine wichtige Säule der Menschheit, aber er ist nicht alles, gerade wenn wir damit unsere Lebensgrundlagen zerstören.“ Sie plädierte dafür, an den eigenen Konsum zu denken. Brauche ich jetzt wieder ein neues Handy, fragte sie, „oder leiste ich mir stattdessen gesunde Lebensmittel?“ **Annette Sach** ||



Andreas Jung (CDU) ist Vorsitzender des Nachhaltigkeitsbeirates im Bundestag

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Atommüllentsorgung nur im Inland

**UMWELT** Abgebrannte Brennelemente und radioaktive Abfälle sollen auch weiterhin nur im Inland entsorgt werden. Das machte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Katherina Reiche (CDU), während der Sitzung des Umweltausschusses in der vergangenen Woche deutlich. Reiche verwies auf die Pflicht zur Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Entsorgung atomarer Abfälle bis August 2013. Die dazu geplante 14. Novelle des Atomgesetzes koordiniere die europäische Vorlage mit dem politischen Willen, nicht zu exportieren, sagte sie.

Aus Sicht der Oppositionsfraktionen ist dies jedoch nicht ausreichend. Sie glaube den Versicherungen der Bundesregierung und wisse, dass die EU-Richtlinie „nicht für Länder wie Deutschland gedacht ist, die eigene Entsorgungsmöglichkeiten haben“, sagte die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dennoch stelle sich die Frage, warum nicht im Gezentwurf festgeschrieben werde, dass der Export verboten ist. Auch aus Sicht der Linksfraktion ist ein explizites Verbot möglich. „Warum greift das Gesetz das nicht auf?“, erkundigte sich die Fraktionsvertreterin. Zugleich warf sie die Frage auf, ob künftig beim Schacht Konrad in Salzgitter „Kapazitäten für Drittländer“ zur Verfügung gestellt werden könnten.

Von der SPD-Fraktion kam der Vorwurf, die Regierung wolle sich mit dem Gesetz „die Tür für eventuelle Exporte offenhalten“. Das sei angesichts der derzeitigen Diskussion um ein Endlagersuchgesetz „hochproblematisch“, sagte sie. Gebraucht werde ein eindeutiges Signal in der Gesetzgebung.

Die Vertreterin der Unionsfraktion machte deutlich, dass nicht nur alle Fraktionen des Bundestages sondern auch die Bundesregierung ganz klar den politischen Willen formuliert hätten, Atommüll nicht zu exportieren. Beweise für die Ernsthaftigkeit der Bekundungen seien nicht zuletzt die umfangreichen Rücknahmen von ins Ausland verbrachten deutschen Atommüll. Sie habe kein Verständnis dafür, dass jetzt „Ängste geschürt werden“, sagte die Vertreterin der FDP-Fraktion. Es sei vielmehr so, dass durch die Novellierung eine stärkere Kontrolle der Betreiber von Atomanlagen möglich sei, was positiv bewertet werden müsse. Staatssekretärin Reiche bestätigte die Annahme, dass die Richtlinie „nicht primär Deutschland im Blick hat“. Dennoch bestehe die Pflicht zur Umsetzung. Auch der ehemalige Umweltminister Sigmund Gabriel (SPD) habe EU-Vorlagen zum Umgang mit Atommüll rechtskonform umsetzen müssen, „die nicht Deutschland sondern andere Mitgliedstaaten im Blick hatten“. **hau** ||



KURZ REZENSIIERT

**PUSSY RIOT!**

Pussy Riot! Ein Punkgebet für Freiheit.

**EIN PUNK GEBET FÜR FREIHEIT**

Edition Nautilus, Hamburg 2012; 142 S., 9,90 €

„Sie haben dem Heiligen Nagel den Rücken zugekehrt und sich teuflisch aufgeführt und getanz (...) Sie haben in einem geweihten Bereich der Kirche auf vulgäre Art die Beine gehoben (...)“ Die Verteidigung zitierte diese Sätze aus der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, um die Anklage lächerlich zu machen: War so wenig nötig, um die „jahrhundertalten Fundamente des orthodoxen Glaubens“ zu zerstören? Es geht um den Gerichtsprozess gegen die russische Punkgruppe Pussy Riot, die mit ihrem sogenannten „Punkgebet“ in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale im Februar 2012 für weltweites Aufsehen sorgte. Daraufhin sah sich die Staatsführung zum Handeln gezwungen, obwohl sie das Treiben der feministischen Aktionskünstlerinnen monatelang geduldet hatte. Doch das informelle Bündnis zwischen Staat und Orthodoxer Kirche verlangte, die Gruppe auf das Härteste zu bestrafen. Ihr „Rowdytum aus religiösem Hass“ habe die Gefühle vieler russischer Christen verletzt. Dabei ging es Pussy Riot bei ihrer Performance nicht um eine religiöse Botschaft, sondern um politische Ziele: Sie beteten zur Jungfrau Maria, Russland von Putins Herrschaft zu erlösen. Für das deutsche Publikum veröffentlichte die „Edition Nautilus“ jetzt die Liedtexte von Pussy Riot, die Briefe von Nadeschda Tolokonnikowa, Maria Aljochina und Jekaterina Samuzewitsch aus dem Untersuchungsgefängnis, ihre Eingangs- und Schlusserkennungen aus dem Prozess sowie die Plädoyers ihrer Anwälte. Darin betonen die zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilten Künstlerinnen ihre Motive: Freiheit kann in Russland nur als Folge einer Revolution erreicht werden. Ihr Auftritt in der Kathedrale habe allein dem Ziel gedient, auf die Unterwerfung von Patriarch Kirill unter Präsident Putin hinzuweisen und das autoritäre System in Russland zu kritisieren.

Mit Blick auf die russische Geschichte ist schon heute sicher: Pussy Riot wird eines Tages im gleichen Atemzug mit Dissidenten wie Andrej Sacharow und Alexander Solzschenzyn genannt werden. manu

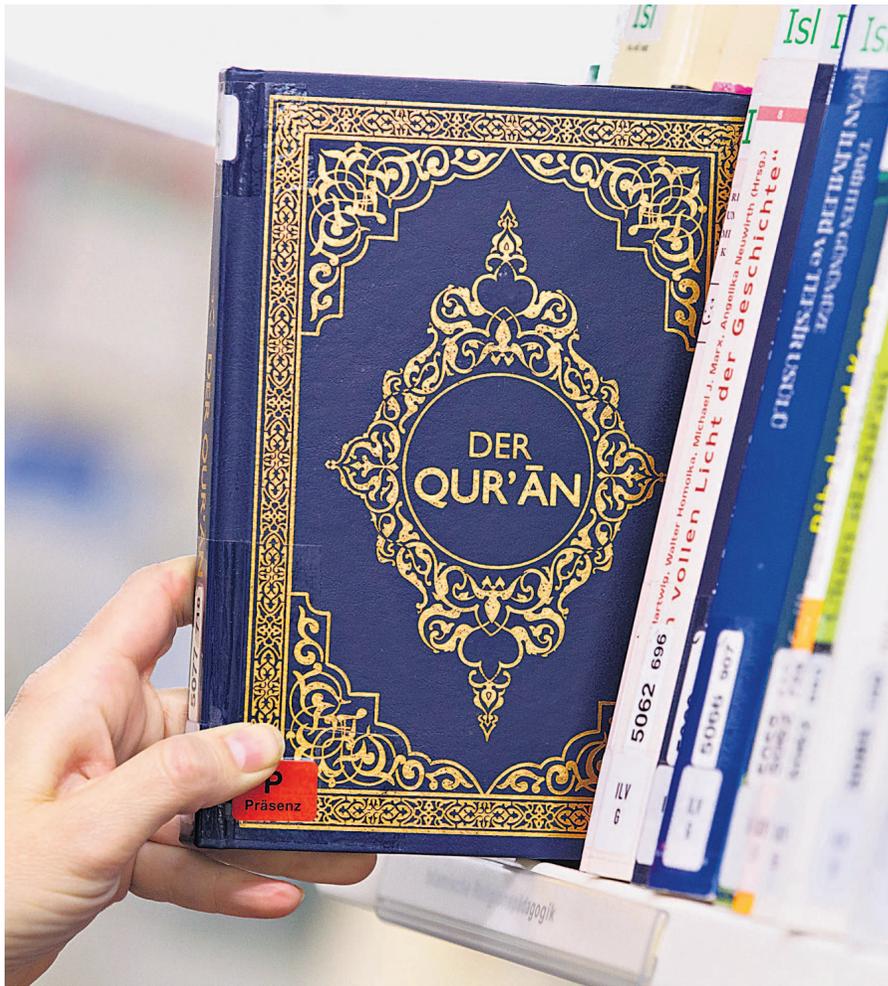


**Henning Lühr: Drahtzieher, Taktiker, Koffertträger. Satirischer Wegweiser durch Politik und Bürokratie.**

Kellner-Verlag, Bremen 2012; 184 S., 14,90 €

Was ist ein „Cola-pur-Trinker“? Dasselbe wie ein „Deckchensticker“: ein wenig durchsetzungsfähiger Mitarbeiter. Und ein „Rundordner“? Nichts anderes als ein Papierkorb. Diese Einblicke ins verbale Behördenleben verdanken wir dem Bremer Finanzstaatsrat Henning Lühr (62). In seinem jüngsten Werk listet er auf (mit ironisch, mal nüchtern auf, welche Arten von Politikern, Beamten, Büro-Utensilien und Entscheidungsabläufen es alles gibt. Zum Beispiel den „Klimaingenieur“, der für gutes Betriebsklima sorgt; oder den „Frischlingsbeindrucker“, der mit Wichtigkeit Berufsanfänger imponiert. Letztere erfahren aus dem Buch, welcher „Büroreikampf“ auf sie wartet: Knicken, lochen, abheften. Die Gattung der Hausmeister changiert zwischen dem „Häuptling große Schnauze“ und dem „Hexer“, der die Haustechnik beherrscht. Die Presseabteilung heißt bei Lühr „Palais Schaumschlag“. Füttert sie ausgewählte Journalisten mit Interna, führt das zur „Verhaustierung“ der Medienleute: „Die Hand, die das Futter reicht, beißt man nicht.“ Steuerpolitiker betreiben „Finanzmanagement by Grubenlampe“ – immer auf der Suche nach Kohle“. Von Unternehmensberatern scheint der Sozialdemokrat nicht viel zu halten: „Für McKinsey gilt der Markusplatzeffekt: Wenn man in Venedig in die Hände klatscht, fliegen alle Tauben davon. Danach bewundert man den durchschlagenden Erfolg. Aber nach einigen Minuten sind die Tauben wieder zurück.“ Und woran merkt ein Politiker, dass er nicht mehr im Amt ist? Lühr: „Wenn man hinten rechts ins Auto steigt und der Wagen nicht losfährt“ – mangels Fahrer.

Der Staatssekretär zitiert auch eine frühere Studie über Keksverzehr in Sitzungen („Management by Biscuits“). Durch teilnehmende Beobachtung konnte er 13 Konsumenten-Typen identifizieren – vom „Spitzfinger“ bis zum „Schaufelbagger“. Längst nicht alles klingt so geistreich. Lühr kommt teilweise vom Hölzchen aufs Stöckchen, als wollte er seinen gesamten Zettelkasten abarbeiten. Weniger wäre mehr. stg



Seit verganginem Jahr wird an fünf deutschen Hochschulen islamische Theologie gelehrt.

# Neue Gebote

**RELIGION** Experten ziehen eine erste positive Bilanz über die neuen theologischen Islam-Studiengänge an Hochschulen

**D**er wohl berühmteste Satz des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff ist umstritten: Als Wulff 2010 sagte, „der Islam gehört zu Deutschland“, hat er damit nicht nur die Gemüter in den christdemokratischen Reihen erregt. Auch in der breiteren Öffentlichkeit wurde er dafür kritisiert – und von anderen sehr gelobt. In Deutschland leben etwa vier Millionen Muslime. Doch inwieweit die nach den evangelischen und katholischen Christen drittgrößte Gruppe, ihre Religion und ihre Kultur zu Deutschland gehören, führt immer wieder zu Kontroversen. Ein großer Unterschied zur christlichen Religion ist schon darin abzulesen, dass die islamische Theologie lange kein Studienfach in Deutschland war. Das hat sich nun geändert. An fünf Standorten in der Bundesrepublik gibt es seit über einem Jahr die Mög-

lichkeit, sich einzuschreiben. Das Studienfach islamische Studien ist nicht mit den Islamwissenschaften zu verwechseln, die eher soziologisch und kulturell geprägt sind. Bislang wurde die religionswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Islam vielfach Religionswissenschaftlern und christlichen Theologen überlassen. Die Einführung dieses Studienfachs tröste über die Debatte hinweg, „ob der Islam nun ganz, ein wenig oder gar nicht zu Deutschland gehört“, sagte Katajün Amirpur von der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg bei einem öffentlichen Fachgespräch des Bildungsausschusses in der vergangenen Woche. Es sei ein Gebot der Gleichberechtigung, dass neben der christlichen und jüdischen nun auch die islamische Theologie in Deutschland gelehrt werde, argumentierte Amirpur. An der Akademie der Weltreligionen wolle man in Zukunft auch den Buddhismus und den Hinduismus lehren

und so den dialogorientierten Ansatz weiter ausbauen.

**Dünne Personaldecke** Das Fachgespräch über die „Erfahrungen mit der Einrichtung Islamischer Studien an deutschen Hochschulen“ versuchte ein erstes Resümee über die Entwicklung an den verschiedenen Standorten in Hamburg, Münster/Osnabrück, Tübingen, Frankfurt/Gießen und Erlangen-Nürnberg zu ziehen. Insgesamt begrüßten alle Experten die Einführung des Studienfachs. Allerdings habe es auch Startschwierigkeiten gegeben: zum Beispiel bei der adäquaten Besetzung verschiedener Professorenstellen. Die Personaldecke sei in Deutschland dünn, aber an der Qualität dürfe man keine Abstriche machen, argumentierte Mathias Rohe von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Grundsätzlich sollen mit dem Studiengang aber nicht nur eine religions-theoretische

Auseinandersetzung ermöglicht und die islamische Theologie fortentwickelt werden, sondern es sollen an einigen Standorten auch Imame für die Moscheen und vor allem Lehrer für muslimischen Religionsunterricht ausgebildet werden. Für eine flächendeckende Einführung islamischen Religionsunterrichts in Deutschland werden rund 2.000 Lehrer benötigt.

**Integration** Die insgesamt rasante Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur „Etablierung theologisch orientierter Islamischer Studien“ aus dem Jahr 2010 zeigt, dass die Aufforderung auf offenen Ohren in der Politik und der Wissenschaft selbst stieß. Bei der Eröffnung des Zentrums in Tübingen vor einem Jahr hatte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) von einem „Meilenstein für die Integration“ gesprochen. Das Ziel der Förderung sei die Schaffung einer Islamischen Theologie, die „die Substanz des Glaubens wahr und die Übersetzung in die Moderne leistet“. An dieser Aufforderung manifestiert sich die Hoffnung, dass der Islam in Deutschland seine mitunter fundamentalistische Ausrichtung und Stimme verliert und selbst zur Aufklärung beiträgt.

„Durch das Studium wird es mehr muslimische Intellektuelle in Deutschland geben. Ich habe die Hoffnung, dass sie die lauten Fundamentalisten auf die Stühle verweisen“, sagte Anne Schönfeld von der Graduate School Muslim Cultures and Societies an der Freien Universität Berlin. Doch machte Schönfeld gleichzeitig auf das Spannungsfeld aufmerksam, in dem sich das neue Studienfach bewegt und auch bewähren muss. Einerseits solle mit der Hinterfragung und gegebenenfalls sogar Relativierung tradierter Glaubensgrundsätze und -praktiken in Teilen ein theologischer Paradigmenwechsel vollzogen werden. Gleichzeitig solle in den muslimischen Gemeinden eine breite Akzeptanz für diese Reformansätze hergestellt werden. Schönfeld fragte: Kann dieser Spagat überhaupt gelingen? Wo liegt die Grenze zwischen authentischen, das heißt für alle Muslime verbindlichen und veränderbaren Glaubensvorstellungen? Und wie kann angesichts der Vielfalt der islamischen Strömungen und Organisationen in Deutschland überhaupt ein Konsens hinsichtlich der Akzeptanz bestimmter Lehrinhalte hergestellt werden?

An der Universität Osnabrück nimmt man solche Ängste ernst. „Das entscheidende Element ist, dass nicht über den Islam gelehrt und geforscht wird, sondern aus seiner Mitte heraus“, sagte Bülent Ucar vom Institut für Islamische Theologie. Deshalb habe man das theologische Profil mit „Innovation in Tradition“ beschrieben. Dieser Kurs der „Theologie der Mitte“ stoße bei den Studenten auf großes Interesse.

**Zweifel ausgeräumt** Enes Erdogan, ein Student an der Universität Osnabrück, der im Berliner Problemviertel Neukölln aufgewachsen ist, illustrierte diesen bestehenden Konflikt durch seine persönliche Geschichte. Am Anfang habe es unter den muslimischen Studenten in Osnabrück große Zweifel gegeben, ob die Auslegung des Islams eine vom deutschen Staat aufoktroiierte sei. Doch diese Zweifel seien schnell ausgeräumt und verlogen. „Die Einführung des Studienfachs habe ich als Antwort auf meine Bittgebete empfunden, da es für mich als Muslim identitätsfördernd ist“, sagte Enes Erdogan. Er könne sich vorstellen, nach Neukölln zurückzukehren und dort an einer Moscheegemeinde zu arbeiten. Gerade mit der dann gewonnenen tiefgreifenden Kenntnis vom Islam könne er überzeugend wirken. Vor dem Ausschuss sagte er: „Ich will Jugendliche von einer schiefen Bahn abbringen.“ Annette Rollmann

## Nachbesserung gefordert

**KULTUR** Der Bundestag sieht Nachbesserungsbedarf beim Programm „Kreatives Europa“ der Europäischen Union. In einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (17/11107), die der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedete, wird die Bundesregierung deshalb aufgefordert, in den Verhandlungen auf EU-Ebene darauf zu achten, dass der Kulturbereich nicht zu Gunsten des Medienbereichs unterproportional gefördert wird. Die Kulturförderung einseitig unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird und ausschließlich gewinnorientierte Projekte gefördert werden. Die Fraktionen waren sich in ihrer Kritik an dem Programm zwar an vielen Punkten einig. Die Opposition hatte jedoch eine Festschreibung der Finanzierung gefordert. Einsparerfordernisse im EU-Budget dürften nicht zu Lasten des Programms gehen. Nach Aussage der EU-Kommission soll das von 2014 bis 2020 geltende Programm der Kultur- und Kreativwirtschaft helfen, ihr Potenzial für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale Inklusion besser auszuschöpfen. Ausgestattet werden soll das Programm mit 1,8 Milliarden Euro. aw

## Keine Einigung über Trojaner

**INTERNET** Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat die Zielgerade erreicht. Am vergangenen Montag tagte das Gremium zum vorletzten Mal. Dabei wurden zwei weitere Zwischenberichte verabschiedet. Während es bei der Projektgruppe „Interoperabilität, Standards, Freie Software“ viel Übereinstimmung gab – etwa in der Forderung nach dem Einsatz offener Standards in der öffentlichen Verwaltung – zeigt der Bericht der Gruppe „Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz“ von vielen Meinungsverschiedenheiten zwischen Koalition und Opposition. Unterschiedlich bewertet wird unter anderem die Frage nach einer Rechtsgrundlage für den Einsatz sogenannter Staatstrojaner. Vertreter der Opposition kritisierten die im Zwischenbericht enthaltene Formulierung, dass die Quellen-Telekommunikationsüberwachung durch Paragraf 100a der Strafprozessordnung gedeckt sei. Ohne eine zusätzliche Rechtsgrundlage sei der Einsatz der Staatstrojaner zur Überwachung des Datenverkehrs nicht möglich, urteilten SPD-, Grünen- und Linksfraktion. Zu den umstrittenen Themen zählt auch der Stand des Breitbandausbaus. Jimmy Schulz (FDP) nannte die LTE-Technologie einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung, um unterversorgte Gebiete mit schnellen Internetleitungen zu versorgen. Dem entgegen sprach der von der SPD nominierte Sachverständige Alvar Freude von einer „Brückentechnologie“, die den Ausbau mit Glasfasern nicht ersetzen könne. Die positive Bewertung der Stiftung Datenschutz durch die Union und FDP im Zwischenbericht teilen SPD, Linke und Grüne ebenfalls nicht. Die derzeitige Aufstellung der Stiftung „ohne Daten- und Verbraucherschutz“ sei nicht zielführend, hieß es von Seiten der Opposition. hau

## Junge Onliner und alte Offliner

**MEDIEN** Fachgespräch über die Auswirkungen der digitalen Informationsgesellschaft

Die Digitalisierung verändert nicht nur die Medienwelt, sondern auch die Gewohnheiten der Nutzer. Wie lässt sich dieser Wandel mit gleichzeitig immer mehr Konvergenz beschreiben und welche medienpolitischen Konsequenzen muss die Politik daraus ziehen? Das waren die zentrale Fragestellungen eines Fachgesprächs des Bildungs- und des Wirtschaftsausschusses am vergangenen Mittwoch über eine entsprechende Studie (17/11959) des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Bundestag (TAB). In der aktuellen Studie seien Breitbandstrategien im internationalen Vergleich untersucht worden, erläuterte TAB-Leiter Armin Grunwald. Der Leiter der Studie, Bernd Becker, machte deutlich, dass die untersuchten Länder Australien, Finnland, Großbritannien und USA allesamt ambitioniertere Ziele in der Breitbandversorgung als Deutschland verfolgen würden. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo eine Versorgung mit 50 Megabit pro Sekunde für 75 Prozent der Haushalte bis 2014 angestrebt werde, würden in allen anderen genannten Ländern 100 Megabit pro Sekunde anvisiert. In Finnland wolle man dieses Ziel schon 2015 erreichen, in Australien 2021. Dieter Elixmann vom Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste Bad Honnef vertrat die Position, dass eine vollständige Abdeckung mit Breitbandinfrastruktur in keinem Land der Welt unter



Zeitungsverkauf an einem Bahnhof

Marktbedingungen profitabel sei. „Die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ist unabdingbar“, war seine Botschaft an die Politik.

**Leitmedien** Ein zweiter Schwerpunkt war dem langfristigen Medienwandel gewidmet. Ist das Fernsehen bei den meisten Nutzern zwar immer noch das sogenannte Leitmedium, so holt das Internet laut der Untersuchung von Uwe Hasebrink und Hermann-Dieter Schröder vom Hans-Bredow-

Institut in Hamburg aber kräftig auf. Bei jungen Menschen nehme das Internet in der Nutzung bereits 40 Prozent ein. Das Radio komme auf 30 Prozent, das Fernsehen auf 28 Prozent und die Tageszeitung werde nur noch auf zwei Prozent der Mediennutzung genutzt. Gleichwohl stellte Hasebrink zur Diskussion, ob man überhaupt noch von einem Leitmedium sprechen könne: „Entscheidend ist die Einsicht, dass es in konvergierenden Medienumgebungen um das Zusammenspiel der verschiedenen Medien geht und dass den verschiedenen Medien in den Medienrepertoires verschiedener Bevölkerungsgruppen spezifische Leitfunktionen zukommen.“

Passend dazu hatte Birgit van Eimeren, zuständig für Unternehmensplanung und Medienforschung im Bayerischen Rundfunk, ausgeführt, dass immerhin 24 Prozent der deutschen Bevölkerung sogenannte „Offliner“ seien, die meisten davon über 60 Jahre alt. Deren Medienverhalten unterscheide sich gewaltig von dem der Menschen, die das Internet regelmäßig und auch kompetent nutzen. rol

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

## DAS WILL ICH LESEN!

**Mehr Information. Mehr Themen. Mehr Hintergrund. Mehr Köpfe. Mehr Meinung. Mehr Parlament.\***

Jetzt auch als E-Paper

\* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

ERNEUERUNGSMASCHINE: Wie wir mit der Web-Neuauflage im Internet weniger Ressourcen (Seite 12)

THEMA ZUKUNFT DES WISSENS IM DIGITALEN ZEITALTER

REGENTEN WIRTSCHAFT: Hilmar-Karlens Einsatz für die Geschäftsball und die

**AUFGEKEHRT**

**Ein gut gemeinter Rat**

**L**iebe Franzosen, wir Deutsche schätzen alles Französische. Wer etwas auf sich hält, trägt französische Mode. Ein sonnntäglicher Brunch ohne Käse und Rotwein aus Frankreich ist undenkbar. Und jedes Jahr reisen wir in Massen nach Frankreich, weil Ihr Paris habt und diese endlosen Strände. Vor allem aber sind wir Bewunderer Eurer Lebensart. Ihr versteht es, mit dem Alltagsstress gelassener umzugehen und denkt nicht ständig an die Arbeit. Aber bei aller Liebe: In letzter Zeit habt Ihr es mit dem Savoir-vivre etwas übertrieben. 35-Stunden-Woche, Rente mit 62 oder gar 60, steigende Mindestlöhne und die vielen Staatsdiener – so etwas kann sich in Europa keiner mehr leisten. Und Ihr schon gar nicht! Euer hohes Staatsdefizit und die schwächelnde Wirtschaft machen auch uns langsam Sorgen. Wir können Griechenland, Portugal und Spanien aus der Patsche helfen, aber Euch zu retten, das würde uns überfordern. Daher ein gut gemeinter Rat: Schafft ein paar soziale Wohltaten ab, dann kommt Ihr aus der Talsohle heraus und könnt Euch wieder dem guten Leben zuwenden. Wir sprechen aus Erfahrung. Die rot-grünen Hartz-Reformen haben bei uns seinerzeit helle Empörung ausgelöst. Aber jetzt sprudeln die Steuereinnahmen, und unsere Kanzlerin sonnt sich im vermeintlich eigenen Erfolg. Also nur zu! Nach der Wahl von Hollande zum Präsidenten sind die Bedingungen so günstig wie nie. Sozialdemokraten verstehen sich am besten darauf, soziale Grausamkeiten zu begehen. Sie werden dann zwar abgewählt, aber Euch kann das egal sein. Hauptsache Ihr könnt Euch den Gourmet-Trip ins Elsass wieder leisten. Wir kommen gern dazu und holen dafür sogar unseren alten „ZCV“ aus der Garage! Herzlich, Euer deutscher Freund *Thomas von Winter* |

**VOR 35 JAHREN ...**

**Die Sache mit der Wanze**

**2. Februar 1978: Georg Leber tritt zurück** Hildegard Holz war keine Stasi-Spionin, wie der Militärische Abschirmdienst (MAD) vermutete. Sie war „eine anständige, ordentliche, fleißige, gewissenhafte, verlässliche Mitarbeiterin“. Im Januar 1978 lobte Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) vor dem Bundestag seine ehemalige Sekretärin, die 1974 ins Visier des MAD geraten war, überschwänglich. Der Geheimdienst hatte Wanzen in der Bonner Wohnung der Sekretärin installiert und sie wochenlang widerrechtlich belauscht. Ohne Wissen Lebers, der wegen der Affäre am 2. Februar 1978 zurücktrat.



**Wachablösung: Georg Leber (rechts) übergibt sein Amt an Hans Apel (links).**

Schon im Dezember 1977 geriet Leber in die Schlagzeilen, als er eingestand, erst jetzt die Tragweite der Spionageaffäre Lutze erkannt zu haben. Das Ehepaar Renate und Lothar Lutze spionierte ab 1972 in Lebers Behörde für die Stasi und wurde 1976 verhaftet. Die Opposition warf dem Verteidigungsminister eine „fahrlässige Behandlung“ des Falls vor. Anfang 1978 berichtete dann die Illustrierte „Quick“ von der illegalen Abhöraktion gegen die Leber-Sekretärin Holz. Vor dem Bundestag versuchte Leber „die Sache mit der Wanze“, wie er sich ausdrückte, zu erklären. Er habe von dem Verdacht gegen Holz gewusst, nicht jedoch, dass ihre Wohnung abgehört wurde. Nachdem er Mitteilung bekam, dass sich der Verdacht zerschlagen hatte, sei der Fall für ihn abgeschlossen gewesen. Aus diesem Grund habe er nicht über den illegalen Lauschangriff berichtet, als er von diesem dann im März 1977 erfahren habe. *Benjamin Stahl* |



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**ORTSTERMIN: DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KUNSTAUSSTELLUNG**



**Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Gespräch mit der Künstlerin Gunda Förster**

**»Jeder Mensch ist ein Künstler«**

Es ist einfach nur ein beleuchtetes Podest. Doch den umstehenden Besuchern juckt es in den Fingern. Neugierig beugen sie die bunten Murmeln, die sich in sechs Gruppen auf dem weiß leuchtenden Sockel zusammengelagert haben. Dann bricht Andreas Kaernbach den Bann. Der Kurator der Kunstsammlung des Bundestages fährt einmal mit der Hand über die Glaskugeln. Die rollen geräuschvoll über den weiß leuchtenden Untergrund und die Besucher treten näher. Einige versuchen ihr Glück. Die Murmeln stoßen klackend aneinander, rollen zu neuen Gruppen zusammen, verändern das Aussehen des Kunstwerkes. „Jeder Mensch ist ein Künstler“, erklärt Kaernbach zur Eröffnung der Doppelausstellung mit Werken der Deutschen Gunda Förster und des Franzosen François Morellet. Förster habe sich für diese Ausstellung das erste Mal mit Murmeln beschäftigt. An den Wänden hängen verschiedene Murmel-Collagen, überwiegend durchsichtig weiße Glasperlen, dazwischen wenige farbige. Die dahinter angebrachte Beleuchtung lässt die Collagen nahezu durchsich-

tig erscheinen, hebt die roten, blauen und grünen Farbtupfer hervor. Murmeln, früher ein beliebtes Spielzeug von Kindern, würden heute in Europa kaum noch hergestellt, sagt Kaernbach. Sie würden überwiegend im nicht-europäischen Ausland produziert. Diesen Seltenheitswert hebt die Künstlerin mit einer Murmel hervor, die einzeln präsentiert werde. Morellet, laut Kaernbach „einer der bedeutendsten französischen Künstler der Gegenwart“, ist mit mehreren Installationen aus Neonröhren vertreten. Die in kaltem weißen Licht leuchtenden Werke bestehen ausschließlich aus Röhren derselben Breite und Länge. Es wären einfache Rechtecke und Quadrate aus Licht, wahren nicht einige der Stäbe verformt, so dass sich aus dem Leuchten Muster herauschälen. Der Bundestag hat von beiden Künstlern Werke für seine Gebäude gekauft. Förster hat einen Tunnel zwischen zwei Parlamentsgebäuden mit Neonröhren gestaltet. Morellet hat eine Installation aus bunten Röhren geschaffen, die in

der Halle des Paul-Löbe-Hauses hängt, in dem die Ausschüsse tagen. Es sei genau in dieser Halle, in der deutsche und französische Parlamentarier anlässlich der Feiern zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages am 22. Januar zusammenkamen, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Die Ausstellung beider Künstler zu diesem Zeitpunkt sei daher auch kein Zufall. François Morellets Kunst am Bau für die hohe, langgestreckte Halle des Paul-Löbe-Hauses sei vor seiner Anschaffung sehr kontrovers diskutiert worden. Den Architekten habe die Farbigeit der Installation genauso gestört wie die Form, sagte Lammert. Heutzutage müsse er Besucher eher darauf hinweisen, dass die Installation vorhanden sei, niemand störe sich daran. *Sandra Ketterer* |

*Die Doppelausstellung von Gunda Förster und François Morellet kann noch bis Sonntag, 5. Mai, im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages kostenlos besichtigt werden. Geöffnet ist sie immer dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr.*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 1 vom 31.12.2012, „Ein Erfolgsmodell wird 50“ auf Seite 1:**

In den Medien und in ihrer Zeitung wird der Élysée-Vertrag gefeiert, als habe erst mit ihm und Charles de Gaulle die deutsch-französische Annäherung und Freundschaft begonnen. Der Autor des Artikels hat der historischen Wahrheit die Ehre gegeben, indem er in seinem Artikel auf die Verdienste Robert Schumans hingewiesen hat, die Konrad Adenauer nach dem Besuch Präsident de Gaulles 1962 in Deutschland in einem Brief an den ehemaligen französischen Außenminister gewürdigt hat. Was im Artikel zitiert wird, haben unsere Politiker und leider auch die Historiker weitgehend vergessen: Und zwar, dass Schuman, wie Adenauer schrieb, „durch seinen Vorschlag der Montan-Union den Grundstein gelegt hat zu der Freundschaft, die nunmehr unsere Länder so eng miteinander verbindet“. Es hätte mich sehr gefreut, wenn auch auf das erste Treffen Robert Schumans und Konrad Adenauers nach dem Zweiten Weltkrieg im Oktober 1948 in der Burg in Bassenheim hingewiesen worden wäre. Die Bedeutung dieser ersten Begegnung hat Konrad Adenauer in einem Brief am 31. Januar 1950 an Schuman ungewohnt euphorisch betont: „Als wir uns im Oktober 1948 in Bassenheim so vertrauensvoll und offen miteinander aussprachen, war ich glücklich; Ihre Vorstellungen stimmen mit den meinen weitgehend überein... Wir beide sind vielleicht von Gott dazu berufen, in einer entscheidenden Situation für Europa für unsere gemeinsamen Ziele einen wertvollen Beitrag zu leisten.“ Diese erste Begegnung der „Väter Europas“ verdiente es ganz gewiss, von Politikern und Historikern gewürdigt zu werden. *Theobald Groß, Bassenheim*

**Zur Ausgabe 1 vom 31.12.2012, „Ob sie wollen oder nicht“ auf Seite 5:**

In Ihrem Artikel finde ich besonders die Bemerkung „Gewiss, alle Euro-Mitglieder müssen unter dem Druck der Märkte ihre öffentlichen Haushalte entschulden“ befremdlich. Wie soll das gehen, etwa wie in den USA, wo die Schuldenhöchstgrenze unter dem Druck der Ausgabenflut jährlich erhöht wird? Wenn die europäischen Politiker ihre Haushalte jetzt entschulden müssen, warum hat man dann die Verschuldung erst jahrzehntlang so hoch getrieben? Hier liegt meiner Meinung nach ein ungeheures Fehlverhalten, ja politischer Frevel vor, der gar nicht genug angeprangert werden kann. Jede noch so unsinnige Investition beziehungsweise Subvention wurde und

wird immer noch politisch verteidigt und genehmigt, um sich Liebling bei dem Antragsteller beziehungsweise der Bevölkerung zu machen, alles mit gepumptem Geld. Das geschieht in der gesamten EU, ohne Ausnahme. Jetzt immer die Märkte vorzuschieben, ist plump. Was hätten die Politiker wohl gemacht, wenn bereits vor zehn Jahren die Märkte den maroden Staatshaushalten weitere Kredite verweigert hätten? Sie haben es nicht getan und werden nun dafür gescholten. Die Schuld an der Staats- und Finanzkrise liegt meiner Meinung nach einzig und allein an der ausufernden Ausgabenwut der Politiker, die nicht den wirtschaftlichen Realitäten angepasst war. Hierin liegt die „pro-europäische Geschlossenheit“. Jetzt müssen die Südländer dafür bü-

ßen und auch wir werden keinesfalls etwa davonkommen. Adenauer und de Gaulle würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erfahren, wie rasant ihre Nachfolger die Römischen Verträge durch diverse Vertragsbrüche bei Folgeverträgen in den Sand gesetzt haben. So wird niemals Geschlossenheit in Europas entstehen. Das hintergründige Grinsen unserer Bundeskanzlerin auf dem Foto zu diesem Artikel besagt nichts Gutes für den Fortgang in Europa. *Wolfgang Haars, Salzgitter*

**Zur Ausgabe 1 vom 31.12.2012, „Zwangsbehandlungen als Ultima Ratio“ auf Seite 10:**

In ihrem Beitrag über die Gesetzesinitiative zur Zwangsbehandlung psychisch erkrankter Menschen wird gut und einfühlsam beschrieben, was ein Mensch im Fadenkreuz der Justiz erleben kann.

Das geplante neue Gesetz ist mehr als problematisch, da ein Richter keinerlei fachärztliche Voraussetzungen hat, um eine beantragte Zwangsbehandlung zu beurteilen. Er wird sich immer auf einen Gutachter verlassen müssen. Im Fall von Gustav Mollath, der derzeit vor dem Landgericht Regensburg verhandelt wird, wird sich zeigen, ob das Landgericht unabhängig genug ist, um die von Mollaths Rechtsanwalt aufgezeigten Fehler der Staatsanwaltschaft aufzuarbeiten. Falls das geplante Gesetz zur Zwangsbehandlung durchkommt, ist davon auszugehen, dass Herr Mollath „zu seinem Wohle“ im Auftrag des Landgerichts Regensburg bis an sein Lebensende ein Gefangener der Psychiatrie bleibt. Es bedarf nun engagierter Bürger und Journalisten, um dem Einhalt zu gebieten. *Ernst Selzer, per E-Mail*

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**>Kurt Neubauer † Bundestagsabgeordneter 1952-1963, SPD**

Kurt Neubauer starb am 9. Dezember im Alter von 90 Jahren. Der Feinmechaniker aus Berlin trat 1946 in die SPD ein. Von 1963 bis 1977 war er Senator und zehn Jahre Bürgermeister seiner Heimatstadt.

**>Michael Bürsch † Bundestagsabgeordneter 1997-2009, SPD**

Am 9. Dezember starb Michael Bürsch im Alter von 70 Jahren. Der promovierte Jurist aus Berlin gehörte seit 1974 der SPD an. Im Bundestag arbeitete Bürsch im Innen- sowie im Rechtsausschuss mit.

**>Günther Metzger Bundestagsabgeordneter 1969-1976, SPD**

Günther Metzger wird am 23. Januar 80 Jahre alt. Der Jurist aus Darmstadt, SPD-Mitglied seit 1956, war dort von 1981 bis 1993 Oberbürgermeister. Der Direktkandidat des gleichnamigen Wahlkreises gehörte in beiden Wahlperioden dem Rechtsausschuss an.

**>Norbert Königshofen Bundestagsabgeordneter 1994-2009, CDU**

Norbert Königshofen wird am 25. Januar 70 Jahre alt. Der Essener Studiendirektor trat 1956 der CDU bei und war von 1975 bis 1994 Ratsherr in Essen. Königshofen engagierte sich im Verkehrsausschuss und zuletzt im Haushaltsausschuss.

**>Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein Bundestagsabgeordneter 1984-1987, 1990-2002, CDU**

Am 26. Januar wird Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein 75 Jahre alt. Der Landwirt aus Gyhum-Bokel im Kreis Rotenburg schloss sich 1975 der CDU an. Hammerstein arbeitete im Haushaltsausschuss sowie im Landwirtschaftsausschuss mit.

**>Hans Modrow Bundestagsabgeordneter 1990-1994, PDS**

Am 27. Januar wird Hans Modrow 85 Jahre alt. Der Diplom-Ökonom war von 1989 bis 1990 Vorsitzender des DDR-Ministerrats. Im Bundestag gehörte Modrow dem Auswärtigen Ausschuss an.

**>Markus Berger Bundestagsabgeordneter 1977-1980, 1981-1987, CDU**

Markus Berger wird am 28. Januar 75 Jahre alt. Der Oberstleutnant trat 1964 der CDU bei und war von 1964 bis 1984 Stadtrat in Lahnstein. Im Bundestag gehörte er dem Verteidigungsausschuss sowie dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft an.

**>Wolfgang Spanier Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD**

Am 30. Januar wird Wolfgang Spanier 70 Jahre alt. Der Oberstudiendirektor aus Herford wurde 1975 SPD-Mitglied. Im Bundestag gehörte er vorwiegend dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen an.

**>Editha Limbach Bundestagsabgeordnete 1987-1998, CDU**

Am 1. Februar vollendet Editha Limbach ihr 80. Lebensjahr. Die Bonner Journalistin, CDU-Mitglied seit 1960, gehörte von 1975 bis 1990 dem Bonner Stadtrat an. Im Bundestag engagierte sie sich zuletzt im Wirtschaftsausschuss.

**>Lothar Witek Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1984-1987, SPD**

Am 2. Februar wird Lothar Witek 80 Jahre alt. Der Verwaltungsbeamte aus Mönchengladbach, schloss sich 1963 der SPD an. Im Bundestag gehörte er dem Innenausschuss sowie dem Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit an. *bmhll*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 4. Februar.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 28.1.-1.2.2013  
Gedenkstunde für NS-Opfer (Mi),  
Förderung der Altersvorsorge (Do)  
Datenschutz für Beschäftigte (Fr)  
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr  
Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU:

## Gemeinsame Tagung ist weit mehr als ein Symbol



Andreas Schockenhoff (\*1957)  
Wahlkreis Ravensburg

In den vergangenen Monaten ist viel Kritisches über den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen gesagt worden, manches zu Recht, vieles aber auch aufgrund zu kurzfristiger Betrachtung zu Unrecht. So ist es gut, dass wir aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages ausführlich über die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sprechen.

Denn bei allem notwendigen Streit über die besten Wege zur Überwindung der Schuldenkrise sollten wir immer die historische Leistung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und die daraus erwachsende Verantwortung für die Entwicklung Europas im Auge behalten.

In seiner Laudatio anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union sagte der Vorsitzende des norwegischen Nobelpreiskomitees – ich zitiere –: Die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ist wahrscheinlich das überzeugendste Beispiel dafür, dass Krieg und Konflikte rasch in Frieden und Zusammenarbeit verwandelt werden können. – Diese Worte würdigen die Leistung der Männer und Frauen, die nach drei furchterlichen Kriegen den Neuanfang und die Aussöhnung wagten und damit die Voraussetzungen für den europäischen Einigungsprozess und die Überwindung der Teilung Europas schufen.

Das Nobelpreiskomitee würdigt aber auch den besonderen politischen Mut von Außenminister Robert Schuman. Mit seinem Plan zur Montanunion hatte er den Franzosen bereits fünf Jahre nach Kriegsende zugetraut, eine gleichberechtigte

Partnerschaft mit der jungen, machtlosen Bundesrepublik einzugehen, und er hat damit den Grundstein gelegt zu der Freundschaft, die nunmehr unsere beiden Länder so eng miteinander verbindet. Der dadurch gelungene Aufbruch in eine neue, gemeinsame und vor allem bessere Zukunft ist, so denke ich, auch heute noch Grund zur Dankbarkeit.

Für die Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit von Franzosen und Deutschen steht symbolisch der Élysée-Vertrag. Er hat viel bewirkt. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen. Es sind zwei Beispiele, die sich seit der ersten gemeinsamen Plenarsitzung unserer beiden Parlamente vor zehn Jahren in Versailles besonders gut entwickelt haben.

Ich nenne zum einen das Deutsch-Französische Jugendwerk. Nach zwei Evaluierungen, die auf Anregung des Bundestages und der Assemblée nationale 2004 durchgeführt wurden, konnte seine Effizienz deutlich gesteigert werden. Heute ist es wieder eine Erfolgsgeschichte. In den letzten zwei Jahren lag die Anzahl der Teilnehmer deutlich über 200 000, und es ist gut, dass der Etat des Jugendwerkes – übrigens zum ersten Mal seit 1963 – angehoben wurde. Aber es könnten noch deutlich mehr junge Menschen am Austausch teilnehmen, wenn auf beiden Seiten mehr Finanzmittel zur Verfügung stünden. Hier sollten wir nicht wieder 50 Jahre bis zur nächsten Erhöhung warten. Es ist doch ein gutes Zeichen für die gemeinsame Zukunft, wenn die deutsch-französischen Beziehungen gerade auch bei der jungen Generation über hohe Anziehungskraft verfügen.

Ich nenne zum anderen das deutsch-französische Geschichtsbuch für die Oberstufe. Beide Regierungen haben am 22. Januar 2003 dafür die Anregung des deutsch-französischen Jugendparlamentes aufgenommen. Inzwischen sind drei Bände des Lehrbuches erschienen, das nicht nur den Lehrplänen beider Länder gerecht wird; es sind weltweit die ersten in zwei Staaten inhaltlich identischen Schulbücher, die von der griechischen Demokratie bis hin zur Gegenwart auch die Sicht des jeweils anderen zum Ausdruck bringen. Wer weiß, wie sensibel Fragen der Geschichte – insbesondere der eigenen – sind, kann sich angesichts der schwierigen Vergangenheit unserer

Länder vorstellen, welcher wichtiger Beitrag mit diesem gemeinsamen Geschichtsbuch für eine dauerhafte Aussöhnung geleistet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz dieser und vieler anderer Erfolge in den deutsch-französischen Beziehungen bleibt noch viel zu tun. Deshalb verstehe ich die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU nicht nur als eine Würdigung ihrer bisherigen Leistungen und der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland; sie ist zugleich der Auftrag, insbesondere an unsere beiden Länder, ihrer besonderen Verantwortung für den weiteren Integrationsprozess und für die Selbstbehauptung Europas in der globalisierten Welt gerecht zu werden. Deshalb begrüße ich sehr, dass es in der gemeinsamen Erklärung von Bundestag und Assemblée nationale heißt, dass unsere Länder als starke Wirtschaftsnationen besondere Möglichkeiten haben, die weitere Gestaltung der EU voranzubringen, und dass sie gemeinsame Verantwortung für den Erfolg des europäischen Modells im globalen Wettbewerb übernehmen müssen.

Will Europa Subjekt im globalen Wettbewerb bleiben und nicht zum Objekt werden und in die Bedeutungslosigkeit abrutschen, muss es seine Schuldenkrise, vor allem die Ursachen dafür, überwinden. Hier sind wir bereits ein wichtiges Stück vorangekommen; aber dieser Prozess muss weitergehen, so schmerzhaft er für einige Länder auch ist – dazu zähle ich auch Frankreich. Stabilität und Wachstum, Disziplin und Verantwortung, das Ökonomische und das Soziale sind gleichermaßen nötig, um die Krise nachhaltig zu bewältigen. Das wird nur gelingen, wenn es hinsichtlich der in der EU unterschiedlichen Auffassungen im Wirtschaftsdenken zu einer Annäherung kommt mit dem Ziel eines modernen, global wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Gerade wegen seiner noch sehr unterschiedlichen Auffassungen in wesentlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen steht das deutsch-französische Paar diesbezüglich vor einer besonderen Bewäh-

rungsprobe. Deutschland und Frankreich müssen bei diesen Fragen noch näher zusammenkommen, um Europa zusammenzuhalten.

Aber auch bei anderen Herausforderungen, vor denen die EU steht, müssen wir bei der Suche nach Lösungen enger zusammenkommen. Ich nenne nur die Stichworte Energiesicherheit, Fragen der Arbeitsmigration, Gewährleistung hoher Umweltstandards und die Gestaltung unserer Nachbarschaft im Osten, vor allem aber ganz aktuell auch im Süden. Gerade dieses letzte Beispiel zeigt: Auch die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit muss für die Verbesserung der europäischen Fähigkeiten in der GSPV weiter vertieft werden.

Auch hier stellen sich schwierige grundlegende Fragen; denn wir müssen feststellen, dass es in der EU

### Trotz vieler Erfolge in den deutsch-französischen Beziehungen bleibt noch viel zu tun.

durcheinander unterschiedliche Prioritätensetzungen gibt: Frankreich fokussiert sich strategisch eher auf Nordafrika, während die Mittel- und Osteuropäer eher nach Osten und unsere nordischen Partner zunehmend in Richtung Arktis blicken. Deshalb brauchen wir in der EU, vor allem aber zwischen unseren beiden Ländern, eine strategische Diskussion über die Frage, was die EU mit ihren zivilen und militärischen Missionen erreichen will und auf welche geografischen Herausforderungen sie sich besonders ausrichten sollte.

Das ist übrigens auch eine Voraussetzung dafür, dass wir mit Pooling und Sharing von militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten zu wirklich substanziellen Kooperationen kommen. Solange Frankreich und Deutschland hier nicht am gleichen Strang ziehen, werden wir die notwendige Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht voranbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der französische Ministerpräsident Ayrault hat gesagt: Wir müssen noch mehr miteinander sprechen. – Ich denke, das gilt auch für das Gespräch zwischen uns Abgeordneten. Auch wenn unsere Zusammenarbeit in der deutsch-französischen Parlamentariergruppe so intensiv wie in keiner anderen Parlamentariergruppe ist, reicht das noch nicht aus. Angesichts der Herausforderungen, die ich vorhin angesprochen habe, müssen wir auch die Zusammenarbeit unserer Parlamente auf eine qualitativ neue Stufe stellen. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass mit unserer Gemeinsamen Erklärung, die wir nächsten Dienstag annehmen, diese

Zusammenarbeit vertieft werden soll. Schon heute gibt es konkrete Fragen, bei denen wir uns enger abstimmen sollten. Ich nenne beispielsweise die Subsidiaritätsprüfung.

Im Zusammenhang mit der Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion und der parlamentarischen Begleitung des Europäischen Semesters wird es voraussichtlich zweimal jährlich interparlamentarische Konferenzen geben. Gerade angesichts der in Frankreich und Deutschland durchaus unterschiedlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Auffassungen halte ich es für sinnvoll, dass wir uns unmittelbar vor solchen Tagungen erst einmal mit unseren französischen Kollegen beraten. Die zwischen dem Bundestag und der Assemblée nationale bestehenden Unterschiede sind bekannt. Die Assemblée nationale hat ein sehr eingeschränktes Initiativrecht. In europapolitischen Fragen hat der Bundestag mit dem EUZBVG oder bei Bundeswehreinräten mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz eine sehr viel stärkere Stellung in unserer Verfassung als die Assemblée nationale in der französischen Verfassung. Dennoch wollen und müssen wir uns so eng wie möglich abstimmen und unsere Politik so weit wie möglich koordinieren. Wenn die Abgeordneten aus Deutschland und Frankreich dies in den wichtigen und vor allem schwierigen Fragen der europäischen Politik regelmäßig tun, dann wird dies tiefer gehen und ein besseres Verständnis für die Position der anderen Seite schaffen, als wenn dies allein von den Regierungen geleistet werden muss.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch weit mehr als ein Symbol, wenn wir nächste Woche in diesem Raum als Plenarversammlung mit der Assemblée nationale gemeinsam tagen und gegenüber unseren Völkern den gemeinsamen Willen zur Gestaltung des bilateralen Verhältnisses und zur Behauptung der Stellung Europas in der Welt zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Günter Gloser, SPD:

## Élysée-Vertrag ist eine einmalige historische Leistung



Günter Gloser (\*1950)  
Landesliste Bayern

Der Élysée-Vertrag ist eine einmalige historische Leistung. Er hat der Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs einen institutionellen Rahmen gegeben. Dieser prägt bis heute die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Deshalb ist es auch richtig, dieses Jubiläum feierlich zu begehen.

Seinen Wegbereitern Adenauer und de Gaulle gilt darüber hinaus große Anerkennung für dieses Dokument der Annäherung. Auch für alle SPD-geführten Bundesregierungen war der Vertrag die Basis ihrer Frankreich-Politik. Aber nun wird gegenwärtig in beiden Staaten die Frage gestellt: Sind denn 50 Jahre Élysée-Vertrag angesichts von Streitpunkten, mühsamen Kompromissen und auch angesichts gelegentlich auftretenden Misstrauens ein Grund zum Feiern? Ich sage Ja; denn ich beurteile diesen Vertrag eben nicht nur aus der Perspektive der letzten Wochen und Monate oder bestimmter Abschnitte während der letzten 50 Jahre, sondern aus der historischen Perspektive entlang der gesamten letzten 50 Jahre.

Es geht heute eben nicht nur um 50 Jahre freundliches Nebeneinander, sondern um ein Miteinander, da die Beziehung beider Länder in dieser Zeit, wie ich finde, eine weltweit einzigartige Vertiefung erfahren hat. Manche Nörgler, die diese Feier kritisieren, blenden die enormen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen aus, für die der Élysée-Vertrag die Grundlage war. Die Kritiker sollten einfach einmal vom Jahr 1963 50 Jahre zurückgehen, um sich zu erinnern, was auf unserem Kontinent zwischen unseren beiden Ländern geschehen ist und was Deutsche Franzosen angetan haben. Das sei

an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich erwähnt.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind aber mehr als nur das „Couple“, das Tandem der Staats- und Regierungschefs, oder aber auch, wie es Kollege Schockenhoff ausgedrückt hat, die Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten, auch wenn die in der letzten Zeit eine bedeutende Rolle spielen.

Der Élysée-Vertrag hat dazu beigetragen, dass sich ein einzigartiges Netz der Beziehungen zwischen unseren Ländern entwickelt hat. Ich will dafür einige Beispiele nennen. Wo auf diesem Erdball gibt es so zahlreiche Partnerschaften zwischen Gemeinden, Städten, Kreisen und Regionen? Allein über 2 000 kommunale Partnerschaften existieren.

Wo sonst auf dieser Welt gibt es so viele Menschen, die sich aktiv in Partnerschaftsvereinen und Freundschaftsgesellschaften engagieren? Diese Menschen sind die wahren

Brückenbauer in den deutsch-französischen Beziehungen.

Wo sonst gibt es bilaterale Einrichtungen und Publikationen wie die Deutsch-Französische Hochschule, die Deutsch-Französische Industrie-

und Handelskammer oder aber das erwähnte deutsch-französische Geschichtsbuch? Hier hätte ich mir allerdings eine intensivere Verbreitung in den Schulen gewünscht. Da kann das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern nicht das große Hindernis sein.

Auch unsere Parteien und politischen Stiftungen, die Gewerkschaften und die Kirchen haben in den letzten fünf Jahrzehnten viel für den politischen und gesellschaftlichen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland getan.

Eine weitere Erfolgsgeschichte ist das Deutsch-Französische Jugendwerk. Wir wissen, dass dieses Jugendwerk zum Vorbild für die Beziehungen auch mit anderen Ländern geworden ist. Ich erinnere nur an die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Ich hege den Wunsch, dass der Kulturaustausch zwischen unseren Ländern noch weiter ausgebaut wird. Wir Parlamentarier haben eine wichtige Rolle, was die Zukunftsfähigkeit von Goethe-Instituten und Auslandsschulen anbelangt; denn angesichts der aktuellen Herausforderungen und auch der gelegentlich auftretenden Missverständnisse brauchen wir diese Kulturmittler.

Wer sich diesem Vertrag verpflichtet fühlt, muss sich auf Augenhöhe begegnen. Häme, wie ich sie kürzlich in Beiträgen im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation Frankreichs gelesen habe, ist unangebracht und geschichtslos.

Es gab auch Zeiten, da waren die wirtschaftlichen Daten in Frankreich viel positiver als die in Deutschland. Dass Deutschland in der guten wirtschaftlichen Lage von heute ist, hat auch mit den guten deutsch-französischen Beziehungen zu tun; denn etwa 30 Prozent unseres Exports in die Euro-Zone gehen nach Frankreich. Das wird hier allzu oft vergessen.

Wir feiern den Vertrag am nächsten Dienstag zusammen mit der Assemblée nationale im Deutschen

Bundestag. Es wird eine Feier, die dem Ereignis und den deutsch-französischen Beziehungen angemessen ist. Es wird keine Sause und es wird auch keinen Pomp geben, aber – das sage ich ausdrücklich – wir dürfen dieses Jubiläum nicht verstecken.

Für mich bedeuten die Feierlichkeiten vor allem, dass wir, die Politikerinnen und Politiker, aber auch die Bürgerinnen und Bürger beider Länder, weiterhin Interesse aneinander haben, Neugierde für das jeweils andere Land und gegenseitiges Verständnis entwickeln.

Zum Schluss noch zu einem Dauerthema in unseren Beziehungen. Es geht um den Spracherwerb in beiden Ländern. Ich habe im letzten Jahr einen Artikel zu dieser Thematik in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entdeckt. Dort las ich einen Beitrag der Präsidentin des Frankoromanistenverbandes. Sie

beschreibt, dass 1956 in einer Abiturprüfung in Deutschland eine Passage aus dem Roman Jean-Christophe von Romain Rolland zu übersetzen war. Eine Passage lautete: „Nous avons besoin de vous et vous avez besoin de nous.“ 1956 übersetzte ein gestresster deutscher Abiturient diesen Satz folgendermaßen ins Deutsche: „Wir haben genug von euch, und ihr habt genug von uns.“

Ohne Abiturstress übersetzt lautet der Satz richtig – ich weiß, dass Sie alle das verstehen –: „Wir brauchen euch, und ihr braucht uns.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Satz Romain Rollands, 1913 formuliert, klingt bis heute wie ein Weckruf für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

### Die Feier ist dem Ereignis und den deutsch-französischen Beziehungen angemessen.

Michael Link, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

## Wir begehen den 22. Januar feierlich, festlich und selbstbewusst



Michael Link (\*1963)  
Staatsminister

Mit dem Élysée-Vertrag haben Frankreich und Deutschland nach zwei Weltkriegen ihre Versöhnung besiegelt und eine Erfolgsgeschichte ohne Negativen eingeleitet. Sie haben das aber nie nur mit Blick auf sich gemacht, sondern von Anfang an immer mit Blick auf die gemeinsame europäische Verantwortung.

Tiefe und Intensität der deutsch-französischen Freundschaft sind einzigartig. Das gilt für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Das gilt vor allem aber auch für das beispielhafte enge Netzwerk zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Die Kollegen, die vor mir gesprochen haben, haben völlig zu Recht genau darauf hingewiesen.

Wenn wir die letzten 50 Jahre betrachten, sehen wir, dass sich eine tief in der Gesellschaft verwurzelte, echte Freundschaft entwickelt hat. Das ist es, was die deutsch-französische Freundschaft einzigartig macht: ihre Dichte und die gelebte Nähe zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Die erste der heute 2 200 Städtepartnerschaften wurde schon 1950 geschlossen. Allein über 8 Millionen Jugendliche haben seit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks – auf seine Verdienste ist zu Recht hingewiesen worden – an einem Austauschprogramm teilgenommen. In wirtschaftlicher Hinsicht sind Deutschland und Frankreich – man muss es immer wieder betonen, weil es sonst manchmal in Vergessenheit gerät – füreinander immer noch die wichtigsten Exportmärkte.

Dabei sollte uns allen klar sein: Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss in jeder Generation von den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem auch von uns politisch Verantwortlichen in beiden Ländern neu mit Leben gefüllt werden. Sie speist sich, außer aus gemeinsamen Werten, vor allem aus zwei Haupt-

quellen: gemeinsam erlebter Geschichte und gelebter Nähe.

Weil die gelebte Nähe so wichtig ist und viele Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung Anregungen gegeben haben, was bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser werden muss – ein Punkt, der, wie ich weiß, über die Fraktionsgrenzen hinweg viele umtreibt –, wollen wir bei diesem Jubiläum einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit legen, bei der in der Tat noch einiges unterstützt und besser gemacht werden müsste. Vorbilder für diese Zusammenarbeit haben wir. Ich nenne beispielhaft den Eurodistrikt; ich könnte noch viele andere Bereiche nennen. Hier muss aber wirklich noch einiges konkret vorangebracht werden. Genau daran arbeitet auch die Bundesregierung.

Das Ziel des deutsch-französischen Jubiläumjahres ist das gegenseitige Verständnis.

Das geht, Kollege Gloser, natürlich bis in die Sprache hinein; denn da geht Verstehen los. Wir wollen das gegenseitige Verständnis steigern und junge Menschen für das Projekt begeistern. Lassen Sie mich, auch mit Blick auf die vielen Schülerinnen und Schüler, sei es, dass

### Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist keine Selbstverständlichkeit.

sie uns heute zuhören oder diese Debatte nachlesen, sagen: Es muss einfach auch wieder cool werden, die Sprache des Nachbarn zu sprechen und einen Teil der eigenen Ausbildung im Nachbarland zu absolvieren.

Im deutsch-französischen Jubiläumsjahr werden wir deshalb nicht nur das in der Vergangenheit Erreichte feiern, sondern uns auch auf unsere gemeinsame Zukunft und Verantwortung für Europa ausrichten. Der Élysée-Vertrag hatte immer eine europäische Dimension. Deutschland und Frankreich haben Europa bisher gemeinsam vorangebracht. Für die nächsten Jahrzehnte gilt, dass unsere beiden Länder die zukünftigen Herausforderungen nur im Rahmen eines einigen und starken Europa werden bewältigen können.

Wir als Bundesregierung haben immer wieder gesagt – das ist in vielen Debatten, gerade im letzten Jahr, als wir über die Stabilisierung der Euro-Zone diskutiert haben, deutlich geworden –: Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Fragen, die die Globalisierung an uns stellt. Das europäische Projekt steht vor ganz entscheidenden Herausforderungen. Viele Krisen sind beileibe noch nicht gelöst, im Gegenteil: Ich nenne die Schuldenkrise, den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, die Bedrohungen unserer

inneren und äußeren Sicherheit und den Auftritt neuer Kraftzentren. Wir sind mitten drin, Antworten auf diese Herausforderungen zu gestalten. Dazu können Deutschland und Frankreich mit ihrem Vorbild und unserem europäischen Modell einer offenen, sozialen und toleranten Gesellschaft vieles beitragen.

Das haben wir nicht so gemacht – ich habe es gesagt –, dass wir nur aufeinander geblickt oder versucht haben, andere zu dominieren. Vielmehr haben wir es von Anfang an so gemacht, dass wir versuchten, die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer Öffnung nach außen zu wenden. Wir haben die deutsch-französische Freundschaft im Rahmen des Weimarer Dreiecks exemplarisch um Polen erweitert. Das Weimarer Dreieck – ich möchte es ganz ausdrücklich hervorheben – steht ebenfalls für gelebte Nähe und gelebte Nachbarschaft aufgrund gemeinsam erlebter Geschichte. Es ist zur nicht mehr wegdenkbaren Ergänzung der deutsch-französischen Freundschaft geworden; das sei auch mit Blick auf unsere polnischen Freunde und Nachbarn ausdrücklich erwähnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Schuldenkrise, die uns aktuell trifft, zu überwinden, muss sich die EU hin zu einer wirklichen wirt-

schaftlichen und politischen Union entwickeln. Deutschland und Frankreich haben die Aufgabe – ich bin davon überzeugt: auch den Mut –, die hierzu notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Bei unserer Zusammenarbeit müssen wir jedoch ein Missverständnis vermeiden: Die Ziele und Interessen Deutschlands und Frankreichs sind natürlich nicht immer und automatisch deckungsgleich. Deutschland und Frankreich bleiben, bei allen Gemeinsamkeiten, zwei Länder mit vielen

Unterschieden im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich. Kontroversen gehören in der EU wie auch in der deutsch-französischen Partnerschaft dazu; sonst wären wir ein Museum.

Um Fortschritte und Kompromisse wurde in der Vergangenheit und wird auch jetzt stets hart gerungen. Wenn aber erst einmal eine Einigung gefunden war – das ist das, was Deutschland und Frankreich so besonders auszeichnet –, dann stand sie, und dann war dieser Kompromiss meist auch das Vorbild für eine Einigung in der gesamten EU. Für mich bestehen deshalb die Aufgabe und der Beitrag des

deutsch-französischen Motors vor allem darin, europäische Entscheidungen vorzustrukturieren und sie dadurch oft überhaupt erst zu ermöglichen. Unsere Fähigkeit zum Kompromiss, trotz aller unterschiedlichen Auffassungen und Herangehensweisen, ist es, was das deutsch-französische Verhältnis so

einmalig macht und auszeichnet. Deshalb stellt sich die Bundesregierung, wenn sie eine europapolitische Position formuliert, von Anfang an, vom ersten Moment an, die Frage: Wo steht Frankreich in dieser

Angelegenheit? Diesen deutsch-französischen Reflex, wenn ich es einmal so nennen darf, kann man gar nicht hoch genug schätzen. So etwas lässt sich nicht vertraglich anordnen, das wächst über Jahrzehnte.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Deutschland und Frankreich können viel voneinander lernen. Deutschland kann, um ein Beispiel zu nennen, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf außerordentlich viel von Frankreich lernen. In diesem Bereich gibt es viele Impulse, die wir mit Interesse studieren. Umgekehrt ist, wie wir an den vielen Fragen unserer fran-

zösischen Freunde – über alle Parteigrenzen hinweg – merken, die duale berufliche Ausbildung in Deutschland für Frankreich wie für viele unserer Nachbarn von großem Interesse.

Die gegenseitige Wertschätzung spiegelt sich auch in dem Bild wider, das die Bürger vom jeweiligen Partnerland haben. Aus einer ganz aktuellen Umfrage geht hervor, dass sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zwischen 80 und 90 Prozent der Bürger die deutsch-französische Freundschaft positiv sehen und sie für wichtig und entscheidend für Europa halten.

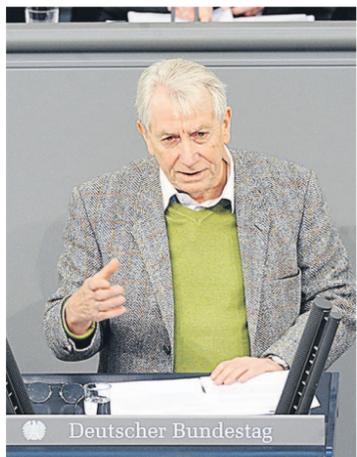
Meine Damen und Herren, beim Aufbau unseres zukünftigen Europas und bei der Wahrung unseres Wohlstandes und des europäischen Gesellschaftsmodells ist Frankreich unser unverzichtbarer Partner. In diesem Sinne wollen wir den 22. Januar begehen – nicht versteckt, sondern feierlich, festlich und selbstbewusst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutsch-französische Freundschaft, sie ist keine Nostalgie und auch keine Rhetorik; sie ist eine hochaktuelle Strategie, um unsere Europäische Union Schritt für Schritt voranzubringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE:

## Gemeinsam mit Frankreich für ein anderes Europa



Wolfgang Gehrcke (\*1943)  
Landesliste Hessen

Es gibt einen Jahrhundertroman für Deutsche und Franzosen: Das ist Erich Maria Remarque Im Westen nichts Neues. Ich will Ihnen wenige Zeilen aus diesem Roman vorlesen; denn dort begründet sich die gemeinsame Verantwortung, die wir haben. Remarque schreibt:

Es wird von einer Offensive gemunkelt. Wir gehen zwei Tage früher an die Front. Auf dem Wege passieren wir eine zerschossene Schule. An

ihrer Längsseite aufgestapelt steht eine doppelte, hohe Mauer von ganz neuen, hellen, unpolierten Särgen. Sie riechen noch nach Harz und Kiefern und Wald.

Diese Säрге warteten auf die Soldaten, auf die Franzosen und auf die Deutschen.

Ich möchte, dass von unserem Parlament eine deutliche Botschaft ausgeht: „Nie wieder!“ Für dieses „Nie wieder!“ muss man aktiv zusammenarbeiten.

Eingegraben in mein Gedächtnis haben sich auch Gespräche mit meinem jüdischen deutsch-französischen Freund, dem Kommunisten Peter Gingold. Von den Nazis verfolgt, nach Frankreich geflohen, kämpfte er in der Résistance gegen die deutsche Besatzung und somit für Deutschland. Peter Gingold hat in Frankreich eine hohe Auszeichnung erhalten, seine Tochter in Deutschland Berufsverbot. Auch das ist Teil der deutsch-französischen Geschich-

te, über die wir gemeinsam nachdenken müssen. Geschichte wird oft dargestellt als eine Geschichte großer Männer, seltener großer Frauen – warum eigentlich?

Wir können de Gaulle und Adenauer für den Élysée-Vertrag loben; doch zur Geschichte gemacht haben ihn Jugendliche, die Schlagbäume und Grenzpfähle einrissen, die sich ernsthaft mit der Vergangenheit auseinandersetzen oder offen für ihre Nachbarn waren. Die Menschen haben den Weg zur deutsch-französischen Freundschaft geebnet, und die Politik ist ihnen gefolgt. Ich finde das gut so.

Wie lebendig können wir von sozialen Bewegungen und Arbeiterkämpfen in Frankreich lernen, von ihrem Geist des Widerspruchs und des Spotts über Autoritäten! Als Jugendlichen hat mich 1968 mitten im brodelnden Paris der Aufstand der jungen Generation, der Arbeiter und Intellektuellen mitgerissen. Er

**Die Menschen haben den Weg zur deutsch-französischen Freundschaft geebnet.**

kam dann über den Rhein zu uns. Die ersten Anstöße für eine multikulturelle Gesellschaft kamen aus Frankreich, bevor sie auch uns einholte. Gelöst haben wir beide diese Aufgabe nicht.

Ich hätte in der Erklärung, die wir annehmen werden, gerne die Sätze gesehen: Es gilt, Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus konsequent entgegenzutreten. Eine nachhaltige Kultur des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit liegt im Interesse der Bevölkerungen Frankreichs und Deutschlands.

Auch wenn diese Sätze nicht in der Erklärung stehen, sollten beide Parlamente doch in diesem Geiste zusammenarbeiten.

Wenn wir uns die Realität ansehen, dann erkennen wir, dass eine solche Verpflichtung angesichts der rechtsextremen Mordserie bei uns bitter notwendig ist. Zusammen mit meinen kurdischen und französischen Freundinnen und Freunden trauere ich über den bestialischen Mord an den drei kurdischen Politikerinnen in Paris. Auch diese gemeinsame Trauer muss zu unserer Geschichte gehören.

Deutschland und Frankreich haben jeweils eine koloniale Geschichte. So etwas prägt die Kolonialmächte genauso wie die Unterdrückten. Noch immer berühren mich die wundervollen Gedichte, die Ho Chi Minh über Frankreich geschrieben hat, gegen das er doch kämpfte. Wie

viele Französischen und Franzosen, wie viele Deutsche waren solidarisch mit den Befreiungskämpfen in Algerien, Marokko, in Tunesien und Vietnam! Auch das ist etwas, was uns verbindet.

Umso betrüblicher ist es für mich und meine Fraktion – ich sage das in voller Übereinstimmung mit der französischen Friedensbewegung und der französischen Linken –, dass sich die französische Regierung zur Militärintervention in Frankreichs ehemaliger Kolonie Mali entschlossen hat. Deutschland und Frankreich können viel gemeinsam leisten, aber bitte sehr zivil und mit immer weniger Waffen in dieser Welt.

Ich habe mit Erich Maria Remarque begonnen und möchte Ihnen zum Schluss noch einen anderen für mich großen Deutsch-Franzosen zitieren. Karl Marx hat 1844 geschrieben, der deutsche Auferstehungstag werde durch das Schmettern des gallischen Hahnes verkündet. Vielleicht könnten wir Karl Marx heute in Gedanken sagen, dass der gallische Hahn zu der Wiederauferstehung des europäischen Gedankens, einer Europäischen Union des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, schmettern wird: Ein anderes Europa ist möglich! – Ein solches anderes Europa wollen wir gemeinsam mit Frankreich erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Frithjof Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Das politische Wunder am Rhein im 20. Jahrhundert



Frithjof Schmidt (\*1953)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Zuerst möchte ich Ihnen, Herr Präsident, einmal danken. Dass wir heute vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Erklärung der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages zur Unterzeichnung des Élysée-Vertrages vor 50 Jahren debattieren, ist auch ganz wesentlich Ihrem Einsatz zu verdanken. Das ist ein gutes Symbol für das europäische Zusammenwachsen unserer beiden Länder.

Ich finde es besonders wichtig, dass wir uns mitten in einer tiefen europäischen Krise vergewissern, welche entscheidende Bedeutung die deutsch-französischen Beziehungen haben. Dass wir nach einer

langen Geschichte von Rivalität und Kriegen, von deutscher Aggression und von den Verbrechen der Nationalsozialisten nicht nur Partner, sondern europäische Freunde werden konnten, ist das politische Wunder am Rhein im 20. Jahrhundert – nicht weniger als das.

Dafür gebührt vor allem den Französischen und Franzosen Dank. Es war Frankreich, das nach den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, nach den Gräueltaten von Deutschen in Frankreich, bereit war, einen Neuanfang in den deutsch-französischen Beziehungen anzugehen. Westdeutschland wurde als europäischer Partner akzeptiert. Das war eine große politische Geste. Es war auch eine strategische Entscheidung, die den Weg zur Europäischen Union geebnet hat.

Am Anfang stand 1950 der Schuman-Plan, der 1952 zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, geführt hat. 1957 kamen dann die Römischen Verträge über eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Aber erst der Élysée-Vertrag hat mit der deutsch-französischen Aussöhnung den Durchbruch für eine neue Qualität des europäischen Zusammenwachsens gebracht.

Ich sage: Diese politische Weitsicht de Gaulles hat eine entscheidende Grundlage für Frieden und

Integration in Europa geschaffen, und das werden wir nicht vergessen.

Ich finde es sinnvoll, hier einmal kurz zu erwähnen, welche Auswirkungen der Élysée-Vertrag auf mich ganz persönlich hatte.

Meine Jugend fand im alten Westdeutschland statt. In der zweiten Hälfte der 60er-Jahre haben wir in der Schule Theaterstücke und Texte von Jean-Paul Sartre und Albert Camus gelesen. Dass die in die Lehrpläne gekommen sind, war eine Konsequenz des Élysée-Vertrages. Die große Politik hatte unten ganz praktische Wirkung gezeigt. Da wurden eine Sicht auf die Welt und ein Lebensgefühl vermittelt, die es so in Deutschland – zumindest in meiner Wahrnehmung – damals kaum gab. „Existenzialismus“ war das schillernde Zauberwort, das eine ganze Welt der Kultur und auch der politischen Kultur neu eröffnet hat.

Dann gab es ein Austauschprogramm zwischen meinem Gymnasium und einem französischen Gymnasium in der Normandie. – Auch eine Auswirkung des Élysée-Vertrages. 14 Tage fuhr eine deutsche Gruppe nach Frankreich, 14 Tage kam eine französische Gruppe nach Deutschland – 14 Tage, die für uns die Welt verändert haben. Seitdem habe ich auf die Frage nach einer möglichen zweiten Heimat immer spontan „Frankreich“ geantwortet. Deswegen bin ich zutiefst

davon überzeugt, dass Partnerschafts- und Austauschprogramme, und zwar nicht nur für Studentinnen und Studenten, sondern für alle Jugendlichen, ganz zentral sind.

Wir müssen sie ausbauen und verbreitern. Da gibt es eine Menge zu tun.

Nun möchte ich noch einige Bemerkungen zur Bedeutung von Frankreich und Deutschland in der europäischen Familie machen.

Frankreich und Deutschland verfügen zusammen über mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes der Europäischen Union. Das gibt uns objektiv gemeinsam eine besondere Verantwortung. Wirkungsvolle Entwicklung und Fortschritt gibt es vor diesem Hintergrund nämlich nur, wenn Franzosen und Deutsche an einem Strang ziehen. Das geht nur gemeinsam mit allen anderen Partnern, aber es geht nicht ohne die beiden zusammen.

Allerdings dürfen sie nicht der Gefahr erliegen, ein Direktorium zu bilden.

Deswegen kommt der gemeinsamen Kooperation mit allen Partnerländern, gerade auch mit den wirtschaftlich kleineren Partnerländern, eine besondere Bedeutung zu. Wenn das nicht beherzigt wird, dann ist das kontraproduktiv. Dafür gibt es in der jüngeren Vergangenheit durchaus Beispiele.

Die Verteidigung wichtiger politischer, sozialer und ökologischer Erregenschaften Europas ist eine entscheidende Herausforderung in der Globalisierung. Daher gibt es objek-

tiv ein überragendes Eigeninteresse der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sich gemeinsam weiterzuentwickeln und die Union zu vertiefen. Deutschland und Frankreich markieren dabei ganz unterschiedliche Ausprägungen der Demokratie. Das heißt nicht etwa besser oder schlechter, sondern eben anders. Manche Experten bezeichnen das Modell in Frankreich als eine Exekutivdemokratie oder Präsidialdemokratie und das in Deutschland als eine parlamentarische Demokratie. Das führt in der Praxis zu ganz unterschiedlichen Diskursen über Entscheidungsprozesse, ihr Tempo, ihre Kontrolle, ihre Umsetzung, und das führt gelegentlich auch zu Missverständnissen.

Ich glaube, dass keines der beiden Modelle eine Lösung für die Vertiefung der Demokratie in der Europäischen Union darstellt. Vielleicht muss es ein Kompromiss aus beiden Modellen sein, der Europa den Weg weist. Vielleicht ist das ja die zeitgemäße Form der Fortschreibung des Élysée-Vertrages im 21. Jahrhundert. Das wäre ein großes Thema für die weitere Diskussion zwischen den beiden Parlamenten und Regierungen über die Vertiefung der Europäischen Union. Diese Union braucht eine Vertiefung, wenn sie sich in der Globalisierung auf lange Sicht selbst behaupten will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Die politische Weitsicht de Gaulles hat Grundlage für Frieden in Europa geschaffen.**

Thomas Silberhorn, CDU/CSU:

## Fünf Seiten Grundlage für Versöhnung und Frieden



Thomas Silberhorn (\*1968)  
Wahlkreis Bamberg

Dass der Élysée-Vertrag eine so fundamentale Bedeutung für die europäische Integration erlangen würde, war bei der Unterzeichnung am 22. Januar 1963 in

Paris nicht absehbar. Im Gegenteil! Dieser Vertrag war gerade in Deutschland heftig umstritten. Die Atlantiker haben im Gegensatz zu den Gaullisten befürchtet, dass ein bilateraler Vertrag mit Frankreich zulasten der transatlantischen Partnerschaft gehen könnte. Eine Besorgnis, die sich nicht bewahrheitet hat.

Dieser Vertrag hat aber nicht nur den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich einen Rahmen gegeben. Vor allem ist es damit gelungen, auf nur fünf Seiten die Grundlagen für Versöhnung, für Zusammenarbeit, für Frieden in Europa zu schaffen. Dieser Vertrag prägt die Entwicklungslinien der gesamten europäischen Integration bis heute. Das war und bleibt das maßgebliche Verdienst von zwei großen Staatsmännern, des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle

und des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer.

Es gibt auf der Welt kaum zwei Staaten, die so enge Beziehungen pflegen wie Deutschland und Frankreich. Das ist das Ergebnis einer in der Geschichte bisher einmaligen Aussöhnung ehemaliger Erbfeinde, wobei ich zu denen gehöre, die das Wort „Erbfeinde“ nur in Anführungszeichen verwenden; denn die Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen beweist: Feindschaft ist nicht erblich.

Feindschaft sitzt nicht in den Genen, sondern in den Köpfen. Feinde können Freunde werden, wenn sie es denn wirklich wollen. Feindschaft kann also überwunden werden. Wir,

Deutsche und Franzosen, haben sie überwunden. Das ist die zentrale und bis heute aktuelle Botschaft des Élysée-Vertrages für Europa und die Welt.

Aber Freundschaft ist auch nicht vererbbar. Freundschaft muss gepflegt werden. Freundschaft muss ständig erneuert werden. Deswegen geht es darum, die Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen Jahr für Jahr lebendig zu erhalten und von Generation zu Generation weiterzuentwickeln. Das ist unser gemeinsamer Auftrag aus 50 Jahren Élysée-Vertrag.

**Es gibt auf der Welt kaum zwei Staaten, die so enge Beziehungen pflegen.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben nicht nur auf der Ebene der Regierungen ein eng geknüpftes Netz zwischen Deutschland und Frankreich, sondern wir haben auch in vielen Kommunen, in den Ländern im Bereich der Kultur, der Wissenschaft und bei der Sprachförderung eine enge Kooperation. Circa 300 deutsch-französische Vereinigungen, regionale Partnerschaften, kommunale Part-

nerschaften: All das bildet ein starkes Wurzelgeflecht zwischen unseren Bürgern. Wir haben uns auch seitens des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale im Februar 2010 eine gemeinsame deutsch-französische Agenda 2020 gegeben, mit der wir 80 neue Projekte der Zusammenarbeit bis zum Jahr 2020 umsetzen wollen.

Dass die Jugendarbeit einen besonderen Stellenwert in unseren Beziehungen hat, ist von nahezu allen Vorrednern zu Recht betont worden. In diesem Zusammenhang kann die Leistung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes nicht genug gewürdigt werden. Seit 1963 haben die Programme des Deutsch-Französischen Jugendwerkes mehr als 8 Millionen Teilnehmer erreicht. Dieser Austausch zwischen deutschen und französischen Jugendlichen bleibt eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Entwicklung unserer künftigen bilateralen Beziehungen und für die Entwicklung der europäischen Integration. Deswegen will ich den jungen Leuten zurufen: Bewahrt euch eure Neugier aufeinander, und bewahrt euch das Interesse füreinander!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die enge Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland ist umso höher einzuschätzen, als wir aus teilweise sehr unterschiedlichen Traditionen kommen, beispielsweise was unsere Auffassungen von Wirtschaftspolitik betrifft, die Ausgestaltung des politischen Systems, der Parteienlandschaft, den Stellenwert von Religion, das Bildungssystem und viele andere Dinge mehr. Aber genau weil unsere Ausgangsvoraussetzungen so unterschiedlich sind, hat unsere Zusammenarbeit, hat unsere Verständigung einen so hohen Stellenwert, nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für die europäische Integration insgesamt. Das ist der Grund, weshalb Deutschland und Frankreich zu Pionieren und zur Triebfeder der europäischen Integration geworden sind. Ob Binnenmarkt, Schengen-Abkommen, Wirtschafts- und Währungsunion, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: Alle wegweisenden europäischen Initiativen der letzten Jahre und Jahrzehnte wären ohne den engen Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar gewesen.

Wir wissen freilich auch, dass eine Einigung zwischen unseren beiden Ländern alleine die Kompro-missfindung auf europäischer Ebene noch nicht ersetzt, sondern dass sie dafür eher ein Ausgangspunkt ist. Deswegen müssen wir betonen: Die deutsch-französische Kooperation im Rahmen der Europäischen Union war nie als Bevormundung zu verstehen, sondern es war immer eine Einladung zur Zusammenarbeit an alle. Ich würde es deswegen begrüßen, wenn wir unsere Beziehungen auch zu anderen Partnern der Europäischen Union wie Italien oder Polen vertiefen, die ihrerseits eine integrierende Wirkung in ihrem regionalen Umfeld entfalten können. Wir haben mit dem Weimarer Dreieck dafür ein Format, das sich zwischen Deutschland, Frankreich und Polen etabliert hat. Das ist das Zeugnis eines gelungenen Aussöhnungsprozesses zwischen Deutschland und unseren beiden größten europäischen Nachbarn im Westen und im Osten.

Meine Damen und Herren, es fehlt nicht an Themen für die künftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich: die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Energiepolitik und die Luft- und Raumfahrtindustrie. Bei all diesen Themen gilt es, im Geiste des Élysée-Vertrages unsere Partnerschaft immer wieder mit Leben zu erfüllen. Dieses Signal sollten wir in der nächsten Woche bei der gemeinsamen Sitzung der Assemblée nationale mit dem Deutschen Bundestag hier in Berlin geben. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Axel Schäfer, SPD:

## Es geht immer um die Solidarität der Tat



Axel Schäfer (\*1952)  
Wahlkreis Bochum I

Wir sind in wadiesem Parlament geteilt, nämlich in fünf verschiedene Fraktionen, richtigerweise; wir sind aber auch vereint in vielen gemeinsamen Überzeugungen. Gerade heute sollte Anlass sein, dieses deutlich zu machen.

Dass wir alle miteinander die deutsch-französische Verständigung, besser gesagt die deutsch-französische Freundschaft, als unverrückbare Grundlage unserer eigenen Politik verstehen, ist einer der ganz großen Erfolge der Politik der letzten 50 Jahre. Dann gehört es sich auch für einen Sozialdemokraten, einen Christdemokraten wie Konrad Adenauer ausdrücklich zu loben. Auch das sollte in diesem Hause selbstverständlich sein.

Da wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind, kommt es gerade auch heute darauf an, auf wichtige parlamentarische Entwicklungen, die etwas mit Deutschland, Frankreich und Europa zu tun haben, noch einmal ausdrücklich hinzuweisen.

Erstens. Wir, das heißt unsere Vorgängerinnen und Vorgänger, haben es nach vielen Debatten im Deutschen Bundestag – und das war sicherlich auch unter den Kolleginnen und Kollegen der Assemblée nationale streitig – auf Basis einer Initiative des sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt und des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing hinbekommen, dass erstmals ein Parlament über Ländergrenzen hinaus direkt gewählt wird, nämlich 1979 das Europäische Parlament.

Das war eine Jahrhundertentscheidung für die parlamentarische Demokratie, und die hat etwas mit dieser sehr intensiven, vertrauensvollen Zusammenarbeit – auch auf parlamentarischer Ebene – mit Deutschland und Frankreich zu tun. Das sollten wir gerade an diesem Tag noch einmal unterstreichen.

Wir sollten auf ein Zweites hinweisen, weil auch das zu oft vergessen wird: Die Realisierung der deutschen Vereinigung – das heißt, der rechtliche Akt, wie die DDR der Bundesrepublik beigetreten ist – war nur möglich, weil in Europa ein kluger und solidarischer Kommissionspräsident, der französische Sozialist Jacques Delors, zusammen mit dem Europäischen Parlament ein Verfahren gewählt hat – es war eine dänische Kollegin, die das dann organisiert hat –, das keine jahrelangen Beitrittsverhandlungen über die Integration voraussetzte, die wir sonst hätten führen müssen und die uns ungeheure rechtliche Schwierigkeiten bereitet hätte. Dadurch ist die Wiedervereinigung auf sehr sanfte, vor allen Dingen auf sehr zügige und sehr auf Gemeinschaft angelegte Weise möglich geworden. Das war für die deutsche Wiedervereinigung 1990 eine ganz wichtige Voraussetzung.

Gleichzeitig war es eine ganz wichtige Aussage, dass auch Kolleginnen und Kollegen aus der früheren DDR, vom Bundestag entsandt, ins Europäische Parlament kamen. Das war ein Novum in der parlamentarischen Demokratie und auch ein Ausdruck der deutsch-französi-

schen Zusammenarbeit zwischen den Ländern und im Parlament.

Drittens. Wir müssen uns jetzt, wo die staatliche und die institutionelle Zusammenarbeit außer Frage steht, selbstkritisch fragen, wie wir die parlamentarische und auch die parteipolitische Zusammenarbeit verbessern können, weil das das Fundament ist, auf das wir die nächsten Jahrzehnte gründen. Wir haben gelernt, dass es gut ist, sich auf deutsch-französischer Ebene zu verständigen. Christdemokraten haben

### Parlamentarische und parteipolitische Zusammenarbeit ist Fundament der Zukunft.

gelernt, sich mit den jeweiligen Parteiformationen zusammen- und auseinanderzusetzen. Das gilt für die Liberalen in Frankreich sicherlich genauso. Ich fand es gut, dass die Grünen in Person von Daniel Cohn-Bendit ausprobiert haben, wie es ist, wenn man sowohl in Deutschland als auch in Frankreich kandidiert; das war ganz wichtig. Ich fand es auch wichtig, dass die Linkspartei bei einer Reihe von Problemen Resolutionen gemeinsam mit ihren französischen Bruder- und Schwesterorganisationen vorgelegt hat. Natürlich können Sie nicht erwarten, dass ich diesen immer zustimme.

Aber es ist wichtig, dass man so etwas praktiziert.

Ich erinnere daran, dass wahrscheinlich das erste gemeinsame parlamentarische Gesetzgebungsprojekt in Europa hier im Deutschen Bundestag 2011 gestartet worden ist. Das war die Gesetzgebunginitiative der SPD zur Finanztransaktionssteuer, die am selben Tag von der Parti socialiste in der Assemblée nationale gestartet wurde. Ich bin froh, dass wir nach dieser Initiative und dem Regierungswechsel in Frankreich das auch praktisch vorangebracht haben. Das zeigt die deutsch-französischen und auch die europäischen Gemeinsamkeiten.

Viertens. Unabhängig von meiner parteipolitischen Präferenz wünsche ich mir, dass alle hier im Saal die Möglichkeiten nutzen, die Beziehungen zu Frankreich über Städtepartnerschaften hinaus auszubauen. Für mich war es eine außergewöhnliche Erfahrung, im letzten Jahr im Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich aufzutreten. Man ist dann auch gezwungen, seine Französischkenntnisse zu aktivieren und einiges neu zu erlernen; das war wichtig. Das haben Frank Steinmeier, Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel, Martin Schulz und andere Abgeordnete der SPD ebenfalls gemacht. Ich appelliere an die anderen Parteien und Fraktionen, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Denn das macht deutlich: Ja, wir sind Deutsche und Franzosen, aber wir gehören in Europa zu verschiedenen Parteifamilien. Das führt zur Festigung des Fundaments, oder, wie es der bedeutende Franzose Jean Monnet gesagt hat: Es geht immer um die Solidarität der Tat. – Das sollten wir jeden Tag aufs Neue praktizieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Ausdruck deutsch-französischer Freundschaft: Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Paris

Oliver Luksic, FDP:

## Wir brauchen jetzt eine neue Vision für Europa



Oliver Luksic (\*1979)  
Landesliste Saarland

Was würden wir heute der Jugend sagen? General de Gaulle hat seine Vision zu Deutschland, Frankreich und Europa in Ludwigsburg grandios dargelegt. Ich bin der festen Überzeugung: Wir brauchen jetzt eine neue Erzählung, eine neue Vision für Europa. Der Élysée-Vertrag ist das Fundament der deutsch-französischen Erfolgsgeschichte, die uns Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat. Wir müssen sie jetzt ergänzen um neue, konkrete deutsch-französische Projekte.

Adenauer und de Gaulle hatten eine klare Vision von Europa. Nach Ende des Krieges und der Rivalitäten war der Vertrag ein historischer Schritt hin zu einer neuen, friedlichen Zukunft. Heute sind aber die Erinnerungen an Konflikte und Kriege nicht mehr so präsent. Der Ruf nach Frieden und Sicherheit ist nicht mehr allzu laut. Dementsprechend muss sich auch die Botschaft der deutsch-französischen Freundschaft in unserer Zeit ein Stück weit wandeln. Im Europa der 27 mit stärkeren supranationalen Institutionen haben die deutsch-französischen Beziehungen am Anfang ein Stück weit an Bedeutung verloren. Aber gerade die Euro-Krise hat gezeigt: Die Zusammenarbeit beider Länder wurde wieder gestärkt. Eine starke Freundschaft ist und bleibt wichtig. Europa braucht gerade jetzt mitten in der Euro-Krise einen starken deutsch-französischen Motor.

Nach dem von Europa geprägten 19. und dem eher von Amerika geprägten 20. Jahrhundert wird nun Asien eine wichtige Rolle spielen. Da Europa bald nur noch 7 Prozent der Weltbevölkerung repräsentiert, brauchen wir ein wirtschaftlich und politisch starkes, vereintes Europa. In Deutschland haben wir es mit wachsender Euro-Skepsis zu tun; das hat man auch in Frankreich, Stichwort „Ablehnung der EU-Verfassung“. Wir sehen, dass gerade unter jungen Menschen ein Stück weit

Misstrauen gegenüber Europa herrscht. Dagegen muss man angehen; denn wie de Gaulle richtig erkannt hat, brauchen wir gerade die jungen Generationen, um eine stabile Zukunft zu schaffen. In diesen Generationen muss auch der europäische Patriotismusgedanke eine stärkere Rolle spielen; denn Europa hat seinen Preis. Wir müssen aber auch stärker seinen Wert erkennen. Wer ein vereintes Europa will, der muss auch Bewusstsein für die Werte schaffen, die uns hier in Europa von allen anderen Regionen der Welt unterscheiden. Ich glaube, auf die europäische Erfolgsgeschichte können wir hier im Deutschen Bundestag wirklich stolz sein.

Wir müssen dringend Projekte stärker fördern, die eine deutsch-französische Zusammenarbeit direkt erfahrbar machen, gerade in den Grenzregionen. Hier funktioniert das „deutsch-französische Labor“ am besten. Projekte zwischen weit entfernten Regionen machen wenig Sinn. Deswegen müssen wir uns hier auf die Grenzregionen fokussieren, und wir müssen das Verständnis der Länder füreinander

stärker fördern. Gerade die neueste Umfrage des SR in Zusammenarbeit mit ARD, Arte, Deutschlandfunk und Radio France hat gezeigt, wie sich das Deutschland und das Frankreichbild auf beiden Seiten des Rheins geändert hat.

Verständnis für beide Seiten kommt nicht nur durch parlamentarische Treffen, durch Regierungszusammenarbeit zustande, sondern vor allem dann, wenn unsere Gesellschaften zusammenkommen. Verständnis kommt durch mehr gemeinsame konkrete Projekte zustande. Insbesondere im Bereich Bildung/Kultur haben wir einige Erfolge vorzuweisen, an die wir anknüpfen müssen: die deutsch-französischen Gymnasien – ich durfte sie besuchen –, die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken, Austauschprogramme des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, „Erasmus“- , „Sokrates“-Programme. Diese Programme laufen gut und müs-

sen jetzt durch Alumninetzwerke ergänzt werden.

Aber wir haben noch viel Verbesserungsbedarf. Schauen wir uns einmal den Arbeitsmarkt an. Wir haben bei uns in Deutschland in vielen Regionen Fachkräftemangel. Gerade im deutsch-französischen Grenzgebiet, in Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Gleichzeitig nehmen die Sprachkompetenzen – es wurde eben zu Recht angesprochen – eher ab als zu. Deswegen müssen wir Schritte hin zu einem

### Europa braucht gerade jetzt mitten in der Euro-Krise einen starken deutsch-französischen Motor.

deutsch-französischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gehen. Die Abschlüsse müssen gegenseitig besser anerkannt werden. Der Spracherwerb muss gestärkt werden. Das wären konkrete Vorteile, die gerade junge Menschen, deutsche und französische Jugendliche, am eigenen Leib erfahren würden.

Ein anderes Thema ist die grenzüberschreitende medizinische Versorgung, die in der Praxis immer noch nicht funktioniert. Wenn man auf der französischen Seite einen Herzinfarkt hat und sich in Deutschland behandeln lassen will, funktioniert das eben immer noch nicht im Hinblick auf Krankenkassen und andere Institutionen. Das muss sich ändern, wenn wir Europa wirklich erfahrbar machen wollen.

Wir brauchen mehr Leuchtturmprojekte im Bereich Forschung und Entwicklung. Frankreich ist und bleibt unser wichtigster Handelspartner. Unsere Basis für Wohlstand auf beiden Seiten des Rheins sind Forschung und Entwicklung. Da müssen wir neue Leuchtturmprojekte schaffen. Das ist wichtig für das Europa von morgen.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Die deutsch-französischen Beziehungen haben immer Höhen und Tiefen gehabt. Im Europa der 27 brauchen wir in der Tat noch stärker das Weimarer Dreieck. Wir brauchen jetzt aber vor allem einen deutsch-französischen Motor, der Impulse liefert, weil Europa eben nicht das Problem ist, sondern die Lösung. Wir müssen stärker neue Chancen schaffen für junge Menschen. Wir brauchen Projekte mit Mehrwert für beide Seiten des Landes, gemeinsame Ausbildungen, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, Leuchtturmprojekte in Forschung und Entwicklung, konkrete Projekte in den Grenzregionen. Denn nur wenn wir neue Wege einschlagen, können wir Frieden, Freiheit und Wohlstand für die junge Generation in Deutschland, Frankreich und Europa auch in den nächsten 50 Jahren schaffen und erhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Andrej Hunko, DIE LINKE:

## Europa braucht einen deutsch-französischen Motor von links



Andrej Hunko (\*1963)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Auch die Linke bezieht sich positiv auf die deutsch-französische Aussöhnung. Sie erkennt auch die Bedeutung der Élysée-Verträge, die vor 50 Jahren geschlossen worden sind. Wir beziehen uns maßgeblich – auch positiv – auf die zivilgesellschaftlichen Komponenten.

Ich selbst war als Jugendlicher mit elf, zwölf Jahren als Mitglied

der C-Jugend einer Fußballmannschaft Teil eines Austauschprogrammes. Ich erinnere mich sehr gut an die Atmosphäre in der französischen Gastfamilie, die uns aufgenommen hat. Ich habe gespürt, welche Bedeutung dieser Austausch für sie hatte und welche Überwindung dahinter stand angesichts der drei Kriege, die vorangegangen waren. Ich bin sehr dankbar, dass ich diese Möglichkeit hatte.

Für uns Linke hat die deutsch-französische Kooperation allerdings eine längere Geschichte. Ich will erinnern an die Französische Revolution 1789, an die Ideen, die überhaupt die Grundlage auch für eine moderne Linke gebildet haben, an die utopischen Sozialisten Anfang des 19. Jahrhunderts, die die Arbeiterbewegung und die Linke in Deutschland im 19. Jahrhundert stark beeinflusst haben. Ich will erinnern an die Pariser Commune mit ihrer Praxis der direkten Demokratie, und ich will erinnern an die antimilitaristischen Traditionen insbesondere im Ersten Welt-

krieg und an die Résistance im Zweiten Weltkrieg. All das waren Vorgänge, Ideen, die starken Einfluss auf linke Bewegungen in Deutschland hatten.

Aber auch in der jüngeren Geschichte hat es aus linker Perspektive Wechselwirkungen gegeben. Die Gründung der globalisierungskritischen Organisation Attac ist in Frankreich vollzogen worden. Das linke Nein zum Verfassungsvertrag 2005, die gute Zusammenarbeit der Linken in den Comités du NON haben starken Einfluss gehabt auf die Gründung unserer Partei in Deutschland, auf das Projekt einer pluralen Linken. Umgekehrt hat diese Gründung Einfluss gehabt auf die Gründung der Front de gauche in Frankreich. Das sind wichtige Bezugspunkte für uns, und an derlei werden wir auch in Zukunft sehr stark arbeiten.

### Für uns Linke hat die deutsch-französische Kooperation allerdings eine längere Geschichte.

Aktuell werden Frankreich und der französische Präsident von den internationalen Finanzmärkten sehr stark unter Druck gesetzt. Davon betroffen sind die höher entwickelte französische Sozialstaatlichkeit, der Mindestlohn von 9,40 Euro, der in Frankreich existiert, das höher entwickelte Sozialsystem. Diesem Druck müsste sich eine deutsch-französische Solidarität entgegenstellen, statt dass man sich gemeinsam in militärische Abenteuer stürzt.

Ich freue mich, dass wir in der nächsten Woche hier auch die Kolleginnen und Kollegen der Front de gauche begrüßen können. Für uns ist die deutsch-französische Zusammenarbeit von links sehr wichtig; Axel Schäfer hat es eben erwähnt. Wir haben eine Reihe von gemeinsamen Anträgen gestellt, und wir werden das in Zukunft weiter intensivieren; denn wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir einen deutsch-französischen Motor von links brauchen für eine andere Entwicklung in Europa, für ein anderes, ein soziales und friedliches Europa. Daran werden wir in Zukunft sehr intensiv arbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Gunther Krichbaum, CDU/CSU:

## Europa braucht uns und schaut auf uns



Gunther Krichbaum (\*1964)  
Wahlkreis Pforzheim

Kollege Schockenhoff hat vorhin schon einiges Richtige zum Friedensnobelpreis gesagt, über den wir uns alle freuen können und dessen Kernelemente die deutsch-französische Aussöhnung und damit natürlich der Élysée-Vertrag von 1963

sind. Aber ebenso wie der Friedensnobelpreis hatte auch der Élysée-Vertrag seine Vorgeschichte. Es war 1950, als der Schuman-Plan präsentiert wurde, ein mutiger und zugleich genialer Plan; denn es sollte fortan das unter eine gemeinsame Verantwortung mit einer gemeinsamen Behörde gestellt werden, was jahre-, jahrzehnte-, vielleicht sogar jahrhundertlang die Ursache militärischer Konflikte und Kriege war. Es gab unter anderem eine gemeinsame Verantwortung für Rohstoffe.

Man muss auch hier die Vorgeschichte bedenken: Es waren damals mutige Männer wie Präsident de Gaulle und Konrad Adenauer, der erste deutsche Bundeskanzler, die sich über den Trümmerbergen von Europa die Hände reichten. Deswegen ist es in gewisser Weise, wenn man so möchte, posthum auch ihr Friedensnobelpreis.

Auch damals gab es natürlich Schwierigkeiten, etwa was die Präambel anging; Kollege Silberhorn hat darauf

hingewiesen. Deutschland wollte die neue deutsch-französische Achse haben, wie sie danach vielfach bezeichnet wurde, aber nicht unter Preisgabe der Beziehungen zu Großbritannien und den USA. Präsident de Gaulle sprach in Ansehung der Präambel sogar von einer Entwertung des Vertrages. Die Geschichte sollte aber anderes lehren.

Die drei Kernelemente waren: regelmäßige Konsultationen der Regierungschefs, Aufbau eines deutsch-französischen Jugendwerks und natürlich gemeinsame Zielsetzungen im Bereich der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik. Gerade Letzteres zeigt, dass der Élysée-Vertrag auch 50 Jahre nach seiner Unterzeichnung noch eine Menge an Potenzial hat.

Ja, es ist viel passiert. Viele erinnern sich vermutlich noch daran, dass es hieß: Die Schlagbäume müssen brennen zwischen Frankreich und Deutschland. – Es wurde die Abschaffung der Grenzkontrollen gefordert. – Und sie-

he da: Jahre später konnten wir mit der Realisierung des SchengenRaums tatsächlich den Wegfall der Grenzkontrollen feiern – eine der ganz großen europäischen Errungenschaften, weil es unsere Bürgerinnen und Bürger zusammenbringt.

Ich darf auch daran erinnern, dass es unter den damaligen Staatsministern Hoyer und Lellouche ein 80-Punkte-Programm gab, das noch abgearbeitet werden muss.

Aber auch wir selbst als Parlament müssen eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit suchen. Der Europausschuss des Deutschen Bundestages und die Kollegen der Assemblée nationale haben im Januar 2011 eine gemeinsame Delegation gebildet und sind nach Kroatien gereist. Wir werden das im April wiederholen; Ziel ist diesmal Serbien. Vielleicht können wir ja das, was zwischen Deutschland und Frankreich mit dem Élysée-Vertrag gelungen ist, was der Kern des Friedensnobelpreises war, auch in eine Region des sogenannten westlichen Balkans hineinragen, sodass es dort genauso friedentiftend wirken

kann. Genau das macht unsere Europäische Union aus.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde oftmals als Motor bezeichnet: der Motor Europas, der Motor der europäischen Integration. Aber ein Auto fährt nicht mit einem Motor allein. Wir brauchen einander, so wie man auch bei einem Auto alles braucht. Mit Blick auf andere Länder der Europäischen Union darf man deswegen auch an einem solchen Tag sagen: Man sollte nicht vom vierten Gang

in den Rückwärtsgang zurückschalten, weil man sonst Gefahr läuft, dass einem das Getriebe um die Ohren fliegt.

Der kommende Dienstag, an dem wir, exakt 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages,

zusammen hier in Berlin feiern dürfen, ist ein Tag der Freude, ein Geschenk der Geschichte und – man darf auch sagen – ein Rendezvous des Glücks. Lassen Sie uns in diesem Sinne weiter an einer Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit arbeiten! Europa braucht uns und schaut auf uns.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Ein Tag der Freude, ein Geschenk der Geschichte und ein Rendezvous des Glücks.**

Elvira Drobinski-Weiß, SPD:

## Von Erbfeindschaft zu Erbfreundschaft



Elvira Drobinski-Weiß (\*1951)  
Landesliste Baden-Württemberg

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kollege Krichbaum, Sie haben recht: Der Élysée-Vertrag hat noch Potenzial, auch weibliches.

Die Zukunft, die Zukunft unserer beiden Völker, der Grundstein, auf welchem die Einheit Europas gebaut werden kann und muss, der höchste Trumpf für die freie Welt, bleiben die gegenseitige Achtung, das Vertrauen und die Freundschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volk.

Diese Worte richtete 1962 der französische Präsident an die deutsche Jugend.

Mit einem historischen Freundschaftsvertrag setzten de Gaulle und Adenauer 1963 dann einen Schlusstrich unter eine Erbfeindschaft, die jahrhundertlang Krieg und Zerstörung verursachte.

In der Region meines Wahlkreises, in Baden, in der Nachbarschaft zum Elsass, haben diese Worte eine ganz besondere Bedeutung. Immer wieder aufs Neue entlud sich an den Menschen am Oberrhein der nationalistische Wahn dieser Erbfeindschaft. Das hinterlässt Narben. Nach langjähriger grenzüberschreitender Zusammen-

arbeit haben etwa Straßburg und ihre deutsche Nachbarstadt Kehl erst knapp 60 Jahre nach dem Krieg begonnen, sich mit baulichen Projekten sichtbar und spürbar näher zu kommen. Erst jetzt soll die grenzüberschreitende Straßenbahnverbindung erneut entstehen, die es schon vor 100 Jahren gab, die aber wegen des Ersten Weltkrieges ein frühzeitiges Ende fand. Erst jetzt wendet sich Straßburg auch geografisch seiner deutschen Nachbarin zu und bebaut das Niemandsland, das sie bisher trennte. Diese Baustellen zeugen davon, dass

wir uns bei den deutsch-französischen Beziehungen längst noch nicht in einem Stadium der Denkmalspflege befinden, sondern mitten im Aufbau. Das gilt auch für den Lebensalltag der Menschen.

Der Rhein wandelt sich von einer Grenze zu einem Element, das verbindet. Wo einst Menschen aufeinander geschossen haben, kommen heute Menschen zusammen und erleben einen Alltag, der ganz selbstverständlich grenzüberschreitend ist.

In diesem Alltag stoßen die Menschen auch noch auf Barrieren. Wer im Nachbarland einkauft, wohnt, studiert, arbeitet oder Familie hat – wer diese Freiheiten im geeinten Europa wahrnimmt –, bekommt oft Schwierigkeiten. Beim Steuerrecht oder bei der Gesundheit können das existenzielle Fragen sein. Aber auch banale Dinge können im deutsch-französischen Alltag Ärger bereiten. So hat zum Beispiel das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl jährlich Zehntausende von Anfragen, Reklamationen und Rechtsfälle aus ganz Frankreich und ganz Deutschland zu bearbeiten. Im Bereich der

**De Gaulle und Adenauer setzten einen Schlusstrich unter eine jahrhundert alte Erbfeindschaft.**

Verbraucherpolitik hat sich einiges getan. Doch es bleibt noch mehr zu tun. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei der Mobilität von Patientinnen und Patienten, stehen wir erst am Anfang.

Nach 50 Jahren Freundschaft in einem vereinten Europa besteht zu Recht der Anspruch, dass solche Hürden im Leben der Menschen verschwinden. Wenn wir uns wünschen, dass Deutsche und Franzosen wieder neugieriger aufeinander werden und sich mehr Menschen mit der Kultur des Nachbarlandes bekannt machen und auch persönliche Beziehungen knüpfen, dann müssen wir diese Hürden abbauen.

Ich glaube, wir sind in Deutschland nach wie vor neugierig auf unsere Nachbarn. Das zeigen nicht nur die Erfolge von französischen Filmen wie „Ziemlich beste Freunde“ oder „Willkommen bei den Sch'tis“. Seit 1963 – das ist schon mehrfach genannt worden – hat das Deutsch-Französische Jugendwerk fast 8 Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an Austauschprogrammen ermöglicht. Ich selbst bin eine von ihnen und konnte auf diesem Weg meine Brieffreundin in Nantes persönlich kennenlernen und mich dabei und auch später mit der französischen Kultur und der Sprache vertraut machen.

Ich bedaure, dass inzwischen immer weniger Menschen die Sprache des Nachbarn tatsächlich erlernen wollen. Das ist besonders schade, weil gerade heute, im Gegensatz zu 1963, der Aufwand minimal ist, mit interessanten Menschen im Nachbarland in Kontakt zu kommen, zum Beispiel über Internetdienste wie Twitter.

Immer wieder wurden seit 1963 neue Impulse in der deutsch-französischen Beziehung gesetzt. Zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages wünsche ich mir besonders im Bereich der Sprache und Verständigung neue Vorstöße.

Sehr geehrte Damen und Herren, was bei uns recht nüchtern deutsch-französischer Motor heißt, das nennen unsere Nachbarinnen und Nachbarn etwas romantischer das deutsch-französische Paar – le couple franco-allemand. Ein Paar, das schon 50 Jahre zusammen ist, muss sich immer wieder neu kennenlernen. „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer“, hat Willy Brandt treffend gesagt. Das gilt auch für die gegenseitige Achtung, das Vertrauen und die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Werte müssen wir stets aufs Neue vermitteln und dabei neue Impulse setzen. Nur so schaffen wir eine Art Erbfreundschaft, deren erste 50 Jahre nur der Anfang waren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Andreas Mattfeldt (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2013 / 217. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 17. Januar 2013

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

## Ein Verdienst dieser Regierungskoalition



Philipp Rösler (\*1973)  
Bundesminister

Schauen wir uns die Zahlen des Jahreswirtschaftsberichts doch einfach einmal an:

0,7 Prozent Wachstum waren im letzten Jahr zu verzeichnen, und das, obwohl die Wirtschaft im übrigen Teil der Euro-Zone seit mehr als vier Quartalen schrumpft.

Wir liegen damit bei den Wachstumswerten europaweit an der Spitze.

In der Folge gibt es mehr Chancen für mehr Menschen, Rekordbeschäftigung, höhere Einkommen, niedrigere Schulden.

Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es ist kein Zufall, dass Deutschland europaweit am besten durch die Krise gekommen ist. Es ist kein Zufall, dass wir wirtschaftlich gut dastehen. Es ist auch kein Zufall, dass jeden Tag neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das ist ein Verdienst der Menschen in unserem Lande, aber es ist auch ein Verdienst der Politik dieser Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP.

Während die Opposition ihre eigenen Leute und ihre eigenen Mitarbeiter mit Hausbesuchen beglückt, arbeiten Union und FDP weiter an der nächsten Etappe dieser deutschen Erfolgsgeschichte:

für die Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt, für die öffentlichen und für die privaten Haushalte. Ich sage Ihnen: Die deutsche Wirtschaft hat alle Chancen. Für das Jahr 2013 erwarten wir ein Wachstum von 0,4 Prozent.

Diese technische Zahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir für das Jahr 2013 natürlich ein starkes Wachstum und für das Jahr 2014 mit 1,6 Prozent ein noch viel stärkeres Wachstum erwarten. Auch in diesem und in den nächsten Jahren bleibt Deutschland der Stabilitätsanker in Europa und der Wachstumsmotor in Europa und für Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Warum haben wir reduzierte Wachstumswahlen? Der Grund dafür liegt allein in der Wachstumsdelle im Winterhalbjahr 2012.

Diese wiederum hat ihre Ursache zum einen in der weltwirtschaftlichen Lage, zum anderen aber auch in der Verunsicherung innerhalb der Euro-Zone.

Insofern ist es richtig, dass wir alles dafür tun, die Euro-Zone weiter zu stabilisieren.

Wenn Sie sich die entsprechenden Zahlen und die Stimmung auch auf den europäischen Märkten ansehen, dann werden Sie feststellen: Wir sind auf einem ausgesprochen guten Weg. Die Märkte fassen wieder Vertrauen in die Euro-Zone; das sieht man an den niedrigeren Zinsen. Vor allem aber fassen auch die Unternehmen und die Menschen wieder Vertrauen in unsere gemeinsame Währung. Das ist ein Verdienst unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, des Finanzministers Wolfgang Schäuble, aber auch der gesamten Regierungskoalition. Wir haben Schluss gemacht mit Schulden. Wir haben für einen neuen Stabilitätspakt, für eine Stabilitätsunion gesorgt.

Deswegen vertrauen die Menschen unserer gemeinsamen Währung, dem Euro. Vergessen wir nicht, wie verheerend Ihre Europapolitik war: Sie waren es doch, die den Stabilitätspakt I willentlich aufgelöst haben. Jetzt wollen Sie eine Vergemeinschaftung der Schulden durch Euro-Bonds, und Sie wollen an die Einlagensicherung der kleinen Sparer in Deutschland gehen. Wenn wir uns Ihre Europapolitik ansehen, angefangen bei Gerhard Schröder und Joschka Fischer bis hin zu Ihrer Trümmer-Troika, dann wissen wir doch eines: Die rot-grüne Europapolitik war auch das historische Versagen von Rot und Grün in Deutschland und in Europa.

Wir müssen und wir werden gemeinsam die Währung stabilisieren, und wir sind dabei auf einem guten Wege. Wir sind bereit, einen Preis dafür zu zahlen; denn wir alle kennen den Wert Europas für unser Land. Den Preis, den die Sozialdemokraten offensichtlich gerne zahlen würden, sind wir aber nicht zu zahlen bereit: Das ist der Preis der Geldwertstabilität. Eine Schwächung der Währung, Inflation, ein Zusammenbruch der Währung trüfe nicht die Reichen und

die Superreichen. Durch eine Inflation oder einen Zusammenbruch der Währung würde die Mitte in unserer Gesellschaft enteignet, diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet und sich für das Alter etwas zur Seite gelegt haben. Einer solchen Enteignung dürfen wir niemals zustimmen. Deswegen kämpfen wir für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Wir kämpfen auch für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die beste Basis für eine starke Wirtschaft sind solide Haushalte im Bund und in den Ländern. Deswegen treten wir für eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik ein. Wir sind dabei sehr erfolgreich.

Vier Jahre früher, als es die Schuldenregel vorgibt, haben wir im Rahmen der Schuldenbremse solide Haushalte auf den Weg gebracht.

Wir haben gemeinsam vor, für das Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen. Damit gerät das Ziel, das wir uns vorgenommen haben – einen ausgeglichenen Bundeshaushalt für 2016 –, in greifbare Nähe. Das wäre dann, meine Damen und Herren, der erste ausgeglichene Bundeshaushalt seit mehr als 50 Jahren. Das zeigt die Solidität, die Stabilität in der Haushalts- und Finanzpolitik dieser Regierungskoalition.

Schauen wir uns nun Ihre Politik an: Sie sind gegen eine Schuldenbremse in den Bundesländern. Das beste Beispiel ist Niedersachsen, wo die Sozialdemokraten gerade eine entsprechende Verfassungsänderung abgelehnt haben. In Nordrhein-Westfalen hat Rot-Grün gerade beschlossen, die Schuldenbremse bis zum Jahre 2020 nicht einhalten zu wollen. Das, meine Damen und Herren, ist Verfassungsbruch mit Ansage.

Die Schulden in Deutschland, die Schulden im Bund und in den Ländern, haben zwei Farben, nämlich Rot und Grün.

Sie belasten nicht nur die nachfolgenden Generationen, Sie wollen schon heute den Menschen in die Tasche greifen. Nach dem Steinbrück-Papier, nach den Steinbrück-Thesen würden, wie im Tagesspiegel zu lesen war, nicht nur Familienunternehmer, sondern auch Angestellte um bis zu 16 Prozent stärker belastet.

Wenn man das, was die Grünen vorschlagen, hinzurechnet, erkennt

man: Rot und Grün sind gut für 40 Milliarden Euro Mehrbelastung der Menschen. Sie können gar nicht genug kriegen vom Abkassieren. Das ist Ihre Politik: Entweder Sie machen Schulden, und/oder Sie holen sich das Geld bei den Menschen. Das Gegenteil ist notwendig: Sie müssen daran arbeiten, die Menschen zu entlasten.

Ich sage Ihnen: All das, was Sie sich vorgenommen haben, was Sie sich erträumen für Deutschland, das können wir in Europa schon heute umgesetzt sehen, sei es die Einführung einer Vermögensteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer oder ein hoher Spitzensteuersatz.

Es wäre egal, wenn dann einige Schauspieler unser Land verlassen.

Aber wenn dank Ihrer Politik mittelständische Unternehmen darüber nachdenken, Deutschland zu verlassen, dann müssen wir aufmerksam werden; denn es sind unsere Mittelständler, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen.

Anstatt die Menschen zu belasten, wie Sie das gemeinsam vorhaben, wäre es klug, diejenigen zu entlasten, die uns das Wachstum und den Wohlstand in Deutschland erarbeiten.

Kommen wir einmal zu der Entlastung. In diesem Jahr, 2013, hat ein durchschnittlicher Angestellter laut Gesellschaft für Konsumforschung 550 Euro mehr Netto. 550 Euro mögen für Sozialdemokraten nicht viel sein – dafür bekommt man vielleicht ein paar Flaschen Pinot Grigio; ich weiß es nicht genau –, aber für die Menschen da draußen ist das verdammt viel Geld.

Fast 7 Milliarden Euro Entlastung durch die Senkung des Rentenversicherungsbeitrages, fast 1 Milliarde Euro Entlastung durch die Anhebung des Grundfreibetrages und 1,8 Milliarden Euro Entlastung durch die Abschaffung der Praxisgebühr in Deutschland:

Das ist Politik für die Mitte in unserem Lande, das ist Politik, die bei den Menschen ganz konkret ankommt.

Kommen wir zu den Energiepreisen. Es bedeutet eine Belastung und eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit, wenn wir es nicht schaffen, die Energiepreise in den Griff zu bekommen.

Deswegen brauchen wir eine grundlegende Reform des Gesetzes zur Förderung der erneuerbaren Energien.

Das, was wir jetzt haben, ist ein planwirtschaftliches System. Damit kennt sich vielleicht die Linkspartei aus, aber damit werden wir die Preise nicht in den Griff bekommen.

Deswegen haben wir uns vorgenommen, diese Reform anzugehen.

Wir wollen drei Dinge gemeinsam: Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie für 4 Millionen Unternehmen in Deutschland, vor allem aber auch für 40 Millionen Haushalte, die alle unter den Strompreisen zu leiden haben.

Schauen Sie sich die Ergebnisse dieser Politik auf dem Arbeitsmarkt doch einmal an: die höchste Beschäftigungszahl seit Bestehen der Bundesrepublik

### Die beste Basis für eine starke Wirtschaft sind solide Haushalte in Bund und Ländern.

Deutschland, 41,6 Millionen Erwerbstätige, die niedrigste Arbeitslosenquote seit der deutschen Wiedervereinigung, die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu rot-grünen Zeiten abgebaut, 2

Millionen Menschen mehr in Lohn und Brot, 2 Millionen Chancen mehr für Menschen und ihre Familien.

Schauen Sie sich die Zahlen wirklich an! 117 Seiten Jahreswirtschaftsbericht. Was die Menschen wirklich spüren: Sie bemerken die Verbesserungen nicht anhand der Kennzahlen, aber in ihrem eigenen persönlichen Leben. Ich sage Ihnen: Deutschland geht es gut, den Menschen in unserem Lande geht es gut, und wir als Regierungskoalition stehen dafür, dass genau dies auch in Zukunft so bleibt. Das ist unser gemeinsamer Auftrag, und das sagt der Jahreswirtschaftsbericht für 2013.

Es wird der richtige Weg sein, alles dafür zu tun, die Euro-Zone weiter zu stabilisieren, damit das Vertrauen der Menschen und der Unternehmen noch weiter zunehmen kann, damit sie wieder anfangen, zu investieren, und die Investitionsbereitschaft zunimmt, für stabiles Geld zu sorgen – für Menschen und Unternehmen gleichermaßen.

Es wird der richtige Weg sein, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, neben Rohstoffversorgung und Fachkräftesicherung vor allem dafür zu sorgen, dass Energie auch in Zukunft bezahlbar bleibt, und diejenigen am Ende zu entlasten, die uns diesen Wohlstand erwirtschaften, nämlich die Menschen in unserem Lande. Das ist die Politik, die Deutschland braucht, um Wachstum zu verstetigen und für Wohlstand und Beschäftigung zu sorgen. Der Jahreswirtschaftsbericht drückt das nicht nur in seinen Zahlen aus, sondern er zeigt auch, dass dieser Politikansatz richtig ist.

Sie denken nur ans Abkassieren, Weitergeben und Umverteilen.

Es muss eben auch eine Koalition geben, so wie wir, die an diejenigen denkt, die uns all das erwirtschaften.

Sie gilt es zu stärken und zu entlasten. Das ist unsere politische Botschaft für das Wirtschaftsjahr 2013.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Hubertus Heil, SPD:

## Dokument der Handlungsunfähigkeit dieser Regierung



Hubertus Heil (\*1972)  
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Herr Bundesminister für Wirtschaft, der Sie ja sein sollen, Herr Rösler, ich finde einen Satz in Ihrer launigen Rede von eben sehr bemerkenswert, nämlich den schönen Satz, es sei nicht schlimm, wenn Schauspieler Deutschland verließen. Ich sage Ihnen, es wäre gut, wenn schlechte Laiendarsteller diese Regierung verließen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich

Wenn es wirklich so wäre, Herr Rösler, dass die Wachstumsentwicklung in diesem Land etwas mit Ihnen zu tun hätte, dann müssten wir einmal einen Blick auf die Wachstumsentwicklung in Ihrer Amtszeit werfen: Sie sind mit 3 Prozent gestartet, haben dann 0,7 Prozent gehabt, und müssen jetzt auf 0,4 Prozent herunter. Wenn es so wäre, dass Sie mit dem Wirtschaftswachstum in Deutschland etwas zu tun hätten, dann müsste man sagen: Durch Sie ist das Wachstum in Deutschland noch stärker geschrumpft als die Wahlergebnisse der FDP.

Wir haben hier keine Rede eines Bundeswirtschaftsministers erlebt, sondern die eines FDP-Vorsitzenden, der um sein nacktes Überleben als Politiker kämpft.

Das, Herr Rösler, ist angesichts der wirtschaftlichen Lage in diesem Land nicht angemessen.

Gucken wir uns die wirtschaftlichen Daten an! Sie mussten die Wachstumserwartung für dieses Jahr auf 0,4 Prozent herunterschrauben. Das hat nicht nur Gründe in Deutschland, sondern das hat vor allen Dingen damit zu tun, dass die Krise, die wir bis dato besser überstanden haben als andere Volkswirtschaften in Europa, jetzt nach Deutschland zurückkommt.

Wir als Exportnation erleben, dass die Nachfrage im Ausland, vor allen Dingen in der Euro-Zone, zusam-

mengebrochen ist. Das hat Folgen für die deutsche Wirtschaft. Deshalb müssen Sie sich nicht zurechnen lassen, dass in anderen Ländern tatsächlich auch Fehler gemacht wurden - das ist nicht Ihr Problem -, aber Sie, Frau Merkel, haben in den letzten drei Jahren die Krise in -Europa nicht gelöst, sondern mit der Art und Weise, wie Sie sie gemanagt haben, diese Krise verschärft. Daher tragen Sie, Frau Merkel, die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung, die jetzt nach Deutschland zurückkommt.

Wir haben erlebt, dass Sie sich drei Jahre lang in Deutschland auf guten konjunkturellen Entwicklungen, auf Entscheidungen der Vorgängerregierung ausgeruht haben.

Sie haben keine Zukunftsvorsorge getroffen. Sie haben tatsächlich von dem Mut Ihrer Vorgängerregierungen für Veränderungen in diesem Land profitiert. Sie haben davon profitiert, dass die Große Koalition mit Olaf Scholz veränderte Regeln zur Kurzarbeit eingeführt hat, Sie haben davon profitiert,

dass wir Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht haben. Das hat Deutschland in den letzten drei Jahren stabilisiert.

Aber Sie, Herr Rösler, haben in diesen Jahren die Chance verpasst, sich für schwierigere Zeiten zu wappnen. Ich kann Ihnen das an einzelnen Stellen nachweisen. Sie haben es ja geschafft, nach drei Jahren guter konjunktureller Entwicklung und nach recht positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt jetzt bei der Bundesagentur für Arbeit ein Milliardendefizit in die Kasse zu reißen.

Sie müssen sich fragen lassen, ob das tatsächlich das ist, was wir brauchen; denn möglicherweise brauchen wir wieder veränderte Regeln zur Kurzarbeit, und zwar weit über das hinaus, wie Sie jetzt zaghaft einräumen, was in diesem Land notwendig ist. Es ist sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Deshalb werden wir entsprechende Vorschläge in den Deutschen Bundestag einbringen.

Was haben Sie in drei Jahren guter konjunktureller Entwicklung mit der Art und Weise, wie Herr Schäuble mit dem Haushalt umgegangen ist, gemacht? Sie hätten die Neuverschuldung in diesem Land stärker senken können, aber Sie haben mit Buchungstricks versucht, Ihre Haushaltszahlen zu schönen, indem Sie beispielsweise die Kasse der Kreditanstalt für Wiederaufbau plündern,

und zwar gegen die über Jahrzehnte hinweg praktizierte Übung.

Die KfW, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, wird in Zukunft dringend gebraucht, und die braucht tatsächlich Unterstützung in diesem Land und keinen Bundesfinanzminister, der seine klebrigen Finger in das Portfolio der KfW steckt.

Nein, meine Damen und Herren, Zukunftsvorsorge sieht anders aus. Wir brauchen eine aktive Wirtschaftspolitik, die jetzt anpackt, die auch dafür sorgt, dass das, was strukturell in diesem Land notwendig ist, stattfinden kann. Die deutsche Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben, gar keine Frage. Dafür brauchen wir stärkere Unterstützung für Investitionen in Deutschland, beispielsweise steuerliche Forschungsförderung; die haben Sie versprochen, aber an dieser Stelle eben nicht geliefert.

Wir brauchen nicht nur eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit, sondern wir bleiben in Deutschland auch hinsichtlich der Binnennachfrage weit unter unseren Möglichkeiten. Der Schlüssel dazu sind nicht irgendwelche Stellschrauben allein im Steuersystem, der Schlüssel dazu ist, dafür zu sorgen, dass wir eine faire Entwicklung bei Löhnen und Gehältern in diesem Land bekommen. Wir brauchen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, damit die Menschen tatsächlich faire Löhne bekommen. Das stützt die Kaufkraft und die Binnennachfrage in diesem Land. Auch das verweigert diese Bundesregierung.

Ich schaue einmal in diesen Jahreswirtschaftsbericht, in dieses Dokument Ihrer Untätigkeit, und zitiere mit der Erlaubnis des Herrn Präsident aus dem Bericht, Seite 47. Frau Merkel, hören Sie gut zu; denn das ist kennzeichnend für Ihre Regierung.

Ich lese Ihnen einen Satz auf Seite 47 vor – Zitat –:

Die Meinungsbildung zu einer allgemeinen gesetzlichen Lohnuntergrenze ist innerhalb der Regierungskoalition nicht abgeschlossen.

Wie lange diskutieren wir in Deutschland über den gesetzlichen Mindestlohn? Sie müssen hier vorankommen. Sie sind eine Koalition der wechselseitigen Blockade. Aber Sie schaffen keinen gesetzlichen Mindestlohn in diesem Land.

Was den Bundeshaushalt betrifft, so haben Sie die Chance verpasst, tatsächlich dafür zu sorgen, dass wir von der hohen Neuverschuldung in Deutschland herunterkommen. In Zeiten guter konjunktureller Entwicklung haben Sie Folgendes gemacht: Sie haben mit Ihrer Hotelsteuer Klientelinteressen bedient.

Sie haben gleichzeitig mit dem unsinnigen Betreuungsgeld 2 Milliarden Euro verschleudert. Sie verschleudern Steuergeld, weil Sie den Mindestlohn nicht einführen. Was ist denn die Realität? Die Realität ist, dass immer mehr Menschen in Deutschland zwar Vollzeit arbeiten, aber sich dann ergänzend dazu Arbeitslosengeld II, also Steuergeld, vom Amt abholen müssen.

Wir sagen: Mit einem Mindestlohn hätten wir Steuermehreinnahmen für Investitionen. Diese Investitionen sind bei Kommunen, Ländern und im Bund notwendig: in Schulen, in Bildung, in Infrastruktur. Diese Möglichkeiten verspielen Sie mit der Art und Weise, wie Sie Politik gemacht haben.

Sie haben das Ergebnis von drei Jahren guter Konjunktur verfrüht. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Wenn wir über die wirtschaftspolitische Bilanz von Herrn Rösler und dieser Bundesregierung reden, dann müssen wir auch über Energiepolitik in diesem Land reden. Herr Rösler, Sie haben eben gesagt: man müsste einmal, man sollte einmal. Deutschland könnte mit einer gelungenen Energiewende, die im Kern eine Riesenchance für dieses Land ist, in einer Welt, die einen großen Energiehunger hat, Ausrüster der Welt sein: bei erneuerbaren Energien, bei Energieeffizienz, bei modernen Energieversorgungssystemen.

Sie haben in Ihrer Amtszeit aus der Chance der Energiewende ein wirtschaftliches und ein soziales Risiko für Deutschland gemacht. Die Strompreise steigen, die Versorgungssicherheit ist gefährdet, und Rösler und Altmaier als Mitglieder dieser Bundesregierung zanken sich wie zwei Kinder um –

Die Strompreise sind dramatisch gestiegen, insbesondere für Unternehmen, die nicht von den Ausnahmeregelungen profitieren, die Sie auf eine Art und Weise ausgeweitet haben, die nur noch unsinnig zu nennen ist. Die Stromzahler, die Verbraucher und diese Unternehmen, haben die Kosten dafür zu wuppen.

Wir erleben, dass es zum sozialen Problem wird, wenn Strompreise steigen.

Wo sind Ihre Sofortmaßnahmen, und wo ist Ihr Masterplan, um die Energiewende zum Erfolg zu führen? Nein, Herr Rösler, das nenne ich Energiewendeversager. In der Art und Weise, wie Sie das machen, werden Sie zum wirtschaftlichen Risiko. Wenn Sie das nicht glauben, dann fahren Sie einmal in unsere niedersächsische Heimat und informieren sich darüber, wie gerade die SIAG Nordseewerke in die Insolvenz getrieben wurden, weil Sie die Planungs- und Investitionssicherheit für die Energieversorgung in Deutschland kaputtgemacht haben.

Das ist die Schadensbilanz Ihrer Energiepolitik.

Unterm Strich erleben wir zurzeit eine Situation, die wir realistisch einschätzen müssen. Deutschland hat gute Voraussetzungen, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen. Aber das liegt nicht an dieser Bundesregierung, sondern daran, dass wir in diesem Land eine breite industrielle Wertschöpfungskette haben: von den Grundstoffindustrien über die kleinen und mittelständischen Unternehmen bis zu den Hightechschmieden.

Wir haben in Deutschland die Möglichkeit, mit der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, die es bei uns gibt, vernünftige Lösungen zu finden. Was wir brauchen, ist eine politische Rahmensetzung und eine aktive Wirtschaftspolitik, die diese Voraussetzungen und Chancen nutzt. Wir dürfen nicht zuzucken, wie die Energiepreise steigen und eine Spaltung von Gesellschaft und Arbeitsmarkt entsteht.

Zum Thema Fachkräftesicherung habe ich eben nur warme Worte gehört, Herr Rösler. Was ist denn notwendig, um die Spaltung am Arbeitsmarkt abzuwenden? Wir haben zurzeit die Situation, dass auf der einen Seite immer mehr Unternehmen, vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, in einzelnen Regionen händeringend qualifizierte Fachkräfte suchen und auf der anderen Seite Menschen in prekärer Arbeit und Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt sind. Diese Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, wäre Aufgabe dieser Bundesregierung. Aber Sie legen nichts vor. Im Gegenteil: Sie vertiefen die Spaltung, weil Sie die prekäre Arbeit in Deutschland mit Ihren unsinnigen Maßnahmen zu den Minijobs noch ausweiten, weil Sie sich dem Mindestlohn verweigern und weil Sie keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen und für Stamm- und Leihbelegschaften in Unternehmen ermöglichen. Das ist der Zusammenhang. Sie haben nicht begriffen, dass wirtschaftliche Vernunft

und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze, sondern wechselseitige Bedingungen sind. Wir brauchen eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, die die Chancen dieses Landes nutzt, statt zuzugucken, wie die Gesellschaft dabei zerfällt.

Herr Rösler, wenn ich daran denke, welche Gesetzgebungsinitiativen Sie in den letzten drei Jahren an die Wand gefahren oder gar nicht erst ergriffen haben, dann muss ich sagen: Wir haben leider Gottes im Moment einen Totalausfall im Bundeswirtschaftsministerium, der zum Risiko für dieses Land wird. Deshalb brau-

**Sie haben die Chancen der Energiewende zu einem Risiko für Deutschland gemacht.**

Fortsetzung von Seite 9: Hubertus Heil (SPD)

chen wir den Politikwechsel in der Wirtschaftspolitik in Deutschland.

Ich sage Ihnen, Herr Kauder: Wenn wir ernsthaft über die wirtschaftliche Situation in diesem Land diskutieren wollen, dann werden auch Sie in diesem Zusammenhang nicht bestreiten können, dass wir einen Bundeswirtschaftsminister haben, der ein Problem für diese Koalition geworden ist. Er ist mehr mit der Krise seiner Partei als mit der Kri-

se der Wirtschaft beschäftigt. Das nimmt viel Arbeitskraft weg.

Wenn andere Teile der Regierung das kompensieren würden, wäre es gut. Aber die Wahrheit ist: Sie sind eine Koalition, die sich bei den Themen wechselseitig blockiert. Beim Mindestlohn sagen die einen hü, die anderen hott. Bei der Fachkräftesicherung gibt es keine Initiative, bei der Energiewende wechselseitige Blockaden, bei der steuerlichen For-

schungsförderung einen Totalausfall, und bei der Krise, die wir in Europa zu bewältigen haben, gab es – daran sei erinnert – das unverantwortliche Gerede durch den Bundeswirtschaftsminister im vergangenen Jahr, das die Krise eher verschärft hat.

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen den Politikwechsel in der Wirtschafts- und in der Sozialpolitik in Deutschland.

Der Jahreswirtschaftsbericht ist ein Dokument der Handlungsunfähigkeit dieser Regierung. Wir müssen darüber reden, wie wir in dieser Gesellschaft die Chancen, die wir haben, tatsächlich nutzen können. Deutschland ist bisher Gott sei Dank ein starkes Land.

Deutschland ist ein starkes Land trotz dieser Regierung. Wir brauchen schleunigst den Wechsel im Land. Wir brauchen veränderte Mehrheitsverhältnisse. Durch die Niedersachsen-

wahl am Sonntag ist das im Bundesrat schon möglich. Aber wir brauchen sie auch im Bund, damit Deutschland wirtschaftlich wieder auf Erfolgskurs kommt, statt bei 0,4 Prozent Wachstum weiterzudümpeln. Sie nehmen Wirtschaftspolitik nicht ernst. Genau das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

## Wir werden unsere erfolgreiche Politik fortführen



Michael Fuchs (\*1949)  
Wahlkreis Koblenz

Herr Heil, ich kann durchaus verstehen, dass Sie aufgeregt sind. Ich kann auch durchaus verstehen, dass Sie bei den Umfrageergebnissen der letzten Tage von 23 Prozent meinen, hier etwas retten zu können. So werden Sie das aber nicht erreichen.

Die Bevölkerung hat schon lange kapiert, dass diese Koalition die richtige Arbeit macht, und deswegen sind die Umfrageergebnisse so gut, wie sie sind.

Deutschland geht es gut. Diese Koalition war erfolgreich und hat dazu beigetragen, dass die Wirtschaftsleistung steigt. Wir hatten in den letzten drei Jahren ein Wirtschaftswachstum von kumuliert 8 Prozent, Herr Heil. Das ist eine exzellente Zahl. Zahlen wie diese finden Sie in keinem einzigen Land in Europa; die finden Sie in fast keinem anderen Industrieland der Welt. Bei einem Bruttoinlandsprodukt von circa 2,5 Billionen Euro hat Deutschland in den letzten drei Jahren ein Wachstum in Höhe von gut 200 Milliarden Euro zustande gebracht. Das entspricht beispielsweise dem Bruttoinlandsprodukt von Hongkong, von Singapur oder auch von Finnland. Das ist doch eine Erfolgsgeschichte. Dies können Sie auch mit noch so viel dümmlichem Geschrei nicht bestreiten.

Die Erwerbstätigenzahl ist – der Bundeswirtschaftsminister hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – auf

41,6 Millionen gestiegen. Eine so hohe Zahl hatten wir noch nie in Deutschland. Das heißt ganz konkret – ich liebe es, solche Zahlen herunterzubrechen, weil man das dann wesentlich besser versteht –, dass in Deutschland pro Tag im Durchschnitt 1 000 Menschen mehr erwerbstätig sind.

Noch beachtlicher ist die Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen. Deren Zahl ist um 1,5 Millionen, von 27,5 Millionen auf jetzt 29 Millionen, angestiegen. Das sind deutlich mehr als 1 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze pro Tag, seitdem diese Regierung an der Macht ist, Herr Heil. Der BDI hat vor kurzem bekannt gegeben, dass von diesen 1 000 Arbeitsplätzen allein 500 industrielle Arbeitsplätze sind. Daher können Sie nicht behaupten, dass das alles prekäre Arbeit sei.

Ich denke nicht, dass die deutsche Industrie prekäre Arbeitsplätze anbietet.

Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken. Pro Tag sind über 400 Menschen in Arbeit gekommen, die vorher nicht in Arbeit waren, seitdem Angela Merkel diese christlich-liberale Regierung führt.

In der gesamten EU ist Deutschland die Wachstumslokomotive.

Eines muss ich Ihnen sagen – ich empfehle die Lektüre des Handelsblatts; Sie haben es ja vor sich liegen –: In den Ländern, wo Sie etwas zu sagen haben, sieht die Situation schlecht aus. Heute wird bekannt gegeben, dass Hamburg ein Nettonehmerland wird. Das reiche Hamburg war über Jahrzehnte ein Geberland. Jetzt wird es ein Nehmerland. Das haben Sie mit Ihrer Politik in Hamburg fertiggebracht.

Es gibt überhaupt nur noch drei Geberländer: Das ist an allererster Stelle Bayern, das ist Hessen, und das ist Baden-Württemberg; ich befürchte, das kriegen Sie auch noch kaputt. Sie arbeiten ja daran.

Meine Damen und Herren, das alles ist kein Selbstläufer, das alles ist nicht selbstverständlich. Da sind mit der Politik der Bundeskanzlerin vernünftige Weichenstellungen vorgenommen worden. Wir stehen vor strategischen Voraussetzungen für unseren Standort. Wir sind lange noch nicht am Ende. Wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise, und vor allen Dingen müssen wir freien Zugang zu den Rohstoffmärkten der Welt haben. Beides sind Faktoren, die sich immer mehr zu ganz wichtigen Standortfaktoren entwickeln.

Mir macht die Situation mit Blick auf die Amerikaner erhebliche Sorge. Ich hatte vor kurzem ein längeres Gespräch mit amerikanischen Senatoren, die mir gesagt haben, dass sie eine Reindustrialisierung der USA erwirken möchten. Wie

wollen sie das machen? Indem sie für die niedrigsten Energiepreise in der ganzen Welt sorgen. Und wie machen sie das? Indem sie Schiefergas und Schieferöl ausbeuten und sich von jeglichen Importen

unabhängig machen. Sie können sich überlegen, was das für uns bedeutet. Dann werden energieintensive Unternehmen in die USA abwandern. Das darf nicht passieren. Wenn wir heute unsere Wertschöpfungsketten kaputt machen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dann haben wir à la longue Probleme mit unseren Arbeitsplätzen. Deswegen sollten wir alle daran arbeiten, dass die Industriestrompreise niedriger werden.

Unsere Industriestrompreise sind 40 Prozent höher als die Frankreichs; ich will jetzt gar keine anderen Vergleiche ziehen. Das zeigt, wie notwendig es ist, dass wir eine Energiepolitik betreiben, die dafür sorgt, dass zumindest unsere exportintensive Wirtschaft von Schwankungen der Industriestrompreise nicht betroffen ist.

Der nächste Punkt betrifft das gesamte Thema Rohstoffsicherheit. Ich empfinde es als völlig richtig, dass die Bundeskanzlerin in die Mongolei gereist ist, um dort ein Rohstoffabkommen abzuschließen. Ich halte es auch für notwendig, dass wir das noch viel intensiver machen. Die Chinesen zum Beispiel tun das in vielen Ländern bereits sehr intensiv, besonders in Schwarzafrika. Das kann uns nicht egal sein.

Wir sind sehr gut im Recycling; da sind wir vermutlich das Land, das in der Welt an der Spitze steht. Wenn man weiß, dass schon heute über 50 Prozent unserer Kupfervorkommen aus recyceltem Material stammen, dann sieht man die Erfolgsstory. Man kann der deutschen Wirtschaft nur dazu gratulieren, dass sie

das hinbekommen hat. Aber das reicht nicht. Wir müssen zusätzlich sicherstellen, dass alle Rohstoffe zu beschaffen sind; denn die sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, auch den Menschen geht es gut unter dieser Koalition, zumal ich weiß, dass es in den letzten drei Jahren erstmalig dreimal hintereinander jeweils rund 3 Prozent Lohnerhöhung gab. Das war unter Rot-Grün nie der Fall. Unter Rot-Grün gab es viel niedrigere Lohnerhöhungen. Jetzt zeigt sich, dass die von der Koalition betriebene Politik in einer Zeit, in der die Wirtschaft wächst und stärker wird, auch dazu führt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr in der Tasche haben. Darüber können wir froh sein.

Die Unternehmen haben ausreichende Mittel für Investitionen. Es wird viel mehr investiert als in den Jahren zuvor, und der Staat hat deutlich höhere Steuereinnahmen. Jedes Jahr gab es ein neues All-Time High; im letzten Jahr waren es über 600 Milliarden Euro. Das zeigt – das haben Sie alle nicht kapiert –, dass in Ländern, in denen eine vernünftige Haushaltspolitik gemacht wird, Wachstum möglich ist. Sie behaupten ja immer, mit unserer Sparpolitik würden wir Wachstum verhindern. Das ist völliger Unsinn. Mit einer vernünftigen Haushaltspolitik ist Wachstum möglich, und das muss auch so sein.

Der Bundeswirtschaftsminister hat es gesagt: Zu Anfang dieses Jahres haben wir die Bürger erneut entlastet, nämlich um 12 Milliarden Euro. Wenn Sie die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags, die Abschaffung der Praxisgebühr – das war ja einer der wenigen Beschlüsse, denen Sie zugestimmt haben – und die Erhöhung des Grundfreibetrags – das konnten Sie im Bundesrat nicht verhindern – zusammenrechnen, dann stellt dies eine deutliche Entlastung der Bürger dar. Alle anderen Entlastungsschritte, die wir darüber hinaus in die Wege leiten

wollten, haben Sie doch im Bundesrat verhindert. Das ist eine Schande; denn gerade die Mittelschicht hätte weitere Entlastungen verdient gehabt. Sie aber haben dies verhindert. Trotzdem – auch da haben Sie

eben wieder Unsinn geredet, Herr Heil – sind die Sozialversicherungen sehr gut aufgestellt. In allen Versicherungen haben wir Überschüsse.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im letzten Jahr ein Plus in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro gemacht.

Das liegt daran, dass wir wesentlich weniger Arbeitslose haben als noch zu Ihrer Zeit. Angela Merkel hat von Gerhard Schröder 5 Millionen Arbeitslose übernommen. Im letzten Jahr sind es im Jahresdurchschnitt 2,8 Millionen gewesen. Das zeigt, dass wir die richtige Politik gemacht haben, dass wir einen guten Schritt weitergekommen sind.

Genau auf diesem Wege werden wir weitergehen.

Es macht keinen Sinn, in dem Maße, in dem Sie das geplant haben, Steuern zu erhöhen. Ich nenne nur die Einkommensteuer. Die können Sie natürlich erhöhen. Aber was bedeutet das denn? Bei allen Personengesellschaften ist die Gesellschaftsteuer die Einkommensteuer. Das heißt, Sie belasten im Falle einer Erhöhung der Einkommensteuer die Mittelständler ganz gewaltig. Wir werden das verhindern.

Ich gehe davon aus, dass wir die erfolgreiche Politik fortführen können.

Sie werden das am Sonntag merken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Mit der Politik der Bundeskanzlerin sind vernünftige Weichenstellungen vorgenommen worden.**

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Jahreswirtschaftsbericht ist geschönt und frisiert



**Gregor Gysi (\*1948)**  
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Herr Rösler, ich habe Ihrem Bericht zugehört. Aber wissen Sie, was mich am meisten ärgert? Bevor Sie Ihren Bericht dem Kabinett zeigen und bevor Sie ihn gestern dem Ausschuss gezeigt haben und heute dem Plenum, beraten Sie mit allen Wirtschaftsbossen, ob der Jahreswirtschaftsbericht so in Ordnung sei. Mein Gott! Brauchen Sie immer die Genehmigung der Wirtschafts-bosse? Wann stellen wir denn endlich wieder das Primat der Politik über die Wirtschaft über die Politik? Das wird wirklich höchste Zeit.

Ihr Bericht ist schöngefärbt; das wissen Sie. Das liegt natürlich an der Wahl in Niedersachsen. Deshalb sprechen Sie auch heute hier. Aber nun muss ich Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren von der FDP: Willy Brandt hat bei einer Bundestagswahl damit angefangen, seine Wählerinnen und Wähler aufzufordern, mit den Zweitstimmen der FDP zu helfen, damit sie über die 5-Prozent-Hürde kommt. McAllister und die CDU in Niedersachsen machen jetzt dasselbe. Ich weiß nicht, ob Frau Merkel und die CDU bei der Bundestagswahl auch dasselbe machen werden. Das heißt, Ihr Ergebnis basiert nicht auf eigener Leistung, sondern auf Leihstimmen. Wir haben es viel schwerer, weil weder Union noch SPD ihre Wählerinnen und Wähler jemals aufrufen würden, mit der Zweitstimme die Linke zu wählen. Wir müssen das ganz alleine schaffen. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir hier eine größere Leistung erbringen.

Noch etwas: Das Ding hat eine Kehrseite. Wenn Union und FDP in den Landtag Niedersachsen einziehen - damit rechnen jetzt viele -, haben Sie von Rot-Grün in Niedersachsen höchstwahrscheinlich keine Mehrheit. Jetzt müssten Sie Ihre Wählerinnen und Wähler doch aufrufen, mit der Zweitstimme die

Linke zu wählen. Da Sie das aber nicht machen werden, ersetze ich Sie und sage es ihnen selbst.

Kommen wir einmal zu dem Bericht. Das Bruttoinlandsprodukt ist immer der Gradmesser für die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sinkt von 3 Prozent im Jahr 2011 über 0,7 Prozent im letzten Jahr nach Ihrer Einschätzung, Herr Rösler, 2013 auf 0,4 Prozent. Darf ich vielleicht noch an etwas erinnern? Sie haben den Fiskalpakt beschlossen. Im Fiskalpakt steht, dass ein Staat nicht mehr als 60 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts als Schulden haben darf. Gleichzeitig ist geregelt, dass man, wenn man darüber liegt - wir liegen bei über 80 Prozent -, die Schulden pro Jahr um 5 Prozent zu senken hat. Ich weiß noch, dass ich, als Herr Schäuble und ich beim Bundesverfassungsgericht saßen, gefragt habe, welche Kürzungen eigentlich geplant sind; denn die Regelung bedeutet ja, dass wir die Schulden jährlich um 25 Milliarden Euro senken müssen. Darauf hat er geantwortet, dass das, was ich sage, völlig falsch sei, weil ja die Wirtschaftsleistung, das Bruttoinlandsprodukt, so zunehmen kann, dass der Schuldenstand gemessen daran geringer wird; ich will das gar nicht weiter erklären.

Nur, das Problem ist: Dann brauchen wir eine Wirtschaftsleistungssteigerung von 1 Prozent pro Jahr. Sie gehen in Ihrer Prognose aber von einem Wachstum von 0,4 Prozent aus. Wir hatten auch schon einmal Jahre mit Minuswerten. Was ist denn dann? Sie müssen die Schulden abbauen. Das heißt, dann werden Sie wieder Sozialkürzungen vornehmen. Man hört ja auch schon von Geheimplänen im Bundesfinanzministerium, Stichwort „Witwenrente“ und vieles andere.

Ich sage Ihnen auch: Sie dürfen nicht vergessen, dass das sinkende Wachstum der Wirtschaftsleistung - 0,4 Prozent Wachstum in 2013 ist doch wirklich nicht erheblich - damit zu tun hat, dass wir in einer Euro-Finanzkrise sind und dass Sie eine völlig falsche Politik gegenüber Südeuropa machen. Sie bauen Südeuropa ab. Die Wirtschaftsleistung nimmt dort ab. Die Steuereinnahmen nehmen ab. Von „sozial“ kann man gar nicht mehr reden. Es wird immer extremer unsozial. Die Fol-

ge ist, dass die Exporte Deutschlands in diese Länder zurückgehen. Ich habe mir das bei Opel angesehen. Bei Opel ist die Krise angekommen; die Opelaner in Bochum werden aus diesen Gründen kaputtgemacht. Übrigens: Ich habe auch mit dem Betriebsratsvorsitzenden von VW gesprochen. Der hat gesagt, VW habe einen dramatischen Rückgang der Verkäufe nach Italien, Portugal usw., aber könne das noch ausgleichen durch eine Steigerung des Exports nach China, nach Brasilien und in die USA.

Wir leben doch über unsere Verhältnisse. Dieses Ungleichgewicht zwischen Export und Import innerhalb der Euro-Zone kann nicht funktionieren. Wir alle wissen, dass der Export wahrscheinlich nachlassen wird. Dann gibt es nur eine mögliche Gegenmaßnahme: Sie müssen die Binnenwirtschaft stärken. Die können Sie nur stärken, wenn Sie sich endlich sozialer verhalten und die Renten, Löhne und Sozialleistungen erhöhen. Es gibt keinen anderen Weg, um die Binnenwirtschaft zu stärken; das wissen Sie auch.

Ich komme zum Arbeitsmarkt. Herr Rösler, was mich am meisten ärgert, ist, wenn Sie überall sagen: Es gibt jetzt eine wunderbare Arbeitslosenstatistik. Im nächsten Jahr wird es nur 60 000 Arbeitslose mehr geben. - Immerhin sagen Sie ja, dass es mehr geben wird. Wissen Sie, was mich daran so stört? Wenn man es sich genauer ansieht, stellt man fest: Das Problem ist, dass die Zahl der Vollzeit-arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren abgenommen hat, Herr Kauder. Es sind 1,6 Millionen weniger geworden. Wenn Sie sagen

**Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor; das sind 7,9 Millionen.**

könnten, dass es mehr geworden sind, dann könnten Sie stolz sein. Es sind aber weniger geworden. Das Einzige, was zugenommen hat, ist die prekäre Beschäftigung. Deshalb können Sie eine bessere Statistik vorweisen.

Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor; das sind 7,9 Millionen. Davon sind 4,66 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Diese Zahl hat seit 2005 um 677 000 zugenommen. Die Leiharbeit weitet sich aus. Machen Sie etwas, um diese zu begrenzen? Nein, nichts! Sie lassen alles laufen. Im Jahre 2003 hatten wir einmal 5,5 Millionen Minijobs. Jetzt sind es 7,4 Millionen. Sie weiten dies noch

aus, indem Sie die Verdienstgrenze von 400 Euro auf 450 Euro erhöht haben. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 1,6 Millionen; jetzt haben wir 8,7 Millionen.

Zudem haben wir 1,3 Millionen Aufstockerinnen und Aufstocker. Wissen Sie, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über die Jobcenter jährlich für die Aufstockerinnen und Aufstocker zahlen? 10 Milliarden Euro. Man muss sich das einmal vor Augen führen: Herr Bruderle, da geht ein Arbeitnehmer eine ganze Woche, einen Monat, ein Jahr den ganzen Tag arbeiten und verdient damit so wenig, dass er zum Jobcenter gehen muss, um zusätzlich Steuergelder zu erhalten. Das ist ein Skandal. Wer einen Vollzeitjob hat, muss Anspruch auf einen Lohn haben, von dem er in Würde leben kann. Das wird höchste Zeit.

Dafür brauchen wir den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Ich garantiere Ihnen, dass der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn trotz des Widerstandes der FDP spätestens im Jahre 2014 beschlossen wird. Darum kommen Sie gar nicht umhin. Man kann sich einem solchen Trend auf Dauer nicht widersetzen.

Auf der anderen Seite müssen wir uns mit den Reallöhnen beschäftigen. Die Reallöhne sind in den letzten zehn Jahren um 4,5 Prozent gesunken. Bei den 10 Prozent, die am schlechtesten verdienen, ist der Reallohn sogar um 9 Prozent gesunken. Die Armut nimmt zu. Zwar ist die Arbeitslosenquote von 11,7 auf 7,1 Prozent gesunken; doch in derselben Zeit, so das Statistische Bundesamt, ist das Armutsrisiko von 14,6 Prozent auf 15,3 Prozent gestiegen. Wie kommt das, wenn Sie doch eine so tolle Arbeitslosenstatistik haben? Wieso nimmt die Armut zu? Ich sage Ihnen: Dass Vollzeitbeschäftigte von Armut bedroht sind, hat es früher nicht gegeben. Jetzt aber ist es Realität.

Mich interessiert auch die andere Seite. Man könnte darüber diskutieren und sagen: Na gut, das Vermögen in Deutschland nimmt insgesamt ab. Wenn das Vermögen abnimmt, muss man sich überlegen, wie man es gerechter verteilen kann. - Aber das Gegenteil ist der Fall. 1992 hatten wir in Deutschland ein Vermögen von 4,6 Billionen Euro; im Jahre 2012 betrug es 10 Billionen Euro. Seit der Finanzkrise im Jahre 2007 gab es eine Zunahme von 1,4 Billionen Euro. Hier hat eine gigantische Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. Darum kommen Sie nicht herum. 0,6 Prozent der Haushalte in Deutschland besitzen ein Vermögen von 1,9 Billionen Euro; das sind 20 Prozent. Die unteren 50

Prozent der Haushalte besaßen 1998 einen Anteil von 4 Prozent am Gesamtvermögen; heute ist es nur noch ein Anteil von 1 Prozent. Erklären Sie doch einmal diesen 50 Prozent der Haushalte, weshalb sie immer stärker in Armut gestürzt werden? Warum berichten Sie so etwas nicht, Herr Rösler?

Sie betreiben nur Schönfärberei. Das ist meines Erachtens nicht hinzunehmen. Sie weigern sich, Vermögen zu besteuern. Meinen Sie nicht, dass es Zeit wird, dass die Kosten für die Finanzkrise von

denjenigen getragen werden, die sie erstens verursacht haben und die zweitens davon profitieren?

Wir fordern eine Vermögensteuer von 5 Prozent auf ein privates Vermögen von mehr als 1 Million Euro. Mein Gott, die merken gar nicht, wenn das abgebucht wird. Es würde aber ein Stück weit mehr Gerechtigkeit in Deutschland entstehen.

Dasselbe gilt übrigens auch für Griechenland. Sie müssen einmal den griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern, den Frauen, die entbinden wollen, erklären, warum sie die Krise zu bezahlen haben. Welchen Schuldanteil haben diese Menschen an der Krise?

Ich erinnere mich daran, wie Herr Schäuble begründet hat, dass zur Sanierung des Haushaltes das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger gestrichen wird. Da habe ich Sie gefragt, Herr Kauder, was die Hartz-IV-Empfänger falsch gemacht haben. Sie sollten sich hier hinstellen und die fünf Gründe nennen, warum die Hartz-IV-Empfänger die Krise verursacht haben. Das konnten Sie nicht. Es waren nämlich doch die Ackermänner, die die Krise verursacht haben. Aber genau die werden nicht herangezogen. Das ist das Problem der sozialen Ungerechtigkeit bei uns.

Jetzt steuern wir auf eine Altersarmut zu, und Sie von der CSU und der FDP weigern sich, etwas dagegen zu unternehmen. Selbst der Vorschlag von Frau von der Leyen zur Zuschussrente wird abgelehnt. Das Rentenniveau soll bei 43 Prozent liegen. Viele verdienen nur noch 1 000 Euro. Ich sage Ihnen, hier entsteht eine Armut, die nicht zu rechtfertigen ist.

Herr Rösler, Sie haben den Jahreswirtschaftsbericht geschönt und ein bisschen frisiert. Dasselbe haben Sie schon mit dem Armuts- und Reichtumsbericht gemacht. Der bleibt trotzdem skandalös. Ich will gar nicht sagen, an welche Zeiten mich das erinnert, in denen Berichte derart getürkt wurden. Das haben Sie doch nicht nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

**Wer einen Vollzeitjob hat, muss Anspruch auf einen würdigen Lohn haben.**

Dr. Hermann Solms, FDP:

## Deutschland geht es gut – dank dieser Bundesregierung



Hermann Solms (\*1940)  
Landesliste Hessen

Herr Gysi, ich gratuliere Ihnen nachträglich zu Ihrem 65. Geburtstag; aber das ist alles, was ich Ihnen an Nettigkeiten sagen kann.

Ihre Reden hier haben einen hohen Unterhaltungswert; aber das kommt dadurch zustande, weil sie mit Fakten überhaupt nichts zu tun haben.

Ich will Sie auf zwei Fakten hinweisen. Sie sprachen davon, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in den letzten zehn Jahren abgenommen hätte. Sie vergessen jedoch, dass die Union seit 2005 und die FDP seit 2009 an der Regierung sind und seitdem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 2 Millio-

nen gestiegen ist. Das ist ein wichtiges Faktum, wenn Sie sich mit dieser Regierung auseinandersetzen und nicht mit der Vorgängerregierung.

Außerdem möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Wenn Sie sich einmal die Statistik der Länder anschauen, die einen Mindestlohn haben, und einen Vergleich mit den Ländern anstellen, die keinen Mindestlohn haben, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass in den Ländern mit Mindestlohn die Arbeitslosigkeit signifikant höher ist als in den Ländern ohne Mindestlohn. So viel in diesem Zusammenhang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich bestätigen, was der Bundeswirtschaftsminister eben vorgetragen hat: Deutschland geht es gut.

Wir haben Wirtschaftswachstum, wir haben Preisstabilität, wir haben ein steigendes Einkommen der Arbeitnehmer, wir haben einen hohen Beschäftigungsstand.

In anderen Ländern Europas fragt man mich: Wie macht ihr das? Wir wären froh, wenn wir in der Situation wären, in der Deutschland jetzt ist. – Diese Bundesregierung hat die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Entwicklung so positiv verlaufen konnte. Das ist ein Faktum. Jetzt sorgen wir dafür, dass auch in Zukunft die Entwicklung positiv verläuft. Das ist doch das Entscheidende.

Auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen wir einen Rekordstand. Die Einkommen steigen. Die Schuldenbremse wird eingehalten, und das vier Jahre, bevor sie eingehalten werden müsste. Im Jahr 2014 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben. Das war doch gar nicht vorauszu sehen.

Ich möchte daran erinnern, was der Kollege Lindner vorhin zitiert hat: Der fabelhafte Herr Walter-Borjans in Nordrhein-Westfalen wirbt jetzt dafür, die Schulden durch Inflation zu bekämpfen. Das ist die unsocialste Politik, die man sich vorstellen kann.

Inflation belastet diejenigen, die fixe Einkommen haben, die ihre Einkommen nicht anpassen können. Inflation belastet außerdem die Sparer, deren Sparvermögen entwertet wird. Das können wir doch nicht zulassen. Das kann auch gar nicht ernst gemeint sein.

Obwohl es im Umfeld, insbesondere in Europa, aber in den letzten Monaten auch in Asien und in den USA, zu einer schwachen Rezession gekommen ist – in Europa schon zu einer stärkeren –, geht es Deutschland gut. Das ist doch das Herausragende. Und jetzt zieht die Konjunktur in Asien, in China und neu-

erdings auch in den Vereinigten Staaten wieder an, sodass wir eine steigende Exportnachfrage und damit eine positive Entwicklung erwarten können. Das wird dazu beitragen, dass wir aus der leichten Depression, in der wir im letzten Quartal waren, wieder herauskommen und in ein steigendes Wachstum hineinkommen.

Wo liegen eigentlich die Risiken? Die Risiken liegen in der zu geringen Investitionsquote in Deutschland. Investiert wird nur, wenn man Vertrauen hat. Es gelingt der Bundesregierung mit vereinten Kräften

**Wir haben  
Wirtschafts-  
wachstum,  
Preisstabilität  
und steigendes  
Einkommen.**

– insbesondere der Bundeskanzlerin in Europa –, Stabilität wiederherzustellen, was den Euro anbetrifft, und das wird Vertrauen zurückbringen.

Das zweite Risiko liegt in den Bundestagswahlen. Denn die Menschen haben die Sorge, dass das, was Sie ihnen versprechen, nämlich Steuererhöhungen in voller Bandbreite, realisiert wird. Das, was der Kollege Fuchs gesagt hat, stimmt genau: Die Einkommensteuer ist die Betriebsteuer für den Mittelstand. Wenn Sie die Einkommensteuer anheben – man muss bedenken, dass die mittelständischen Unternehmen fast die gesamten Gewinne reinvestieren –, dann geht das zu 100 Prozent zulasten der Investitionsquote. Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Wenn Sie die Investitionen erschweren, dann sorgen Sie für Arbeitslosigkeit in der Zukunft. Das können Sie sich einmal hinter den Spiegel stecken.

Man muss erreichen, dass die Unternehmen investieren. Das erreicht man nicht durch Belastung, sondern durch Entlastung und Flexibilisierung der Rahmenbedingungen für Investitionen in der Wirtschaft.

Weil Ihnen jetzt nichts anderes mehr einfällt, Herr Steinbrück, kommen Sie jetzt auf die Steuerhinterziehung, als ob Deutschland ein Land von Steuerhinterziehern wäre. Also, das muss ich mit allem Nachdruck zurückweisen. Die Deutschen zahlen ehrlich ihre Steuern.

Es gibt wie immer und überall Ausnahmen. Aber die Leute, die Geld beispielsweise in die Schweiz gebracht haben, werden jetzt von Ihnen geschont:

Sie haben das Abkommen mit der Schweiz verhindert.

Wenn das realisiert worden wäre, hätten sie nicht nur in Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit Steuern zahlen müssen. Weil Sie das verweigert haben, sind Sie der Schutzpatron der Steuerhinterzieher.

Wenn Sie sich jetzt hingegen in der Öffentlichkeit als derjenige präsentieren, der die Steuerhinterziehung bekämpfen will, dann ist das nun wirklich doppelte Moral; das ist doppelzüngig.

Sie wissen genau, dass das ein Fehler war; denn Sie sind in diesem Zusammenhang viel zu informiert und geschickt. Da hat Ihnen Herr Walter-Borjans wirklich einen Tord angetan.

Das ist nicht nur falsch; das ist eine absolute Dummheit. Es perpetuiert die Ungerechtigkeit, mit der wir es hier zu tun haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)



Die Einführung eines Mindestlohns zur Stärkung der Binnennachfrage und Verhinderung von Armut wird von vielen gefordert.

Kerstin Andreae, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Machen Sie den Weg frei für eine gesetzliche Lohnuntergrenze



Kerstin Andreae (\*1968)  
Landesliste Baden-Württemberg

**S**ehr geehrter Herr Rösler, der Titel des Jahreswirtschaftsberichts lautet: „Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa“. Und was ist das Hochrelevante für unsere Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten Jahren? Es ist die Frage, ob wir in der Lage sind, die Energiewende zu schaffen. Das Energieeinsparungsgesetz, das EEG, schuf die Grundlage für das große industrielle Projekt der letzten Dekade. Das ist zukunftsorientierte Industriepolitik, wie wir sie brauchen.

Das schafft Arbeitsplätze, das schafft neue Märkte, das schafft Zukunft, und das ist vor allem auch umweltpolitisch sinnvoll. Deswegen sage ich: Ja, wir müssen das EEG reformieren; aber wir müssen es nicht abschaffen und vor allem nicht durch ein Quotenmodell ersetzen.

Anstatt dass der Wirtschaftsminister hergeht und sagt: „Wir nutzen die Energiewende als großen Konjunkturpush, um hier wirklich etwas voranzubringen“, stellt er das Quotenmodell in den Raum, das in anderen Ländern gescheitert ist und dessen Umsetzung zur Folge hätte, dass Windenergie onshore gefördert würde, was einen gigantischen Netzausbau nach sich ziehen würde und vor allem unseren Vorsprung bei Innovationen, unseren technologischen Vorsprung bei weltweit nachgefragten Energieprodukten, kaputtmachen würde. Das ist nicht das, was ein Wirtschaftsminister leisten muss. Er muss vorangehen bei diesem Thema.

Natürlich sind die Kosten der Energiewende ein äußerst wichtiges Thema. Nichts treibt die Unternehmen gerade mehr um als die Frage der Entwicklung der Energiepreise. Im Übrigen ist das auch für die pri-

vaten Haushalte ein großes Problem.

Dann muss man aber fair bleiben und für eine faire Verteilung sorgen. Was erleben wir aber? Wir erleben eine enorme Schieflage. Die Großunternehmen werden immer weiter befreit, während die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Privaten diese Befreiung bezahlen müssen. Gleiches gilt für die Netzentgelte.

Wir haben es ausgerechnet, und das können Sie sich genau anschauen. Wenn wir das zurückfahren und die Ausnahmen auf die Unternehmen begrenzen, die energieintensiv produzieren und die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen, dann können wir ein Einsparvolumen von 4 Milliarden Euro erzielen. Das senkt die Energiepreise für Mittelständler und Privathaushalte.

Nach wie vor herrscht große Unsicherheit aufgrund der europäischen Entwicklung. Die Krise hat und hatte Europa fest im Griff. Dann griff die EZB ein. Das war nicht die beste Lösung. Die EZB musste aber eingreifen, weil die Bundesregierung nicht zu einem entschiedenen gemeinsamen europäischen Vorgehen in der Lage war. Erst durch das Eingreifen der EZB haben sich die Finanzmärkte beruhigt.

Überwunden ist die Eurokrise aber noch lange nicht. Das weiß auch der Wirtschaftsminister. Denn im Jahreswirtschaftsbericht steht als Begründung für diese Wahlkampfszahl „1,6 Prozent im nächsten Jahr“: Als zentrale Annahme über den Fortgang der Schuldenkrise wird unterstellt: Es kommt zu keiner weiteren negativen Entwicklung, in deren Folge die Verunsicherung der Marktteilnehmer steigt.

Diese Annahme wird zugrunde gelegt für die Prognose des Wirtschaftswachstums von 1,6 Prozent. Wenn man das aber zugrunde legt, dann muss man auch etwas dafür tun.

Sie sprechen vom Fiskalpaket. Zentral bei den Verhandlungen des Fiskalpakts war aber nicht nur, dass die Schuldenbremse in den Ländern implementiert wird, sondern zentral war vor allem, dass wir gesagt haben: Wir brauchen Investitionen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern.

Wir – SPD und Grüne – haben in zähen Verhandlungen mit Ihnen durchgesetzt, dass die Finanztransaktionssteuer kommt, dass Investitionen in Schiene, Energienetze und

Datentransfer getätigt werden, dass Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz ergriffen werden.

Was sehen wir jetzt aber? Vereinfachte Maßnahmen werden nicht oder nur schleppend umgesetzt. Am eklatantesten zeigt sich das meines Erachtens bei der Frage der Energieeffizienzrichtlinie.

Alle – vor allem Mittelstand und Handwerk – wollen die Energieeffizienzrichtlinie. Was aber unternimmt das Wirtschaftsministerium? Es arbeitet an Studien, die der Frage nachgehen, wie man um diese Energieeffizienzrichtlinie herumkommen kann, anstatt zu sagen: Ja, wir nehmen das als Konjunkturpush zur wirtschaftlichen Entwicklung für unseren Mittelstand und für unser Handwerk.

Jetzt wende ich mich den Linken zu. Dabei bitte ich dringend um Ihre Aufmerksamkeit. Für die Menschen in den Krisenländern ist die Situation teilweise wirklich eine Katastrophe. Die Probleme wie zum Beispiel die hohe Arbeitslosigkeit und massive Einsparungen treiben uns alle um. Wir müssen aufpassen, dass die Menschen ihre Hoffnung in Europa und ihren Glauben an die Wirkung von Strukturreformen nicht verlieren.

Es geht aber nicht an, dass Ihr Oskar Lafontaine im Morgenmagazin uns alle in Haftung nimmt für persönliche Dramen bis hin zu Selbstmorden. Das ist schäbiger Populismus und absolut inakzeptabel.

Herr Rösler, Sie sagen, Haushaltskonsolidierung sei zentral für Wettbewerbsfähigkeit. Das stimmt. Die Bundesregierung lobt sich für eine weiter sinkende Neuverschuldung. Damit haben Sie aber gar nichts zu tun.

Tatsache ist, dass Sie erstens viel weniger eingespart haben, als Sie Zuwächse an Einnahmen hatten. Zweite Tatsache ist, dass Sie im Augenblick nur aufgrund der niedrigen Zinsen einen solchen Haushalt vorlegen können, wie Sie ihn vorlegen. Dritte Tatsache ist, dass Sie die Kassen der Sozialversicherung um fünf Milliarden Euro geplündert haben. Die Bundesagentur für Arbeit sagt Ihnen: Uns fehlen die Gelder, um die Kurzarbeit zu finanzieren, uns fehlen die Gelder für die Förderung der Langzeitarbeitslosen. – In Bezug auf den Konsolidierungsbeitrag gibt es nichts, wofür Sie sich auf die Schulter klopfen könnten.

In Zukunft wird es nicht mehr nur um die Frage gehen: Wie hoch ist die



Forderung der Gewerkschaften: Ein Mindestlohn von 7,50 Euro

Neuverschuldung? Vielmehr geht es um die Frage: Sind wir in der Lage, den Schuldenberg abzubauen? Sie sagen immer – nicht nur sonntags, sondern auch montags bis samstags –: Der Abbau von Schulden ist wichtig. Dann verraten Sie uns doch einmal, wie Sie das machen wollen. Wo ist denn Ihr Vorschlag, wie wir von diesem Schuldenberg herunterkommen können?

Sie haben kein Konzept. Aber Sie wagen es allen Ernstes, uns für den Vorschlag, eine Vermögensabgabe einzuführen, anzugreifen. Zum ersten Mal legt jemand ein Konzept vor, das zeigt, wie man von dem Schuldenberg von über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herunterkommt. Wir reißen die Kriterien von Maastricht doch jedes Jahr. Sie haben keinen Vorschlag, was man dagegen tun könnte. Hören Sie also auf, uns Vorschriften zu machen!

Das nächste Sparschwein, das Rösler schlachten will, ist die KfW. Sie wollen ohne Rücksicht auf die anstehenden Aufgaben, die auf die KfW zukommen, im nächsten Jahr 1 Milliarde Euro herausnehmen. Ich warne Sie: Öffnen Sie nicht die Büchse der Pandora! Sie dürfen es gar nicht. Es ist gesetzlich nicht erlaubt, dass Sie sich an den Erträgen der KfW bedienen. Das ist auch richtig so.

Lernen Sie von Mappus! Mappus hat irgendwann in der Endphase seiner Regierungszeit als Ministerpräsident in Baden-Württemberg sogar unterjährig die Förderbank in Baden-Württemberg geschröpft. Sie wissen, was aus Mappus geworden ist. Grundsätzlich ist es einfach falsch: Wir brauchen diese Förderbank für die Mittelstandsfinanzierung und für Energiemaßnahmen. Ich sagen Ihnen: Hände weg von der KfW!

Über Weihnachten hat der Wirtschaftsminister noch eine Sau durchs Dorf getrieben: Privatisierung. Ganz toll! Durch Privatisierung die Neuverschuldung schneller abzubauen, das ist ein Märchen aus Absurdistan. Ein Teil der Privatisierung, die Sie in den Raum gestellt haben, wird schon seit langem ge-

macht. Aber entscheidend ist doch, dass wir hier – im Übrigen in einem, wie ich wahrgenommen habe, sehr breiten Konsens – dafür entschieden haben, dass die Bahn nicht privatisiert wird, weil es eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist und weil das Schienennetz ein natürliches Monopol ist.

Lassen Sie die Hände weg! Da irrt der Ordnungspolitiker Rösler gewaltig.

Mich interessiert, ob die Sozialministerin in diesem Bericht ebenso herumgestrichen hat, wie Sie es im Armutsbericht getan haben.

Was Sie sich da geleistet haben, das war schon grandios. Man kann Armut nicht dadurch bekämpfen, indem man sie aus einem Bericht herausstreicht. Das funktioniert nicht.

Was wurde denn verändert zwischen Entwurf und Abschluss? Die Lohnuntergrenze ist raus, der Schutz von atypischen Beschäftigungsverhältnissen ist raus, es wird nicht mehr überprüft, wie sich das Betreuungsgeld auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkt, und es soll auch nicht mehr geprüft werden – nicht einmal nur geprüft werden! –, ob privater Reichtum stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden sollte. All das ist draußen. Dabei wissen wir: 1,4 Millionen Menschen beziehen ergänzendes Arbeitslosengeld II. Statt hier sinnvoll gegenzusteuern, weiten Sie die Niedriglohnfalle Minijobs weiter aus.

Der Gedanke, dass Menschen von ihrem Lohn leben können müssen und dass das etwas mit Menschwürde zu tun hat, trägt sich inzwischen auch weit in diese Koalition hinein. Wer es verhindert, ist die FDP mit ihrem Wirtschaftsminister. Machen Sie den Weg frei für eine gesetzliche Lohnuntergrenze! Das werden Ihnen im Übrigen auch viele Mittelständler danken.

Eines kann ich Ihnen versprechen: Nach der Bundestagswahl 2013 werden wir einen Mindestlohn einführen, und vor allem werden wir die Energiewende zum Konjunkturprogramm für Deutschland und für Europa machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nadine Schön, CDU/CSU:

## Seit diese Koalition regiert, geht es den Menschen besser



Nadine Schön (\*1983)  
Wahlkreis St. Wendel

Jahreswirtschaftsbericht 2013 – das klingt trocken, wissenschaftlich und abstrakt. Das klingt nach Zahlen und Diagrammen. An der lebhaften Debatte heute Morgen merkt man aber, dass mehr dahintersteckt, dass das ein besonderer Bericht ist. Das Besondere an diesem Bericht ist, dass er ein Indikator dafür ist, wie es den Menschen in unserem Land geht. Er lässt Rückschlüsse zu, wie die Menschen in unserem Land konkret leben, wie sich die Lebensbedingungen verändern, wie wir im Konzert der europäischen Nachbarstaaten dastehen.

Hinter all den abstrakten Zahlen, die dem Bericht zugrunde liegen, stehen Menschen. Dahinter stehen Lebensbedingungen und reelle Lebenssituationen. Hinter all den Zahlen und Diagrammen steht eine Botschaft – auch wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, diese Botschaft nicht gerne hören –: Seit diese Koalition regiert, geht es den Menschen besser. Seit Angela Merkel in diesem Land Verantwortung trägt, geht es den Menschen besser. Es hat sich vieles zum Besseren verändert. Genau deswegen vertrauen die Menschen dieser Koalition und dieser Bundeskanzlerin.

41,6 Millionen Beschäftigte – das sind 41,6 Millionen Menschen, die wissen, dass sie sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, die selbst ihres Glückes Schmied sind. Diese Menschen wissen, weshalb sie morgens aufstehen. Das sind 41,6 Millionen Menschen, so viele wie noch nie seit der Wiedervereinigung.

Die Jugendarbeitslosigkeit war im November mit 8,1 Prozent die

geringste in ganz Europa. Die meisten jungen Menschen in Deutschland haben einen Job. Das sind Tausende junger Menschen, die sich ihre Zukunft selbst aufbauen, die sich mit ihrem eigenen Geld ihre Wünsche, ihre Träume erfüllen können.

500 Milliarden Euro – auch diese Zahl ist wichtig. In dieser Höhe exportiert unser Land Güter in alle Welt, Güter und Produkte, die von klugen Köpfen in unserem Land entwickelt worden sind, die von fleißigen Menschen produziert worden sind. Dahinter stehen Tausende Unternehmer. Das sind Unternehmer, die den Weg in die Selbstständigkeit gegangen sind und Verantwortung für sich und für ihre Mitarbeiter übernommen haben. Sie haben Mut, Risiken in Kauf zu nehmen, die Zukunft zu gestalten und anderen Menschen einen Arbeitsplatz zu ermöglichen. Hinter all diesen Zahlen stehen Menschen, Schicksale und Lebensbedingungen. Diese Zahlen sagen: Den meisten Menschen in unserem Land geht es gut.

Liebe Kollegen, gerade weil es um Menschen geht, muss man bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Lage selbstverständlich auch kritisch auf das schauen, was nicht so gut ist; denn auch davon sind Menschen betroffen. So etwa die Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Natürlich sind das noch zu viele. Weiter gilt das für die Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau. Die sind noch zu groß. Das kann uns nicht zufriedenstellen, und deshalb arbeitet diese Regierung mit Hochdruck daran, dass das weiter besser wird.

Falsch ist es allerdings, die Zahlen zu verallgemeinern. Es war wirklich ärgerlich, dass Sie sich heute Morgen hier hingestellt und ein Bild von Deutschland gemalt haben, das – nur weil Sie alles verallgemeinern – rabenschwärzer nicht sein könnte. Es ist falsch, zu sagen, dass vorwiegend prekäre Beschäftigung geschaffen wird und dass überwiegend Minijobs dazugekommen sind. Im Gegenteil: In Deutschland entstehen in erster Linie sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

In erster Linie entsteht gute Arbeit in Deutschland. Dabei geht es um gute Jobs, nicht um Minijobs. Natürlich steigt auch die Zahl der

Minijobs, wenn die Anzahl der Beschäftigten insgesamt steigt. In weit überwiegendem Maße aber entstehen zur Zeit sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Das sind gute Arbeitsplätze, echte Jobs. Darauf können wir stolz sein.

Es ist auch falsch, zu sagen, dass der Niedriglohnsektor explodiert. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wahrheit ist nämlich, dass unter Gerhard Schröder der Niedriglohnsektor zugenommen hat. Seit die CDU regiert, geht er zurück. Das ist die Wahrheit. Sie sollten da auch mit Ihren Darstellungen bei der Wahrheit bleiben.

Im Übrigen ist nicht alles, was Sie als prekär bezeichnen, wirklich prekär.

Wollen Sie etwa dem Studenten, der einen Minijob hat, sagen, dass er prekär beschäftigt sei? Oder können Sie das etwa dem Rentner sagen, der sich nebenher noch etwas dazuverdient, indem er beim Nachbarn den Rasen mäht?

Ich will die Probleme, die es im Niedriglohnsektor, bei Zeitarbeit und bei geringfügiger Beschäftigung gibt, nicht kleinreden. Das Horrorszenerario aber, das Sie, liebe Kollegen der Opposition, hier heute gemalt haben, entspricht schlicht nicht der Realität.

Noch ein Wort zum Thema Löhne. Auch hierzu haben Sie wieder Horrorszenerarien gemalt. Die Wahrheit ist: Seit wir an der Regierung sind, steigen die Löhne in Deutschland. Jahrelang sind sie immer nur gesunken. Seit drei Jahren aber steigen die Löhne in Deutschland. Die Frankfurter Rundschau hat gestern getitelt: „Aufschwung begünstigt Arbeiter“. Das ist wahr. Vom Aufschwung in Deutschland profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist die Wahrheit.

Für den Arbeitnehmer ist allerdings nicht nur interessant, was er verdient, sondern vor allem auch, was er davon später in der Tasche hat. Seit die CDU an der Regierung ist, haben die Menschen mehr in ihrer Tasche. Der Arbeitnehmer hat im letzten Jahr durchschnittlich 550 Euro mehr verdient. Er hätte im nächsten Jahr noch mehr in der Tasche haben können. Das wäre nämlich der Fall gewesen, wenn Sie im Bundesrat unsere Pläne zur Bekämpfung der kalten Progression nicht verhindert hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn heute ein Arbeitnehmer eine Lohnerhöhung be-

kommt, wird sie nicht selten durch die kalte Progression bei der Steuer komplett aufgeessen. Das ist es, was wir gerne abschaffen wollen, was Sie aber im Bundesrat verhindert haben. Wegen Ihrer Blockadehaltung im Bundesrat sind Sie dafür verantwortlich, dass die Lohnerhöhungen derjenigen, die sich anstrengen, weiter von der Steuer aufgeessen werden. Wir wollten Leistung belohnen, Sie haben das verhindert. Auch diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen. Sie können sich deshalb nicht hier hinstellen und über kleine Löhne sowie mangelnde Möglichkeiten klagen, in diesem Land Geld auszugeben.

Mit der Blockadehaltung im Bundesrat haben Sie auch verhindert, dass die Binnenkonjunktur weiter gestärkt wird. Sie haben sich heute Morgen hier hingestellt und haben gesagt: Wir müssen unbedingt etwas für die Stärkung der Binnenkonjunktur machen. Auf der anderen Seite verhindern Sie im Bundesrat aber alles, was die Binnenkonjunktur stärken würde, etwa die Abschaffung der kalten Progression oder auch das Gebäudesanierungsprogramm. Das wäre ein wirkliches Konjunkturprogramm für unser Handwerk gewesen. Sie aber haben sich dazu im Bundesrat verweigert. Deshalb kann ich an Sie nur appellieren: Es bringt nichts, hier nur zu reden und zu sagen, dass wir die Binnenkonjunktur stärken müssen. Wenn es konkret wird, müssen Sie auch mit dabei sein. Sie müssen da mitmachen. Damit können Sie etwas für unser Land tun. Vielleicht, liebe Kollegen, lenkt das dann auch ein wenig von Redehonoraren, Weinpreisen oder auch Eierlikör ab.

Es ist Fakt, dass Deutschland zurzeit sehr gut dasteht. Fakt ist aber auch, dass wir zurzeit konjunkturell in einer Schwächephase sind. Das ist auch klar; denn als exportstarke Nation bleiben wir nicht unverschont von den Entwicklungen auf den Weltmärkten und in Europa. Deshalb stehen wir vor zwei Herausforderungen: Zum einen müssen wir in Europa wieder auf Wachstumskurs kommen; die Kollegen haben einiges dazu gesagt. Es ist richtig, dass wir die Euro-Stabilisierung und auch die Strukturmaßnahmen in der EU vorantreiben. Zum anderen müssen wir selbst stark bleiben.

Die Parameter dafür sind genannt. Wir brauchen einen soliden Haushalt. Denn auf Schulden kann man keine Zukunft bauen. Wir brauchen eine gute Infrastruktur, Rohstoffe und bezahlbare Energie.

Wir brauchen wachstumsfördernde Rahmenbedingungen. Wir

brauchen Fachkräfte: Junge, Alte, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Um sie alle müssen wir werben.

Wir brauchen kluge Köpfe, und wir machen dazu die richtige Politik.

Schließlich brauchen wir Innovationen. Denn der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Innovation. Deutschland ist das Land der Ideen, der Innovationen. Deutsch-

land war schon immer eine Innovations-schmiede in der Welt. Aus Deutschland kommen der Hybrid und das MP3-Format. Der Computer wurde in Deutschland erfunden. Unser Maschinenbau ist weltweit

bekannt. Wir sind das Land der Ideen, und wir wollen, dass aus den Ideen Produkte werden, dass aus den Ideen Wertschöpfung wird.

Mir fehlt die Zeit, noch länger darauf einzugehen. Daher nur so viel: Ideen und Innovationen entstehen dort, wo investiert wird. Auch das tun wir. Noch nie wurde so viel in Bildung und Forschung investiert wie unter dieser Regierung. Gerhard Schröder hatte es zwar groß angekündigt und sich vorgenommen, gemacht hat er es aber nicht. Gemacht hat es erst die CDU-geführte Bundesregierung. Wir investieren mittlerweile 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung. Damit liegen wir im Spitzenbereich in Europa. Das ist wirklich Investition in Köpfe. Das ist Investition in Ideen. Das ist Investition in unsere Zukunft, und das ist die richtige Politik.

Ich bin überzeugt: Wir haben die richtigen Weichen gestellt, dass es Deutschland und den Menschen in unserem Land gut geht, dass es ihnen besser geht. Der Jahreswirtschaftsbericht gibt Zeugnis davon. Ich bin sicher, dass wir diesen Kurs auch in Zukunft weiterfahren werden. Wir nehmen die Herausforderungen an. Ich kann Ihnen nur empfehlen, uns auf diesem Weg zu begleiten. Denn er ist gut für Deutschland und gut für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Wir haben die richtigen Weichen gestellt. Der Jahreswirtschaftsbericht gibt Zeugnis davon.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Wolfgang Tiefensee (SPD), Dr. Martin Lindner (FDP) sowie Ernst Hinken und Dr. Heinz Riesenhuber (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte über die Europäische Bankunion / 217. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 17. Januar 2013

Peer Steinbrück, SPD:

## Krise berührt Gretchenfrage der sozialen Marktwirtschaft



Peer Steinbrück (\*1947)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Lieber Herr Riesenhuber, ich glaube, wir kennen uns seit der zweiten Hälfte der 70er-Jahre. Nehmen Sie mir deshalb das folgende Kompliment als aufrichtig ab: Sie sind mit Abstand der eleganteste Tänzer am Podium dieses Deutschen Bundestages.

Der gerade debattierte Jahreswirtschaftsbericht, meine Damen und Herren, zeigt sehr deutlich eine Verunsicherung der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Perspektiven für dieses Jahr und wahrscheinlich auch noch für das nächste Jahr. Diese Verunsicherung ist natürlich ganz maßgeblich geprägt von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen wir es in Europa mit Blick auf die Situation in vielen europäischen Partnerländern zu tun haben. Das ist kein Wunder, kein Wunder bei den wirtschaftlichen Verflechtungen, mit denen wir es zu tun haben, und kein Wunder bei einem so exportgetriebenen Wachstums- und Wirtschaftsmodell, wie wir es in Deutschland haben.

Fünf Jahre nach Ausbruch der internationalen Finanzkrise, 2007/08 eskalierend, haben wir es immer noch mit deren nicht bewältigten Folgen zu tun. Die Krise stellt die Frage nicht nur nach dem Zusammenhalt in Europa, sondern auch nach der Zukunft in Europa. Sie hat einige Länder nicht nur in eine Rezession, ja in eine Depression, sie hat einige Länder in eine Situation der Austerität getrieben, angesichts der sich die Frage nach der sozialen und politischen Stabilität dieser Länder stellt.

Deshalb bleibe ich dabei, dass diese Krise sehr viel mehr kosten könnte als Geld. Das wird gelegentlich unterschätzt in all den europapolitischen Debatten, die wir führen.

Die ungelöste Krise hat auch etwas mit der Ursachenanalyse gerade dieser schwarz-gelben Bundesregierung zu tun. Viel zu lange hat die Regierung von Frau Merkel so getan, als ginge es

im Wesentlichen um eine Verschuldungskrise anderer Länder, einzelner Staaten. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Die fällt Ihnen und den deutschen Steuerzahlern jetzt auf die Füße; denn die Konsequenz dieser Ursachenanalyse ist, dass wir mit unserem politischen Gewicht, mit unserer ökonomischen Kraft in Europa einen Sparkurs, Konsolidierungszwänge durchgesetzt haben, was von den betroffenen Ländern zunehmend nicht nur als nachteilig, sondern sogar als gefährlich empfunden wird.

Diese Länder fragen sich, ob das Spardiktat, für das wir verantwortlich sind, eine lebensbedrohende Dosis oder eine lebensfördernde Dosis enthält. Das ist exakt die Frage, vor der wir stehen.

Die Krise in Europa ist also nicht maßgeblich auf eine Verschuldungskrise zurückzuführen, sondern sie ist in weiten Teilen nach wie vor eine Krise labiler Banken und ungezähmter Finanzmärkte.

Das lässt sich leicht belegen; denn in der sehr kurzen Zeit zwischen Oktober 2008 und Dezember 2010 wurden die Banken europaweit mit insgesamt – stellen Sie sich das einmal vor! – 1,6 Billionen Euro Staatshilfen gerettet. Das entspricht ziemlich exakt dem Jahreseinkommen aller Deutschen zusammen. Hier liegt deshalb der Hase im Pfeffer.

Es gibt Finanzinstitute in Europa, denen es gelungen ist, Infektionskanäle in die Staatshaushalte zu legen. Sie haben ein Drohpotenzial, das lautet: Wenn ihr mich nicht rettet, bricht eure Volkswirtschaft zusammen; und im Übrigen bin ich so groß, dass ich gar nicht scheitern darf, und deshalb werden mich die Staaten finanzieren müssen. - Diejenigen, die die Haftenden in letzter Instanz sind, sind die Steuerzahler in diesen Staaten. Die Folge ist die steigende Schuldenlast gewesen, die jetzt aber als Ursache dargestellt wird, obwohl sie eine Konsequenz, eine Folge dieser Entwicklung ist.

Das beste Beispiel ist übrigens Irland. Irland galt einmal als Musterknaube der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Ich kann mich erinnern, dass es vor über zehn Jahren Empfehlungen aus den Reihen der FDP gab, wir sollten uns an Irland ein Beispiel nehmen, auch und gerade ordnungspolitisch, auch und gerade hinsichtlich der Deregulierung und der Privatisierung. Es ist erstaunlich, dass das Kurzzeitgedächtnis einigen Parteien mehr nützt als anderen, wenn man sich daran erinnert, dass die FDP uns dieses Irland in mehreren Reden im Deutschen Bundestag als nachahmenswert vorgehalten hat.

Irland musste inzwischen Mittel in der sagenhaften Größenordnung von 269 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung aufwenden, um seine Banken zu stützen – fast 270 Prozent; das entspricht fast dreimal seiner jährlichen Wirtschaftsleistung –, um die irischen Banken vor einem Kollaps zu bewahren. Deshalb war es kein Wunder, dass die irische Staatsverschuldung, die im Jahre 2007 mit 25 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, relativ niedrig war, nun inzwischen über 100 Prozent beträgt.

Die Finanzmarktkrise als Verursacher der Staatsverschuldung kommt aber in der Analyse der Bundesregierung schlichtweg nicht vor. Ich zitiere die Bundeskanzlerin aus einer Regierungserklärung vom Oktober des letzten Jahres:

... die Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, ... sind auf eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, sie sind auf die Überschuldung einzelner Mitgliedstaaten sowie auch auf Gründungsfehler des Euro zurückzuführen.

Das alles ist nicht zu dementieren. Der Punkt ist aber: Der labile Bankensektor und die Finanzmarktkrise kommen dabei nicht vor.

Das Gegenteil stimmt aber nicht nur für Irland, wie Sie wissen. Das Gegenteil stimmt auch für Spanien, das übrigens vorher eine günstigere Verschuldungsquote hatte als Deutschland. Und der nächste Fall, der uns hier im Deutschen Bundestag beschäftigen dürfte, wird, wie ich befürchte, im März Zypern sein. Es hat einen Bankensektor, dessen Bilanzsumme so aufgebläht ist, dass sie fünf- bis sechsmal so hoch wie die jährliche zypriotische Wirtschaftsleistung ist. Auch andere Faktoren, die im Fall von Zypern eine Rolle spielen, werden uns in den Debatten hier noch sehr stark beschäftigen.

Das Ergebnis dieser Politik ist, dass sich die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie auch die anderer europäischer Länder in einer riesigen Haftungsunion befinden und vom Geschäftsgebaren einzelner Banken abhängig sind. Sie sind abhängig von Fehlentscheidungen der Risikoingnoranz, der Renditejagd dieser Banken und haften in letzter Instanz. Das ist grotesk und verletzt zunehmend das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger.

Das berührt eine Gretchenfrage der sozialen Marktwirtschaft, nämlich, ob in einer sozialen Marktwirtschaft Haf-

tung und Risiko zusammenfallen. Deshalb sage ich häufiger, dass diese Krise nicht nur Geld und Vertrauen kosten kann, sondern eventuell auch das Vertrauen in unsere wirtschaftliche Ordnung, weil viele Menschen den Eindruck haben, dass sie die Geschädigten sind und für Schäden haften müssen, die andere verursacht haben, die aber zu deren Folgekosten nicht herangezogen werden.

Bei der Bundesregierung wird die neue Bankunion zu einer Umwälzanlage von Kapital aus den Staatshaushalten in Bankbilanzen; denn anstatt beim Europäischen Rat Ende Juni 2012 endlich einen europäischen Abwicklungsmechanismus zu etablieren und damit die Staatshaftung zu beenden oder zumindest deutlich einzugrenzen, haben die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen zugestimmt, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus in Zukunft – jetzt

### Die Finanzmarktkrise kommt in der Ursachenanalyse der Regierung schlicht nicht vor.

kommt es – Banken direkt rekaptalisieren kann, und das, obwohl weite Teile von Ihnen im Haushaltsausschuss vorher aus einer richtigen Erkenntnis heraus explizit das Gegenteil beschlossen haben. Jetzt haften die Steuerzahler in Deutschland nicht nur für die Banken im eigenen Land – siehe das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und Folgegesetze, die wir hier gemeinsam beschlossen haben –, sondern auch für Banken in der gesamten Euro-Zone.

Richtig ist, Sie haben eine Konditionierung vorgenommen, Herr Schäuble und Frau Merkel. Sie haben die Konditionierung vorgenommen, dass vorher eine Bankunion geschaffen werden muss. Es fällt auf, wie lange Sie die Schaffung der Bankunion vor sich herschieben, sodass diese Union garantiert nicht vor dem magischen Datum im September 2013 gegeben sein wird – das hätte nämlich zur Folge, dass Banken dann direkt rekaptalisiert werden könnten und eine gewisse Empörungswelle auch bei deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu erwarten wäre –, sondern erst im Folgejahr nach der Bundestagswahl. Das ist das, was ich als Schleiertanz bezeichne, Herr Kauder.

Was, so frage ich, nützt eine bessere Bankenaufsicht auf europäischer Ebene, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist und der Steuerzahler weiterhin der Haftende in letzter Instanz ist? Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern im Sinne von Wahrhaftigkeit endlich, was Sie im Juni beschlossen haben. Sie haben mit Ihrer Zustimmung auf dem Europäischen Rat Ende Juni 2012 eine Staatshaftung für Bankenrisiken in Europa geschaffen.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, einen klaren Blick auf den Kern dieser Krise. Fünf Jahre nach dem Bankrott von Lehman sind die Infekti-

onskanäle aus den Bankenbilanzen in die Staatshaushalte immer noch nicht trockengelegt. Das heißt, wir brauchen endlich einen Schutz der öffentlichen Haushalte vor den Gefahren der Finanzmärkte. Wir brauchen ein Ende der Staatshaftung, und wir brauchen eine Beendigung des Erpressungspotenzials großer, systemrelevanter Banken, die uns auch hier im Deutschen Bundestag Entscheidungen abnötigen, weil wir wissen, dass ein Scheitern dieser Banken Konsequenzen hätte, die wir dem öffentlichen Wohl schlechterdings nicht mehr zumuten können.

Wir brauchen einen wirksamen Schutz der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als Haftende in letzter Instanz.

Sie legen heute einen Antrag vor mit dem Titel: „Schärfere und effektivere Regulierung der Finanzmärkte fortsetzen“. Nehmen Sie es mir nicht übel – fern jedes Florettangriffs –, aber Sie haben sich mit dem Begriff „fortsetzen“ einfach vergriffen.

Sie erwecken nämlich den falschen Eindruck, als hätten Sie bereits in den letzten drei Jahren Grundlegendes oder gar Wegweisendes zur Regulierung der Finanzmärkte unternommen. Das haben Sie nicht!

Das, was Sie in diesem Antrag aufzuführen, ist ganz interessant. Sie führen beispielsweise das Restrukturierungsgesetz auf, weiterhin die Bankenabgabe, die Reform der Vergütungssysteme und ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe. Das sind jedoch Reformmaßnahmen, die aus der Zeit der Großen Koalition resultieren. Dafür haben Sie gar kein Urheberrecht.

Sie sollten mit dem Urheberrecht vorsichtiger sein. Die Maßnahmen sind alle in der Großen Koalition angelegt worden. Die Vorarbeiten zum Restrukturierungsgesetz in Deutschland stammen noch aus der Feder von Frau Zypries und von mir. Die Bankenabgabe ist angelegt worden in der Großen Koalition. Dem Thema des Verbots von Leerverkäufen habe ich mich erstmals zugewandt.

Das, was Sie hier betreiben, ist schlicht und einfach die Verletzung von Copyrights. Die Reformen stammen alle aus der Großen Koalition.

Im Übrigen verweisen Sie auf Initiativen, die durchaus richtig sind: die Regulierung von Ratingagenturen, Hedgofonds und Derivatemärkten – nur, dies sind alles Initiativen der Europäischen Kommission, und Sie kommen gar nicht darum herum, diese nach europäischem Recht umzusetzen.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben wir hier einen Antrag zu einem Aspekt vorgelegt. Die weiteren Aspekte finden sich in umfangreicheren Papieren, zu denen ich auch etwas gesagt oder beigetragen habe. Wir äußern uns hier in unserem Antrag ganz gezielt zu einer

Fortsetzung von Seite 15: Peer Steinbrück (SPD)

europäischen Bankenunion und zeigen die wirklichen Probleme und Lösungen auf. Wir fordern eine europäische Abwicklungsbehörde, ein europäisches Abwicklungsregime und einen Restrukturierungsfonds, meine Damen und Herren, der nicht von den Steuerzahlern gespeist wird – nein! –, sondern von den Banken selber und damit die deutschen Steuerzahler entlastet.

Eine europäische Bankenaufsicht ist wichtig. Ich sage kein böses oder kritisches Wort dazu. Selbstverständlich ist es richtig, dass die europäische Bankenaufsicht befördert wird. Ich bin sehr froh darüber, dass die Lösung herausgekommen ist, die sich jetzt anbietet, die sich jedenfalls in einem ersten Schritt auf die systemrelevanten, großen Banken erstreckt. Es ist auch richtig, die Bankenaufsicht bei der EZB anzusiedeln, wenn es eine klare Trennung der Zuständigkeiten gibt. Aber in der Haftungsfrage verbessert sich

durch die Verbesserung der Bankenaufsicht zunächst einmal gar nichts. Vielmehr entspricht der Umgang mit der Haftungsfrage dem Satz des von Herrn Schäuble und mir sehr respektierten Chefs der Bank of England, Mervyn King, der gesagt hat: „Global in life, but national in death.“ Das gilt für die Banken: Sie sterben immer noch auf nationaler Ebene, mit der Folge, dass Steuerzahler und Steuerzahlerinnen dafür aufkommen müssen.

Wir brauchen eine europäische Abwicklungsbehörde, um künftig die von der EZB beaufsichtigten systemrelevanten Banken in einem grenzüberschreitenden Verfahren geordnet restrukturieren oder auch abwickeln zu können. Das ist übrigens eine Forderung, die gar nicht so originell ist; sie ist in den Rei-

hen meiner Fraktion schon vor drei, vier Jahren geäußert worden. Ich würde gerne wissen: Was haben Sie denn seitdem gemacht, um das auf der europäischen Ebene durchzusetzen?

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe in diesem Haus ist es, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa zu schützen, vor den Risiken in Europa, aber auch vor Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Herr Solms ist vorhin darauf eingegangen.

Ich will Ihnen die Zahlen in Erinnerung rufen: Allein in Deutschland fehlen aufgrund illegaler Steuerpraktiken nach seriösen Schätzungen jährlich bis zu 150 Milliarden Euro; in ganz Europa, sagen einige Fachleute, sind es 900 Milliarden Euro. Das heißt, eine Reihe von Problemen, mit denen wir

uns hier beschäftigen, gäbe es nicht, wenn wir bei der Erzielung dieser Steuerzahlungen erfolgreicher wären.

Wenn ein so traditionsreiches Haus wie die Schweizer Wegelin-Bank offen zugeben muss: „Wir haben betrogen“, wenn Beihilfe zum Steuerbetrug zum Geschäftsmodell geworden ist, dann ist der Weckruf in meinen Augen unüberhörbar. In meinen Augen gehört es zur Wiederherstellung der Grundprinzipien der Marktwirtschaft – darum geht es –, das Thema der Bekämpfung des Steuerbetruges sehr ernst zu nehmen und uns nicht durch den Entwurf eines deutsch-schweizerischen Steuerabkommens ablenken zu lassen, das nichts anderes als einen Ablasshandel darstellen würde – mehr nicht. Sie wedeln mit Mehreinnahmen; aber Sie sind bereit, dafür Grundprinzipien über Bord zu schmeißen. Was Sie verschweigen, ist, dass Steuerstraftäter laut diesem Entwurf nach dem Willen der Bundesre-

gierung auch noch Rabatt bekommen sollten. Was Sie verschweigen, ist, dass diese Steuerstraftäter anonym bleiben sollten, dass sie der Strafverfolgung entzogen werden sollten. Sie von der Bundesregierung wollten Steuerbetrüger entkriminalisieren und zugleich der deutschen Steuerfahndung Fesseln an die Füße legen, um zu verhindern, dass sie auch mithilfe von Steuer-CDs das tut, wozu sie da ist.

Steuergerechtigkeit, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Frage der Staatseinnahmen – darauf will ich hinaus –, sondern sie ist, ebenso wie die Bändigung des Raubtierkapitalismus, von dem Helmut Schmidt schon vor über zehn Jahren gesprochen hat, sehr viel mehr: Steuergerechtigkeit ist eine Demokratiefrage. Sie betrifft die Balance und das Gleichgewicht in unserer Gesellschaft.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister für Finanzen:

## Unterschiedliche Finanzpolitiken sind Ursache der Krise



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Bundesminister

Herr Kollege Steinbrück, wir haben gut zusammengearbeitet in der Regierung der Großen Koalition. Ich habe ein Grundverständnis – das mag altmodisch sein – einer gewissen Solidarität zwischen Amtsvorgängern und Amtsinhabern.

Das macht es mir ein bisschen schwer, auf Sie einzugehen. Da ich Protestant bin, habe ich auch ein bisschen Mitleid. Das macht es mir darüber hinaus schwer, auf Sie einzugehen.

Was werfen Sie uns eigentlich vor? Im ersten Teil Ihrer Rede werfen Sie uns vor, wir hätten alles falsch gemacht. Im zweiten Teil Ihrer Rede werfen Sie uns vor, wir hätten nur das gemacht, was Sie gemacht haben. Entweder das eine oder das andere, aber doch nicht beides zusammen und das auch noch in einer Rede. Das geht doch nicht.

Natürlich sind Lehren zu ziehen aus der Finanz- und Bankenkrise, die ihren Ursprung übrigens in Amerika, bei Lehman Brothers, und nicht im Euro-Raum hatte. Daran muss man auch einmal erinnern. Natürlich ist das Ziehen der Konsequenzen mit dem Ziel einer besseren Regulierung des Finanzmarkts eine große Aufgabe, die übrigens nicht über Nacht bewältigt werden kann. Vielmehr müssen in einem langwierigen beharrlichen Prozess auf globaler, europäischer und nationaler Ebene die richtigen Konsequenzen gezogen werden.

Angesichts der Volatilität in den modernen Finanzmärkten geht es doch gar nicht anders. Ich kann hier jede Regel einführen, aber wenn mit einem Knopfdruck alle Aktivitäten aus Deutschland heraus verlagert werden, habe ich nichts erreicht. Infolgedessen geht es doch nicht so einfach, wie Sie es hier gesagt haben.

Es hat doch keinen Sinn, den Menschen, wie es die Linken in Ihrer Partei tun, mit uralten klassenkämpferischen Parolen einzureden, nur die Banken seien an allen Problemen schuld. Das haben wir schon 100 Jahre lang gehört, und das war schon immer falsch.

Das hat schon einmal Deutschland und Europa geteilt, und das ist überwunden. Das sind so alte Hüte, dass ich mich eigentlich wundere, dass Sie uns das hier vorgetragen haben.

Ursache der Euro-Krise ist, dass wir in der gemeinsamen europäischen Währungsunion unterschiedliche Finanzpolitiken in den Ländern haben. Das ist nicht nur im Euro-Raum, sondern überall in der Welt der Fall. Im Übrigen ist die Staatsverschuldung außerhalb des Euro-Raums höher als innerhalb des Euro-Raums. Großbritannien hat eine höhere Staatsverschuldung als der Durchschnitt des Euro-Raums. Die Vereinigten Staaten von Amerika will ich gar nicht erwähnen.

Ich füge hinzu, dass mir die Politik der neu gewählten japanischen Regierung ziemlich große Sorgen bereitet. Wir haben ein Übermaß an Liquidität in den globalen Finanzmärkten. Dieses wird durch ein falsches Verständnis von Notenbankpolitik weiter geschürt. Das alles sind unsere Herausforderungen und unsere Aufgaben, denen wir uns stellen.

Wir haben ein unterschiedliches Maß an Wettbewerbsfähigkeit in den europäischen Volkswirtschaften. Das ist in einer gemeinsamen Währungsunion natürlich ein Riesensproblem, das in Angriff genommen werden muss.

Natürlich haben wir den Fehler gemacht – wir alle, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition; ich war auch lange genug dabei –, zu glauben: Je weniger Regulierung, umso besser für den Finanz-

platz Deutschland. Am Schluss hatten wir überall auf der Welt so wenig Regulierung, dass die Finanzmärkte begonnen haben, sich ohne Regeln und Grenzen selbst zu zerstören. So ist die Wirklichkeit, und das müssen wir ändern.

Es ist aber nicht getan mit einer einfachen Beschimpfung der Banken oder mit der Behauptung, dass die Finanzinstitute Infektionskanäle in die Staatshaushalte in Europa gelegt hätten. Das ist eine Verschwörungstheorie, die nun wirklich zum Himmel schreit, und zwar schreit sie nach Erbarmen.

In Spanien haben wir eine Immobilienkrise, ausgelöst übrigens möglicherweise durch ein falsches Verständnis von Wachstumsförderung, indem man nämlich glaubt, dass man mit schuldenfinanzierten Anreizprogrammen in den Immobiliensektor eingreifen kann. Das Entstehen der spanischen Immobilienblase können Sie doch exakt verfolgen. Diese wiederum hat den spanischen Sparkassensektor so infiziert, dass sich daraus weitere Probleme ergeben haben.

Irland ist ein Sonderproblem. Die spanische Immobilienkrise hat übrigens ziemlich viel Ähnlichkeit mit dem Entstehen der Subprimekrise in den Vereinigten Staaten von Amerika – um auch daran zu erinnern.

Ich sage noch einmal: Wir sind auf dem richtigen Weg. Schritt für Schritt. Wir sind nicht über den Berg, aber wir sind auf dem richtigen Weg, die Vertrauenskrise in Bezug auf den Euro – denn aus all dem ist eine Vertrauenskrise entstanden – Schritt für Schritt zu lösen.

Die realen Zahlen um den Jahreswechsel belegen dies. Die Haushaltssituation in allen Ländern – mit Programm oder auch in solchen Ländern ohne Programm – hat sich verbessert. Die Unterschiede bei den Lohnstückkosten sind

geringer geworden. Das betrifft das Thema Wettbewerbsfähigkeit und die zu großen Verzerrungen. Die Zinsdifferenzen werden geringer. Das Vertrauen in die Finanzmärkte kommt Schritt für Schritt zurück. Wir sind nicht über den Berg, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Aber eines dürfen wir nicht machen – und das ist der grundlegende Unterschied –: exakt die Fehler fortsetzen, die zu der Krise geführt haben. Sie haben einen richtigen Satz gesagt. Die Gretchenfrage jeder wirtschaftlichen Ordnung ist: Haftung und Entscheidung, Risiko und Chance dürfen nicht auseinanderfallen. Das ist im Finanzsektor so – „too big to fail“, das kennen wir –, und das gilt natürlich auch für eine Politik der Vergemeinschaftung in Europa: keine Vergemeinschaftung von Haftung, wenn wir nicht auch eine Vergemeinschaftung der Entscheidung beschließen. Wer Schulden machen kann, für die andere das Risiko tragen, macht sie. Deswegen ist Ihr Weg der Vergemeinschaftung von Haftung ein Weg, der die Krise verschlimmert, statt sie zu lösen.

Ich habe mit dem Sachverständigenrat darüber diskutiert. Sie übernehmen ja den Vorschlag des Sachverständigenrates. Ein Altschuldentilgungsfonds, wie vom Sachverständigenrat vorgeschlagen, setzt, um es rechtlich zu sagen, zumindest eine Vertragsänderung voraus, denn mit dem Bail-out-Verbot ist er nicht zu vereinbaren; dafür müsste man die Verträge ändern.

Aber unterstellen wir einmal, dass wir das Risiko der zusätzlichen Haftung – das sind über 60 Prozent der Gesamtverschuldung der Mitgliedsländer in der Euro-Zone – in einer Größenordnung des deutschen Bruttoinlandsprodukts zulasten der deutschen Wirtschaft übernehmen würden. Die unmittelbare Folge wäre, dass die deutsche Wirtschaft die Last nicht mehr tragen

**Diese Krise kostet nicht nur Geld, sondern auch Vertrauen in unsere wirtschaftliche Ordnung.**

**Wir sind noch nicht über den Berg, aber wir sind auf dem richtigen Weg.**

Fortsetzung von Seite 5: Renate Blindtext (BLINDTEXT)

könnte, dass wir heruntergeratet werden würden und dass das Vertrauen in die Solidität der deutschen Wirtschaft zerstört würde. Damit zerstören Sie übrigens Europa; denn wir sind der Anker für Europa. Das dürfen wir schon aufgrund unserer Verantwortung für Europa nicht machen. Deswegen ist Ihr Vorschlag nicht zu verwirklichen.

Nächstes Beispiel. Sie schlagen in Ihrem Antrag einen europäischen Bankenfonds mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro vor, den die Banken schnell auflegen sollen. Sie wissen genau: Wenn die Banken zu den Anforderungen – zusätzliches Eigenkapital, Umsetzung von Basel III; wir sind ja in der Endphase der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament; es geht in Europa halt nicht so schnell, wie ich mir das wünschen würde, aber das Parlament muss seine Rolle wahrnehmen – noch 200 Milliarden Euro zusätzliches Kapital aufbringen sollen, dann wird das eine dramatische Kreditverknappung für die gesamte europäische Wirtschaft zur Folge haben; das heißt, wir erleben einen weiteren wirtschaftlichen Absturz, und das, wo wir gerade dabei sind, uns aus der weltwirtschaftlichen Konjunkturdelle herauszubewegen. Das wäre das Dummste, was man machen kann, völlig unverantwortlich.

Sie müssen sich inzwischen schon so weit nach links bewegen, dass Sie von Herrn Trittin rechts überholt werden.

Selbst Herr Trittin hat gesagt, es wird einige Zeit dauern, bis die 200 Milliarden Euro aufgebracht werden können. Daraufhin haben Sie einen noch intelligenteren Vorschlag gemacht. Sie haben gesagt: Der europäische Bankenfonds soll für diese 200 Milliarden Euro Anleihen ausgeben. Wer nimmt die? Wie werden sie refinanziert? Durch die EZB. Sagen Sie doch gleich: Wir lösen die Probleme, indem wir die Banknotenpresse anwerfen und so viel Geld drucken, wie wir brauchen. Sie untergraben jedes Vertrauen in die Stetigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Exakt deswegen werden wir das nicht machen.

Aus genau diesem Grund haben wir schon vor 60 Jahren, zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland, den politischen Mehrheiten die Banknotenpresse entzogen, die Unabhängigkeit der Notenbank beschlossen und eine Beschränkung auf das eng ausgelegte geldpolitische Mandat vorgenommen. Dabei hat uns die Erkenntnis geleitet, dass politische Mehrheiten lieber Geld ausgeben, als den Bürgern die Rechnung für die Ausgaben zu präsentieren.

Wenn Sie das ändern wollen, können wir darüber streiten. Ich sage Ihnen: Die große Mehrheit der Deutschen weiß, dass Inflation die schlimmste soziale Ungerechtigkeit ist und wir nachhaltiges Wirt-

schaftswachstum nur auf der Grundlage von Stabilität erreichen.

Jeder internationale Vergleich belegt doch inzwischen, dass die Länder, die eine einigermaßen verantwortliche Finanzpolitik betreiben, wirtschaftlich sehr viel besser dastehen als die anderen. Warum lassen Sie sich durch diese Tatsache nicht belehren?

Wir wissen inzwischen – das hat selbst der frühere Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Herr Rogoff, nachgewiesen –, dass ab einer bestimmten Höhe der Staatsverschuldung eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung Wachstum nicht mehr fördert, sondern mittelfristig behindert. Genau deswegen machen wir das nicht. Weil wir das nicht machen, sind wir im europäischen Vergleich diejenigen mit den besten Stabilitätsfolgen und den besten nachhaltigen Wirtschaftserfolgen. Genau diese Politik werden wir fortsetzen.

Wir haben jetzt einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus für die systemrelevanten Institute geschaffen. Dieser Mechanismus macht aber nur Sinn, wenn die Bankenaufsicht mindestens die gleiche Qualität wie die in Deutschland hat. Natürlich gibt es Länder in Europa, in denen die Bankenaufsicht nicht die Qualität unserer Bankenaufsicht erreicht. Deswegen sage ich Ihnen: Der Mechanismus einer europäischen Bankenaufsicht ist mit Blick auf grenzüberschreitende Problematiken richtig, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Bankenaufsicht so gut ist wie die, die wir haben. Es kann nicht sein, dass wir auf europäischer Ebene ein schlechteres Niveau haben. Das ist auch die Position der Europäischen Zentralbank. Daher müssen die Regeln für die Trennmauer zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht so streng wie möglich sein. Wir haben auf der Grundlage der geltenden Verträge – das haben Sie anerkannt – das Bestmögliche, das Optimale herausgeholt. Deswegen werden wir das Schritt für Schritt umsetzen.

Im Übrigen bleibt es dabei: Die Interpretation der Beschlüsse zur direkten Bankenrekaptalisierung war falsch, Herr Steinbrück. Auch in der Entscheidung der Staats- und Regierungschefs vom frühen Morgen des 29. Juni 2012 – ich habe den Tag noch gut in Erinnerung – steht ausdrücklich:

Wenn eine europäische Bankenaufsicht die Arbeit aufgenommen hat, unter Beteiligung der EZB, dann können die Banken bei Erfüllung der übrigen Voraussetzungen des ESM-Vertrages direkt Kapital bekommen. Die übrigen Voraussetzungen sind: Der ESM bleibt Lender of Last Resort, das heißt subsidiär. Nur wenn die Banken sich das Ka-

pital nicht selbst besorgen können und auch der Mitgliedstaat das Kapital nicht besorgen kann, kann der Mitgliedstaat beim ESM einen Antrag stellen.

Dann muss ein Anpassungsprogramm vereinbart werden, ein Memorandum of Understanding. Nur so und nicht anders geht es. Würden wir es anders machen, wäre der ESM innerhalb von vier Wochen völlig leergerlaufen. Damit würden wir alles vergegenständlichen. Das wäre exakt der falsche Weg; es wäre eine

Fehlinterpretation der Beschlüsse. Es gibt manche in Europa, die das wollen. Deswegen muss ich hier klarstellen: Wir werden es nicht machen. Die Verträge sind völlig anders zu verstehen.

Ein letztes Wort, weil Sie auch in dieser Debatte noch auf das Thema der Steuerhinterziehung zu sprechen gekommen sind. Herr Kollege Steinbrück, Steuerhinterziehung ist – das wissen Sie – ein Riesensproblem. Auch Sie haben in Ihrer Amtszeit – das habe ich Ihnen nie

vorgeworfen – an der Wirklichkeit nicht sehr viel ändern können. Die moderne Verflechtung der Wirtschaft bringt unglaubliche Möglichkeiten mit sich. Denken Sie an die Mehrwertsteuer. Für die organisierte Kriminalität ist die Ausnutzung der Tatsache, dass wir die Mehrwertsteuer notwendigerweise nach vereinbarten Entgelten erheben, ein unglaubliches Geschäftsmodell. Denken Sie daran, dass mit der großen Mobilität der Geschäftsaktivitäten im Internet – ich habe das Thema zum ersten Mal aufgegriffen und auf die G-20-Ebene gehoben – eine starke Erosion der Steuerbasis verbunden ist.

Ich muss jetzt aber noch etwas zur Schweiz sagen. Das Abkommen ist gescheitert; es konnte nicht zum 1. Januar in Kraft treten. Sie haben dazu aber schon wieder etwas gesagt, was mit meinem Respekt vor Ihnen einfach nicht zu vereinbaren ist. Sie sagen etwas, von dem ich nicht glaube, dass das von dem „richtigen Steinbrück“ stammt. Sie waren federführend dafür zuständig und verantwortlich, dass bei der Besteuerung von Kapitalerträgen eine Abgeltungsteuer eingeführt wurde. Wenn ein deutscher Steuer-

pflichtiger bei deutschen Banken und Sparkassen bzw. Raiffeisenbanken Kapitalerträge erzielt, behalten diese von den Kapitalerträgen – von den Zinsen, Dividenden etc. – die Kapitalertragsteuer ein und führen sie an das Finanzamt ab. Gäbe es das Abkommen, dann hätten wir seit dem 1. Januar in der Schweiz exakt dieselbe Praxis; dann würden auch Schweizer Banken das machen. Wir haben das Abkommen jetzt aber nicht. Sie haben es blockiert und verhindert. Deswegen sind wir seit dem 1. Januar darauf angewiesen, dass uns die Schweizer Banken freiwillig die Daten nennen – oder auch nicht.

Wenn Sie Steuerhinterziehung bekämpfen wollen, müssen Sie zu internationaler Kooperation bereit sein.

Internationale Kooperation kann nur heißen, dass die Regeln, die bei uns gelten, auch im Nachbarland gelten. Das genau haben Sie zerstört.

Es gibt nur einen Grund dafür: parteipolitisch motivierten Missbrauch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Aber eines dürfen wir nicht machen: exakt die Fehler fortsetzen, die zu der Krise geführt haben.**

Richard Pitterle, DIE LINKE:

## Erst einmal richtig anfangen anstatt fortsetzen



Richard Pitterle (\*1959)  
Landesliste Baden-Württemberg

Die IWF-Chefin, Madame Lagarde, urteilte Ende letzten Jahres – ich zitiere –: „Das Finanzsystem als Ganzes ist noch nicht viel sicherer, als es zur Zeit des Zusammenbruchs von Lehman Brothers war.“ Die Koalition hingegen hat in ihrem gestern hastig vorgelegten Antrag aufgezählt, was die Bundesregierung alles getan habe. Ein Großteil des Reformprogramms sei abgearbeitet, heißt es dort. Außerdem habe Deutschland eine Vorreiterrolle übernommen. Wesentliche Ursachen der Finanzkrise seien beseitigt worden. Ich sage Ihnen: Eigenlob stinkt.

Wie sieht Ihre Bilanz tatsächlich aus? Die von Ihnen genannten Vorschriften bezüglich eines höheren Eigenkapitals für Banken sind Vorgaben von europäischen Gremien. Ich nenne nur die Stichworte Basel III und CRD IV. Sie sind aber doch nicht das Ergebnis Ihrer -Regierungspolitik.

Sie loben sich wegen des neuen gesetzlichen Selbstbehalts von 5 Prozent bei Verbriefungen, also bei der Umverpackung schlechter und besserer Kredite zu neuen Bündeln, deren Verteilung rund um den Globus als eine der Hauptursachen für den Ausbruch der Finanzkrise gilt. Doch schon vor Ihrem Gesetz lag der sogenannte Selbstbehalt in der Praxis bei mindestens 10 bis 15 Prozent der Kreditforderungen.

Sie preisen die neuen Vergütungsregeln für Manager und Mitarbeiter von Banken. Doch wie die Bankenaufsicht selber zugibt, sind sie nur sehr schwer bei ausländischen Tochtergesellschaften deutscher Banken durchzusetzen, bei ausländischen Banken ohnehin nicht.

Ratingagenturen tragen, wie Sie richtig erkannt haben, eine große Mitverantwortung an der Finanzkrise. Seit 2010 müssen sich Ratingagenturen registrieren und beaufsichtigen lassen. Wo ist da ein Fortschritt?

Kannten wir vorher ihre Anschrift nicht? Wussten wir vorher nicht, wer Geschäftsführer ist? Wie soll die deutsche bzw. europäische Aufsicht bei den drei dominierenden Ratingagenturen mit Sitz in den USA stattfinden?

**Die Bundesregierung schmückt sich mit fremden Federn und zündet Nebelkerzen.**

Die Koalition verkündet stolz: Kundeneinlagen sind bis zu einem Betrag von 100 000 Euro gesetzlich geschützt. Schön. Aber die Sparkassen und Genossenschaftsbanken hatten schon immer die Instituts-

sicherung, und die privaten Banken haften seit Jahrzehnten mit 30 Prozent ihres Eigenkapitals für die Einlagen der Bürgerinnen und Bürger.

Ich frage Sie: Wo bitte sind Einschränkungen beim spekulativen Eigenhandel, also den Geschäften, die Banken im eigenen Namen und

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17: Richard Pitterle (DIE LINKE)

auf eigene Rechnung tätigen? Die Finanzkrise hat gezeigt, dass in diesen Geschäften enorme Risiken liegen. Etliche große Banken gerieten ins Schlingern und wurden mit Milliardenbeträgen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet. Die Linke ist daher für ein grundsätzliches Verbot des spekulativen Eigenhandels.

Denn im Gegensatz zu diversen Vorschlägen der EU-Kommission oder der Anhänger eines Trennbankensystems wollen wir den Spekulanten nicht einen Extraraum zur

Verfügung stellen, in dem sie sich austoben können, sondern wir wollen, dass das Zocken der Banken endlich aufhört.

Wir halten von einem Trennbankensystem gar nichts. Lehman Brothers war eine reine Investmentbank in einem grundsätzlichen Trennbankensystem. Die großen US-Investmentbanken sind bis auf eine Ausnahme unter das Dach von Geschäftsbanken geschlüpft. Das soll für Deutschland die Zukunft sein? Wie man gestern im Handelsblatt lesen konnte, liebä-

gelt Herr Schäuble gerade mit der französischen Trennbankenreform.

Doch das ist ein Reformchen. Das hochspekulative Handelsgeschäft soll nicht unterbunden, sondern lediglich in eine Tochtergesellschaft ausgegliedert werden. Nein, da gehen wir nicht mit.

Die Linke will das bewährte Universalbankensystem behalten.

Sie behaupten in Ihrem Antrag außerdem, dass Sie die Eingriffsbefugnisse der Bankenaufsicht gestärkt hätten. Doch auch hier sind Sie wieder auf halber Strecke stehen geblieben. Gestern in der Anhörung zum Hochfrequenzhandel hat die Bankenaufsicht einräumen müssen,

dass ihr das Personal für eine echte Kontrolle fehlt. Marktmanipula-

tionen finden statt, ohne dass die BaFin sie überhaupt entdecken könnte.

Das ist doch keine Erfolgsschicht.

Die Bundesregierung schmückt sich mit fremden Federn und zündet Nebelkerzen. Ihr Antrag ist mit „Schärfere und effektivere Regulierung der Finanzmärkte fortsetzen“ überschrieben. Was heißt hier „fortsetzen“? Fangen Sie doch erst einmal richtig an!

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Volker Wissing, FDP:

## Vorreiterrolle in Europa gegen Nebelkerzen der Opposition



Volker Wissing (\*1970)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Kollege Steinbrück, zwei Dinge zeichnen Sie aus: Erstens wissen Sie hinterher immer alles besser, und zweitens wurden alle erfolgreichen Gesetze, die CDU/CSU und FDP hier im Bundestag – im Übrigen mit Gegenstimmen der SPD-Fraktion – durchgesetzt haben, heimlich von Peer Steinbrück geschrieben. Das haben wir heute dazugelernt.

Das ist, Herr Steinbrück, im besten Falle lächerlich. Aber sich hier hinzustellen, nachdem Ihre eigene Fraktion und Sie persönlich das Restrukturierungsgesetz abgelehnt haben, nachdem Sie unsere Regulierungsgesetze hinsichtlich Leerverkäufen und anderer Dinge abgelehnt haben, und zu sagen, Sie hätten sie eigentlich geschrieben und wir hätten bei Ihnen abgeschrieben, das ist, Herr Steinbrück, wirklich eine maßlose Täuschung der Öffentlichkeit.

Sie haben hier die Probleme der Finanzwirtschaft in den letzten Jahren eindringlich beschrieben. Es ist wahr: Es gab dramatische Exzesse mit erheblichen Problemen. Aber man fragt sich doch: Wie konnte sich der Bankensektor unter einem nordrhein-westfälischen Finanzminister Peer Steinbrück eigentlich so entwickeln? Wie konn-

te sich der Finanzsektor unter einem Ministerpräsidenten Peer Steinbrück so weiterentwickeln?

Wie konnte sich der Finanzsektor unter einem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück so weiterentwickeln, dass es zu einer Zuspitzung der Krise kam? Ja, wie war denn das alles möglich? Wollen Sie der Öffentlichkeit das vielleicht irgendwann einmal sagen? Das ist eine Frage des Anstands und der Aufrichtigkeit.

Sie stellen sich hier hin und sagen, dass Sie gemeinsam mit den Grünen einen neuen Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte unternehmen wollen. Wo ist denn Ihr damaliger Anlauf gewesen?

Sie haben damals, vom Zeitgeist geprägt – Herr Schäuble hat das richtig ausgeführt –, Hedgefonds zugelassen und die Deregulierung der Finanzmärkte betrieben.

Das war damals aber auch die Auffassung von Rot-Grün. Es war Ihre Regierung, die das betrieben hat. Sie haben die Finanzmärkte dereguliert. Sie haben also gar keinen ersten Anlauf unternommen. In Ihrer ganzen Amtszeit haben Sie kein einziges Gesetz zur Regulierung der Finanzmärkte auf den Weg gebracht.

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben mit ansehen müssen, dass Finanzminister Peer Steinbrück, als die Krise in Amerika eskalierte, der deutschen Öffentlichkeit – selbstbewusst wie immer – mitgeteilt hat, das sei ein amerikanisches Problem, das in Deutschland nicht ankommen werde. Wir haben im Rahmen eines Untersuchungsausschusses herausarbeiten müssen – sonst hätten Sie auch das verschwiegen –, dass Peer Steinbrück die Berichte der Finanzaufsicht im Jahre 2008, also mitten in

der Krise, noch nicht einmal gelesen hat; das war eine eklatante Fehleinschätzung der Bedrohungs- und Gefährdungslage. Aber Sie stellen sich hier hin und sagen, man müsse den Steuerzahler schützen. Was haben Sie denn letztlich anderes gemacht, als die Banken auf Steuerzahlerkosten zu rekapitalisieren? Sie haben ja noch

nicht einmal die warnenden Hinweise der Bankenaufsicht in Deutschland gelesen, Herr Steinbrück. Das ist die Wahrheit. Das ist die Bilanz Ihrer Verantwortung als Bundesfinanzminister.

Meine Damen und Herren, wir als christlich-liberale Regierung haben die richtige Reaktion auf die Krise gezeigt. Wir haben einen Selbstbehalt bei Verbriefungen eingeführt. Wir haben ein Leerverkaufsverbot durchgesetzt, das im Übrigen in ganz Europa Schule macht. Wir haben die Beaufsichtigung von Ratingagenturen umgesetzt. Wir haben ein Hochfrequenzhandelsgesetz auf den Weg gebracht. Wir setzen strenge Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Banken durch. Wir haben die nationale Bankenaufsicht reformiert und sie unabhängiger von der Wirtschaft gemacht; in Zukunft wird es das rot-grüne Modell, nach dem die Beaufsichtigten

selbst als Mitglieder in den Gremien der Bankenaufsicht sitzen, nicht mehr geben. Wir haben für Unabhängigkeit von der Wirtschaft gesorgt. Wir haben in Deutschland ein Restrukturierungsregime aufgebaut, einen Bankenrestrukturierungsfonds ge-

**Die Linke ist für ein grundsätzliches Verbot des spekulativen Eigenhandels.**

**Wir als christlich-liberale Regierung haben die richtige Reaktion auf die Krise gezeigt.**

**Sie liegen in allen Punkten falsch. Sie sind in diesem Sektor nicht Vorreiter, sondern hinken hinterher.**

schaffen und eine Bankenabgabe durchgesetzt. Wir haben uns dafür starkgemacht, dass wir auch auf europäischer Ebene eine schlagkräftige Bankenaufsicht bekommen. Das alles ist christlich-liberale Politik zur Stabilisierung der Finanzmärkte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie, Herr Steinbrück, haben hier gesagt, wir bräuchten einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds.

Dann haben Sie der Öffentlichkeit erklärt, er sei notwendig, um den deutschen Steuerzahler vor Risiken zu schützen. Ich sage Ihnen: Wir müssen einen europäischen Restrukturierungsfonds verhindern, um den deutschen Steuerzahler und die deutsche Steuerzahlerin zu schützen. Das Gegenteil von dem, was Sie vorschlagen, ist richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie vergessen etwas – Herr Schäuble hat es Ihnen eben schon gesagt –:

Sie vergessen, dazuzusagen, woher das Geld für die Bankenrekapitalisierung aus einem europäischen Fonds am Ende kommen soll.

Wir sagen: Wir wollen die Stabilisierung des Finanzsektors in Europa, die in unserem nationalen Interesse ist, unterstützen, aber nur dann, wenn auch ein Auflagenprogramm durchgesetzt wird, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften, die heute nicht wettbewerbsfähig sind, gestärkt wird. Das muss man allerdings über den ESM machen, und das darf man auf keinen Fall über einen europäischen Restrukturierungsfonds machen. In diesem Rahmen kann man nämlich keine Auflagen durchsetzen, sondern muss am Ende in Notaktionen bedingungslos helfen und Risiken für den deutschen Steuerzahler übernehmen, die man überhaupt nicht kontrollieren kann.

Sie wollen die Kasse öffnen. Das wollen wir verhindern. Wir setzen uns für Stabilität in der Euro-Zone ein. Sie hingegen suchen – auch in

den Papieren, die Sie vorlegen – immer wieder nach Auswegen, um letzten Endes die Notenpresse anwerfen zu können.

Genau das unterscheidet Sie von dieser christlich-liberalen Regierung.

Das, was Herr Steinbrück in seinen Papieren sonst so vorschlägt, sind entweder Dinge, die längst umgesetzt sind oder auf europäischer Ebene auf dem Weg sind, oder es sind Nebelkerzen.

Das beste Beispiel für eine Ihrer Nebelkerzen, Herr Steinbrück, ist diese Braunschweiger Erklärung, in der Sie vorgeschlagen haben, das Kreditwesengesetz so zu ändern, dass Banken die Lizenz entzogen werden kann, wenn sie fortgesetzt Beihilfe zum Steuerbetrug leisten. Herr Steinbrück, ich weiß nicht, ob Sie das nicht wissen oder ob Sie die Öffentlichkeit bewusst täuschen; aber das, was Sie herbeiführen wollen, ist in Deutschland bereits geltendes Recht: Nach dem Kreditwesengesetz kann die Bankenaufsicht bei fortgesetztem Verstoß gegen deutsches Recht schon heute Managern die Zulassung und Banken die Lizenz entziehen. Wir brauchen dazu keine SPD und keinen Peer Steinbrück und keine Braunschweiger Erklärung. Die Neue Zürcher Zeitung hat Ihnen bescheinigt, dass es offenbar selbst Ihrer eigenen Partei peinlich ist, dass Sie Dinge vorschlagen, die längst geltendes Recht in Deutschland sind.

Das, was Sie in der Vergangenheit beigetragen haben, war kein sinnvoller Beitrag zur Stabilisierung des Finanzsektors, und was Sie heute vorschlagen, sind Nebelkerzen. Ich sage Ihnen: Sie liegen in allen Punkten falsch. Sie sind in diesem Sektor nicht Vorreiter, sondern hinken hinterher.

Vorreiter in Europa ist die christlich-liberale Koalition, die zur Stärkung des Wettbewerbs die Finanzmärkte reguliert und mit strengen Auflagen dafür sorgt, dass die Wettbewerbsfähigkeit zu- und nicht abnimmt. Wir sind stolz auf diese Regierung und haben da, wo Sie die Dinge haben schleifen lassen, vieles erreicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Gerhard Schick, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Sie machen den Fehler, nicht an die Ursachen heranzugehen



Gerhard Schick (\*1972)  
Landesliste Baden-Württemberg

Es gibt auch in der Frage der Finanzmarktregulierung verschiedene Punkte, bei denen man unterschiedlicher Auffassung sein kann. Das hört allerdings da auf, wo die Fakten, die Sie schildern, Herr Bundesfinanzminister, genau das Gegenteil sind von dem, was in der Wirklichkeit stattfindet.

So war es gerade beim Thema Inflation. Natürlich gibt es Blasen an den Finanzmärkten, die uns Sorgen bereiten müssen. Aber es gibt zurzeit nur zwei Berufsgruppen, die mit der Angst der Menschen vor Inflation unverantwortlich spielen: Das sind windige Anlageberater und das sind Politiker der Koalition wie der Wirtschaftsminister heute morgen und Sie, Herr Bundesfinanzminister. Das ist unverantwortlich.

Lesen Sie, was die Europäische Zentralbank zu diesem Thema schreibt: Es gibt im Moment keine konkrete Inflationsgefahr in dieser Form. – Das ist genau die Stellungnahme.

Natürlich müssen wir aufpassen, dass nicht die Europäische Zentralbank die entscheidenden Aufgaben übernimmt. Aber da war das, was Sie erzählt haben, Herr Schäuble, faktisch falsch: Nicht die Vorschläge, die wir machen, führen dazu, dass die Europäische Zentralbank die Märkte mit Geld flutet. Wenn die Europäische Zentralbank in den letzten Monaten mit Billionen auf den Märkten interveniert hat, dann deswegen, weil die Bundesregierung die entscheidenden Reformen in Europa blockiert. Sagen Sie den Menschen die Wahrheit, sagen Sie ihnen, wie die Zusammenhänge sind, und machen Sie ihnen nicht etwas vor!

Das Ziel unseres Antrages ist klar: Wir müssen den Automatismus brechen, dass immer dann, wenn eine Bank in Europa ein Problem hat, der Steuerzahler einspringen muss. – Man könnte meinen, das müsste eigentlich selbstverständlich sein.

2008, als die Banken mit Milliarden gerettet wurden, gaben alle politischen Akteure das Versprechen, dass so etwas nie wieder passieren soll. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Die Logik einer Bankenrettung durch den Steuerzahler geht unvermindert weiter, nicht nur über die Bilanz der Europäischen Zentralbank. Was passiert denn in Zypern? Der Steuerzahler muss einspringen, um Banken zu retten. Was passiert denn in Spanien? Der spanische Steuerzahler muss sich mit Milliarden beteiligen, um die Banken zu retten. Was passierte denn im September 2012 – das ist gar nicht so lange her – in unserem Nachbarland Frankreich? Wieder musste eine Bank, *Crédit Immobilier de France*, vom Steuerzahler gerettet werden. Das sind doch alles keine *Petitessen*. Hier werden in den verschiedenen europäischen Staaten Milliarden aufgewendet. Muss das so sein? Nein, das muss nicht so sein; denn wir wissen aus den USA, dass es anders geht.

Das sind ja keine Riesenbanken, die man nicht retten könnte, sondern das sind Banken – nehmen wir als Beispiele die *Crédit Immobilier de France*, eine Bank mit einem Kreditvolumen von 33 Milliarden Euro, die *Alpha Bank* in Griechenland mit einem Kreditvolumen von 70 Milliarden Euro und die spanische *Banco de Valencia* mit einem Kreditvolumen von 20 Milliarden Euro, die in den USA selbstverständlich abgewickelt werden würden. Über 400 Banken sind in den USA seit Ausbruch der Krise ohne Kosten für den Steuerzahler abgewickelt worden. Wir wollen dasselbe endlich auch für Europa erreichen.

Warum gelingt das denn in den USA und bei uns nicht? Es gibt zwei Vorgehensweisen, wenn eine Bank in der Schieflage ist. Die eine ist, dass Aktionäre, Gläubiger und Investoren daran beteiligt werden, die Kosten zu tragen, der andere Weg ist, dass dies die Steuerzahler tun.

Die Kanzlerin hat im November 2010 beim G-20-Gipfel gesagt, die privaten Gläubiger sollen das tun. Ich zitiere: Die Lasten der Krisenbewältigung dürfen nicht einfach wieder dem Steuerzahler aufgebürdet werden. – Auch dieses Versprechen wurde gebrochen; denn genau das passiert doch.

In Irland hat man den Staat daran gehindert, die Investoren zu beteiligen. Wenn Sie die Leute in Irland fragen, wer sie denn daran ge-

hindert hat, dann sagen sie: the Germans. Die Tatsache, dass die europäischen Staaten Irland daran gehindert haben, die Investoren zu beteiligen, sollten wir ernst nehmen. In Spanien gelingt die Beteiligung der Investoren auch nicht.

Insgesamt können wir sagen, dass sich die Investoren bei der gesamten Bankenrettung in Europa nirgends mit mehr als 10 Prozent beteiligt haben. Das Gros hat der Steuerzahler getragen. Das ist falsch; das müssen wir ändern; denn es geht um eine massive Umverteilung weg von den Steuerzahlern hin zu den Menschen, die in Banken investiert und diese finanziert haben.

### Für sie ist diese Finanzkrise ein Betriebsunfall, für uns die Folge einer Fehlentwicklung.

Man muss jetzt einmal die Frage stellen, warum das in Europa nicht gelungen ist. Liegt das daran, dass wir das in einer Finanzkrise nicht tun können?

Es wird uns ja immer weismacht, die Finanzmärkte würden dann erschüttert. Warum sollte das aber in Europa nicht gehen, wenn das doch in den USA geht? Es ist doch ein Ammenmärchen, dass das nicht gehen könnte – oder sagen wir vielleicht eher: Es ist ein Merkel-Märchen.

Die Vorschläge lagen auf dem Tisch: schon im Oktober 2009 von der Europäischen Kommission und im Juli 2010 vom Europäischen Parlament. Der Vorschlag des grünen Berichterstatters Sven Giegold, einen europäischen Abwicklungsfonds für Banken einzurichten, der von den Banken finanziert wird, wurde vom Europäischen Parlament aufgenommen.

Wer hat das verhindert? Der Rat der Europäischen Union. Wer ist die führende Kraft im Rat der Europäischen Union? Das ist diese Bundesregierung. Aufgrund ihrer Blockade eines Bankenabwicklungsfonds, mit der sie den Weg der Abwicklung und der Investorenbeteiligung versperrt hat, trägt die Bundesregierung die direkte Verantwortung für die Bankenrettungen der letzten zwei Jahre in Europa, für die Milliarden Steuer-gelder gezahlt wurden.

Hier passiert jetzt etwas sehr Krasses. Unter Mitwirkung der Bundesregierung arbeiten Sie schon konkret daran, dass der Steuerzahler über den Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM, einspringt, der die Banken direkt kapitalisieren soll. Den anderen, besseren Weg, dass nämlich die Investoren beteiligt werden, wenn eine Bank in

Schieflage gerät, bringen Sie aber nicht voran, sondern den blockieren Sie. Das ist doch genau falsch herum. Genau das ist das gebrochene Versprechen der Bundeskanzlerin Merkel.

Manche Krokodilsträne, die Sie gerade vergießen, muss man hier schon noch einmal erwähnen. Herr Schäuble, Sie haben gesagt, es sei schwierig, dass jetzt dieselben Personen über die Geldpolitik und über die Bankenrettung entscheiden sollen. Es ist doch der persönliche Vorschlag von Angela Merkel gewesen, das auf Artikel 127 (6) des EU-Vertrages zu stützen. Daraus folgt das doch. Übernehmen Sie die Verantwortung für das, was Sie in Europa tun.

Glauben Sie denn, wir würden nicht über die Telefonapparate mit Brüssel verbunden sein und nicht mitbekommen, was Sie in Europa tun? Ich glaube, man muss ernsthaft darangehen.

Sie haben jetzt schnell und in aller Kürze selber noch einen Antrag zur Finanzmarktregulierung vorgelegt. Hier wird ein zentraler Unterschied zwischen der Regierung und der Opposition deutlich:

Für Sie ist diese Finanzkrise ein Betriebsunfall, nach dem man ein paar Schrauben anziehen muss, für uns ist diese Finanzkrise die Folge einer systematischen Fehlentwicklung, die wir korrigieren müssen. Da reichen ein paar Schrauben nicht aus; denn der Finanzsektor ist insgesamt zum Kostgänger der Realwirtschaft geworden. Er kostet uns mehr, als er bringt. Das sehen wir in den Bilanzen. Deswegen müssen wir wesentlich fundamentaler herangehen.

Wir haben Sie getrieben. Wir haben Sie in den letzten Jahren getrieben und werden das weiter tun. Sie wollten die Finanztransaktionssteuer nie. Wir haben sie in die Verhandlungen eingebracht. Sie wollten nie über das Trennbankensystem nachdenken. Sie haben den Antrag der Grünen noch vor Jahresfrist abgelehnt. Plötzlich heißt es, man sei offen für die Gedanken. Ja,

warum? – Weil wir das als SPD und Grüne hier zum Thema machen.

Im Herbst wollten Sie noch einmal die Versicherungsgesellschaften retten – Sie haben das jetzt noch auf dem Tisch liegen – zulasten von vielen Kundinnen und Kunden. Wir haben es geschafft, Sie daran zu hindern, und werden jetzt schauen, dass wir endlich einmal eine richtige Versicherungsregulierung hinkriegen; denn die Versicherungen dürfen bei der Finanzmarktregulierung nicht ausgespart werden.

Wenn man sich Ihren Antrag einmal genau anschaut, dann stellt man ein Muster fest, und

wenn man sich anschaut, was in den letzten Jahren gelaufen ist, dann stellt man ein schönes Muster fest: Sie regulieren – darum geht es in dem Antrag, den Sie uns vorgelegt haben – den Hochfrequenzhandel.

Sie reden davon, dass die Beratung am Bankschalter besser werden muss. Das ist ja richtig. Aber an den Kern, an die provisionsorientierte Fehlberatung, wollen Sie nicht herangehen. Deswegen bleibt das Grundproblem. Sie machen wieder den Fehler, nicht an die Ursachen heranzugehen.

Genauso ist es beim Trennbankensystem. Sie sagen jetzt, wir wollen ein wenig prüfen, aber gleichzeitig signalisieren Sie, es soll sich am Universalbankenmodell nichts ändern, und für die Deutsche Bank soll alles bleiben, wie es ist. Ja, wenn alles bleibt, wie es ist, dann wird sich an den Märkten auch nichts ändern, und dann wird die nächste Finanzkrise kommen.

In Deutschland und in Europa muss eine sehr wichtige Sache geändert werden; wir haben dazu unseren gemeinsamen Antrag vorgelegt. Das Thema Finanzmarktregulierung muss endlich bei Ihnen einmal aus der Abteilung Marketing in die Abteilung Produktion wandern, und wir werden Sie darauf festlegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

### Die Logik einer Bankenrettung durch den Steuerzahler geht unvermindert weiter.



Irland leidet besonders unter der Bankenkrise

Klaus-Peter Flosbach, CDU/CSU:

## Wir stehen für eine Bankenunion und Bankenregulierung



Klaus-Peter Flosbach (\*1952)  
Wahlkreis Oberbergischer Kreis

Wir haben hier in den letzten drei Jahren über 50-mal über die Finanzmarktregulierung gesprochen. Ich bin froh, dass Herrn Steinbrück hier heute auch einmal dabei ist.

Nach dieser Rede, in der er sich einen schlanken Fuß mit Blick auf die Vergangenheit gemacht hat, möchte ich doch auf Folgendes hinweisen: Ich empfehle jedem Bürger, jedem SPD-Anhänger, sich einmal den WDR-Film von Klaus Balzer im Internet anzusehen, der die Geschichte der Westdeutschen Landesbank und die Verquickung mit der SPD darstellt.

Da geht es nämlich unter dem Titel „Größenwahn und Selbstbedienung“ um die Entwicklung von einer Provinzbank zu einer Zockerbude. Vor allen Dingen werden, Herr Steinbrück, einmal die Jahre dargestellt, in denen Sie Finanzminister und Ministerpräsident waren.

Denn in dieser Zeit ist der gesamte Schrott von der Westdeutschen Landesbank gekauft worden, für den wir heute bürgen müssen, meine Damen und Herren.

Sie haben hier gesagt, die ganze Krise habe mit der Staatsschuldenkrise nichts zu tun. Dazu sage ich Ihnen: Hypo Real Estate war bisher unser größter Fall. Sie hatte 80 Prozent ihrer gesamten Darlehen kurzfristig finanziert. Deswegen musste sie damals durch unsere Bürgschaften aufgefangen werden. Aber der größte konkrete Schaden, der entstanden ist, ist durch die Abschreibung der Griechenland-Anleihen erfolgt. Dass Griechenland in der Euro-Zone ist, fällt in Ihre Verantwortung, in die von Rot-Grün.

Ich komme jetzt zu dem Bankenthema. Das größte Problem, das wir heute in Europa haben, ist, dass Sie von Rot-Grün den Stabilitätspakt gebrochen haben. So entstanden die Probleme in der Euro-Zone, auf die wir heute hinweisen müssen.

Sie haben einen Antrag zur Bankenunion gestellt. Es geht darin um neue Wege. Es ist für die Antragsteller von SPD und Grünen die schlimmste Stra-

fe in den letzten Tagen gewesen, dass bis auf zwei Zeitungen im Grunde genommen niemand über diesen Antrag berichtet hat.

Warum hat niemand über diesen Antrag berichtet? Erstens geht es darin entweder um Dinge, die wir längst umgesetzt haben oder die sich im Umsetzungsprozess befinden. Zweitens sind in diesem Antrag keine neuen Ideen enthalten, die uns auf den Gedanken bringen könnten, etwas besser zu machen. Drittens ist in dem Antrag von einem Abwicklungsfonds und einem Altschuldentilgungsfonds die Rede, über die wir schon längst diskutiert haben. Der Bundesfinanzminister hat genau auf den entscheidenden Punkt hingewiesen: Sie haben in keiner Weise gesagt, was das für die Haftung der deutschen Steuerzahler bedeutet. Um die Antwort auf diese Frage haben Sie sich geschickt gedrückt.

Es ist eben kein neuer Anlauf zur Bankenregulierung, stattdessen laufen Sie der gesamten Entwicklung hinterher. Schon der G-20-Beschluss 2009 hat gezeigt, dass die systemrelevanten Banken reguliert werden müssen. Der Financial Stability Board, also der internationale Finanzstabilitätsrat, hat Standards vorgegeben.

Unsere Koalition war in der Tat die Erste, die das Restrukturierungsgesetz umgesetzt hat. Wir waren schon zum 1. Januar 2011, vor zwei Jahren, so weit, Banken zu sanieren oder auch abzuwickeln. Wir können nach den Regeln dieses Gesetzes ein pleitegegangenes Unternehmen abwickeln. Wir haben ein Abwicklungsregime geschaffen, was sonst noch keiner in Europa gemacht hat. Hier sind wir Vorreiter. Wir haben die Blaupause für die anderen Länder in Europa geliefert. Das ist der Erfolg dieser Koalition.

Wir waren natürlich, Herr Steinbrück, auch bei dem Verbot der ungedeckten Leerverkäufe die Ersten. Wir haben diesen Beschluss damals in der Großen Koalition gemeinsam gefasst. Aber auch in dieser Frage waren wir in Europa diejenigen, die die anderen gezwungen haben, diesen Weg mitzugehen, damit gewisse Spekulationsgeschäfte mit Aktien, mit Kreditversicherungen oder Staatsanleihen aufhören. Das war unser Erfolg. Wir waren hier wieder die Ersten in Europa.

Hier wurde eben der Hochfrequenzhandel angesprochen und uns vorgeworfen, wir würden ihn nicht richtig regulieren. Natürlich sind wir auch hier wieder die Ersten, die das machen, die Ersten, die einen unregulierten Markt regulieren. Sie aber werfen uns vor, wir würden nicht richtig regulieren. Wir

haben als Erste diese Regelungen eingeführt. Das gibt Stabilität in diesem Lande. Das gibt Stabilität für unsere Bürger. Dafür steht unsere Koalition.

Wir stehen für eine Bankenunion.

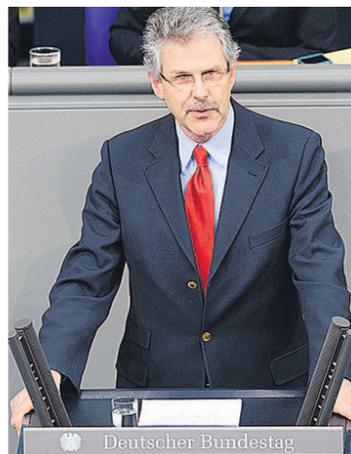
Wir unterstützen unseren Finanzminister bei der Errichtung einer Bankenunion darin, ein neues Aufsichtsregime zu schaffen. Wir wollen Qualität vor Schnelligkeit. Wir wollen auch eine klare Trennung von Geldpolitik und Auf-

sicht. Es geht uns vor allen Dingen darum, dass die großen systemrelevanten Banken richtig kontrolliert werden. Darum geht es uns. Es geht uns nicht

**Nur wenn alle die Regeln einhalten, haben wir wieder ein stabiles Europa.**

Manfred Zöllmer, SPD:

## Sie haben das zentrale Versprechen von Frau Merkel nicht eingelöst



Manfred Zöllmer (\*1950)  
Wahlkreis Wuppertal I

Lieber Herr Wissing, lieber Herr Flosbach, wenn es eine Technische Anleitung „Heiße Luft“ gäbe, dann müssten Sie beide schon längst stillgelegt sein.

Herr Flosbach, ich bin es wirklich leid, von Ihnen immer wieder diese Griechenland-Lüge zu hören. Es ist eine Lüge. Lesen Sie einmal nach, wie es damals war und wer Griechenland aufgenommen hat! Im Mai 1998 hat der Europäische Rat die Aufnahme von Griechenland beschlossen – der Europäische Rat, Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Waigel. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Erster Punkt.

Nächster Punkt: Sie haben völlig vergessen, die Sachsen LB mit aufzuzählen.

Was ist mit Bayern und dem Desaster der Bayerischen Landesbank? Das haben Sie leider auch vergessen.

um die kleinen Volksbanken, die Sparkassen oder die kleinen Privatbanken.

Aber in allen Bereichen spielt immer ein Begriff eine zentrale Rolle: Wo ist die Haftung, die Verantwortung? Auch bei der Bankenunion können wir die anderen Länder nicht aus der Verantwortung lassen. Wenn Sie einen europäischen Abwicklungsfonds mit 200 Milliarden Euro gründen wollen, dann müssen Sie nicht nur so nebenbei sagen: Das kann man doch einmal finanzieren. – Wir haben einen Abwicklungsfonds in Deutschland eingerichtet. Wir wollen aber in Europa die anderen Länder nicht aus der Verantwortung lassen. Wir wollen unsere Einlagensicherung nicht einfach auf Europa übertragen. Wir wollen nicht den Bürger für alles haften lassen. Das ist die Linie dieser Bundesregierung.

Der Kollege Wissing hat eine Liste vorgelegt, was in den letzten Jahren alles umgesetzt worden ist. Das sind 15 große Maßnahmen gewesen. Die Finanzmarktregulierung, Herr Steinbrück, war das zentrale Thema in allen Debatten hier im Deutschen Bundes-

tag. Sie haben daran nicht teilgenommen.

Sie sind heute zu uns Finanzpolitikern gekommen, um mit uns gemeinsam zu diskutieren. Ich halte das für wichtig. Aber hier erfahren Sie auch, was in den letzten Jahren alles geschehen ist.

Diese Regierung mit Angela Merkel an der Spitze und mit unserem Finanzminister Wolfgang Schäuble hat mit Abstand das Beste für Europa getan, indem wir wieder gemeinsame Regeln einhalten, indem wir auch die deutschen Interessen vertreten. Wir wissen alle ganz genau: Nur wenn alle die Regeln einhalten, haben wir wieder ein stabiles Europa.

Gestern hat die Weltbank die Wachstumsprognose für dieses Jahr abgegeben und deutlich gemacht: Die Europäische Zentralbank und die europäischen Regierungen sind auf dem richtigen Weg dahin, dass von Europa am ehesten keine Finanzmarktkrise mehr ausgeht, weil wir am stärksten reguliert haben. Das ist der Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Noch etwas zu Nordrhein-Westfalen. Die Verbriefungen und Probleme, die in die Bilanzen aufgenommen worden sind, sind unter Herr Rüttgers aufgenommen worden.

Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. So viel zu den „Wahrheiten“, die Sie hier verkünden.

Wer verspricht, die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten der Krise zu beteiligen, wie Sie und Frau Merkel es gemacht haben, dies dann aber nicht einlöst, dessen Regulierungspolitik ist gescheitert. Sie können auf noch so viele Gesetzentwürfe verweisen: Sie haben das zentrale Versprechen von Frau Merkel nicht eingelöst. Diese Koalition ist bei der Regulierung schwach gestartet und hat dann ganz stark nachgelassen.

Ein Blick in Ihren Antrag zeigt sehr deutlich, wie sehr Sie die Vorschläge von Peer Steinbrück und die Vorschläge unseres rot-grünen Antrages getroffen haben. Sie haben bisher immer behauptet, alles sei von Ihnen bestens geregelt und unsere Vorschläge zur Bankentrennung seien schädlich. Jetzt wollen Sie diese Vorschläge prüfen. Man sollte natürlich niemandem vorwerfen, klüger werden zu wollen.

Das Handelsblatt hat geschrieben: Schäuble freundet sich mit Trennbanken-Idee an. Union und FDP wollen so Steinbrücks Wahlerfolg verhindern.

Eines ist immerhin klar: Die Aussage der Regierungsfractionen, man habe bereits alle richtigen Lehren aus der Krise gezogen, wird nun von Ihnen selbst widerlegt.

Der ganz zentrale Punkt ist die Beteiligung an den Kosten der Krise bzw. die Frage, wie in Zukunft zu verhindern ist, dass die Steuerzahler daran beteiligt werden. Das ist Ihnen nicht gelungen. Sie verlagern die Risiken auf den ESM. In Zukunft wird die Bankenrekapitalisierung durch den ESM erfolgen. Das heißt, letztendlich haftet der Steuerzahler wieder.

Frau Merkel hat die üblichen Nebelkerzen geworfen. Erst hieß es: „Mit uns überhaupt nicht! Nein, das machen wir nicht.“ Dann hat sie der Bankenunion zugestimmt und damit auch explizit der Situation, dass der ESM zukünftig Banken retten wird. Das heißt, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind wieder in der Verantwortung. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Ich empfehle Ihnen: Lesen Sie unseren Antrag gründlich durch. Darin stehen viele Vorschläge, wie das zu verhindern ist.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Björn Sängler (FDP), Dr. Axel Troost (DIE LINKE), Peter Aumer (CDU/CSU), Dr. Carsten Sieling (SPD) und Ralph Brinkhaus (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.